

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

nr. 17

Herausgegeben in Westberlin von:

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: Horst Arndt, Berlin; Gerd Famulla, Bielefeld; Hans Utz Foerderreuther, Berlin; Jörg Glombowski, Berlin; Lutz Heiligenstadt, Berlin; Sönke Hundt, Bremen; Rainer Künzel, Osnabrück; Michael Krüger, Osnabrück; Jürgen Mendner, Berlin; Peter Schönekeß, Berlin; Tilla Siegel, Berlin; Manfred Sommer, Bielefeld; Ilse Steinfeld, Berlin; Dieter Timmermann, Bielefeld; Heide Wiemann, Bielefeld

Redaktion und Verlag:

mehrwert; Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

Satz: satz-studio irma gringer, düsseldorfer str. 38, 1000 berlin 15
Druck: Movimento-Druck, Waldemarstr. 33, 1000 Berlin 36

ISBN 3-921506-17-4

216 Seiten

1. Auflage Oktober 1978.
Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur nach Rücksprache mit dem Verlag gestattet.

Die Schriftenreihe 'mehrwert' erscheint in unregelmäßigen Abständen. Bei einer Bestellung zur Fortsetzung an den Verlag erhalten Sie jedes Heft nach Erscheinen auf Rechnung zugesandt.

Bernd Senf

Bernd Senf

POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS

eine didaktisch orientierte Einführung in die
marxistische politische Ökonomie

Teil 1

- A. Zum Begriff der Entfremdung bei Marx
- B. Gesetzmäßigkeiten der einfachen Warenproduktion
- C. Die Herausbildung des Geldes
- D. Die Quelle des Mehrwerts
- E. Die Herausbildung des Kapitalverhältnisses
- F. Methoden der Mehrwertproduktion
- G. Probleme der Mehrwertrealisierung
- H. Kapitalakkumulation und Krise

TEIL I (mehrwert 17)

A. Zum Begriff der Entfremdung bei Marx	12
B. Gesetzmäßigkeiten der einfachen Warenproduktion	23
I. Der Begriff der Ware	24
II. Zur Entwicklung des Wertbegriffs	29
III. Hemmnisse bei der Entfaltung des Wertgesetzes und deren Überwindung	49
IV. Einfache Arbeit – komplizierte (qualifizierte Arbeit) und ihre Bedeutung für den Wertbegriff	72
V. Die Intensität der Arbeit und ihre Bedeutung für den Wertbegriff	78
C. Die Herausbildung des Geldes	82
I. Veränderungen in der Form des Warenaustauschs	82
II. Zum Begriff des Warenfetischismus	88
III. Die Entwicklung des Geldes vom Tauschmittel zum Selbstzweck	91
D. Die Quelle des Mehrwerts	96
I. Ungleicher Tausch (Zirkulation) als Quelle des Mehrwerts?	96
II. Die Produktion als Quelle des Mehrwerts?	98
E. Die Herausbildung des Kapitalverhältnisses	107
I. Die ursprüngliche Akkumulation von Kapital	108
II. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln	108
F. Methoden der Mehrwertproduktion	112
I. Das Zwangsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz	113
II. Methoden zur Produktion von absolutem Mehrwert	116
III. Methoden zur Produktion von relativem Mehrwert	126
IV. Relative „Verelendung“ bei absolut steigendem Konsumniveau	156
G. Probleme der Mehrwertrealisierung	159
I. Zum Verhältnis von Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung	159
II. Entwicklung der Marxschen Reproduktionsschemata	160

H. Kapitalakkumulation und Krise	173
I. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen extensiven Wachstums	174
II. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen intensiven Wachstums	175
III. Mögliche Quellen störungsfreier Kapitalakkumulation	188
IV. Die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate	200

TEIL II (mehrwert 18)

K. Konzentration, Zentralisation, Monopol und Wertgesetz	211
I. Akkumulation und Konzentration	212
II. Die ungleiche Entwicklung der Einzelkapitale	213
III. Durchbrechung der Akkumulationsschranken durch Zentralisation	214
IV. Monopolpreis und Wert	220
V. Die Krise unter monopolkapitalistischen Bedingungen	229
VI. Wertgesetz und Monopol	235
L. Weltmarktbewegung des Kapitals	241
I. Die Bedeutung des Nationalstaats für die Entfaltung des Wertgesetzes	241
II. Internationalisierung der Wertrealisierung (Warenzirkulation) bei national voneinander geschiedener Wertproduktion	247
III. Internationalisierung der Mehrwertproduktion	278
IV. Monopolisierung oder Weltmarktbewegung des Kapitals als Ursache sich verschärfender Krisen?	294
V. Weltmarktkrise, Nationalstaat und Zerfall des Weltmarkts	295
M. Staat und Kapitalverwertung	301
I. Die Funktionen des Staates im Kapitalismus	301
II. Staatliches Budget und Reproduktionszusammenhang des Kapitals	310
III. Geldschöpfung als Mittel der staatlichen Budgetfinanzierung	321
IV. Staatsverschuldung als Mittel der Krisenüberwindung bzw. Krisenverhinderung?	325
V. Ökonomische Krise und Krise der Staatsfinanzen	348

VORWORT

1) Zur Entstehungsgeschichte dieses Buches

Die vorliegende „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ ist der Versuch einer didaktisch orientierten Einführung in die marxistische politische Ökonomie. Sie ist Ergebnis langjähriger Unterrichtserfahrungen im Rahmen des Grundstudiums an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (FHW) und Produkt intensiver Diskussionen sowohl mit Studenten als auch mit Kollegen. Ursprünglich entstand sie aus der Nachzeichnung von Diskussionsprozessen, die sich im Unterricht ergeben hatten, und diente — als Skript nachträglich an die Studenten verteilt — der Nacharbeitung der behandelten Probleme. Im Laufe der Semester entwickelte sich aus diesen ersten Arbeitsunterlagen ein systematisch aufgebautes Skript (mit dem Arbeitstitel „Didaktik der Mehrwerttheorie“), das die in den Kursen typischerweise auftretenden Fragen und Problemlösungsversuche aufgreift und diskutiert und dabei diejenigen didaktischen Vermittlungsformen wählt, die sich im Unterricht jeweils am besten bewährt haben. Die erfolgreiche Verwendung des so erstellten Lehrmaterials auch in den Lehrveranstaltungen von Kollegen sowie in studentischen Arbeitsgruppen ließ es schließlich sinnvoll erscheinen, an eine weitere Verbreitung dieses Materials in der vorliegenden Form zu denken. Über den bisherigen Anwendungsbereich hinaus erscheint diese Einführung auch geeignet für die universitäre Ausbildung im Bereich von Ökonomie und Sozialwissenschaften sowie im Bereich der Lehrerbildung, aber auch außeruniversitär etwa im Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

2) Erläuterung der zugrundegelegten didaktischen Prinzipien

a) Förderung einer Fragehaltung

Durchgängiges Prinzip bei der Abfassung der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“ ist der Versuch, über ständiges Fragen und Infragestellen ein allmähliches „Herantasten“ an die Kategorien, die innere Logik und den Erklärungswert der politischen Ökonomie zu ermöglichen. Nicht fertige Ergebnisse werden vorgesetzt, sondern der Prozeß des Fragens, Suchens und Zweifelns – wie er sich in der konkreten Unterrichtspraxis immer wieder gezeigt hat – wird nachvollzogen. Anstatt die Fragehaltung mit einem fertigen Kategorienapparat zu erschlagen, wird umgekehrt versucht, immer wieder zu Fragen und Zweifeln zu ermuntern und darauf argumentativ einzugehen. Bei den in dieser Einführung aufgeworfenen Fragen handelt es sich allerdings – und dies sei hervorgehoben – im wesentlichen um solche, die sich erfahrungsgemäß aus dem Vorverständnis und dem jeweils erreichten Wissensstand der Studenten ergeben und weniger um solche, die sich erst aus der Kenntnis der gesamten politischen Ökonomie und ihrer Spezialprobleme stellen würden.

b) Vermittlung von Erfolgserlebnissen

Der hohe Abstraktionsgrad der politischen Ökonomie macht es für die Lernenden schwierig genug, eine Lernmotivation über längere Zeit durchzuhalten. Bis mit den Kategorien der politischen Ökonomie konkrete reale Probleme (z.B. Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation, Monopolisierung, Staatseingriffe, Weltmarktprobleme) analysiert werden können, muß zuvor eine lange „Durststrecke“ theoretischer Abstraktion durchschritten werden. Umso wichtiger erscheint es, im Lernprozeß selbst immer wieder Erfolgserlebnisse zu vermitteln, und zwar dadurch, daß die einzelnen Lernschritte wirklich nachvollziehbar werden und ein zunehmendes Verständnis für die logische Grundstruktur der politischen Ökonomie erarbeitet wird. Diesem Ziel dienen drei Mittel, die in der vorliegenden Einführung gezielt eingesetzt wurden und auf die im folgenden näher eingegangen werden soll:

- Verwendung einer einfachen Sprache
- Visualisierung qualitativer und quantitativer Zusammenhänge

- Verzicht auf Vollständigkeit zugunsten größerer Klarheit

ba) Verwendung einer einfachen Sprache

Die Verwendung einer relativ einfachen, dem Sprachverständnis der Lernenden entsprechenden Sprache erscheint mir unabdingbare Voraussetzung dafür zu sein, daß auf Seiten der Lernenden der Mut zum Fragen entsteht bzw. aufrechterhalten wird. Die Schwierigkeit beim Studium der marxistischen politischen Ökonomie besteht ja – neben den logischen Problemen – u.a. darin, daß die von Marx gewählte Sprache sich über weite Strecken von der heutigen Umgangssprache erheblich unterscheidet und für den Lernenden oft fast unüberwindliche Verständnisschwierigkeiten bereitet. Diese Schwierigkeiten werden häufig als subjektives Unvermögen empfunden und führen entweder zu einer vorschnellen Abkehr von der Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie oder aber – wo dies aufgrund des eigenen politischen Anspruchs oder aufgrund von Prüfungs- oder Gruppendruck nicht möglich ist – zu einer aufgesetzten, unverarbeiteten Aneignung marxistischer Terminologie. Letzteres führt nur allzuleicht zu dem in linken Kreisen hinlänglich bekannten Phänomen des gegenseitigen Sich-Verzweckens hinter Marx-Zitaten, die sich unter der Hand in ein Instrument des gegenseitigen Bluffens verwandeln können.

Dieses Verzwecken und Bluffen auf der sprachlichen Ebene scheint mir nicht nur ungeeignet, die Inhalte und Grundaussagen der marxistischen Theorie breiteren Kreisen auch außerhalb des Hochschulbereichs zugänglich zu machen, sondern beinhaltet auch die Tendenz zur unkreativen, dogmatisch erstarrten Anwendung dieser Theorie. Mit der vorliegenden Einführung wird der Versuch gemacht, einen anderen Weg zu beschreiten und durch die Wahl einfacher sprachlicher Mittel den beschriebenen Phänomenen entgegenzuwirken. Das kann allerdings nicht bedeuten, auf die marxistische Terminologie zu verzichten, sondern es bedeutet vielmehr, den Übergang von der Umgangssprache zur marxistischen Terminologie fließend zu vollziehen.

bb) Visualisierung qualitativer und quantitativer Zusammenhänge

Ein wesentliches von mir verwendetes didaktisches Mittel liegt in der Visualisierung qualitativer und quantitativer Zusammenhänge. Schon beim er-

sten Durchblättern dieses Heftes wird die ungewöhnliche Fülle an grafischen Darstellungen auffallen. Erfahrungsgemäß wird der mit der politischen Ökonomie bereits vertraute Leser diese Darstellungen eher als Ballast und unnötigen Zusatzaufwand empfinden denn als Lernhilfe. Ganz anders allerdings ist nach meinen Erfahrungen die Aufnahme bei den Lernenden: Von Studenten wurde immer wieder betont, daß die von mir verwendeten Visualisierungen für sie eine ganz wesentliche Lernhilfe darstellen würden. Diese Erfahrung verdient, erklärt zu werden.

Zur Erklärung der didaktischen Wirksamkeit meiner Visualisierungen scheint es mir erforderlich, drei unterschiedliche Typen zu unterscheiden:

- symbolhafte Darstellungen qualitativer Zusammenhänge
- Blockdiagramme zur Darstellung quantitativer Zusammenhänge
- physikalische Analogien

Als Beispiel für den ersten Typ sei das Bild mit der abwärts laufenden „Rolltreppe“ (S. 77) genannt, die symbolhaft den Konkurrenzkampf veranschaulicht: Stillstand für den Einzelnen bedeutet auf der Rolltreppe Zurückfallen in den Abgrund, ebenso wie in der kapitalistischen Konkurrenz Stillstand in der Akkumulation für das Einzelkapital den Untergang nach sich zieht. Aus dem Bild wird mit einem Schlag erkenntlich, was sonst nur relativ schwer zu vermitteln wäre: daß nämlich das Tempo der Rolltreppe durch die Summe der Tretbewegungen der einzelnen Subjekte entsteht (die also die eigentlich Handelnden sind), daß aber gleichwohl die Gesamtbewegung der Rolltreppe sich gegenüber den Subjekten verselbständigt und ihnen als ein äußerer Zwang gegenübertritt, dem sie sich zu unterwerfen haben, wenn sie nicht untergehen wollen. — Diese Analogie kann selbstverständlich den ökonomischen Hintergrund des kapitalistischen Konkurrenzkampfes nicht erklären, wohl aber dessen Ergebnis symbolisieren und zu vertieften Diskussionen darüber anregen.

Das Bild wird so quasi zum konzentrierten symbolhaften Ausdruck ökonomischer Zusammenhänge, deren innere Logik selbstverständlich zuvor inhaltlich abgeleitet werden muß. Die inhaltliche Gedankenkette wird auf diese Weise im Denkkapazität durch Assoziationen verknüpft mit dem Bild. Diese assoziative Verknüpfung scheint zu bewirken, daß in späteren Phasen des Lernprozesses allein schon das Anzeichnen des Bildes ausreicht, um die früher daran geknüpfte gedankliche Kette ins Gedächtnis zurückzurufen. Auf diese Weise können früher erarbeitete Zusammenhänge in kürzester

Zeit ohne sprachlichen Aufwand aktualisiert und kann der Lernprozeß auf ihnen aufgebaut werden. Außerdem können allein durch visuelle Verknüpfung zweier oder mehrerer Bilder die jeweils daran geknüpften gedanklichen Strukturen miteinander verknüpft und auf diese Weise zunehmend komplexe Zusammenhänge erarbeitet werden, deren sprachliche Beschreibung das Konzentrationsvermögen der Lernenden oft überfordern würde.

Einen anderen Typ der Visualisierung stellen die Blockdiagramme dar, die sich u.a. zur grafischen Veranschaulichung der Reproduktionsschemata eignen (S. 99ff). Ihr didaktischer Wert liegt weniger in ihrem symbolhaften Charakter begründet als vielmehr in der Möglichkeit, quantitative Beziehungen und die dabei auftretenden Proportionen bzw. Disproportionen darzustellen und modellhaft unterschiedliche Varianten anschaulich durchzuspielen. Nach meinen Erfahrungen bereitet die grafische Darstellung für die meisten Ökonomiestudenten weit weniger Schwierigkeiten als die algebraische, der gegenüber sich häufig ein spontaner Abwehrmechanismus mit entsprechenden Lernhemmungen beobachten läßt.

Der dritte Typ meiner Visualisierungen arbeitet mit bestimmten formalen Analogien zwischen ökonomischen und physikalischen Prozessen, ohne selbstverständlich die Ökonomie mit der Physik erklären zu wollen. Im Vordergrund muß stets die ökonomische Ableitung stehen, deren Ergebnis allerdings mittels bestimmter Phänomene aus der Physik veranschaulicht werden kann. Ein Beispiel hierfür ist die Darstellung der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate und der entsprechenden Verteilung der Profitmasse auf die einzelnen Sektoren. Das damit zusammenhängende Problem der Transformation der Werte in Produktionspreise läßt sich anhand des physikalischen Prinzips kommunizierender Gefäße relativ leicht veranschaulichen (S. 126ff). Im übrigen lassen sich anhand dieser Bilder unterschiedliche Varianten durchspielen (in bezug auf unterschiedliche sektorale c , m und v oder in bezug auf die Blockierung der Kapitalströme zwischen den Sektoren durch Monopolisierung), an denen wiederum die inhaltliche Diskussion angeknüpft werden kann.

bc) Verzicht auf Vollständigkeit zugunsten größerer Klarheit

Ein besonderes didaktisches Problem bot die Auswahl des zu bearbeitenden Stoffes. Nicht nur sollte eine Einführung in wesentliche Teile der drei

Bände von Marxens „Kapital“ vermittelt, es sollten auch neuere Ansätze innerhalb der marxistischen Diskussion aufgegriffen werden, insbesondere im Hinblick auf die Analyse konkreter und aktueller ökonomischer Probleme. Dabei galt es noch zu berücksichtigen, daß die Diskussion innerhalb der marxistischen Theorie in vielen Bereichen als durchaus nicht abgeschlossen, sondern als kontrovers und offen angesehen werden muß. Wie sollten alle diese Ansprüche verwirklicht werden in einem Buch, dessen didaktischer Wert nicht zuletzt von der Begrenzung seines Umfangs auf ein lesbares Maß abhängt? Der Anspruch auf Vollständigkeit gerät hier in Konflikt mit dem Anspruch, möglichst große Klarheit über die Grundstruktur der politischen Ökonomie zu vermitteln.

Zugunsten einer in sich relativ geschlossenen Darstellung wurde deswegen an verschiedenen Stellen bewußt auf eine große Differenzierung und Problematisierung verzichtet, wie sie sich eigentlich aus dem vielfach noch offenen Stand der Diskussion innerhalb der marxistischen Theorie angeboten hätte. Das didaktische Problem lag darin, das Entgleiten der Diskussion auf Nebengleise zu vermeiden und stattdessen den roten Faden des inneren Zusammenhangs zwischen den einzelnen Kapiteln immer wieder aufzugreifen und zu verfolgen. Ich bin mir über die Problematik dieser Vorgehensweise im klaren, sehe aber eine didaktisch schlechtere Alternative nur darin, durch eine möglichst erschöpfende Darstellung unterschiedlicher marxistischer Positionen für den Anfänger mehr Verwirrung zu stiften und demotivierend zu wirken als Interesse an der marxistischen Theorie zu wecken. Das bedeutet nicht, daß die noch offenen Fragestellungen verdrängt werden sollen – im Gegenteil! Aber ihre hinreichende Würdigung und Behandlung erscheint mir erst sinnvoll möglich zu sein auf der Grundlage eines ersten und in sich relativ geschlossenen Überblicks über die politische Ökonomie, den zu vermitteln sich die vorliegende Einführung zur Aufgabe gestellt hat. Ein vertieftes Studium bis hin zum Studium der Originaltexte des Marx'schen „Kapitals“ sowie der neueren Diskussionen innerhalb der marxistischen Theorie sollen durch diese Einführung nicht ersetzt, sondern umgekehrt erleichtert werden.

3) Zur Handhabung dieser Einführung

Die vorliegende Einführung setzt keine systematischen ökonomischen Kenntnisse, weder über die marxistische politische Ökonomie noch über die bürgerliche Ökonomie voraus. Sie geht allerdings davon aus, daß eine erste Motivation zur systematischen Auseinandersetzung mit der politi-

schen Ökonomie bei den Lernenden bereits geweckt ist. Im Rahmen des FHW-Studiums fällt diese Funktion der Motivationsweckung einer einsemestrigen integrierten ökonomisch-sozialwissenschaftlich-juristischen Eingangsphase zu, die problematisierenden Charakter hat. In ihrem Rahmen kann vor allem an konkreten Erscheinungsformen im Bereich „Arbeit und Produktion“, „Markt und Konsum“ und „Staat“ angesetzt und können deren Rechtfertigungen problematisiert und die dahinterstehenden Interessenkonflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital herausgearbeitet werden. Aufbauend auf dieser (früher sog.) „Problematisierungsphase“ kann dann eine systematische Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie erfolgen, so daß die vorliegende Einführung erst im 2., 3. und 4. Semester in den Unterricht einbezogen wird. Dies geschieht im Rahmen der Kurse „Allokation und Verteilung“, „Konjunktur und Beschäftigung“ sowie „Weltmarktbeziehungen und Währungsprobleme“, wobei jeweils Teile der politischen Ökonomie konfrontiert werden mit entsprechenden Ansätzen der bürgerlichen Ökonomie. (1)

Die Streckung des Inhalts dieser Einführung über drei Semester ist allerdings eine Konzession an die Bedingungen des Studienplans. Zwar erscheint eine geschlossene Erarbeitung der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“ sinnvoller (bei vier Semesterwochenstunden in 1 1/2 bis 2 Semestern möglich), aber die studienplanmäßigen Restriktionen dürften andernorts eher größer sein, so daß sich die Frage nach einer ausschnittweisen Behandlung stellt. Hierzu ist zu sagen, daß die Seiten 1 - 133 sowohl inhaltlich wie von der verwendeten Symbolik her in jedem Fall die Grundlage bilden für die darauffolgenden Teile. Die Kapitel „Monopol und Wertgesetz“, „Weltmarktbeziehung des Kapitals“ sowie „Staat und Kapitalverwertung“ können ohne weiteres in ihrer Reihenfolge vertauscht werden. Sie bleiben auch verständlich, ohne daß die jeweils anderen Kapitel behandelt werden. Von der Systematik her erscheint hier ein Verzicht auf die Behandlung im Unterricht am ehesten möglich, obwohl es sich vom Inhaltlichen her gerade um diejenigen Kapitel handelt, die sich auf konkrete Probleme des gegenwärtigen Kapitalismus beziehen und von daher auf besonderes Interesse stoßen dürften.

A. ZUM BEGRIFF DER ENTFREMDUNG BEI MARX

Wenn wir uns im folgenden mit der politischen Ökonomie des Kapitalismus auf der Grundlage der Marxschen Mehrwerttheorie vertraut machen, sollten wir von vornherein bedenken, daß sich der Marxsche Ansatz vom Anspruch her nicht auf die Erklärung „rein ökonomischer“ Phänomene beschränkt, sondern daß er sich versteht als Grundlage für eine umfassende Gesellschaftstheorie. Wenn sich der späte Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ vor allem auf die Untersuchung der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise konzentriert hat, so deswegen, weil er zu der Erkenntnis gekommen war, daß von der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft auch die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen sowie ihr Denken und Handeln ganz wesentlich geprägt werden.

Bereits der frühe Marx war auf den entfremdeten Charakter der zwischenmenschlichen Beziehungen gestoßen und auf das entfremdete Verhältnis, das die Menschen zu ihrer Arbeit und zu sich selbst hatten. Er hatte die „Entfremdung“ als eine die ganze kapitalistische Gesellschaft durchdringende Erscheinung erkannt, und sie war für ihn Ausdruck dafür, daß sich die Menschen in der damaligen Gesellschaft weder individuell noch im Zusammenleben miteinander verwirklichen konnten. Marx versuchte insbesondere in seinen Frühschriften, die Entfremdung in den unterschiedlichsten Bereichen nicht nur zu beschreiben, sondern sie in einen inneren Zusammenhang zueinander zu stellen. Dabei unterschied er im wesentlichen vier Ebenen, auf denen sich die Entfremdung in unterschiedlicher Weise ausdrückte:

- die Entfremdung der Menschen untereinander
- die Entfremdung des Menschen von sich selbst
- die Entfremdung des Menschen in der Arbeit
- die Entfremdung des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit.

Wir wollen im folgenden versuchen, den Marxschen Entfremdungsbegriff näher kennenzulernen und nachzuvollziehen, daß die Entfremdungsproblematik für Marx konsequent hinführte zum eingehenden Studium der ökonomischen Bewegungsgesetze des kapitalistischen Systems, zur Untersuchung der Bedingungen der materiellen Produktion, aus denen heraus sich für Marx das Phänomen der Entfremdung überhaupt erst hinreichend erklä-

ren ließ. Gleichzeitig wollen wir uns fragen, ob die Marxschen Überlegungen zur Entfremdung in irgendeiner Weise auf die heutigen Verhältnisse übertragbar sind.

Der Kern der Entfremdung auf allen Ebenen kommt für Marx in folgender These zum Ausdruck:

„Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein *fremdes Wesen*, als eine vom Produzenten *unabhängige Macht* gegenüber.“ (Marx in: Marx-Engels-Werke (MEW) Ergänzungsband I, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1973, S. 511)

Wieso entfremdet sich „der Produzent“, d.h. der Arbeiter, vom Produkt seiner Arbeit? Besteht die Entfremdung darin, daß der einzelne Arbeiter in einer Fabrik überhaupt nicht mehr den Produktionsprozeß überblickt, weil er nur eine ganz spezielle Teilverrichtung auszuführen hat und gar nicht mehr ein ganzes Produkt von Anfang bis Ende herstellen kann — wie früher der Handwerker? Oft weiß der Arbeiter nicht einmal mehr, wozu seine Arbeit im Rahmen des gesamten Produktionsprozesses überhaupt gut ist, was aus den Teilen, die er bearbeitet, im weiteren Verlauf des Produktionsprozesses überhaupt wird. Wenn der Beitrag, den seine Arbeit zur Entstehung eines Produkts leistet, vollkommen untergeht und für ihn nicht mehr erkennbar ist, wie soll er sich dann mit dem Produkt seiner Arbeit identifizieren? Wie soll er sich schließlich in dem fertigen Produkt irgendwo wiederfinden? Sein Beitrag zum gesamten Produkt geht unter wie ein Wassertropfen im Meer. Vielleicht ist es dies, was das Produkt für ihn so fremd macht, für ihn als ein „fremdes Wesen“ erscheinen läßt. Ist es also die *innerbetriebliche Arbeitsteilung*, die Zerlegung des gesamten Produktionsprozesses in einzelne spezielle Teilverrichtungen, die mit Notwendigkeit eine Entfremdung des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit hervorbringt?

Oder ist es die Tatsache, daß der Arbeiter gar nicht darüber bestimmen kann, was produziert wird und mit welchen Methoden, daß er einfach nur die Anordnungen des Meisters entgegennehmen und ausführen muß, ohne daß er selbst während seiner Arbeit etwas zu sagen hat? Ist es also die hierarchische Struktur des Arbeitsprozesses, die für den Arbeiter eine Identifizierung mit dem Produkt unmöglich macht? Denn daß er gerade dieses Produkt herstellt bzw. gerade diese Teilverrichtung ausführt, ist nicht das Ergebnis seiner eigenen Planung und Entscheidung, sondern Ausdruck eines fremden Willens. Liegt also in der *innerbetrieblichen Hierarchie* die Ursache dieser Art von Entfremdung?

Oder hängt die Entfremdung vom Produkt der eigenen Arbeit nicht vielmehr damit zusammen, daß der Arbeiter über dieses Produkt gar nicht selbst verfügen kann, sondern daß es Eigentum eines anderen wird, nämlich des Unternehmers, des Kapitalisten? Liegt also die Ursache der Entfremdung in den Eigentumsverhältnissen begründet, im *Privateigentum an Produktionsmitteln* und in der Tatsache, daß die von den Arbeitern produzierten Produkte letztlich dem Unternehmer den Profit ermöglichen? Oder liegt Entfremdung auch schon dann vor, wenn ein Produzent z.B. als Handwerker zwar selbst über seine Produktionsmittel verfügt und sich auch den Verkaufserlös selbst aneignet, aber die Produkte eben doch für den Verkauf, d.h. für andere hergestellt werden und nicht für sich selbst; und u.U. für andere, die der Produzent gar nicht kennt, also für einen anonymen Markt. Ist es also die Produktion für den Austausch, die sog. *Warenproduktion*, die die Entfremdung mit sich bringt?

Belassen wir es zunächst bei diesen Fragen und versuchen wir, in diese hier angedeuteten Möglichkeiten ein wenig Ordnung zu bringen. Die angesprochenen Punkte, die als mögliche Ursachen für die Entfremdung des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit genannt wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- die Produktion für den Austausch (Warenproduktion)
- die Aneignung des Produkts durch den Kapitalisten (kapitalistische Eigentumsverhältnisse)
- die Fremdbestimmung der Arbeit (innerbetriebliche Hierarchie)
- die Zerstückelung des Arbeitsprozesses (innerbetriebliche Arbeitsteilung).

Wir könnten jetzt darüber streiten, welches der wichtigste und ausschlaggebende Punkt für die Entstehung von Entfremdung ist. Fest steht für Marx, daß für die Arbeiter in einer kapitalistischen Unternehmung alle Punkte zusammenkommen. Und dies nicht von ungefähr. Die Eigentumsverhältnisse etwa, d.h. das Privateigentum an Produktionsmitteln in der Hand weniger auf der einen Seite und die Lohnabhängigkeit für die Masse der Arbeiter auf der anderen Seite bringen ja nicht nur die Aneignung der produzierten Produkte durch den Kapitalisten mit sich. Sie bedeuten ja auch Verfügungsgewalt über den Produktionsprozeß selbst. Was produziert wird, mit welchen Produktionsmethoden, und wie die Arbeiter im einzelnen eingesetzt werden, bestimmt nicht der Arbeiter, sondern letztlich der Kapitalist (der allerdings für die Ausübung dieser Funktion wieder Lohnabhängige einstel-

len kann.) Die Fremdbestimmung in der Arbeit ist damit ebenfalls notwendige Begleiterscheinung kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse.

Was fängt nun der Kapitalist mit dem von ihm angeeigneten Profit an? Er kann ihn unter dem Druck der Konkurrenz nicht einfach verjubeln, sondern muß ihn wieder — mindestens zum großen Teil — dem Produktionsprozeß zuführen, muß im Vergleich zur Konkurrenz die Kosten möglichst niedrig halten und eine entsprechende Organisation des Produktions- und Arbeitsprozesses in seinen Betrieben durchsetzen. Die Herausbildung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung und der Aufbau hierarchischer Strukturen sind also nichts anderes als ein Ergebnis dieses ständigen Drucks auf die Kosten, sind also auch zurückzuführen auf die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und auf die aus dem Privateigentum hervorgegangene Konkurrenz. Es ist demnach die kapitalistische Produktionsweise insgesamt, die die vielfältigen Bedingungen der Entfremdung hervorgebracht hat und in sich vereinigt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht auch schon in vorkapitalistischen Produktionsweisen Ansätze zur Entfremdung existieren. Bereits die Herausbildung einer Warenproduktion, einer Produktion für den Austausch (und nicht für die Selbstversorgung) bringt Elemente von der Entfremdung mit sich, auch wenn die Produzenten noch Eigentümer der Produktionsmittel sind (wie etwa der selbständige Handwerker oder Kleinbauer). Je mehr der einzelne auf den Verkauf der Waren angewiesen ist, umso mehr orientiert er sich in seinem Denken und Handeln an dem „Tauschwert“ der Waren, den er beim Verkauf erzielen kann, während er sich bezüglich des „Gebrauchswerts“ der Waren dem Geschmack der Käufer unterordnen muß. Aber diese Art von Entfremdung besitzt noch einen geringeren Grad, ist noch weit weniger umfassend als die Entfremdung des Arbeiters im kapitalistischen Produktionsprozeß. Der Handwerker konnte — vor dem Aufkommen der kapitalistischen Konkurrenz, die schließlich auch ihn unter Druck setzte — mindestens noch seinen Arbeitsprozeß selbst organisieren, konnte entscheiden, was und mit welchen Methoden er produzierte, und er hatte auch noch den Überblick über den gesamten Produktionsprozeß. Für ihn gab es noch eine Einheit zwischen planender und ausführender Tätigkeit, eine Einheit von „Kopf- und Handarbeit“, und er konnte sich insofern noch identifizieren mit dem Produkt seiner eigenen Arbeit. Und auch wenn er dieses Produkt schließlich als Ware verkauft hat, gehörte der Ver-

kaufertlös ihm und nicht einem anderen. Wenn sich in dieser noch nicht kapitalistischen, sog. „einfachen Warenproduktion“ auch schon Ansätze von Entfremdung herausgebildet hatten, so unterscheiden sie sich doch gewaltig von den entfremdenden Bedingungen innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses. Wenden wir uns im folgenden deshalb vor allem der Entfremdung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu.

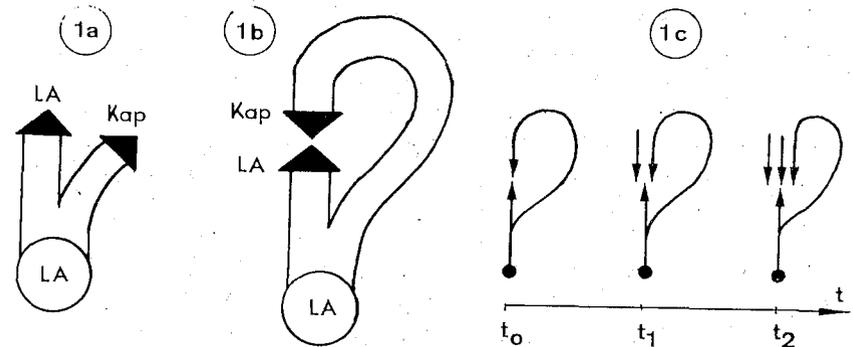
Indem also das Produkt der Arbeit der Kontrolle der Arbeiter entgleitet, in die Verfügung eines anderen gerät, indem auch der ganze Produktionsprozeß schließlich nicht durch die Bedürfnisse und Interessen der dort tätigen Arbeiter, sondern durch die Interessen des Kapitalisten bestimmt wird, entsteht eine Distanz, eine Gleichgültigkeit, eine Entfremdung gegenüber der fremdbestimmten Arbeit. Marx:

„In der Bestimmung, daß der Arbeiter zum *Produkt seiner Arbeit* als einem *fremden* Gegenstand sich verhält, liegen alle diese Konsequenzen. Denn es ist nach dieser Voraussetzung klar: Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innere Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen... Die *Entäußerung* des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung, nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer *äußern* Existenz wird, sondern daß sie *außer ihm*, unabhängig, fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, was er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt.“ (MEW Erg.-Bd. I, S. 512.)

Indem nämlich die Arbeiter mehr produzieren, tragen sie mit dazu bei, daß sich in den Händen des Kapitalisten Profit bildet. Der Kapitalist — dem Druck der Konkurrenz ausgesetzt — muß den Profit zu einem wesentlichen Teil wieder investieren, will er nicht riskieren, im Konkurrenzkampf gegen andere Kapitalisten den Anschluß zu verpassen. Der Rentabilitätsdruck, dem die einzelnen Kapitalisten ausgesetzt sind, zwingt sie ja ständig zu Rationalisierungsmaßnahmen, zwingt sie dazu, etwa das Tempo der Arbeit zu beschleunigen und Arbeitserleichterungen nur dann zuzulassen, wenn dadurch nicht die Rentabilität beeinträchtigt wird. Es ist also eine verselbständigte Zielsetzung, diejenige der Rentabilität, der Profitrate, die schließlich dem ganzen Produktions- und Arbeitsprozeß ihren Stempel aufdrückt, die ihm sein Gepräge gibt. Der Rentabilitätsdruck wird schließlich als ein äußeres Zwangsgesetz erlebt, als eine äußere Macht, der sich die einzelnen

Kapitalisten zu unterwerfen haben und deren Druck sie weitergeben an die Lohnarbeiter. Hierin liegt ein Hauptaspekt des Entfremdungsbegriffs bei Marx: Daß die Lohnarbeiter letztlich dem Kapitalisten den Profit produzieren und damit auch das Kapital (soweit der Profit in Kapital zurückverwandelt, d.h. zum Zweck weiterer Profiterzielung wieder eingesetzt wird), daß sich aber diese Kapital gegenüber seinen unmittelbaren, ursprünglichen Produzenten (den Lohnarbeitern) verselbständigt, aus ihrer Kontrolle gerät, seinen eigenen Sachgesetzmäßigkeiten und Sachnotwendigkeiten unterliegt, die — in Form des Kapitalverwertungszwangs und des sich daraus ableitenden Rentabilitätsdrucks — zurückschlagen gegen die Lohnarbeiter. Wenn also bei Marx die Rede davon ist, daß sich das Produkt der Lohnarbeit verselbständigt, so ist damit wesentlich das Kapital gemeint, das letztlich von den Lohnarbeitern produziert wird, aber ihrer Kontrolle entgleitet.

Die Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie in diesen Überlegungen anklängt, läßt sich durch folgende Grafik symbolisieren: (Abb. 1a): Unter kapitalistischen Verhältnissen



produzieren die Lohnarbeiter einen „Strom“ von Produkten, bekommen zu ihrer eigenen Existenzhaltung nur einen Teil davon, und ein anderer Teil wird (z.B. in Form von Profit) vom Kapitalisten angeeignet. Die Verwendung dieses Profits erfolgt nicht in erster Linie im Interesse der Lohnarbeiter, sondern richtet sich nach den Interessen, nach den „Verwertungsbedürfnissen“ des Kapitals, die sich gegen die Interessen der Lohnarbeiter wenden können (Abb. 1b). Liegt ein solcher Interessengegensatz vor, dann verstoßen die Lohnarbeiter, je mehr sie produzieren und je mehr sie infolgedessen den vom Kapital angeeigneten Profit steigern, umso mehr gegen ihre

genstandes der Arbeit resümiert sich nur die Entfremdung, die Entäußerung in der Tätigkeit der Arbeit selbst." (Marx, a.a.O. S. 514.)

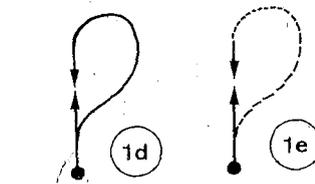
Aus der Entfremdung des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit unter kapitalistischen Verhältnissen folgt nach Marx die Entfremdung gegenüber den eigenen Entfaltungsmöglichkeiten, die Entfremdung des Arbeiters gegenüber sich selbst. Ohne die psychischen Mechanismen im einzelnen zu kennen, die die Selbstentfremdung des Menschen innerpsychisch verankern, hat Marx die Auswirkungen einer entfremdeten, fremdbestimmten, sinnentleerten, stumpfsinnigen, monotonen Arbeit auf das Individuum klar erkannt. Marx:

„Worin besteht nun die Entäußerung der Arbeit? Erstens, daß die Arbeit dem Arbeiter *äußerlich* ist, d.h. nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, *Zwangsarbeit*. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein *Mittel*, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird. Die äußerliche Arbeit, die Arbeit, in welcher der Mensch sich entäußert, ist eine Arbeit der Selbstaufopferung, der Kasteiung. Endlich erscheint die Äußerlichkeit der Arbeit für den Arbeiter darin, daß sie nicht sein eigen, sondern eines andern ist, daß sie ihm nicht gehört, daß er in ihr nicht sich selbst, sondern einem andern angehört.“ (a.a.O. S. 514)

Ergebnis eines fremdbestimmten Arbeitsprozesses kann also nur die Abtötung jeglicher Kreativität, jeglicher innerer Motivation sein, so daß Arbeit nicht mehr als Bedürfnis, sondern nur noch als Zwang als notwendiges Übel empfunden wird, als Mittel, um mit dem ausgezahlten Lohn andere — außerhalb der Arbeit liegende — Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Unter den Verhältnissen fremdbestimmter Arbeit kann das Bedürfnis nach Entfaltung in der Arbeit gar nicht mehr als eigenständiges Bedürfnis existieren, es muß permanent „verdrängt“ werden. Diese Verdrängung wird spätestens durch den Arbeitsprozeß selbst erzwungen, meist aber schon vor-

her: durch die Erziehung in Familie, Schule oder in Heimen, kurz: durch die sog. Sozialisation. Uns sind inzwischen die psychischen Mechanismen im einzelnen bekannt, die eine Verdrängung der Entfaltungsbedürfnisse bewirken, und uns ist auch bekannt (insbesondere aufgrund der charakteranalytischen Forschungen von Wilhelm Reich), wie sich Verdrängungen auf die gesamte Persönlichkeit, auf die Charakterstruktur des Individuums und sein Verhältnis zur Umwelt auswirken: der Mensch panzert sich immer mehr ab gegen seine eigenen Triebwünsche und aufgestauten Energien, die dennoch immer wieder zwanghaft durchbrechen in Form von neurotischen Verhaltensweisen, die er nicht mehr kontrollieren kann, von denen er beherrscht wird wie von einer äußeren Macht. Er wird sich selbst gegenüber fremd, ist gegenüber sich selbst entfremdet.

Die charakteranalytischen Forschungen von Reich bestätigen also in der Tendenz, was Marx bereits gesehen hat (auch wenn die Ergebnisse dieser Forschungen innerhalb der marxistischen Diskussion bisher kaum aufgegriffen worden sind.): daß die Unterdrückung der eigenen Entfaltungsmöglichkeiten, die Unterwerfung unter eine Fremdbestimmung — sei es in der Erziehung oder im Arbeitsprozeß — die Selbstentfremdung des Menschen zur Folge hat. Interessant dabei ist, daß sich die widersprüchliche Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft wiederfindet in der Psychostruktur des kapitalistischen Individuums, besser: des Individuums in einer kapitalistischen Gesellschaft: Denn im Zuge des psychischen Mechanismus der Verdrängung wird ein Teil der ursprünglich nach Selbstverwirklichung drängenden psychischen Energien abgespalten, ins Gegenteil gewendet und erfüllt die Funktion, die eigenen Triebwünsche an der Entfaltung zu hindern, um die sonst von außen drohende Strafe oder Frustration zu ersparen. Die Triebwünsche werden dabei ins Unbewußte abgeschoben, die daran geknüpften Energien entgleiten der bewußten Kontrolle und verselbständigen sich als scheinbar äußere Zwänge, von denen das Individuum schließlich beherrscht wird (Abb. 1d, e). (Vgl. hierzu im einzelnen Wilhelm Reich; Die Funktion des Orgasmus, Frankfurt 1972.)



Indem die Menschen — insbesondere die Lohnarbeiter aufgrund des fremdbestimmten Arbeitsprozesses (durch die Sozialisation schon vorher oder später durch den Arbeitsprozeß selbst) — gezwungen werden, ihre Entfal-

tungsbedürfnisse zu verdrängen, können sie ihre kreativen Energien auch nicht mehr in der „Freizeit“ freisetzen. Der Panzer, den die Einzelnen um sich herum zum Zwecke der Verdrängung errichten mußten, tritt nun als Mauer *zwischen* die Menschen, macht es ihnen unmöglich, sich ungezwungen, spontan, natürlich zu begegnen. Ihre Beziehungen zueinander sind verkrampt, sind von Ängsten und Feindseligkeiten geprägt, die nur noch erstickt werden können etwa durch die Flucht in den Alkohol. Die Selbstentfremdung führt also zwangsläufig auch zur Entfremdung der Menschen untereinander. Auch diese Zusammenhänge, von der Charakteranalyse im einzelnen aufgedeckt, wurden im wesentlichen Zügen von Marx in seinen Frühschriften schon klar herausgearbeitet:

„Eine unmittelbare Konsequenz davon, daß der Mensch dem Produkt seiner Arbeit, seiner Lebenstätigkeit, seinem Gattungswesen entfremdet ist, ist die *Entfremdung des Menschen* von dem *Menschen*. Wenn der Mensch sich selbst gegenübersteht, so steht ihm der *andre* Mensch gegenüber. Was von dem Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zum Produkt seiner Arbeit und zu sich selbst, das gilt von dem Verhältnis des Menschen zum *andren* Menschen, wie zu der Arbeit und dem Gegenstand der Arbeit des *andren* Menschen. Überhaupt, der Satz, daß der Mensch seinem Gattungswesen entfremdet ist, heißt, daß ein Mensch dem *andern*, wie jeder von ihnen dem menschlichen Wesen entfremdet ist. Die Entfremdung des Menschen, überhaupt jedes Verhältnis, in dem der Mensch zu sich selbst (steht), ist erst verwirklicht, drückt sich aus in dem Verhältnis, in welchem der Mensch zu d(em) *andren* Menschen steht.“ (a.a.O. S. 517f.)

B. GESETZMÄSSIGKEITEN DER EINFACHEN WARENPRODUKTION

Die ökonomisch-philosophischen Manuskripte waren für Marx Ausgangspunkt für die theoretische Erarbeitung derjenigen Gesetzmäßigkeiten, die den widersprüchlichen gesellschaftlichen Erscheinungen innerhalb des Kapitalismus zugrundeliegen. Seine Werttheorie bietet einen tiefgehenden theoretischen Ansatz, der die gesellschaftlichen Erscheinungen aus den ökonomischen Bewegungsgesetzen, aus den materiellen Produktionsbedingungen, aus den Produktionsverhältnissen abzuleiten versucht. Marx:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (MEW 13, S. 8f)

Wir wollen im folgenden versuchen herauszuarbeiten, welchen Beitrag die Marxsche Werttheorie zum Verständnis der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der in ihr wirkenden ökonomischen Bewegungsgesetze geleistet hat. Hierzu wird es notwendig sein, Schritt für Schritt — entsprechend der Marxschen Darstellungsmethode — vom Abstrakten zum Konkreten, vom „Wesen“ zu den „Erscheinungen“ aufzusteigen, um die Logik der historisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung begreifen und die Logik der Marxschen Methode selbst nachvollziehen zu können. Wir wollen uns aber nicht darauf beschränken, die Marxschen Begriffe (etwa den Begriff des Werts einer Ware) einfach zu übernehmen und darauf das theoretische Gebäude der Mehrwerttheorie zu rekonstruieren, sondern wir wollen in Ansätzen die Logik selbst verfolgen, die erst die Bildung des Wertbegriffs ermöglicht. Nur so kann deutlich werden, daß es sich bei dem für die Werttheorie zentralen Begriff des Werts nicht um eine willkürliche Definition handelt (aus der dann alles andere folgt),

sondern, um einen Begriff, der aus den ökonomischen Bewegungen selbst erst abgeleitet werden kann.

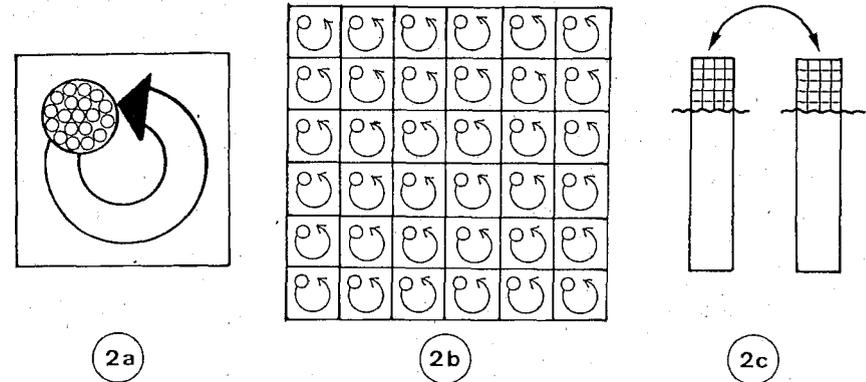
I. Der Begriff der Ware

Ausgangspunkt der Marx'schen Werttheorie ist der Begriff der „Ware“. Nicht jedes Ding und auch nicht jedes Produkt menschlicher Arbeit ist eine Ware. Zur Ware wird ein Produkt erst dann, wenn es für den Austausch produziert wird. Marx:

„Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andere, gesellschaftlichen Gebrauchswert. (Und nicht nur für andere schlechthin . . . Um Ware zu werden, muß das Produkt dem anderen, dem es als Gebrauchswert dient, durch Austausch übertragen werden.“ (MEW 23, S. 55)

Warenproduktion ist also eine Produktion für den Austausch. Sie setzt einerseits ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Arbeitsteilung voraus, andererseits eine Vereinzelung der Warenproduzenten, deren Produktion nicht gemeinsam geplant, sondern erst über den Austausch in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zueinander gestellt wird. Diese Vereinzelung der Warenproduzenten hat es historisch nicht immer gegeben. Vielmehr gab es im überwiegenden Teil der Menschheitsgeschichte naturwüchsige Gemeinwesen, in denen die Produktionsmittel Gemeineigentum waren und wo die Produktion am Eigenbedarf des Gemeinwesens ausgerichtet wurde. Keine Produktion also für den Austausch, sondern für den Eigenbedarf. (Vgl. hierzu im einzelnen: E. Mandel; Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1972, Bd. I, S. 19 - 50). Wir wollen diese Naturalwirtschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln symbolisch

wie folgt darstellen (Abb. 2a):



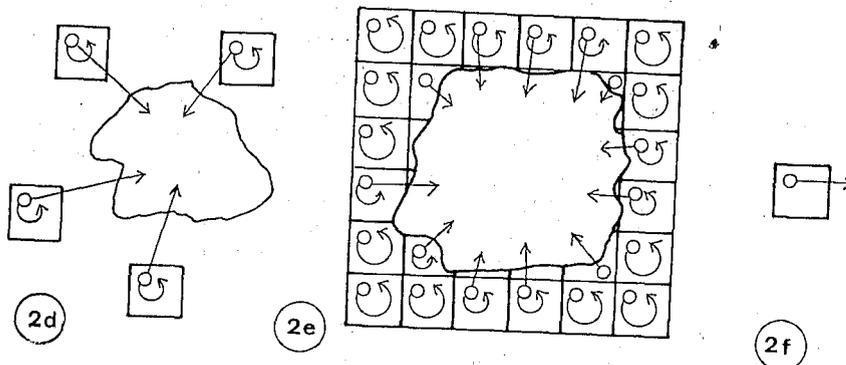
Das Quadrat symbolisiert die Produktionsmittel, die kleinen Kreise stellen die Mitglieder des Gemeinwesens dar, der gerundete Pfeil soll heißen, daß die vom Gemeinwesen produzierten Produkte für den Eigenbedarf der Gruppe erstellt werden, d.h. den Mitgliedern der Gruppe zufließen. — Besteht eine ganze Gesellschaft aus mehreren abgeschlossenen Produktions- und Konsumtionsgemeinschaften auf der Basis der Naturalwirtschaft, so läßt sich diese Gesellschaftsstruktur symbolisch wie in Abb. 2 b darstellen. Zwischen den einzelnen Gemeinschaften bestehen keinerlei ökonomische Austauschbeziehungen; was produziert wird, sind Produkte, nicht aber Waren. Eine Warenproduktion hat sich noch nicht herausgebildet. Die Produktion ist noch ausschließlich am Gebrauchswert der Produkte orientiert, an ihrer unmittelbaren Nützlichkeit für die Gemeinschaft, richtet sich noch unmittelbar nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Ein Wendepunkt tritt erst ein, sobald die Mitglieder der Gemeinschaft insgesamt mehr produzieren, als sie zu ihrem eigenen Lebensunterhalt unmittelbar brauchen. Diese Situation soll wie in Abb. 2 c symbolisiert werden. Der Block stellt die Höhe der Produktion dar, die Wellenlinie bedeutet das Existenzminimum der Gemeinschaft, das produziert werden muß, damit sich die Gemeinschaft „über Wasser hält“. Der schraffierte Block bedeutet demnach das „gesellschaftliche Mehrprodukt“, das, was über den existenziellen Bedarf hinaus produziert worden ist.

Die Entstehung gesellschaftlichen Mehrprodukts schafft die Voraussetzung dafür, daß es zwischen verschiedenen Gemeinwesen zu einem Austausch

von Produkten kommt. Der Austausch beschränkt sich aber zunächst nur auf den Tausch zwischen verschiedenen Gemeinwesen und findet noch nicht innerhalb derselben statt. Marx:

„Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen. Sobald Dinge aber einmal im Auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im inneren Gemeinwesen zu Waren. Ihr quantitatives Austauschverhältnis ist zunächst ganz zufällig. Austauschbar sind sie durch den Willensakt ihrer Besitzer, sie wechselseitig zu veräußern. Indes setzt sich das Bedürfnis für fremde Gebrauchsgegenstände allmählich fest. Die beständige Wiederholung des Austauschs macht ihn zu einem regelmäßigen gesellschaftlichen Prozeß. Im Laufe der Zeit muß daher wenigstens ein Teil der Arbeitsprodukte absichtlich zum Behufe des Austauschs produziert werden. Von diesem Augenblick befestigt sich einerseits die Scheidung zwischen der Nützlichkeit der Dinge für den unmittelbaren Bedarf und ihrer Nützlichkeit zum Austausch. Der Gebrauchswert scheidet sich von ihrem Tauschwert. Andererseits wird das quantitative Verhältnis, worin sie sich austauschen, von ihrer Produktion selbst abhängig.“ (MEW 23, S. 102ff.)

Aus der Produktion für den eigenen Bedarf entwickelte sich auf diese Weise mehr und mehr eine Produktion von Waren, eine Produktion für den Austausch (siehe hierzu im einzelnen: E. Mandel; Marxistische Wirtschaftstheorie I, S. 51 - 78). Wir wollen diese Veränderung mit folgender Graphik symbolisieren (Abb. 2 d):

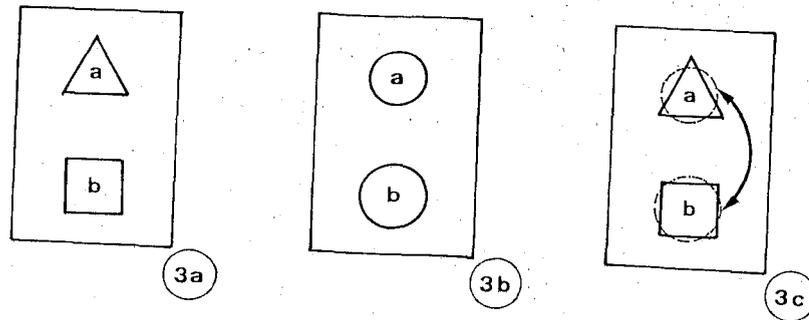


Indem sich die Produkte als Waren austauschen und der Austausch sich zunehmend erweitert, bilden sich Warenmärkte heraus (in unserer Graphik symbolisiert durch die mittlere Fläche). Indem das Produkt zur Ware wird, ist es nicht mehr nur qualitativer Gebrauchswert, stellt nicht mehr nur eine bestimmte konkrete Nützlichkeit dar (der Stuhl zum drauf sitzen, das Kleid zum anziehen); sondern verkörpert auch einen *Tauschwert*, ein quantitatives Verhältnis zu anderen Waren (ein Tisch zu zwei Kleidern). Insofern besitzen die Waren von der Geburtsstunde ihrer historischen Entstehung an einen *Doppelcharakter*: einerseits Gebrauchswert zu sein und andererseits Tauschwert zu verkörpern. Solange die für den Austausch produzierten Waren nur einen geringen Anteil an der Gesamtproduktion haben, ist allerdings die Produktion noch im wesentlichen ausgerichtet auf den Gebrauchswert. (Siehe hierzu im einzelnen: Marx: Grundrisse S. 375 - 413)

In dem Ausmaß aber, wie die Produktion für den Austausch, die Produktion von Waren, in den Vordergrund tritt, kehrt sich auch das Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert um: das Interesse der Warenproduzenten am Tauschwert, an dem, was sich durch den Austausch der Ware einlösen läßt, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung, während der Gebrauchswert der Ware nur noch zur notwendigen Voraussetzung, zum notwendigen Übel wird, um den Tauschwert zu realisieren. Im Zuge der Herausbildung der Warenproduktion löst sich auch die ursprünglich starre Gesellschaftsstruktur von untereinander isolierten Gemeinwesen auf (ebenso wie übrigens das ursprünglich vorhandene Gemeineigentum an Produktionsmitteln), und als Verbindungsglied zwischen die einzelnen Warenproduzenten tritt der Austausch, der Markt (Abb. 2 e). Je mehr die Produktion für den Eigenbedarf zurückgeht, umso mehr ist der einzelne Warenproduzent darauf angewiesen, die Produkte, die er selbst nicht mehr herstellt, über den Austausch hereinzubekommen. Andererseits ermöglicht die Spezialisierung, die Herausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der Summe die Erstellung eines größeren Gesamtprodukts als unter den Verhältnissen der Naturalwirtschaft. Für den einzelnen Warenproduzenten bedeutet diese Entwicklung, daß er zunehmend vom Austausch der von ihm produzierten Waren abhängt, um seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Am extremsten ist diese Abhängigkeit vom Markt, dieser Zwang zur Realisierung von Tauschwerten dann, wenn der einzelne Warenproduzent ausschließlich Gebrauchswerte für andere erstellt (Abb. 2 f).

Sehen wir uns das Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert einer

Ware etwas näher an. Die Ware a habe z.B. eine bestimmte konkrete Beschaffenheit, die sich von derjenigen der Ware b unterscheidet (z.B. Tisch und Kleid).



Diese unterschiedliche konkrete Beschaffenheit soll symbolisiert werden durch unterschiedliche geometrische Vielecke (a als Dreieck, b als Viereck, Abb. 3 a). Trotz ihrer unterschiedlichen konkreten Beschaffenheit, ihres unterschiedlichen Gebrauchswerts, werden aber die Waren a und b auf etwas Gemeinsames bezogen, haben irgendeinen gemeinsamen Nenner, eine quantitative Bezugsgröße. Die Tatsache, daß beide Waren einen quantitativen Tauschwert verkörpern, macht sie überhaupt erst gegeneinander austauschbar.

„Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte einer anderen Art austauschen.“ (MEW 23, S. 50) „Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedener Qualität, als Tauschwerte können sie nur verschiedener Quantität sein . . .“ (MEW 23, S. 52)

Der Doppelcharakter der Ware drückt sich demnach symbolisch wie in Abb. 3 c aus. Es wird zu zeigen sein, daß in diesem Doppelcharakter der Ware, Tauschwert und Gebrauchswert zu sein, ein Widerspruch angelegt ist, der zu einer bestimmten Bewegung der ökonomischen Verhältnisse treibt, und daß im Doppelcharakter der Ware bereits der Keim angelegt ist zur Herausbildung des Geldes sowie zur Umwandlung des Geldes in Kapital, d.h. zur historischen Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Diese Logik der historischen Entwicklung auch begrifflich faßbar gemacht und damit vor allem die Veränderung ökonomischer Strukturen begreifbar gemacht zu haben, ist eines der Verdienste von Marx. An dieser Stelle

können wir es jedoch nur mit einem Hinweis bewenden lassen. Für uns stellt sich zunächst die Aufgabe, den Hintergrund für diesen gemeinsamen Nenner der Waren aufzuspüren und zu fragen, nach welchen ökonomischen Gesetzen sich der Austausch der Waren regelt. Wir wollen uns an dieser Stelle von der Marxschen Darstellungsmethode, wie sie im Kapital niedergelegt ist, zunächst lösen, um die Logik des Wertbegriffes modellhaft herauszuarbeiten und die Relevanz dieses Begriffes für die weiteren Abhandlungen umso besser verstehen zu können.

II. Zur Entwicklung des Wertbegriffs

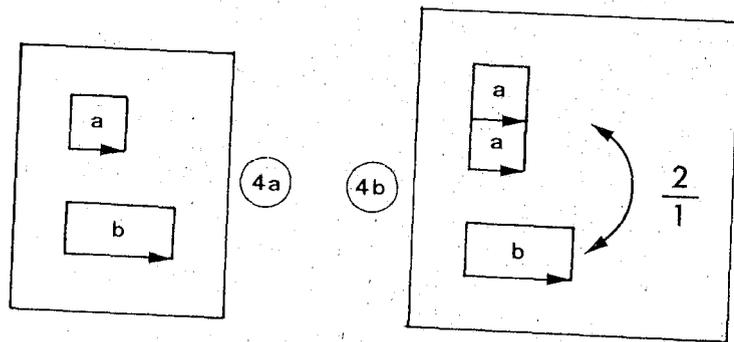
Fragen wir uns also, wovon das gegenseitige Austauschverhältnis zweier Waren a und b bestimmt wird. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten bieten sich an:

- das Austauschverhältnis bestimmt sich durch das Verhältnis der zur Produktion der Waren jeweils aufgewendeten Arbeitszeit.
- das Austauschverhältnis bestimmt sich durch das Verhältnis von Nachfrage und Angebot, also durch die relative Knappheit der Waren.

Wenn beide Kriterien in jedem Fall zum selben Ergebnis führen würden, wäre die Frage unproblematisch. Problematisch wird sie, wenn sich unterschiedliche Austauschverhältnisse ergeben, je nachdem welches Kriterium zugrunde gelegt wird. Von einem solchen Fall wollen wir ausgehen.

1) Zum Verhältnis von Wert und Preis

Wir unterstellen zwei Waren a und b, die zunächst von unterschiedlichen Produzenten erstellt werden, wobei zur Herstellung der Ware a eine Stunde und zur Herstellung der Ware b zwei Stunden Arbeitsaufwand benötigt werden. Die jeweils zur Produktion von a aufgewendete Arbeitszeit kommt graphisch in der Länge des Rechtecks (waagerechter Pfeil) zum Ausdruck.



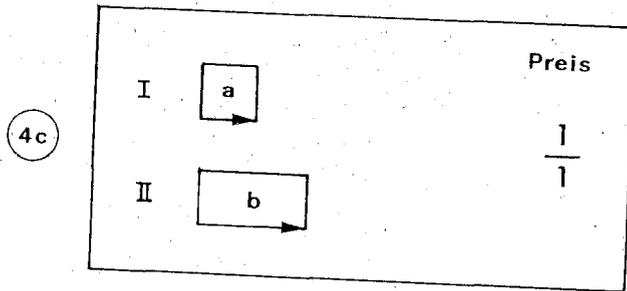
Wäre für das Austauschverhältnis das Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeiten ausschlaggebend, so müßte sich — damit sich gleiche Arbeitszeit gegen gleiche Arbeitszeit tauscht — ein Austauschverhältnis von $a : b = 2 : 1$ ergeben (Abb. 4 b). Angenommen nun, die Ware b sei nur wenig begehrt, wohingegen a sehr gefragt ist. Das mangelnde Interesse an b würde dazu führen, daß keiner bereit ist, für ein b zwei a hinzugeben. Die Produzenten von b blieben also auf ihren Waren sitzen. Das würde sich erst ändern, wenn das Austauschverhältnis sich z.B. auf $1 : 1$ einstellen würde. Wir wollen nun annehmen, daß sich dieses Verhältnis $1 : 1$ aufgrund der Angebots-Nachfrage-Verhältnisse und der sich daraus ableitenden Knappheitsverhältnisse am Markt ergibt. Einerseits also existiert das aus dem Arbeitsaufwand sich ergebende Verhältnis von $2 : 1$, andererseits das aus den Knappheiten am Markt sich ergebende Verhältnis $1 : 1$. Welches ist nun das richtige Verhältnis? Oder das gerechte?

Man könnte die These vertreten, daß die b -Produzenten gegenüber den a -Produzenten die doppelte Arbeit leisten, daß sie im Austausch für eine Arbeitsstunde nur das Ergebnis einer halben Arbeitsstunde wiedererhalten, und daß es deswegen richtiger sei, wenn das Austauschverhältnis auf $2 : 1$ liegen würde. Wir haben aber gesehen, daß bei $2 : 1$ die b -Produzenten auf ihren Waren sitzenbleiben. Unter solchen Umständen würde ihnen der „gerechteste“ Preis nichts nützen. Die einzige Möglichkeit bestünde darin, daß etwa der Staat die Preise künstlich stützt und das Angebot an b , was vom Markt nicht aufgenommen wird, seinerseits aufkauft (Stützungskäufe). Damit wären zwar die b -Produzenten zufrieden, indem sie ihren Arbeitsaufwand voll entgolten bekommen, aber das eigentliche Problem wäre damit nicht gelöst, sondern nur verdrängt: daß nämlich — gemessen am Bedarf

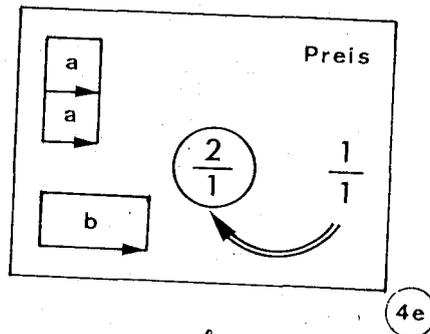
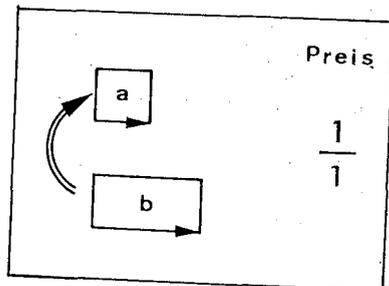
des Marktes — zu viel b produziert wurde: Der Überschuß an b , der am Markt die Preise drücken würde, wäre nur künstlich aus dem Markt herausgenommen und landete beim Staat, der einerseits Mittel dafür aufbringen müßte (die an anderer Stelle abziehen wären), andererseits mit den b -Waren aber selbst nichts anfangen könnte. (Beispiel heute: Subventionspolitik in der Agrarwirtschaft, Butterberg.) Es zeigt sich also: die Festsetzung von Preisen, die als gerecht empfunden werden, weil sie dem Arbeitsaufwand entsprechen, diese Festsetzung der Preise würde die zugrunde liegende Problematik nicht lösen: Bei einer einfachen Festsetzung (ohne Stützungsmaßnahmen) blieben die b -Produzenten auf ihren Waren sitzen, würden also weniger einlösen als bei sinkenden Preisen, und bei Stützungskäufen würde der Überschuß an b -Waren nur auf eine andere Ebene verlagert. Gesellschaftlich wäre es so und so eine Fehlleitung von Ressourcen, eine Fehlleitung von Arbeitszeit, wenn man so will: eine gesellschaftliche Verschwendung.

Aus diesen und ähnlichen Überlegungen ziehen verschiedene bürgerliche Ökonomen bereits den Schluß, daß die Marxsche Arbeitswertlehre zwar eine schöne Wunschvorstellung, eine Utopie sei, daß aber in der Realität der Markt und die sich hierbei bildenden Knappheitsverhältnisse die Preise bestimmen müßten. Bei aller Anerkennung für die sozialen und humanen Ambitionen des Karl Marx müsse man doch erkennen, daß eine am Arbeitsaufwand sich orientierende Bewertung dann zu Problemen führen müsse, wenn die Verhältnisse der Arbeitszeiten von den am Markt gebildeten Knappheitspreisen abweichen. Also könne man die Marxsche Theorie getrost übergehen und sich anderen Theorien zuwenden, die die Marktverhältnisse angemessener berücksichtigen, etwa die Neoklassik . . . In diesem Stil wurde noch vor wenigen Jahren die marxistische Theorie an den Universitäten behandelt. (Mancherorts hat sich das bis heute nicht geändert.) Der grobe Fehler liegt darin, daß Marx etwas unterstellt wird, was er selbst nie geschrieben hat. Es ging Marx nicht um das Auffinden eines irgendwie gerechten Maßstabes als Grundlage für die Austauschverhältnisse, der schließlich doch an der Realität scheitern müßte, nicht also um irgendwelche moralischen Kategorien (gerecht, ungerecht, gut, schlecht usw.), sondern einzig und allein um die theoretische Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze, wie sie den realen Abläufen zugrunde liegen. Kommen wir also auf unser Problem zurück und fragen uns, wie sich die Lösung im Marxschen Sinne darstellt.

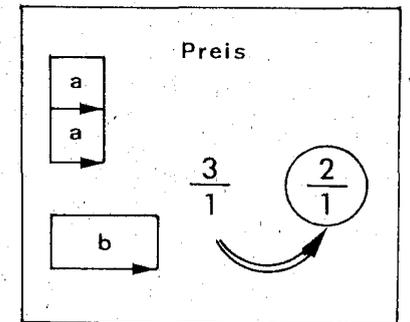
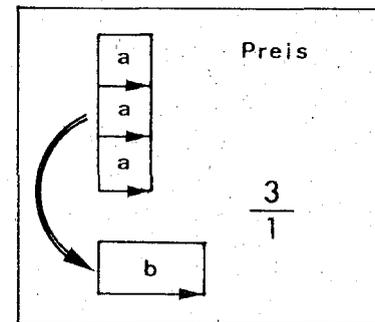
Angenommen, durch die Marktverhältnisse habe sich in einem bestimmten Zeitpunkt ein Austauschverhältnis, ein Preisverhältnis von 1 : 1 herausgebildet.



Würde sich dieses Verhältnis halten, so liefe es darauf hinaus, daß die Produzenten II im Verhältnis zu den Produzenten I ständig doppelt soviel Arbeitszeit aufwenden. Was wird unter solchen Bedingungen die Folge sein? Die Produzenten II würden versuchen, ihrerseits auf die Produktion von a umzusteigen, weil sich die für a aufgewendete Arbeitszeit am Markt besser „bezahlt macht“. Das Ergebnis wäre eine Umstrukturierung der Produktion, des Angebots, in Richtung mehr a und weniger b. (In der Graphik dargestellt durch den breiten Pfeil von b nach a (Abb. 4d). Für den Fall, daß die Nachfrage nach a und b sich nicht verändert, hat diese Verschiebung in der Angebotsstruktur Auswirkungen auf das Preisverhältnis: Der Preis von a wird aufgrund des gestiegenen Angebots relativ sinken, derjenige von b relativ steigen, d.h. das Preisverhältnis zwischen a und b wird sich von 1 : 1 in Richtung 2 : 1 verschieben (Abb. 4 e). (Es werden nunmehr zwei von den reichlicher vorhandenen a hingegeben, um eins von den knapper gewordenen b einzutauschen.)

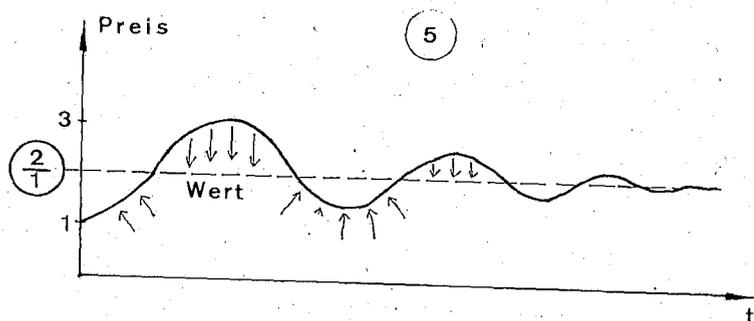


Hat sich aufgrund dieser Umstrukturierungen das Preisverhältnis auf 2 : 1 eingestellt, so entspricht es genau dem umgekehrten Verhältnis der zur Herstellung von a und b aufgewendeten Arbeitszeiten. Ist dies der Fall, besteht für keinen Produzenten mehr Anlaß, die Produktion umzustellen. Führt die Umstrukturierung hingegen soweit, daß a noch weiter im Angebot steigt und b noch weiter zurückgeht und daß sich infolgedessen das Preisverhältnis in Richtung 3 : 1 entwickelt (Abb. 4 f), so würden nunmehr die Produzenten I für 3 Stunden Arbeitszeit im Austausch nur das Ergebnis von 2 Stunden zurück erhalten. Die Konsequenz wäre eine Umstrukturierung in Richtung weniger a und mehr b (Abb. 4 g).



Auf diese Weise wird der Preis eine Zeitlang um ein Niveau herumpendeln, so lange, bis er sich auf das Niveau eingestellt hat, bei dem kein Anlaß mehr für eine Umstrukturierung der Produktion besteht, weil sich hier die Ergebnisse gleicher Arbeitszeiten gegeneinander austauschen. Offensichtlich zeichnet sich dieses spezielle Preisverhältnis von allen anderen Verhältnissen aus: Nur in diesem Fall hört (in diesem einfachen Modell) die Bewegung, die Tendenz zur Umstrukturierung auf; bei jeder Abweichung der Preisverhältnisse von diesem speziellen Verhältnis, von diesem (umgekehrten) Verhältnis der Arbeitszeiten, ergibt sich eine Art Spannung, die eine Bewegung erzeugt, eine Umstrukturierung der Produktion, und zwar so lange, bis auf dem Weg über veränderte Angebotsverhältnisse die Preisverhältnisse dem Arbeitszeitverhältnis wieder angeglichen werden. Graphisch

stellt sich die Bewegung der Preise wie folgt dar (Abb. 5):



Die Preise schwanken um ein Niveau, das durch das Verhältnis der jeweils zur Produktion der Waren erforderlichen Arbeitszeiten bestimmt ist. Je größer die Abweichung der Preise von diesem Niveau, umso stärker wird die Spannung und werden die dadurch in Bewegung gesetzten Kräfte, die auf eine Umstrukturierung der Produktion und im Ergebnis auf eine Angleichung der Preise an dieses gewisse Niveau hindrängen. Das Niveau selbst tritt in reiner Form gar nicht in Erscheinung, höchstens zufällig kann das Preisverhältnis in einem Moment gleich dem (umgekehrten) Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeiten sein. Und dennoch wird deutlich, daß das Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeiten quasi hinter den Kulissen des Marktes, unter der Oberfläche der Erscheinungen, eine wesentliche Rolle spielt. Die besondere Relevanz dieses Verhältnisses für das Zustandekommen ökonomischer Bewegungen rechtfertigt es, ihm einen besonderen Namen zu geben, auch wenn es selbst gar nicht an der Oberfläche des Marktes in Erscheinung tritt: Wir sprechen vom Verhältnis der *Arbeitswerte*, vom „Wertverhältnis“:

„Der Wert einer Ware verhält sich zum Wert jeder anderen Ware wie die zur Produktion der einen notwendige Arbeitszeit zu der für die Produktion der anderen notwendigen Arbeitszeit.“ (MEW 23, S. 54)

(Das Schwanken der Preisverhältnisse um die Wertverhältnisse kann übrigens bildlich verglichen werden mit dem Schwanken der Wasserwellen um ein fiktives Niveau der Wasseroberfläche. Auch hier spricht man z. B. von einem „Meeresspiegel“, obwohl dieser in reiner, völlig glatter Form praktisch nicht existiert. Er ergibt sich einfach aus dem Durchschnitt von Wellenbergen und Wellentälern. Je mehr die einzelne Welle sich über diesen Durchschnitt erhebt, umso größer wird auch der Druck, der die Wassermassen wieder herunterdrückt. Ebenso umgekehrt bei den Wellentälern. — Selbst wenn das Meer in den seltensten Fällen eine vollkommen glatte Oberfläche hat, ist es dennoch sinnvoll, nach den Bestimmungsgründen von Ebbe und Flut, also nach den Bestimmungsgründen eines fiktiven Niveaus des Meeresspiegels zu fragen. Ziemlich sinnlos wäre hingegen die Fragestellung, welche Höhe in einer bestimmten Sekunde eine einzelne Wasserwelle an einem bestimmten Punkt erreichen wird und wovon die Höhe dieser einzelnen konkreten Welle im einzelnen abhängt. Nicht nur, daß sich in die Bestimmung dieser konkreten Höhe tausende Bestimmungsfaktoren einschleichen, sondern auch, daß diese Fragestellung, bezogen auf eine einzige konkrete Welle, ziemlich irrelevant sein dürfte und von den wesentlicheren Fragen (nämlich wovon das Niveau von Ebbe und Flut insgesamt beeinflusst wird) nur ablenken kann. Was am Beispiel des Meeres unmittelbar einleuchtet, bereitet allerdings in der Ökonomie einige Kopfschmerzen. Die bürgerliche Kritik am Marxschen Ansatz läuft nämlich immer wieder darauf hinaus, daß Marx mit seiner Werttheorie keine hinreichende Erklärung der Einzelpreise gegeben habe. Dies hat Marx auch gar nicht gewollt, und dieser Mangel ist ihm auch gar nicht anzulasten. Im Gegenteil: Indem er von den tausenden mehr oder weniger zufälligen Bestimmungsfaktoren absieht, die auf das Zustandekommen eines einzelnen Preises zu einem bestimmten Zeitpunkt einwirken, hält er sich den Blick frei für relevantere Zusammenhänge; relevanter jedenfalls, wenn es darum geht, ökonomische Bewegungsgesetze im Großen, im gesellschaftlichen Maßstab und im historischen Ablauf, transparent zu machen. Daß Marx das Problem der Preisbildung an den Märkten nicht gesehen hat, wie es ihm immer wieder von bürgerlicher Seite unterstellt wurde, ist schlichtweg falsch. So lesen wir zum Beispiel in Marxsens Kapital:

„Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“ (MEW 23, S. 117)

Marx hat sogar im 3. Band des „Kapital“ (in MEW 25, S. 182 ff., 236 ff.) Ansätze zu einer Preistheorie gemacht. Was aber zunächst wichtiger ist, ist

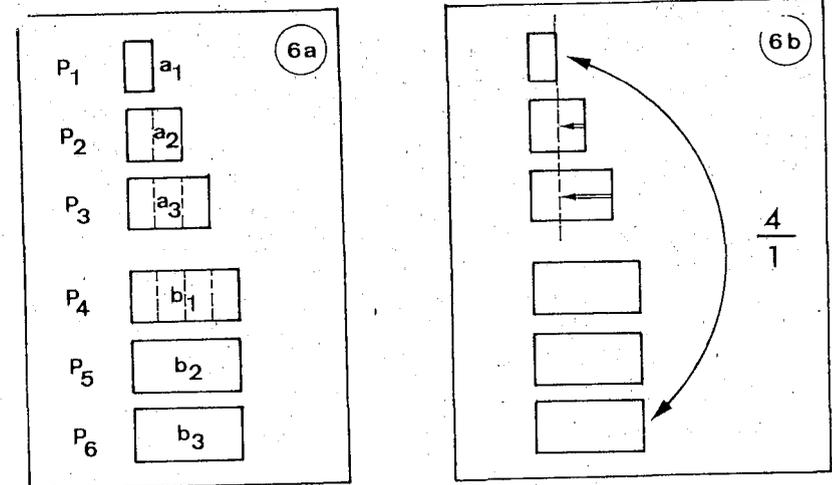
die Herausarbeitung derjenigen Bestimmungsgründe, die auf das Niveau der Preise einwirken, ist die Herausarbeitung der *Wertebene*, um die die Einzelpreise mehr oder weniger zufällig herumpendeln und dabei umso mehr auf diese Ebene zurückgezogen werden, je mehr sie sich davon entfernen. Die Marxsche Werttheorie entspricht insofern zunächst einmal (im übertragenen Sinn) einer Theorie über die Bestimmungsgründe von Ebbe und Flut, nicht aber einer Theorie, die sich für einzelne von Milliarden noch so kleiner Wellen interessiert. Nicht Marx ist es vorzuwerfen, daß er keine ausgefeilte Preistheorie entworfen hat, sondern umgekehrt der bürgerlichen Ökonomie ist der Vorwurf zu machen, daß sie sich mit einem formalistischen Aufwand an die Erklärung von Einzelpreisen heranmacht, ohne sich vorher Gedanken gemacht zu haben über die Bestimmungsgründe des Niveaus, um das die einzelnen Preise pendeln.

Halten wir das Ergebnis unserer bisherigen Überlegungen zum Wertbegriff kurz fest: Obwohl das Wertverhältnis zweier Waren nicht an der Oberfläche des Marktes in Erscheinung tritt, regelt es — bei Abweichung der Preisverhältnisse von den (umgekehrten) Wertverhältnissen — die Umstrukturierung der Produktion in der Weise, daß sich tendenziell die Preisverhältnisse den (umgekehrten) Wertverhältnissen angleichen. Die Existenz dieses ökonomischen Gesetzes, des *Wertgesetzes*, wird immer nur dann deutlich, wenn gegen seine „Prinzipien“ verstoßen wird: wenn die Preise von den Werten abweichen. (Der unsichtbare Wert einer Ware gleicht damit — bildlich gesehen — einem unsichtbaren Souffleur, der erst dann in Funktion tritt, wenn der Schauspieler von seiner Rolle abweicht und vom Souffleur korrigiert wird.) Erst bei Abweichung der Preise von den Werten setzt die Umstrukturierung ein, die Lenkung der Arbeitskraft derart, daß sie langfristig nicht verschwendet, sondern der in den Waren steckende Arbeitswert auf die Dauer und im Durchschnitt über den Markt entgolten wird.

Was wir bisher zum Inhalt des Wertbegriffes herausgearbeitet haben, läßt sich wie folgt zusammenfassen: *Der Wert einer Ware wird bestimmt durch den zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeitsaufwand.* Wir müssen betonen, daß mit dieser ersten Annäherung an den Wertbegriff der Inhalt dieses Begriffes noch nicht hinreichend scharf umrissen ist, sondern daß diese Definition nur Gültigkeit hat für die extrem einfachen Annahmen, die wir bisher in unserem Modell zugrunde gelegt haben.

2) Individueller und gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand

Gehen wir in unserer Ableitung einen Schritt weiter und unterstellen, daß die Produktionsbedingungen zur Herstellung der Ware a für die einzelnen Produzenten unterschiedlich sind: P₁ benötigt eine halbe Stunde, P₂ eine Stunde, P₃ braucht 1 1/2 Stunden. Die Ware b hingegen wird von allen Produzenten P₄, P₅, P₆ mit dem gleichen Arbeitsaufwand von je 2 Stunden erstellt (Abb. 6 a). Wodurch wird in diesem Fall der Wert der Ware a bestimmt? Hat jedes a, je nachdem, welcher Arbeitsaufwand zu seiner Produktion aufgewendet wurde, einen unterschiedlichen Wert? Das ließe darauf hinaus, daß die gleiche Ware, von unterschiedlichen Produzenten erstellt, umso wertvoller wäre, je länger der einzelne Produzent zur Herstellung bräuchte. Das würde aber auch bedeuten, daß der langsamste, unter Umständen also der faulste oder ungeschickteste Produzent, die größten Werte erstellen würde.



Oder wird der Wert der Ware etwa durch die besten Produktionsbedingungen bestimmt, so daß alle Produzenten, die diese Bedingungen nicht verwirklichen, mit ihren darüberhinausgehenden Arbeitsaufwänden gar keine Werte mehr schaffen? Auch diese Frage läßt sich nicht mit irgendwelchen Gerechtigkeitsvorstellungen oder Plausibilitätsüberlegungen beantworten, sondern nur aufgrund der Analyse der ökonomischen Bedingungen selbst. Zunächst ist festzustellen, daß die Ware a, gleichgültig, welcher Arbeitsauf-

wand individuell für ihre Produktion aufgewendet wurde, den gleichen Preis erzielen wird. Denn wir unterstellen, daß sich äußerlich a_1 , a_2 und a_3 in keiner Weise unterscheiden. Angenommen nun, das Preisverhältnis $a : b$ spiele sich am Markt auf $4 : 1$ ein (was dem Verhältnis des Arbeitsaufwandes zwischen a_1 und b entspräche) (Abb. 6b). P_1 bekäme in diesem Fall seinen Arbeitsaufwand im Austausch voll entgolten: 4 mal $1/2$ Stunde tauschen sich gegen 1 mal 2 Stunden. Für P_2 und P_3 sähe die Situation schlechter aus: P_2 würde 4 mal 1 Stunde (= 4 Stunden) gegen 1 mal 2 (b) Stunden tauschen. P_3 sogar 4 mal 1,5 (a) Stunden (= 6 Stunden) gegen 2 (b) Stunden. Würde sich das Preisverhältnis längere Zeit halten, wären P_2 und P_3 gezwungen, ihre Produktionsbedingungen denjenigen von P_1 anzupassen. Ohne eine solche Anpassung würden sie dauerhaft mehr Arbeitszeit aufwenden, als sie im Austausch einlösen, und könnten sich auf die Dauer unter Umständen kaum ihren Lebensunterhalt sichern.

In einer Waren produzierenden Gesellschaft ist dieser Druck, sich den jeweils besten Produktionsbedingungen tendenziell anzupassen, in der Regel vorhanden. In der Realität wird es sich jedoch nie erreichen lassen, daß innerhalb einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt die Produktionsbedingungen für ein und dieselbe Ware bei allen Produzenten vollkommen gleich sind. Neue Produktionstechniken breiten sich erst allmählich aus, und indem sie sich allgemein durchgesetzt haben, werden einige Produzenten bereits wiederum einen Produktivitätsfortschritt eingeführt haben usw. — Geht man von dieser Tatsache jeweils unterschiedlicher individueller Produktionsbedingungen für ein und dieselbe Ware aus, so würde ein Preisverhältnis, das den jeweils besten Produktionsbedingungen entspricht ($4 : 1$), sämtliche anderen a-Produzenten mehr oder weniger existenzunfähig machen. Denn selbst bei größten Anstrengungen kann es ihnen nicht allen gelingen, immer auf dem allerneuesten Stand der Technik zu sein. Konsequenz wäre, daß P_2 und P_3 aus der Produktion von a aussteigen und stattdessen lieber die Produktion von b aufnehmen (weil wir davon ausgehen, daß sie generell zu den gleichen Produktionsbedingungen von 2 Stunden Arbeitsaufwand betrieben werden kann). M. a. W.: Es ergäbe sich eine Umstrukturierung der Produktion von a nach b, eine entsprechende Verknappung von a und eine Ausdehnung von b, d. h. im Ergebnis eine Veränderung des Preisverhältnisses von $4 : 1$ in Richtung $3 : 1$, $2 : 1$ oder $1 : 1$. Diese ökonomische Bewegung, diese Umstrukturierung macht uns wiederum deutlich, daß $4 : 1$ nicht das (umgekehrte) Wertverhältnis selbst ausdrückt, sondern eine Abweichung von ihm darstellen muß.

Nähern wir uns von der anderen Seite, von den schlechtesten Produktionsbedingungen für die Ware a, dem Inhalt des Wertbegriffes: Angenommen, das Preisverhältnis am Markt habe sich auf $4 : 3$ eingespielt. In diesem Fall würde P_3 seinen vollen Arbeitsaufwand im Austausch entgolten bekommen: Er tauscht 4 mal 1,5 (a) = 6 Stunden gegen 3 mal 2 (b) = 6 Stunden. P_2 hingegen würde 4 Stunden gegen 6 Stunden tauschen, P_1 sogar nur 2 Stunden gegen 6 Stunden. Außer dem schlechtesten a-Produzenten würden also alle a-Produzenten dazu gewinnen, während die b-Produzenten umgekehrt in den meisten Fällen relativ zuviel Arbeit aufwenden. Wenn die b-Produzenten auf a umsteigen würden und nur etwas schneller produzieren würden als der schlechteste a-Produzent, würde sich das Umsteigen auf a bereits lohnen. Wenn wir also davon ausgehen, daß es für zusätzliche a-Produzenten möglich wäre, zu den durchschnittlichen Produktionsbedingungen für a zu produzieren, würde das Preisverhältnis $4 : 3$ ein Anreiz für die b-Produzenten sein, weniger b und stattdessen mehr a zu produzieren, die Folge wäre also auch hier eine Umstrukturierung der Produktion. D. h., auch dieses Preisverhältnis, bei dem sich eine derartige Tendenz zur Bewegung einstellt, kann nicht Ausdruck des Wertverhältnisses sein. Wenn wir davon ausgehen, daß die durchschnittlichen Produktionsbedingungen für a gekennzeichnet sind durch die Bedingungen bei P_2 (1 Stunde Arbeitsaufwand), wird die Umstrukturierungstendenz von b nach a (bzw. von a nach b) erst dann aufhören, wenn sich das Preisverhältnis (in unserem Beispiel) auf $2 : 1$ einstellt. Erst dieses Verhältnis ist Ausdruck des (umgekehrten) Wertverhältnisses zwischen a und b. a hat also den halben Wert von b, und zwar unabhängig davon, wieviel Arbeitsaufwand jeweils individuell für a_1 , a_2 und a_3 aufgewendet wurde. Daraus folgt ganz allgemein:

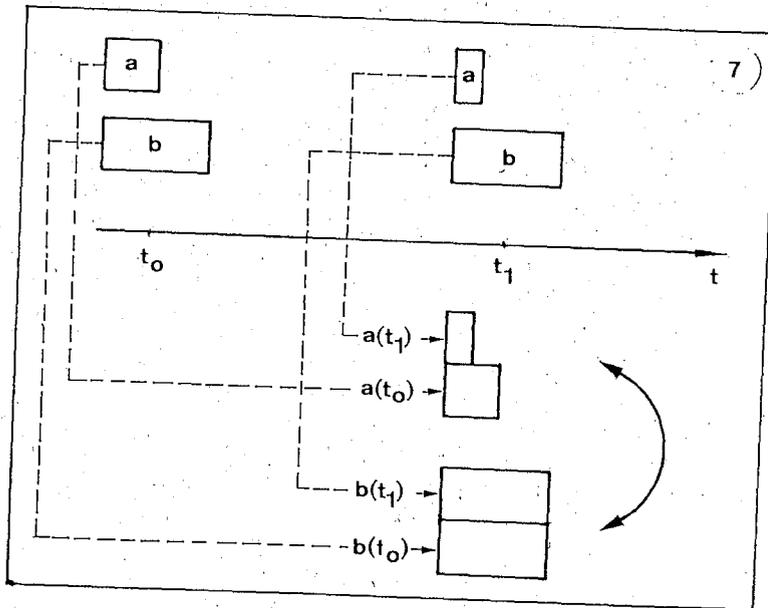
Nicht der jeweils von den einzelnen Produzenten individuell aufgewendete Arbeitsaufwand ist entscheidend für die Wertbestimmung einer Ware, sondern der unter durchschnittlichen Produktionsbedingungen erforderliche Arbeitsaufwand, der „gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand“.

„Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt. Die einzelne Ware gilt hier überhaupt als Durchschnittsexemplar ihrer Art.“ (MEW 23, S. 54) — „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad an Geschick und Intensität der Arbeit

darzustellen." (MEW 23, S. 53)

3) Produktions- und Reproduktionsaufwand

Gehen wir in unseren Modellen zur inhaltlichen Ableitung des Wertbegriffs einen Schritt weiter. Angenommen, vor einem Jahr (zum Zeitpunkt t_0) sei zur Herstellung von a ein Arbeitsaufwand von 1 Stunde erforderlich gewesen, heute hingegen – bedingt durch gesteigerte Produktivität – wird nur noch 1/2 Stunde benötigt (Abb. 7). Die Herstellung der Ware b erfordere nach wie vor 2 Stunden. Der Gebrauchswert der Waren habe sich im Zeitablauf nicht verändert. Wir wollen fragen, wodurch der Wert der Ware a im Zeitpunkt t_1 bestimmt wird, wenn neben den in t_1 produzierten a auch noch früher (und unter schlechteren Bedingungen) produzierte a auf den Markt kommen.



Zunächst ist klar, daß $a(t_0)$ im Zeitpunkt t_0 den Wert von 1 hatte, weil in ihr 1 Stunde verkörpert war. Fraglich ist nur, ob sich dieser Wert erhalten hat, auch wenn sich inzwischen die Produktionsbedingungen verbessert haben. Würde sich der Wert der Ware ergeben aus den zu einem jeweiligen

Zeitpunkt (im gesellschaftlichen Durchschnitt) erforderlichen Arbeitsaufwand, so würde das im Ergebnis darauf hinauslaufen, daß $a(t_0)$ einen Wert von 1 Stunde verkörpert und $a(t_1)$ einen Wert von 1/2 Stunde, daß also beide vom Gebrauchswert her identischen Waren zum gleichen Zeitpunkt (t_1) unterschiedliche Werte haben. – Oder ergibt sich auch in diesem Fall (bei unterschiedlichen Produktionsbedingungen über die Zeit hinweg) zu den jeweiligen Zeitpunkten ein einheitlicher Wert der Ware, und wird dieser Wert wiederum bestimmt durch den Durchschnitt der in den Waren steckenden Arbeitszeit?

Gehen wir von dieser Überlegung aus, so müßte sich der Wert von a im Zeitpunkt t_1 bestimmen aus dem Durchschnitt des in $a(t_0)$ und $a(t_1)$ steckenden Arbeitsaufwands, würde also 3/4 Stunde betragen. Eine andere Möglichkeit der Wertbestimmung wäre die, daß sich der Wert der Ware nach den jeweils zu einem Zeitpunkt gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionsbedingungen bestimmt (In unserem Fall also in t_1 1/2 Stunde). Wie können wir klären, welches die richtige Lösung für die Bestimmung des Wertes ist? Wiederum nur dadurch, daß wir die ökonomischen Bewegungstendenzen selbst analysieren, indem wir fragen, bei welchem Preisverhältnis sich Umstrukturierungstendenzen ergeben (dann kann es nicht dem Wertverhältnis entsprechen) und in welcher Richtung diese Umstrukturierungstendenzen wirken.

Unterstellen wir also, das Preisverhältnis am Markt habe sich auf 2 : 3/4 eingeschrieben, würde also dem Durchschnitt von $a(t_0)$ und $a(t_1)$ entsprechen. Für $a(t_0)$ bedeutet das, daß sich 2 mal 1 Stunde (= 2 Stunden) tauschen gegen 3/4 mal 2 (= 1,5 Stunden), also die aufgewendete Arbeitszeit nicht voll entgolten wird. Für $a(t_1)$ bedeutet das hingegen, daß sich 2 mal 1/2 Stunde (= 1 Stunde) tauscht gegen 3/4 mal 2 (= 1,5 Stunden), daß also im Austausch mehr als die aufgewendete Arbeitszeit entgolten wird. Unter den zum Zeitpunkt t_1 geltenden Produktionsbedingungen läßt sich also mit der Produktion von a etwas dazu gewinnen, und es wäre absurd, wenn die a-Produzenten auf b umsteigen würden, nur weil sie mit den früheren, vergangenen Produktionsbedingungen bei $a(t_0)$ ein Verlustgeschäft gemacht haben. Entscheidend für die Umstrukturierungstendenzen ist offensichtlich nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart, sind die gegenwärtigen Produktionsbedingungen! Wird dies zugrunde gelegt, so stellt sich sogar heraus, daß sich die Produktion von a mehr lohnt als diejenige von b, sodaß eine Umstrukturierungstendenz in Richtung weniger b und mehr a

auftreten wird. Diese Tendenz wird erst dann aufhören, wenn das Preisverhältnis das Verhältnis der jeweils aktuellen Produktionsbedingungen widerspiegelt, in unserem Beispiel sich also ableitet aus dem Verhältnis 1/2 Stunde : 2 Stunden (so daß sich ein Preisverhältnis von 4 : 1 ergibt). Erst dieses Preisverhältnis drückt das Wertverhältnis adäquat aus. Daraus folgt, daß der Wert der Ware a zum Zeitpunkt t_1 1/2 ist und sich nicht, wie vorher angenommen, aus dem Durchschnitt von 1/2 und 1 ergibt, also 3/4.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß für die Wertbestimmung einer Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht entscheidend ist, wieviel Arbeitszeit irgendwann einmal zur Produktion dieser Ware aufgewendet wurde, sondern daß einzig und allein der jeweils aktuell erforderliche Arbeitsaufwand ausschlaggebend ist. Nicht also der zur *Produktion* der Ware, sondern der zu ihrer *Reproduktion* erforderliche Arbeitsaufwand geht in die Wertbestimmung der Ware ein. Um eine Ware zu reproduzieren, sie in gleicher Form noch einmal herzustellen, sind nicht irgendwelche früheren Produktionsbedingungen entscheidend, sondern immer nur die jeweils aktuellen. — Damit haben wir den Inhalt des Wertbegriffes um ein weiteres Stück präzisiert. Fassen wir die bisher zum Wertbegriff erarbeitenden Ergebnisse zusammen, so ergibt sich (vorläufig!):

Der Wert einer Ware wird bestimmt durch den zu ihrer Reproduktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand.

Aus dem Abgeleiteten folgt, daß der Wert einer Ware sinkt entsprechend der Produktivitätssteigerung, wie sie sich in einer Gesellschaft allgemein durchsetzt. Marx:

„Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner die in ihm kristallisierte Arbeitsmasse, desto kleiner sein Wert. Umgekehrt, je kleiner die Produktivkraft der Arbeit, desto größer die zur Herstellung eines Artikels notwendige Arbeitszeit, desto größer sein Wert. Die Wertgröße einer Ware wechselt also direkt wie das Quantum und umgekehrt wie die Produktivkraft der sich in ihr verwirklichenden Arbeit.“ (MEW 23, S. 55) — „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und

die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse.“ (MEW 23, S. 55)

Wenn der Wert einer Ware sinkt mit steigender Produktivkraft der Arbeit und wenn in die Wertbestimmung einer Ware stets nur der zur Reproduktion erforderliche Arbeitsaufwand eingeht, folgt daraus weiterhin, daß die früher und unter schlechteren Produktionsbedingungen produzierten Waren im Zuge der Produktivitätssteigerung an Wert verlieren, daß sie sich „entwerten“.

Aus den bisherigen Überlegungen kann ein weiteres wichtiges Ergebnis abgeleitet werden: Wenn sich der Wert bestimmt durch den zur Reproduktion einer Ware erforderlichen Arbeitsaufwand, dann kann der Wertbegriff logischerweise überhaupt nur angewendet werden auf *reproduzierbare* Waren. Etwas anderes hat Marx mit seiner Werttheorie auch nie bezweckt. Worum es ihm geht, ist, die Gesetzmäßigkeit der *Warenproduktion* aufzudecken, wobei ihm klar ist, daß nicht alle Produkte den Charakter von Waren besitzen bzw. nicht alle Dinge — selbst wenn sie einen Preis erzielen — einen Wert verkörpern:

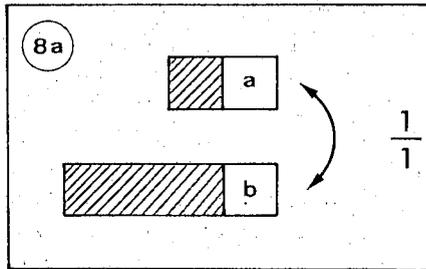
„Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz usw.“ (MEW 23, S. 55)

Je mehr sich aber die Warenproduktion durchsetzt, umso mehr werden auch die Preise nicht reproduzierbarer Güter (wie etwa des Bodens), wenn auch nur sehr vermittelt, d.h. indirekt, durch das Wertgesetz bestimmt. (Diese komplexen Zusammenhänge werden erst im 3. Band des Kapitals abgeleitet.)

4) Lebendige und vergegenständlichte Arbeit

Kehren wir zurück zur Erarbeitung des Inhaltes des Wertbegriffes. Bisher war im Zusammenhang mit der Wertbestimmung nur die Rede von gesellschaftlich notwendigem Arbeitsaufwand, der zur Reproduktion einer Ware

erforderlich ist. Bedeutet das, daß andere Kostenfaktoren wie etwa das Material und die Maschinen nicht in die Wertbestimmung der Ware eingehen? Wir wollen auch die Antwort auf diese Frage anhand von Modellen ableiten. Wir stellen uns vor, daß zur Herstellung der Waren a und b jeweils 1 Stunde Arbeitszeit benötigt wird. Beide Waren bestehen aus dem gleichen Material, nur daß in b 3 mal so viel Material aufgeht wie bei der Produktion von a. (Z.B. sei a ein Stuhl, b ein Tisch.) Graphisch stellt sich der Zusammenhang wie folgt dar (Abb. 8 a):



Würde nun der Wert der Ware allein bestimmt durch den Arbeitsaufwand, der unmittelbar in die Produktion der Ware eingeht, so müßte der Wertverhältnis 1 : 1 betragen, und bei einem wertadäquaten Austausch müßten sich die Waren zum umgekehrten Wertverhältnis (also ebenfalls 1 : 1) tauschen. Gehen wir also — in der schon bekannten Weise — davon aus, daß sich am Markt das Preisverhältnis 1 : 1 eingestellt hat. Für die b-Produzenten wird es bedeuten, daß sie zwar genau so viel Arbeitszeit aufwenden wie die a-Produzenten, daß sie aber ihren höheren Materialaufwand in keiner Weise über den Austausch entgolten bekommen. So langé ihnen das Material kostenlos und in unbegrenzter Höhe zur Verfügung steht, wäre für sie kein Grund zur Unzufriedenheit. Sie bekämen ihre Arbeitszeit voll entgolten. Es ergäben sich keinerlei Umstrukturierungstendenzen, das Preisverhältnis von 1 : 1 muß also dem Wertverhältnis entsprechen. Das Wertverhältnis würde sich — trotz unterschiedlichen Materialaufwands — allein nach dem Verhältnis unmittelbar aufgewendeter Arbeitszeit richten.

Aus diesen Überlegungen wird übrigens deutlich, daß die freien Schätze der Natur in keiner Weise in die Wertbestimmung einer Ware eingehen, was nicht bedeutet, daß sie für die Erstellung des Gebrauchswerts der Ware nicht von großer Wichtigkeit sind. Der Marxsche Wertbegriff impliziert in-

sofern also nicht irgendeine Wertung im Sinne von wichtig oder unwichtig, sondern leitet sich allein aus den objektiven ökonomischen Bewegungsgesetzen ab. — Daß das Material aber kostenlos und unbeschränkt von Natur aus zur Verfügung steht, ist für den gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Marx:

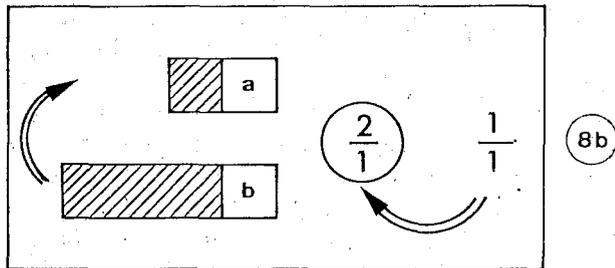
„Mit Ausnahme der extraktiven Industrie, die ihren Arbeitsgegenstand von Natur vorfindet, wie Bergbau, Jagd, Fischfang usw. (der Ackerbau nur, soweit er in erster Instanz jungfräuliche Erde selbst aufbricht), behandeln alle Industriezweige einen Gegenstand, der Rohmaterial, d.h. bereits durch die Arbeit filtrierter Arbeitsgegenstand, selbst schon Arbeitsprodukt ist.“ (MEW 23, S. 196)

Kehren wir zu unserem Modell zurück: Wie sieht die Wertbestimmung der Waren aus, wenn das Material nicht unbeschränkt und kostenlos zur Verfügung steht? In diesem Fall müssen beide Produzenten das Material entweder selbst durch Arbeitsaufwand beschaffen (etwa einen Baum fällen und sägen), oder aber sie müssen das Material im Austausch erwerben von anderen, die ihrerseits zur Förderung des Materials Arbeit aufwenden müßten. Um diesen Austausch zustande zu bringen, müssen die a- und b-Produzenten dem Materiallieferanten z.B. fertige Stühle und Tische (oder einen Teil der Erlöse aus dem Verkauf dieser Waren), d.h. letztlich einen Teil des Produkts ihrer eigenen Arbeit hingeben. Was sie also insofern an Material erwerben, ist Produkt anderer Arbeit, was sie dafür hingeben, ist Produkt ihrer eigenen Arbeit. Im Endeffekt, wenn sie das Material zum wertadäquaten Preis eingekauft haben, ist in diesem Material größtmäßig nichts anderes verkörpert als der Wert, den sie selbst im Austausch haben hingeben müssen. Sie haben also an Werten nichts dazu gewonnen, sondern lediglich das Ergebnis eigener Arbeit gegen das wertentsprechende Ergebnis fremder Arbeit eingetauscht. Das bedeutet aber auch für unser Beispiel: Um die dreifache Menge Material einzutauschen, müssen die b-Produzenten die dreifache Wertmenge hingeben. So gesehen benötigen also die b-Produzenten in der Summe einen höheren Arbeitsaufwand, um 1 b zu produzieren, als die a-Produzenten für a, obwohl beide den gleichen Aufwand an unmittelbarer Arbeitszeit, an „lebendiger Arbeit“ haben.

Wenn wir nun davon ausgehen, daß im Material für 1 a eine Arbeitsstunde verkörpert, „vergegenständlicht“ ist, daß also 1 a 1 Stunde lebendige und 1 Stunde „geronnene“, im Material „erstarrte Arbeit“, enthält, während in

1 b 1 Stunde lebendige und 3 Stunden erstarrte Arbeit eingehen, so bedeutet das für die b-Produzenten in der Summe den doppelten direkten und (im Material verkörperten) indirekten Arbeitsaufwand gegenüber den a-Produzenten.

Was folgt daraus, wenn sich — wie vorausgesetzt — am Markt ein Preisverhältnis von 1 : 1 herausbildet? — Eine Umstrukturierung der Produktion in Richtung mehr a und weniger b und als Folge davon eine relative Verbilligung von a und eine relative Verteuerung von b, bis sich das Preisverhältnis im (umgekehrten) Verhältnis des gesamten Arbeitsaufwands angeglichen hat, also sich auf 2 : 1 einpendelt (Abb. 8 b).



Das zugrundeliegende Wertverhältnis beträgt also 1 : 2, d.h. b hat den doppelten Wert, obwohl für seine Produktion die gleiche Menge lebendiger Arbeit aufgewendet wurde wie für a. Es verkörpert deshalb den doppelten Wert, weil die Summe von lebendiger und erstarrter Arbeit, weil der direkte und indirekte Arbeitsaufwand in der Summe doppelt so groß ist wie bei a.

Daraus folgt ganz allgemein: Für die Wertbestimmung einer Ware ist nicht der unmittelbare Aufwand an „lebendiger Arbeit“ entscheidend, sondern die Summe des Aufwands an lebendiger und erstarrter Arbeit, an direktem und (im Material usw. vergegenständlichtem) indirektem Arbeitsaufwand. Damit haben wir den Wertbegriff um einen weiteren Schritt präzisiert. Wenn wir die bisherigen Ergebnisse zusammenfassen, so lautet die (vorläufige) Definition des Werts einer Ware wie folgt:

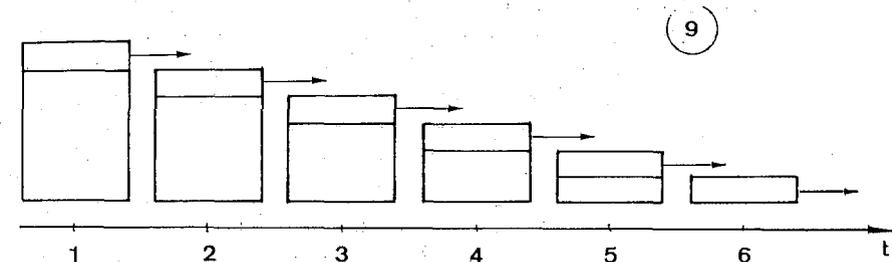
Der Wert einer Ware ist bestimmt durch den zu ihrer Reproduktion erforderlichen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, und zwar Auf-

wand an unmittelbarer „lebendiger“ und im Material vergegenständlichter „erstarrter“ Arbeit.

Gehen wir noch einen Schritt weiter und fragen uns, welche Rolle die angewendeten Maschinen und Werkzeuge („Arbeitsmittel“) für die Wertbestimmung einer Ware spielen. Daß auch Maschinen — bei konsequenter Zurückverfolgung ihres Entstehungsprozesses — letztlich aus menschlicher Arbeit unter Verwendung der Naturschätze (Bodenschätze usw.) hervorgegangen sind, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Insofern ist in ihnen ebenso wie im Material Arbeitszeit vergegenständlicht. Der Unterschied zum Material liegt darin, daß sie im Produktionsprozeß nicht stofflich eingehen in das Produkt, sondern ihre stoffliche Gestalt als Maschine bewahren (jedenfalls während ihrer Nutzungsdauer) und lediglich Maschinenleistungen abgeben:

„Rohmaterial und Hilfsstoffe verlieren also die selbständige Gestalt, womit sie in den Arbeitsprozeß als Gebrauchswerte eintraten. Anders mit den eigentlichen Arbeitsmitteln. Ein Instrument, eine Maschine, ein Fabrikgebäude, ein Gefäß usw. dienen im Arbeitsprozeß nur, solange sie ihre ursprüngliche Gestalt bewahren und morgen wieder in eben derselben Form in den Arbeitsprozeß eingehen wie gestern.“ (MEW 23, S. 217 f.) — „Betrachten wir nun die ganze Periode, während deren ein solches Arbeitsmittel dient, von dem Tag seines Eintritts in die Werkstatt bis zum Tag seiner Verbannung in die Rumpelkammer, so ist während dieser Periode sein Gebrauchswert von der Arbeit vollständig verzehrt worden und sein Tauschwert daher vollständig auf das Produkt übergegangen . . . Die Lebensperiode eines Arbeitsmittels umfaßt also eine größere oder kleinere Anzahl stets von neuem mit ihm wiederholter Arbeitsprozesse.“ (MEW 23, S. 218)

Grafisch können wir diesen Sachverhalt wie folgt darstellen (Abb. 9):



Der erste Block (bzw. dessen Fläche) stellt die Wertsumme dar, die zum Zeitpunkt der Anschaffung in der Maschine verkörpert, vergegenständlicht ist und die der Produzent — bei wertgleichem Tausch — entsprechend hingeben muß, um die Maschine zu erwerben. Mit jeder Leistungsabgabe vermindert sich das gesamte Leistungspotential der Maschine, bis es schließlich auf Null zusammenschumpft (Ende der Nutzungsdauer). Das bedeutet aber auch: im Laufe ihrer Nutzungsdauer gibt die Maschine sukzessiv den in ihr steckenden Wert an das Produkt ab und ist somit an Ende ihrer Nutzungsdauer vollständig entwertet.

„Es zeigt sich so schlagend, daß ein Produktionsmittel nie mehr Wert an das Produkt abgibt, als es im Arbeitsprozeß durch Vernichtung seines eigenen Gebrauchswerts verliert. Hätte es keinen Wert zu verlieren, d.h. wäre es nicht selbst Produkt menschlicher Arbeit, so würde es keinen Wert an das Produkt abgeben. Es diene als Bildner von Gebrauchswert, ohne als Bildner von Tauschwert zu dienen. Dies ist daher der Fall mit allen Produktionsmitteln, die von Natur, ohne menschliches Zutun, vorhanden sind, mit Erde, Wind, Wasser, dem Eisen in der Erzader, dem Holze des Urwaldes usw. . .“ (MEW 23, S. 218) „Nur soweit Produktionsmittel während des Arbeitsprozesses Wert in der Gestalt ihrer alten Gebrauchswerte verlieren, übertragen sie Wert auf die neue Gestalt des Produkts. Das Maximum des Wertverlustes, den sie im Arbeitsprozeß erleiden können, ist offenbar beschränkt durch die ursprüngliche Wertgröße, womit sie in den Arbeitsprozeß eintreten, oder durch die zu ihrer eignen Produktion erheischte Arbeitszeit. Produktionsmittel können dem Produkt daher nie mehr Wert zusetzen, als sie unabhängig vom Arbeitsprozeß, dem sie dienen, besitzen.“ (MEW 23, S. 220)

(Indem die Maschinen nicht mehr Wert abgeben können, als in ihnen vergegenständlicht, geronnen ist, gleichen sie einem Eiszapfen, aus dem nicht mehr Wasser abgetaut werden kann, als vorher eingefroren wurde.)

III. HEMMNISSE BEI DER ENTFALTUNG DES WERTGESETZES UND DEREN ÜBERWINDUNG

Allen unseren bisherigen Modellen lagen noch außerordentlich einfache Annahmen zugrunde, die der Realität zunächst stark zu widersprechen scheinen: Wir waren z.B. davon ausgegangen, daß die einzelnen Produzenten in dem Moment, wo die Preise vom Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeiten abweichen, sofort in jene Produktion einsteigen, wo der Arbeitsaufwand im Verhältnis zu den zu erzielenden Preisen relativ am geringsten ist. Eine solche Reaktion setzt ja eine Fülle von Bedingungen voraus:

- die Preise der gleichen Waren sind überall dieselben.
- die Produzenten sind informiert über die Preise sämtlicher Waren.
- die Produzenten sind informiert über die Produktionsbedingungen sämtlicher anderen Produzenten (und zwar auch der Produzenten anderer Waren).
- die Produzenten sind sämtlich in der Lage, unmittelbar aus der Produktion einer Ware in die Produktion einer anderen Ware umzusteigen, d.h. ihre Arbeitskraft besitzt vollkommene Mobilität bzw. ihre Produktionsmittel besitzen entsprechende Flexibilität.
- bei Mobilität der Produzenten bestehen keinerlei Hindernisse, die Produktion der jeweils anderen Waren aufzunehmen (freier Marktzugang).

Sind diese Bedingungen nicht bereits so realitätsfern, daß auf ihrer Grundlage kaum eine brauchbare ökonomische Theorie aufgebaut werden kann? Jeder dieser Punkte würde ja bedeuten, daß sich das Wertgesetz, dessen Wirkungsweise wir bisher herausgearbeitet haben, in der Realität gar nicht durchsetzen könnte; daß die erwähnten Umstrukturierungstendenzen, die schließlich zu einem Angleichen der Preise an die Werte führen, gar nicht zustandekommen oder sich jedenfalls keine Geltung verschaffen.

1) Wertgesetz als historische Tendenz

Zur Beantwortung dieser Frage muß an dieser Stelle schon betont werden, was es bedeutet, wenn wir von „Tendenzen“ sprechen. Das Wort „Ten-

denz“ impliziert, daß es in der Realität Gegentendenzen geben kann, die schließlich die Durchsetzung der Tendenz verhindern, so daß die Tendenz zunächst in den Erscheinungen gar nicht sichtbar, gar nicht manifest wird. Aus der Tatsache, daß sich Tendenzen keine Durchsetzung verschaffen, kann allerdings nicht geschlossen werden, daß sie gar nicht existieren. Das gilt nicht nur für die Ökonomie, sondern z.B. auch für die Physik: Die Tatsache etwa, daß ein Stein, den man in der Hand hält, nicht herunterfällt, ist kein Beweis dafür, daß die im Fallgesetz ausgedrückte Tendenz nicht existiert. Daß eine solche Auffassung verkürzt ist, wird spätestens dann deutlich, wenn man den Stein losläßt: in diesem Moment fällt er herunter, setzt sich die bis dahin latente (verborgene) Tendenz des Fallgesetzes durch. Worauf es also bei der theoretischen Analyse ankommt, ist nicht, die latente Tendenz zu leugnen, sondern vielmehr zu fragen, durch welche Gegentendenzen die Durchsetzung des Gesetzes verzögert oder verhindert wird. — Genauso geht die Physik vor, indem sie herausarbeitet, daß eine gleichgroße Gegenkraft die Auswirkung der Gravitationskraft verhindern kann bzw. daß etwa die Luftreibung die Auswirkung des Fallgesetzes verzögern kann. Beides, sowohl die Analyse der Tendenz als auch der verzögernden oder verhindernden Tendenzen, ist erforderlich, um schließlich zu begreifen, warum ein festgehaltener Stein nicht herunterfällt, ein losgelassener Stein schnell herunterfällt und ein losgelassenes Blatt Papier so langsam und taumelnd herunterfällt. — Um aber das Fallgesetz in reiner Form, ohne störende Gegentendenzen, herauszuarbeiten, untersucht der Physiker Gesetzmäßigkeiten unter den Verhältnissen des Vakuums. Nicht, weil er glaubt, damit die Realität in einem luftgefüllten Raum zu beschreiben, sondern weil die Kenntnis der reinen Gesetzmäßigkeiten Voraussetzung dafür ist, um auch die durch verschiedene störende Einflüsse modifizierten Abläufe erklären zu können.

Methodisch haben wir in diesem Punkt genauso vorzugehen: Wir haben bisher das Wertgesetz in reiner Form (wenn man so will: unter Vakuumbedingungen) abgeleitet, d.h. wie es sich durchsetzen würde, wenn es keine „Reibungen“ gäbe, wenn es durch keine Gegentendenzen in seiner Durchsetzung verzögert oder gehindert würde. Der nächste Schritt muß also darin bestehen, mögliche in der Realität wirksame Gegentendenzen aufzuspüren, deren Relevanz zu untersuchen und zu fragen, ob sich diese Gegentendenzen im Laufe historischer Entwicklung der Warenproduktion verstärkt oder abgeschwächt haben; ob sich also im Zuge der historischen Entwicklung bis hin zur kapitalistischen Warenproduktion das Wertgesetz mehr

oder weniger durchgesetzt hat. Insoweit unterscheidet sich die Untersuchung des Wertgesetzes von derjenigen des Gravitationsgesetzes: Bei der Untersuchung des Wertgesetzes kommen historische Dimensionen mit ins Spiel, weil es darum geht, die historische Entwicklung ökonomischer Systeme zu begreifen. — Kommen wir also zurück auf die Diskussion derjenigen Faktoren oder Gegentendenzen, die die Durchsetzung des Wertgesetzes verzögern oder verhindern könnten:

2) Die räumliche Ausweitung der Märkte und die Tendenz zur Vereinheitlichung der Preise

Die Voraussetzung, daß die Preise der gleichen Waren überall dieselben sind, ist sicherlich nicht immer und überall erfüllt. Solange die einzelnen Produzenten der gleichen Waren räumlich weit verstreut sind und ihre Waren auch auf räumlich unterschiedlichen und voneinander getrennten Märkten angeboten werden, ist zunächst einmal zu erwarten, daß sich sowohl die Produktionsbedingungen als auch die Preise der Waren voneinander unterscheiden. In dem Ausmaß aber, wie es im Zuge der Entwicklung des Verkehrssystems und der damit verbundenen Verbilligung von Transportkosten zu einer regionalen Ausweitung von Absatzmärkten kommt, konkurrieren schließlich auf dem gleichen Markt Waren von Produzenten, die räumlich weit auseinander liegen. Daraus folgt, daß sich auch die Preise der jeweils gleichen Waren mehr und mehr angleichen müssen, sogar unabhängig davon, ob die Produktionsbedingungen der einzelnen Produzenten unterschiedlich oder gleich sind. Gelingt es nun einzelnen Produzenten, einen Produktivitätsvorsprung vor anderen zu erlangen (z.B. Übergang zur Massenproduktion), so sind sie aufgrund gesunkener Stückkosten zwar in der Lage, die Preise der Konkurrenten zu unterbieten und auf diese Weise ihren mengenmäßigen Absatz auszuweiten. Je mehr sich aber die Märkte bereits vereinheitlicht haben, je mehr sie auch bei räumlicher Streuung zu einem ökonomischen Markt zusammengeschmolzen sind, umso mehr werden die Konkurrenten gezwungen, ihrerseits mit den Preisen auch herunterzugehen und — wenn sie sich halten wollen — den gleichen Produktivitätsfortschritt ebenfalls einzuführen.

In der zunehmenden Angleichung der Preise für gleiche Waren liegt dem-

nach gleichzeitig der zunehmende Druck auf die einzelnen Produzenten, sich jeweils den neuen Produktionsbedingungen anzupassen. Auf diese Weise kommt es auch tendenziell zu einer Vereinheitlichung der Produktionsbedingungen, die freilich — wie bereits diskutiert — niemals soweit führen kann, daß in einem Zeitpunkt sämtliche Produzenten immer schon die neusten Produktionsbedingungen verwirklicht haben.

Für unseren Zusammenhang ergibt sich aus den angestellten Überlegungen folgendes: Mit Überwindung der regionalen Schranken der Märkte im Zuge des sich historisch entwickelnden Verkehrssystems (Straßen, Eisenbahnen, große maschinengetriebene Stahlschiffe usw.) und der damit verbundenen Senkung der Transportkosten gleichen sich — mindestens innerhalb von Nationen — die Preise und Produktionsbedingungen der Produzenten gleicher Waren tendenziell immer mehr an. Indem sich historisch auch die Wirtschaftsräume ausdehnen, an deren Grenzen gewisse verzerrende Barrieren in Form von Zöllen bzw. Wechselkursen wirksam werden, dehnen sich auch die Räume aus, innerhalb deren sich das Wertgesetz mehr und mehr Durchsetzung verschafft, d.h. in seiner Wirksamkeit sich „entfaltet“. (Welche Modifikationen des Wertgesetzes sich auf dem Weltmarkt ergeben aufgrund der Existenz von Nationalstaaten, Zöllen und Wechselkursen, werden wir später (im Kapitel „Weltmarktbeziehung des Kapitals“) diskutieren.)

Was also schon aus den bisherigen Überlegungen deutlich wird, ist dies: Das Wertgesetz ist nicht als etwas Statisches zu betrachten, das sich zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr oder weniger durchgesetzt hat, sondern ist zu begreifen als in der Entfaltung begriffen, als eine historische Tendenz, die auf Entfaltung drängt; die im Wertgesetz angelegten Kräfte räumen im historisch-ökonomischen Entwicklungsprozeß diejenigen Hindernisse mehr und mehr aus dem Weg, die der Entfaltung des Wertgesetzes entgegenstehen. (Wir haben dies bisher nur an der Herausbildung des Verkehrssystems und der damit verbundenen Entwicklung immer größerer Märkte bis hin zum Weltmarkt herausgearbeitet.) Das bedeutet, daß die im Wertgesetz ausgedrückten ökonomischen Bewegungsgesetze die realen Verhältnisse im historischen Ablauf so umwälzen, daß sich das Wertgesetz in zunehmend reiner Form Geltung verschafft.

3) Die Tendenz zur Verallgemeinerung der Produktionsbedingungen

Kommen wir zum zweiten Punkt, den wir als mögliches Hindernis für die Durchsetzung des Wertgesetzes erkannt hatten: Die volle Durchsetzung des Wertgesetzes setzt voraus, daß die einzelnen Produzenten jeweils über die Produktionsbedingungen der Produzenten anderer Waren im Verhältnis zu deren Preisen informiert sind. Solange die Produktionsprozesse in ihrer Technik für jeden transparent sind, solange etwa allgemein bekannt ist, daß ein Tisch ungefähr die gleiche unmittelbare Arbeitszeit und das 3-fache Material erfordert wie ein Stuhl, solange also die Produktion mehr oder weniger auf handwerklicher Basis abläuft und die Produktionsbedingungen sich auch in längeren Zeiträumen kaum verändern, kann davon ausgegangen werden, daß mindestens innerhalb übersichtlicher Räume (etwa einer Dorfgemeinschaft) die genannte Voraussetzung zwar nicht vollkommen, aber in der Tendenz verwirklicht ist. Es würde sich schnell herumsprechen, wenn etwa die Schuster in einem Dorf immer nur halb soviel Arbeitszeit aufwenden würden wie die Schneider oder die Tischler . . . Tatsächlich zeigen ethnographische und wirtschaftshistorische Forschungen, „daß die Dorfgemeinschaft, die eine beginnende Arbeitsteilung kennt, das gesellschaftliche Leben tatsächlich durch die Ökonomie der Arbeitszeit regelt.“ (Vgl. hierzu im einzelnen Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie I, S. 67) D.h., daß unterschiedliche Arbeiten jeweils auf den gleichen Nenner der aufgewendeten Arbeitszeit gebracht werden.

„Der allgemeine Tausch, der Handel, tritt erst auf einer Entwicklungsstufe in Erscheinung, die durch die Ökonomie der Arbeitszeit gekennzeichnet ist . . . Es ergibt sich, daß diese Tauschvorgänge von dem gleichen objektiven Maßstab bestimmt werden, der dem gesamten gesellschaftlichen Leben zugrunde liegt, d.h. daß sich der Tauschwert der Waren nach der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit bemißt.“ (Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie I, S. 72)

In entwickelteren Formen der Warenproduktion und des Warentauschs werden die Zusammenhänge für den einzelnen Warenproduzenten allerdings zunehmend unübersichtlich, und es wäre illusorisch anzunehmen, daß jeder einzelne Produzent sowohl die Produktionsbedingungen aller anderen Produzenten kennt als auch die Preise ihrer Waren. Wird damit das

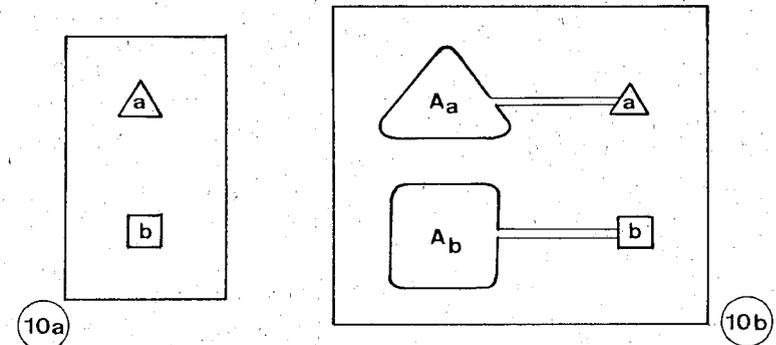
Wertgesetz in seiner Durchsetzung immer mehr gehemmt, je weiter sich die Warenproduktion herausbildet? — Keinesfalls, sondern das genaue Gegenteil ist der Fall: Denn sobald sich im Austausch der Waren das Geld herausgebildet hat (ein Prozeß, dessen historische Logik wir noch im einzelnen nachvollziehen wollen), sobald sich eine monetäre Rechnungsführung durchgesetzt hat, bekommt der einzelne Warenproduzent im Verhältnis der Erlöse zu seinen Kosten, d. h. im Gewinn oder Verlust, zu spüren, ob er im Vergleich zu anderen Produzenten relativ zuviel (direkten und indirekten) Arbeitsaufwand betrieben hat. Macht er dauerhaft Verluste, so wird er schließlich — ob er will oder nicht — gezwungen, sich entweder in der Produktivität den anderen Produzenten der gleichen Ware anzupassen oder — sofern die Verluste die ganze Branche betreffen — auf die Produktion einer anderen Ware umzusteigen bzw. ganz aus dem Markt auszuscheiden. Hier bewirkt also das ökonomische Gesetz der *Konkurrenz*, daß sich das Wertgesetz tendenziell durchsetzt, daß es bei Abweichungen der Preise von den Werten zu Umstrukturierungen kommt, und zwar auch dann, wenn die einzelnen Produzenten nicht im einzelnen informiert sind über die Produktionsbedingungen der anderen Produzenten und die Preise der anderen Waren.

4) Die Tendenz zur wachsenden Mobilität der Arbeitskraft

Eine ganz andere Frage ist — und damit kommen wir zum dritten Punkt, den wir als mögliches Hindernis für die Durchsetzung des Wertgesetzes hatten —, ob die einzelnen Warenproduzenten ohne weiteres auf die Produktion einer anderen Ware umsteigen *können*, wenn es aus den erwähnten Gründen für sie sinnvoll oder gar notwendig wäre. Wir kommen hiermit zur Frage des Einflusses der *Mobilität* bzw. Immobilität der Arbeitskraft: Wenn etwa der Schuster nur das Schusterhandwerk gelernt hat, nützt ihm die Erkenntnis wenig, daß er im Vergleich zu den Schneidern oder Tischlern bei den gegebenen Produktionsverhältnissen relativ zuviel (direkte und indirekte) Arbeitszeit aufwendet. Es wird ihm aufgrund seiner begrenzten, spezialisierten Qualifikation nicht möglich sein, einfach die Produktion von Tischen oder Kleidern aufzunehmen. Was er nur leisten kann, ist die *konkrete Arbeit* eines Schusters, die sich in ihrem Gebrauchswert unterscheidet von der konkreten Arbeit eines Tischlers oder Schneiders.

a) Konkrete Arbeit — abstrakte Arbeit

Wir wollen diesen unterstellten Sachverhalt am Beispiel zweier Waren a und b wie folgt symbolisieren: Die unterschiedlichen Gebrauchswerte der Waren werden graphisch durch die unterschiedliche Form eines Vielecks (Dreieck bzw. Viereck) dargestellt (Abb. 10a):

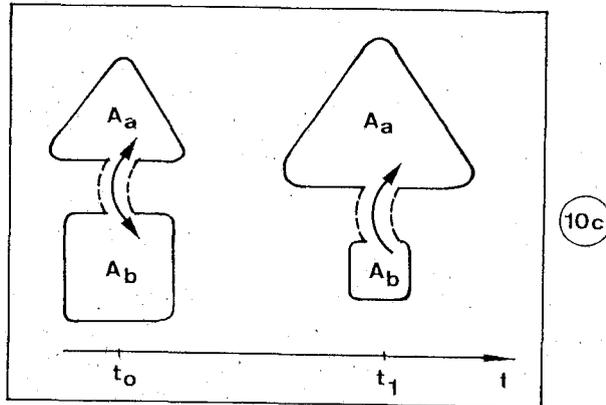


Während etwa das Kleid (a) Produkt der speziellen, konkreten Fähigkeit, der konkreten Arbeit des Schneiders ist, ist der Schuh Ergebnis der konkreten Schusterarbeit. Ebenso wie sich die Waren in ihrer konkreten Gestalt, in ihrem Gebrauchswert voneinander unterscheiden, sind auch die konkreten Arbeiten, aus denen diese Waren entspringen, voneinander unterschieden. Symbolisch wollen wir die konkrete Schneiderarbeit (als Quelle des Kleides) mit einem großen dreieckigen „Ballon“ darstellen (aus dem — bildlich — immer wieder kleine Dreiecke hervorgebracht werden), während die konkrete Schusterarbeit als großer viereckiger Ballon dargestellt wird (Abb. 10 b). (Dabei bedeutet A_a bzw. A_b jeweils konkrete Arbeit mit der Fähigkeit, das Produkt a bzw. b zu erstellen)

Damit ist zunächst der konkrete Unterschied zwischen beiden Arbeiten symbolisiert. Beide Arbeiten scheinen zunächst nichts miteinander zu tun zu haben. Angenommen nun, aufgrund der Wert-Preis-Relation ergäbe sich eine Tendenz zur Umstrukturierung in Richtung mehr a und weniger b. Auf welche Weise kann sich diese Tendenz ihre Durchsetzung verschaffen? Verschiedene Möglichkeiten sind denkbar:

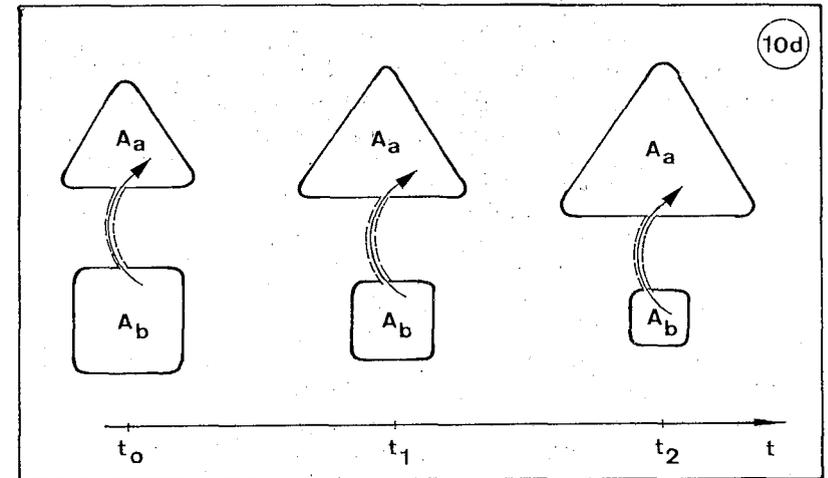
aa) Die b-Produzenten können jederzeit und ohne weiteres die Produktion von a aufnehmen, weil sie auch die konkrete Fähigkeit zur Herstellung von

a besitzen (und umgekehrt). Symbolisch soll dieser Tatbestand dadurch ausgedrückt werden, daß zwischen A_a und A_b ein breiter Verbindungskanal gezeichnet wird (Abb. 10 c), der es ermöglicht, daß der „Inhalt“ von A_b schnell in Richtung A_a strömt mit der Konsequenz, daß schließlich das konkrete Arbeitsvermögen A_a anwächst und A_b abnimmt (Abb. 10 c):

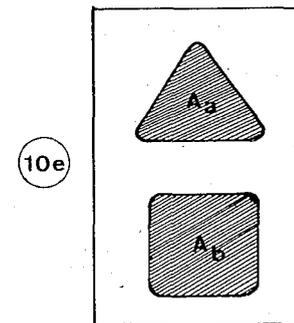


(Man kann sich A_a mit A_b bildlich als mit Flüssigkeit gefüllte Ballons mit unterschiedlichen konkreten Formen vorstellen, von denen sich im zugrunde liegenden Fall A_a aufbläht, während A_b im gleichen Maß zusammenschrumpft.) Der hier dargestellte Fall stellt also eine völlige Mobilität der Arbeit in qualifikationsmäßiger Hinsicht dar.

ab) Die b-Produzenten besitzen nicht von vornherein die Fähigkeit, auch a herzustellen, sondern können dies nur im Zuge einer längeren Ausbildung und Umschulung erlangen. Die Mobilität der Arbeitskraft wäre insofern beeinträchtigt, die Umstrukturierung ginge im Zeitablauf „zähflüssiger“ vonstatten. Dieser Fall soll symbolisch dadurch ausgedrückt werden, daß der Verbindungskanal zwischen A_a und A_b sehr schmal ist und ein „Hinüberströmen“ insofern längere Zeit beansprucht (Abb. 10 d).



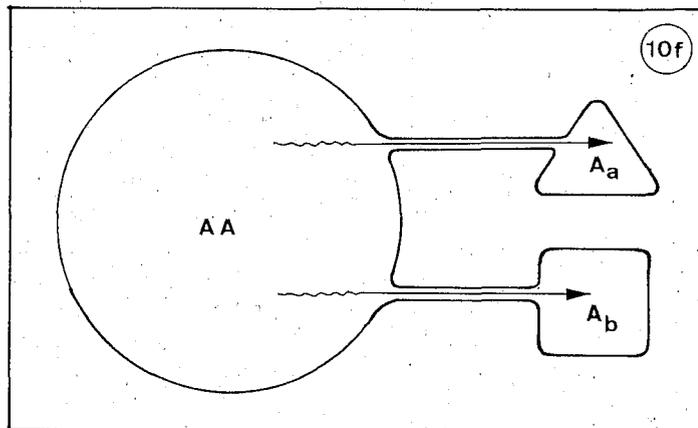
ac) Die b-Produzenten sind unfähig oder unwillig, aus ihrer konkreten Arbeit auszusteigen (z. B. weil sie schon zu alt sind), d. h. sie sind in qualifikationsmäßiger Hinsicht vollkommen immobil, erstarrt. In der graphischen Symbolisierung (Abb. 10e) besteht also keinerlei Verbindungskanal zwischen den einzelnen konkreten Arbeiten. (Die Erstarrung soll auch durch die Schraffur zum Ausdruck kommen: Die vorher unterstellte Flüssigkeit in den Gefäßen A_a und A_b ist quasi eingefroren.)



Beginnen wir in der Diskussion mit dem letzteren Fall (ac): Kann sich unter solchen Bedingungen, wo der einzelne Produzent an seinem spezifischen Handwerk, an seiner spezifischen Qualifikation „klebt“ – sei es aus traditionellen Bindungen, sei es aus Unfähigkeit, in irgendeiner Weise umzudenken oder umzulernen –, kann sich unter solchen rigiden Bedingungen das Wertgesetz überhaupt durchsetzen? Wird nicht durch diese Immobilität der Arbeit, der Qualifikation, die Tendenz zur Umstrukturierung vollkommen gebremst? – Bei alleiniger Betrachtung der einzelnen Produzenten stellt es sich in der Tat so dar. Worum es aber bei unserer Betrachtung geht, ist die Analyse *gesellschaftlicher* Tendenzen über die Zeit hinweg, ist die Analyse ökonomischer Bewegungsgesetze in historischen Dimensionen betrachtet. Und hier müssen wir feststellen, daß selbst bei individueller Immobilität

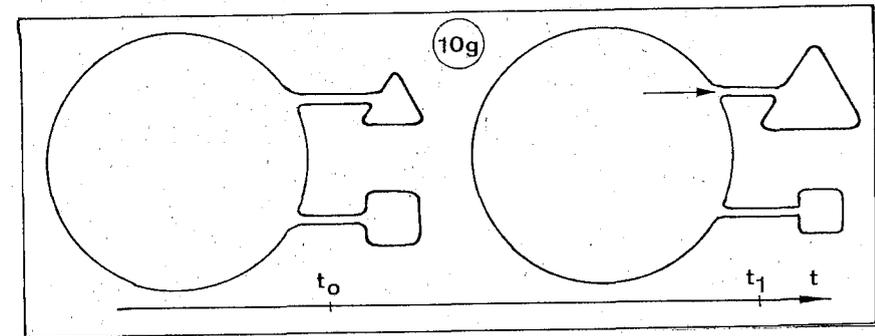
die Mobilität der Arbeit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab durchaus gegeben sein kann, dann nämlich, wenn zwar die Älteren nicht mehr „umsatteln“, wohl aber die nächste Generation. Wenn sich nämlich herausstellt, daß der spezifische Beruf des Vaters weniger einträglich ist und mehr Arbeitsaufwand erfordert als andere Berufe, dann werden die Söhne und Töchter mehr andere Berufe ergreifen. Was also durch individuelle Immobilität nicht erreicht wird, stellt sich gesamtgesellschaftlich ein durch das Hineinwachsen des Nachwuchses in die einzelnen Berufssparten, in die einzelnen Qualifikationen, in die einzelnen konkreten Arbeiten. Insofern werden letztlich alle Berufe (soweit die entsprechende Qualifikation durch Sozialisation und Ausbildung prinzipiell erworben werden kann, d. h. gesellschaftlich reproduzierbar ist) über die Zeit hinweg aus einer gemeinsamen „Quelle“ gespeist, wenn man so will: aus dem *gesamtgesellschaftlichen Arbeitspotential*, das immer wieder durch Nachwuchs angefüllt wird und aus dem heraus sich – beeinflusst durch Sozialisation und Ausbildung – bestimmte konkrete Fähigkeiten herausformen.

Wir wollen diesen Zusammenhang symbolisch dadurch verdeutlichen, daß die einzelnen konkreten Arbeiten an einem großen, noch ungeformten „Ballon“ hängen, mit dessen Inhalt sie sich im Laufe der Zeit immer wieder mehr oder weniger anfüllen (Abb. 10 f).



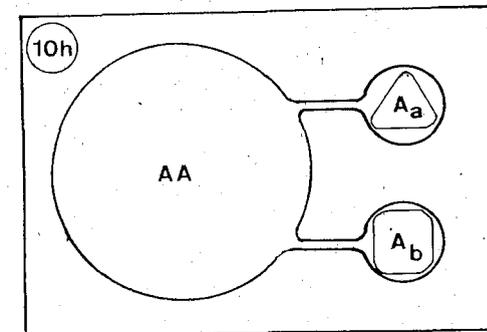
Auf diese Weise kann über die Zeit (t) hinweg – auch bei individueller Immobilität der Arbeit – eine gesellschaftliche Umstrukturierung der konkreten Arbeit stattfinden, in unserem Beispiel in Richtung mehr A_a und weni-

ger A_b (Abb. 10 g):



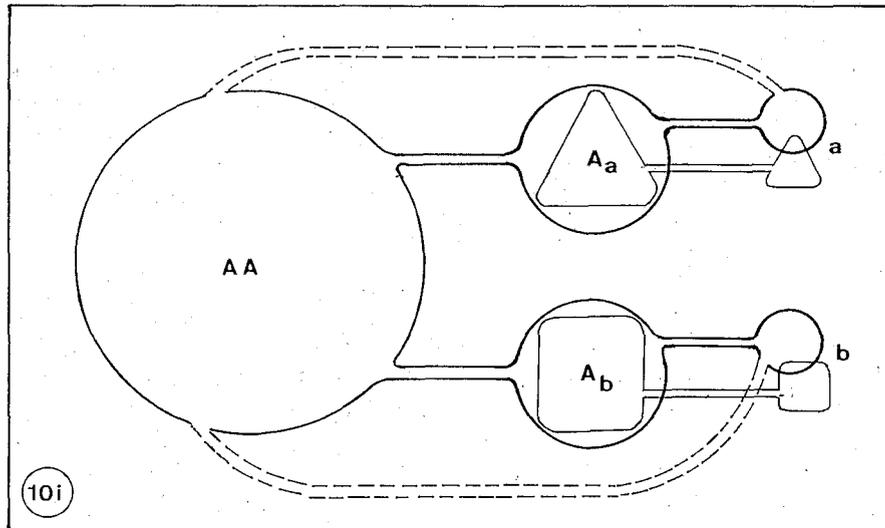
Die angestellten Überlegungen machen deutlich, daß sich einerseits die konkreten Arbeiten zwar voneinander unterscheiden, eben in ihrem konkreten Gebrauchswert bzw. in ihrer Fähigkeit, unterschiedliche konkrete Gebrauchswerte von Waren zu schaffen, daß sie andererseits aber insoweit auch identisch sind, als sie Verkörperung eines Teils des gesamtgesellschaftlichen Arbeitspotentials, gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit sind. Ihrer konkreten Unterschiedlichkeit liegt also ein abstraktes Gemeinsames zugrunde, die von Marx sogenannte „*abstrakte Arbeit*“.

Damit haben wir begrifflich-logisch den „Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit“ abgeleitet: Nämlich einerseits als konkrete Arbeit



Quelle der konkreten, unterschiedlichen Gebrauchswerte der Waren zu sein, andererseits als abstrakte Arbeit Verkörperung eines Teils gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvermögens, d. h. Verkörperung von Wertsubstanz zu sein und damit Quelle des in die Waren eingehenden Wertanteils. Symbolisch drückt sich dieser Zusammenhang wie in Abb. 10 h aus. Die gemeinsame Form des Kreises, der A_a und A_b umgibt und der jeweils „gespeist“ wird aus der gemeinsamen Quelle der abstrakten Arbeit (AA), verkörpert die Fähigkeit

der Arbeit, Werte zu schaffen, unabhängig von der konkreten Gestalt der Waren, also *abstrakte Tauschwerte*. Die unterschiedlichen Formen des Dreiecks um A_a und des Vierecks um A_b hingegen stellen die konkreten Unterschiede der beiden Arbeiten dar. — Aus dem Doppelcharakter der Arbeit entspringt nun logisch überhaupt erst der Doppelcharakter der Ware, nämlich der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert (Abb. 10 i):



„Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.“ (MEW 23, S. 61)

„Wie also in den Werten Rock und Leinwand von dem Unterschied ihrer Gebrauchswerte abstrahiert ist, so in den Arbeiten, die sich in diesen Werten darstellen, von dem Unterschied ihrer nützlichen Formen, der Schneiderei und Weberei. Wie die Gebrauchswerte Rock und Leinwand Verbindungen zweckbestimmter, produktiver Tätigkeiten mit Tuch und Garn sind, die Werte Rock und Leinwand dagegen bloß gleichartige Arbeitsgal-

erten, so gelten auch die in diesen Werten enthaltenen Arbeiten nicht durch ihr produktives Verhalten zu Tuch und Garn, sondern nur als Verausgaben menschlicher Arbeitskraft. Bildungselemente der Gebrauchswerte Rock und Leinwand sind Schneiderei und Weberei eben durch ihre verschiedenen Qualitäten; Substanz des Rockwerts und Leinwandwerts sind sie nur, soweit von ihrer besonderen Qualität abstrahiert wird und beide gleiche Qualität besitzen, die Qualität menschlicher Arbeit.“ (MEW 23, S. 59 f.)

Aus diesen Überlegungen wird auch deutlich, daß die einzelnen Waren, so sehr sie sich in ihrer Konkretheit voneinander unterscheiden, dennoch auf ein abstraktes Gemeinsames zurückgehen, nämlich auf die abstrakte Arbeit (symbolisiert durch die gestrichelten Verbindungskanäle), daß sie neben ihren konkreten Gebrauchswerten Vergegenständlichung von gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit, vergegenständlichte Werte sind. Marx:

„Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Jedoch ist uns auch das Arbeitsprodukt bereits in der Hand verwandelt. Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch oder Haus oder Garn oder sonst ein nützlich Ding. Alle seine sinnlichen Beschaffenheiten sind ausgelöscht. Es ist auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit. Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allesamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit.“ (MEW 23, S. 52)

„Abstrahiert man nun vom Gebrauchswert der Arbeitsprodukte, so erhält man ihren Wert . . . Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Waren darstellt, ist also ihr Wert.“ (MEW 23, S. 53) —

„Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als ein und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht.“ (MEW 23, S. 53) — „Da die Wertgröße einer Ware nur das Quantum der in ihr enthal-

tenen Arbeit darstellt, müssen Waren in gewisser Proportion stets gleichgroße Werte sein.“ (MEW 23, S. 60)

„Als Werte sind Rock und Leinwand Dinge von gleicher Substanz, objektive Ausdrücke gleichartiger Arbeit. Aber Schneiderei und Weberei sind qualitativ verschiedene Arbeiten. Es gibt jedoch Gesellschaftszustände, worin derselbe Mensch abwechselnd schneidert und webt, diese beiden verschiedenen Arbeitsweisen daher nur Modifikationen der Arbeit desselben Individuums und noch nicht besondere feste Funktionen verschiedener Individuen sind, ganz wie der Rock, den unser Schneider heute, und die Hosen, die er morgen macht, nur Variationen derselben individuellen Arbeit voraussetzen. (Vgl. unsere Überlegungen zu Punkt aa! B. S.). Der Augenschein lehrt ferner, daß in unserer kapitalistischen Gesellschaft, je nach der wechselnden Richtung der Arbeitsnachfrage eine gegebene Proportion menschlicher Arbeit abwechselnd in der Form von Schneiderei oder in der Form von Weberei zugeführt wird. Dieser Formwechsel der Arbeit mag nicht ohne Friktion abgehen, aber er muß gehen. Sieht man ab von der Bestimmtheit der produktiven Tätigkeit und daher vom nützlichen Charakter der Arbeit, so bleibt das an ihr, daß sie eine Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ist . . . Der Wert der Ware (aber) stellt menschliche Arbeit schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeitskraft überhaupt.“ (MEW 23, S. 58 f.)

Wir haben gezeigt, wie sich auch unter den extrem ungünstigen Bedingungen einer individuellen Immobilität der einzelnen Warenproduzenten über längere Zeit und allmählich dennoch eine Lenkung der Arbeitskraft in die verschiedenen konkreten Verwendungen entsprechend dem Wertgesetz durchsetzt, und dies quasi hinter dem Rücken der Einzelnen, die sich keinesfalls als Sachwalter des Wertgesetzes fühlen, aber in der Summe ihrer Handlungen doch seine tendenzielle Durchsetzung bewirken. Eine Voraussetzung für die Durchsetzung dieser Tendenzen muß allerdings gegeben sein, die wir bisher noch nicht besonders hervorgehoben haben: Daß mindestens für den Nachwuchs die Möglichkeit besteht, aus den Berufsfeldern und speziellen Qualifikationen der Väter hinauszuwachsen und andere Berufe zu ergreifen bzw. andere Qualifikationen zu erwerben, eine Voraussetzung, die allerdings erst erfüllt ist, wenn die alten zunftmäßigen Ordnungen des Mittelalters aufgelöst sind und durch die bürgerlichen Grundprinzipien — Gewerbefreiheit bzw. Freiheit der Berufswahl — ersetzt sind. Hieran wird wiederum deutlich, daß das Wertgesetz zu seiner eigenen histori-

schen Entfaltung traditionelle Gesellschaftsformen umwälzen muß — ein Prozeß, der heute keineswegs abgeschlossen ist, sondern sich im Gegenteil in stürmischer Dynamik befindet, was die Ausbreitung der kapitalistischen Warenproduktion im Weltmaßstab angeht.

Kommen wir zurück auf die Diskussion derjenigen Fälle, wo die individuelle Immobilität der Arbeit in qualifikationsmäßiger Hinsicht mehr oder weniger vollständig gegeben ist. Zunächst scheint diese Möglichkeit, daß der Einzelne praktisch alles produzieren kann, nur denkbar unter primitiven Produktionsverhältnissen, wo eine Spezialisierung der Fähigkeiten noch nicht stattgefunden hat. Bereits die Herausbildung des Handwerks, die Trennung von städtischer und landwirtschaftlicher Arbeit oder auch die Trennung generell von Handarbeit einerseits und Kopfarbeit andererseits, wie sie sich historisch im Zuge der kapitalistischen Warenproduktion herausgebildet hat, machen es dem Einzelnen zunächst einmal unmöglich, ohne weiteres und jederzeit von einer Tätigkeit in die andere überzuwechseln. Je mehr aber im Zuge der sich entwickelnden kapitalistischen Warenproduktion die handwerkliche Produktionsweise ersetzt wird durch Zergliederung des Arbeitsprozesses, durch zunehmende Mechanisierung bis hin zur Fließbandfertigung, umso mehr verliert (mindestens in den Bereichen der unmittelbaren Produktion und bis zu einer gewissen Stufe der Entwicklung) die spezielle Qualifikation des einzelnen „unmittelbaren“ Produzenten, des einzelnen Lohnarbeiters an Bedeutung. Wir werden noch zu diskutieren haben, daß die Logik der kapitalistischen Entwicklung diesen Prozeß zunehmender *Dequalifizierung* des einzelnen Arbeiters bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt zwangsläufig hervorgebracht hat. Je mehr aber eine mechanisierte Produktion auch mit ungelerten Arbeitskräften betrieben werden kann, umso reibungsloser kann die Arbeitskraft aus der einen Verwendung in eine andere, aus der Herstellung der einen Ware in die einer anderen Ware umgelenkt werden, umso mehr wird die Kategorie der abstrakten Arbeit zur unmittelbaren gesellschaftlichen Realität.

b) Die historische Entfaltung der Kategorie „abstrakte Arbeit“ und des Wertbegriffs

Das gerade Gesagte bedeutet aber auch: Die Kategorie der abstrakten Arbeit entfaltet ihre volle Bedeutung erst im historischen Prozeß der sich im-

mer mehr durchsetzenden kapitalistischen Warenproduktion, ist insofern also von vornherein auch eine historische Kategorie. Marx:

„Arbeit scheint eine ganz einfache Kategorie. Auch die Vorstellung derselben in dieser Einfachheit — als Arbeit überhaupt — ist uralte, Dennoch, ökonomisch in dieser Einfachheit gefaßt, ist „Arbeit“ eine ebenso moderne Kategorie wie die Verhältnisse, die diese einfache Abstraktion erzeugen . . . (Denn) die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die Allesbeherrschende ist . . . Andererseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität vom Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andere übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig daher gleichgültig ist.“ (Grundrisse, S. 24 f.) — „Ein solcher Zustand ist aber erst in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft anzutreffen.“ (Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital‘, Frankfurt/M. 1968, Bd. II, S. 210)

„Das Beispiel der Arbeit zeigt schlagend, wie selbst die abstraktesten Theorien trotz ihrer Gültigkeit — eben wegen ihrer Abstraktion — für alle Epochen, dennoch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebenso sehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen.“ (Marx, Grundrisse, S. 25)

Mit diesen Überlegungen haben wir einen ganz entscheidenden logischen Aspekt der Marxschen Methode herausgearbeitet, dem in der Begriffsbildung der Marxschen Theorie eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Begriffe der abstrakten Arbeit sowie des Werts implizieren keine überhistorischen, ahistorischen Inhalte, sondern beinhalten im Gegenteil die historische Dynamik selbst, in deren Verlauf sie sich in ihrer Reinheit, in ihrer Vollgültigkeit erst entfalten und die sie selbst (in Form des Wertgesetzes) vorantreiben. Je mehr im Zuge der kapitalistischen Entwicklung durch die Zergliederung der Arbeitsprozesse, durch die wachsende Mobilität der Arbeit der Begriff der abstrakten Arbeit zunehmend die realen Verhältnisse einer beliebig manövrierbaren Masse von Arbeitskraft widerspiegelt, umso mehr schwinden auch die Reibungsverluste bei der Umstrukturierung der Produktion entsprechend dem Wertgesetz, umso mehr entfaltet sich infolgedessen auch der Wertbegriff selbst: „In ihrer entwickelten Gestalt tritt

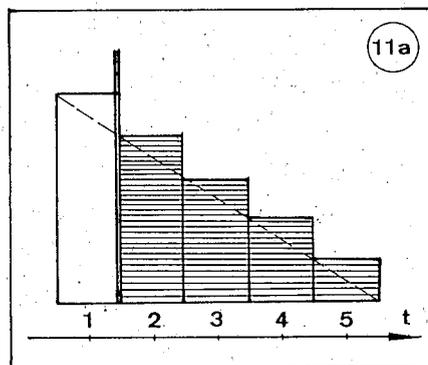
die Kategorie des Wertes doch nur in der kapitalistischen Gesellschaft auf, weil erst in dieser Gesellschaft die Warenproduktion zur allgemeinen Form der Produktion wird.“ (Rosdolsky II, S. 210) — (Daß der Keim für die Entwicklung und die Dynamik der kapitalistischen Warenproduktion bereits im Doppelcharakter der Ware logisch angelegt ist, werden wir noch herauszuarbeiten haben.)

c) Zusammenfassung

Als Ergebnis im Zusammenhang mit der Frage nach der Durchsetzung des Wertgesetzes können wir zunächst festhalten: Die individuelle Immobilität der Arbeitskraft verzögert zwar die Durchsetzung des Wertgesetzes, kann sie aber in einer warenproduzierenden Gesellschaft auf lange Sicht umso weniger verhindern, je mehr sich die Gewerbefreiheit und Freiheit der Berufswahl als Grundwerte der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzen. Die Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion führt sogar durch die Umwälzung von Tradition und Produktionstechnik dazu, daß die ursprünglich geringe Mobilität der handwerklichen Produzenten ersetzt wird durch eine zunehmende Mobilität der Arbeitskraft in Form von ungelernter Arbeit. Daraus folgt, daß die Bedingungen, die das Wertgesetz im Zuge seiner historischen Entfaltung schafft, seine eigene historische Entfaltung zunehmend begünstigen. (Daß mit dem Prozeß der zunehmenden Entfaltung des Wertgesetzes gleichzeitig eine zunehmende Verschleierung, eine „Mystifikation“ des Wertcharakters der kapitalistischen Produktion einhergeht und der Wert der Waren immer weniger an der Oberfläche der Marktverhältnisse in Erscheinung tritt, obwohl das Wertgesetz dennoch die treibende Kraft der Entwicklung bleibt, soll hier nur angedeutet werden. Wir kommen später auf diesen widersprüchlichen Charakter der historisch-ökonomischen Entwicklung zurück, wenn es um das Verhältnis von Werten zu Produktionspreisen und um das Problem der Mystifikation des Kapitalverhältnisses geht.)

5) Flexibilität der Produktionsstruktur und Mobilität des Kapitals

Wenden wir uns nach der Erörterung der Mobilität der Arbeit nunmehr der Frage zu, inwieweit die Durchsetzung des Wertgesetzes verzögert oder verhindert wird durch die Bindung der Produktion an mehr oder weniger langlebige Produktionsmittel (Maschinenanlagen). Gehen wir zur Durchleuchtung dieses Problems wieder modellhaft vor und unterstellen, daß ein Produzent eine Maschine mit 5 Jahren Lebensdauer erst ein Jahr in Betrieb hat, während sich der Preis der damit produzierten Ware in dieser Zeit im Vergleich zu anderen Waren rapide verschlechtert hat. Läge eine völlige Flexibilität der Produktion vor, so würde der Produzent sofort aus der Produktion dieser Ware aussteigen und die Produktion einer Ware aufnehmen, bei der das Wert-Preis-Verhältnis günstiger liegt. Würde er dies tun, so wären die in der Maschine noch verkörperten Werte (Abb. 11 a) verloren, es

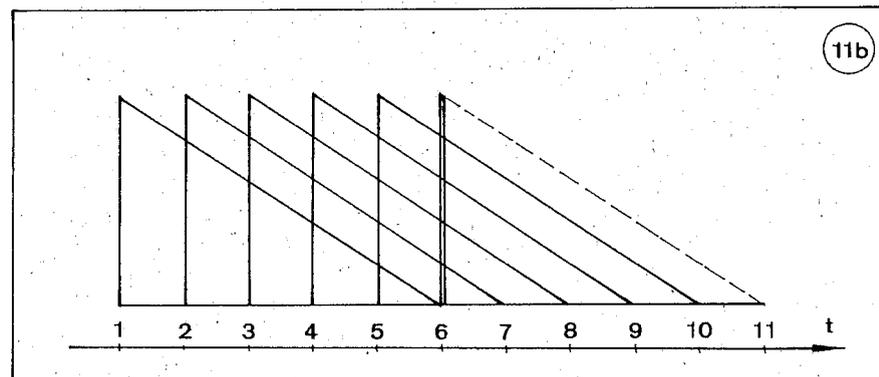


sei denn, er könnte die Maschine verkaufen und auf diese Weise einen Verlust vermeiden. Wenn es sich jedoch — wie in unserem Fall vorausgesetzt — um einen allgemeinen Preisrückgang für die Ware b handelt, und wenn sich die Maschine nur für die Produktion von b eignet, wird sich kein Käufer finden, der die Maschine zu ihrem ursprünglichen Wert (abzüglich der entsprechenden Abnutzung) kauft. Der einzelne

b-Produzent steht also vor der Alternative, seine Maschine — obwohl gerade angeschafft — zu verschrotten oder noch weiter zu produzieren, weil ja die Kosten für die Maschine ohnehin schon angefallen sind. Solange der Absatz von b — trotz der relativen Verschlechterung — wenigstens einen Teil der aufgewendeten Maschinenkosten einbringt, wird der b-Produzent noch weiter produzieren. (Auf eine genaue Bestimmung kommt es in diesem Zusammenhang nicht an.) Umstellen wird er seine Produktion aber spätestens dann, wenn die Maschine abgenutzt ist und Ersatzinvestitionen (bzw. Neuinvestitionen) vorgenommen werden. Die Tendenz zur Umstrukturierung der Produktion wird sich also nicht gleich durchsetzen, sondern

für den einzelnen Produzenten erst nach Ablauf der Lebensdauer der Maschine. (So jedenfalls, wenn es sich bei der Maschine um eine Spezialmaschine handelt, auf der nur das eine Produkt produziert werden kann.)

Was wir für den einzelnen Produzenten ausgearbeitet haben, gilt allerdings nicht in gleicher Weise gesamtgesellschaftlich. Denn hier muß beachtet werden, daß die einzelnen Produzenten ihre Maschinen in der Regel zu unterschiedlichen Zeitpunkten anschaffen. Das soll in Abb. 11 b dargestellt werden.



Ergibt sich nun — z. B. aufgrund der Preisentwicklung — zum Zeitpunkt t_6 eine starke Tendenz zur Umstrukturierung, d. h. zum Aussteigen aus der b-Produktion, so kann am ehesten derjenige Produzent darauf reagieren, dessen Maschine abgenutzt ist und der vor der Entscheidung einer Ersatzinvestition bzw. zusätzlichen Investition steht (in unserem Fall P_1). Entsprechend der zeitlichen Verschiebung in der Anschaffung der Maschinen werden die anderen Produzenten mit zeitlicher Verzögerung folgen (solange jedenfalls das Preisverhältnis ein entsprechendes Aussteigen rechtfertigt). Wir erkennen also, daß sich auch unter Berücksichtigung der „Bindung“ der Produzenten an ihre Maschinen das Wertgesetz allmählich seine Durchsetzung verschafft, und zwar auch dann, wenn der einzelne Produzent noch jahrelang auf seine Maschinen festgelegt ist. Die Umstellung ergibt sich — gesamtwirtschaftlich — umso zähflüssiger, je längerfristig die Investitionen sind, d. h. letztlich, je kapitalintensiver die Produktion ist. Dieser Zusammenhang gilt freilich nur dann, wenn die Maschinen und Anlagen nur einseitig für bestimmte Produktionen verwendbar sind. Sofern es sich

von vornherein um eine Mehrzweckmaschine handelt, auf der sowohl a als auch b gefertigt werden können, kann die Umstellung der Produktion von einem Produkt auf das andere auch während der Lebensdauer einer Maschine vorgenommen werden.

Während wir bisher nur von der technischen Mobilität, von der technischen Möglichkeit der schnellen Umstellung auf andere Produkte, gesprochen haben, wollen wir nur noch kurz auf das darüberhinausgehende Problem der Mobilität des Kapitals verweisen, die auch bei individueller technischer Anpassungsunfähigkeit gesamtwirtschaftlich eine entsprechende Umstrukturierung erzwingt. Dadurch nämlich, daß unter kapitalistischen Bedingungen die einzelnen Unternehmen mehr oder weniger an die Finanzierungsquelle des Kapitalmarkts angeschlossen sind, stehen sie unter dem Zwang, auf die Dauer mindestens die durchschnittliche Rendite zu erwirtschaften. Gelingt ihnen dies nicht, so werden sie automatisch von der Kreditversorgung abgeschnitten bzw. von der Möglichkeit, über Emission von Aktien oder Obligationen Mittel am Kapitalmarkt aufzunehmen. Die schnelle Reaktion der Börse auf Rentabilitätseinbußen einzelner Unternehmen bewirkt, daß neue Kapitalien tendenziell nur in solche Bereiche fließen, die eine mindestens durchschnittliche Rendite versprechen. In der Aktienbörse, die ihrerseits die Rechtsform der Aktiengesellschaft voraussetzt, hat die Entwicklung des kapitalistischen Systems eine Form hervor gebracht, in der sich die im Wertgesetz angelegten Tendenzen sowohl in zeitlich kürzesten Fristen als auch über weite Räume durchsetzen können (bei international freiem Kapitalverkehr sogar innerhalb der gesamten kapitalistischen Welt). (Daß sich das Wertgesetz durch die Existenz von nationalen Währungen, Wechselkursen und Zöllen modifiziert, wurde schon kurz erwähnt.) Indem also das Wertgesetz — wie noch zu zeigen sein wird — die Kapitalkonzentration vorantreibt und die entsprechenden juristischen Hüllen (wie die Form der Kapitalgesellschaft) hervorbringt, innerhalb deren sich diese Konzentration ungehindert durchsetzen kann, drängt es auch zur Entfaltung der Börse, des Kredit- und Kapitalmarkts, die ihrerseits schließlich den nationalen Rahmen sprengen und der Herausbildung des internationalen Warenmarktes die Entfaltung des internationalen Kapitalmarktes zur Seite stellen. Mit Niederreißen nationaler Beschränkungen, mit dem Zusammenschmelzen ursprünglich nationaler Räume zu größeren Nationen bzw. deren Zusammenschluß innerhalb größerer Wirtschaftsböcke, mit dem Abbau sowohl von Handelshemmnissen als auch Kapitalverkehrsbeschränkungen innerhalb dieser Räume schafft sich das

Wertgesetz zunehmend die Bedingungen seiner weltweiten Entfaltung. Das bedeutet aber auch eine zunehmende Entfaltung der Begriffe „abstrakter Arbeit“ und „Wert“ im historischen Entwicklungsprozeß. Das Wertgesetz impliziert also eine ständige Bewegung, Veränderung, und keinen Zustand. Es ist ein *historisch-ökonomisch-gesellschaftliches Bewegungsgesetz*. Wir werden freilich noch etliche logische Schritte zu vollziehen haben, um die Entwicklung vom einfachen Warentausch über die Herausbildung des Geldes bis hin zur Entwicklung und Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion begrifflich fassen zu können.

Der zunehmenden — auch weltweiten — Mobilität von Geldkapital steht allerdings in bezug auf das in den Produktionsanlagen gebundene Kapital eine entgegengerichtete Tendenz gegenüber: Dadurch nämlich, daß im Zuge der Konzentration des Kapitals immer größere Produktionseinheiten entstanden sind, in denen ursprünglich lebendige Arbeit in erstarrter Form gebunden ist, wird eine Umstellung der Produktionsprozesse auf andere Produkte immer schwieriger. Mit einer Raffinerie z. B. lassen sich keine Autos oder Fernseher herstellen, und die in diesen riesigen Produktionskomplexen geronnene Arbeit läßt sich insoweit nicht einfach wieder auftauen und in andere Bereiche umlenken. Sollte etwa die Nachfrage in diesen Branchen dennoch zurückgehen, so werden sich erhebliche strukturelle Anpassungsschwierigkeiten ergeben, sog. Strukturkrisen, in deren Verlauf sich die Produktionsanlagen entwerten. — Aus diesen kurzen Überlegungen wird deutlich, daß mit zunehmender Konzentration und Zentralisation des Kapitals (auf deren Hintergründe wir später noch im einzelnen eingehen werden) die entsprechenden Kapitalge alles in ihren Möglichkeiten liegende tun werden, um einer Entwertung entgegenzusteuern. Sie werden z. B. versuchen, die Absatzmärkte mit entsprechenden Marktstrategien zu kontrollieren (z. B. durch Fixierung der Käuferwünsche auf ihre Produkte mittels Werbung usw. oder durch Sicherung von Staatsaufträgen — wie im Bereich der Rüstungsproduktion). Auch wenn sich die im Wertgesetz angelegten Tendenzen auf die Dauer nicht hemmen lassen, vollzieht sich doch ihre Durchsetzung unter monopolkapitalistischen Bedingungen in modifizierter Form und zunehmend krisenhaft, so daß staatliche Eingriffe zur Abmilderung der Krisenfolgen immer notwendiger werden. (Sowohl auf die Bedeutung der Monopolisierung als auch auf die Rolle des Staates kommen wir später im einzelnen zurück.)

6) Die Tendenz zur Beseitigung von Gewerbeschränken

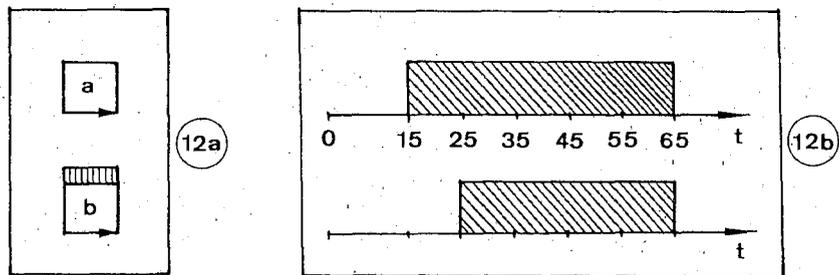
Wir kommen zur Diskussion des letzten Punktes, den wir als mögliches Hindernis für die Durchsetzung des Wertgesetzes aufgezählt hatten: Daß es den einzelnen Produzenten trotz Mobilität der Arbeitskraft und trotz Erfüllung aller anderen genannten Bedingungen aus irgendwelchen Gründen versperrt ist, die Produktion anderer Waren aufzunehmen. Welches könnten die Gründe für einen solchen versperrten Zugang sein? Einen möglichen Grund hatten wir schon genannt, der allerdings mit zunehmender Herausbildung der Warenproduktion und insbesondere der kapitalistischen Warenproduktion immer mehr an Gewicht verliert: nämlich das Nichtvorhandensein an Gewerbefreiheit. Es gibt zwar auch heute noch einige Sparten, in denen die Gewerbefreiheit — meist unter dem Argument (oder Vorwand) des Schutzes der Allgemeinheit — noch nicht vollständig hergestellt ist, sondern der Zugang nur durch besondere Befähigungsnachweise (z. B. im Gaststättengewerbe, in einzelnen Handwerken, im Einzelhandel, bei Apotheken und Ärzten) ermöglicht wird und auf dem Weg über eine gezielte Handhabung der Eingangsvoraussetzungen eine Eingangssperre erreicht werden kann. Eine solche Eingangssperre wirkt sich zweifellos dahingehend aus, daß in diesen Bereichen die Preise sich auch längerfristig über den Werten halten können. Aber auch hierbei muß beachtet werden, daß derartige Bereiche, gemessen am Gesamtvolumen der Warenproduktion, in der historischen Entwicklung eine abnehmende Bedeutung haben und heute in den kapitalistischen Ländern relativ kaum noch eine Rolle spielen. Die historische Erfahrung hat gezeigt, was im übrigen unter Kenntnis der im Wertgesetz angelegten Dynamik ohnehin zu erwarten war: Daß sich berufsständische Interessen zwar eine Zeitlang erfolgreich gegen den Abbau ständischer Privilegien und den Abbau von Eingangssperren haben wehren können, daß aber langfristig die Entfaltung des Wertgesetzes derartige Privilegien zunehmend niedergewalzt hat, insbesondere, wenn es um das Eindringen kapitalistischer Produktionsweise in diese Bereiche geht (z. B. Kaufhäuser, Versandhäuser im Einzelhandel, Massentourismus im Dienstleistungsbereich usw.).

7) Zusammenfassung

Fassen wir unsere bisherigen Ergebnisse bezüglich der dem Wertgesetz entgegenwirkenden Tendenzen zusammen, so kommen wir zu folgendem Schluß: Die im Wertgesetz angelegte Dynamik treibt im historisch-ökonomischen Prozeß zunehmend zur Niederwalzung derjenigen Hindernisse, die seiner Entfaltung entgegenstehen. Im Zuge dieses Prozesses werden über den Raum hinweg die Preise und Produktionsbedingungen jeweils gleicher Waren zunehmend angeglichen; die einzelnen Warenproduzenten erfahren über den Rentabilitätsdruck, ob sie im Vergleich zu anderen Produzenten gesellschaftliche Arbeitszeit verschwendet haben, und dies unabhängig davon, ob sie die Preise und Produktionsbedingungen der anderen Produzenten kennen. Die individuelle Immobilität der Arbeitskraft, die zunächst die Durchsetzung des Wertgesetzes verzögern (aber nicht verhindern!) kann, wird im Zuge der kapitalistischen Entwicklung und der damit verbundenen Dequalifizierung des Teilarbeiters zunehmend ersetzt durch eine wachsende Mobilität der ungelerten Arbeit. Die begrenzte Mobilität oder Flexibilität von Maschinen wird in Teilbereichen vermindert durch Nutzung von Mehrzweckmaschinen unter Anwendung einzelwirtschaftlicher Planungsmethoden, gesamtwirtschaftlich wird die Umstrukturierung erzwungen über die (im Rahmen der Herausbildung der Börse und der internationalen Kapitalmärkte) zunehmende Mobilität des Geldkapitals innerhalb wachsender Wirtschaftsräume. Lediglich das in den wachsenden Produktionsanlagen gebundene Kapital widersetzt sich den Umstrukturierungstendenzen, woraus sich Strategien zur Beherrschung der Märkte entwickeln. Daß sich dennoch auch unter monopolkapitalistischen Bedingungen das Wertgesetz — wenn auch in modifizierter Form — durchsetzt, konnten wir nur andeuten, aber noch nicht beweisen. Dieses Problem wird später — im Kapitel „Monopol und Wertgesetz“ — wieder aufgegriffen. Zunächst wird es um das Verständnis des Konkurrenzkapitalismus gehen.

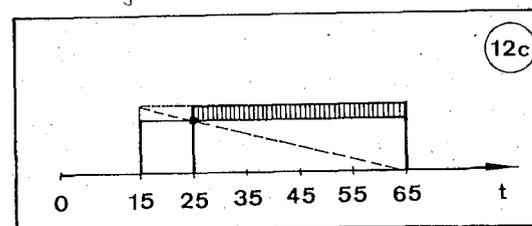
IV. EINFACHE ARBEIT – KOMPLIZIERTE (QUALIFIZIERTE) ARBEIT UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN WERT-BEGRIFF

Wir haben noch einen weiteren Schritt in der Entwicklung des Wertbegriffs vorzunehmen: Bisher haben wir als Grundlage des Werts einer Ware die direkt und indirekt für die Reproduktion der Ware erforderliche *Arbeitszeit* herausgefunden, d. h. eine *einfache Quantität* von Arbeit, ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Qualität, die unterschiedliche Qualifikation der Arbeit und auch ohne Rücksicht auf die Intensität der Arbeit. Ist es realistisch anzunehmen, daß etwa die Verausgabung einer Arbeitsstunde eines qualifizierten Arbeiters den gleichen Wert beinhaltet wie die eines ungelerten Arbeiters? Prüfen wir auch dieses Problem anhand eines Modells: Zur Herstellung der Ware b sei 1 Stunde gelernte Arbeit, zur Herstellung von a 1 Stunde ungelerte Arbeit erforderlich (Abb. 12 a). (Die anderen Faktoren, Material und Maschinen, wollen wir in diesem Modell der Einfachheit halber ausklammern.) Es wird unterstellt, daß der ungelerte Arbeiter von 15–65 Jahren arbeitet, während der gelernte Arbeiter zunächst von 15–25 Jahren eine Ausbildung durchmacht, in der er seine entsprechende und für die Produktion von b notwendige Qualifikation erwirbt, um dann von 25–65 Jahren zu arbeiten. Dieser Sachverhalt soll in der folgenden Graphik dargestellt werden (Abb. 12 b):



Würde sich nun am Markt ein Austauschverhältnis zwischen a und b von 1 : 1 herausbilden (und zwar auf lange Sicht), so würde das darauf hinauslaufen, daß der b-Produzent für den Verkauf seiner Ware immer das gleiche bekommen würde wie der a-Produzent. Seine Ausbildung würde sich also in keiner Weise „auszahlen“. Im Gegenteil: da er nur 40 Jahre produzie-

rend tätig ist, kann er während dieser gesamten Zeit weniger eintauschen als der a-Produzent während seiner gesamten Tätigkeit in 50 Jahren. Ist eine solche Entwicklung absehbar, so folgt daraus, daß kaum jemand die Ausbildung für die b-Produktion durchmachen würde, daß also die hierzu notwendige Qualifikation nicht mehr bereitgestellt würde und damit auch b nicht mehr in dem Umfang produziert werden könnte. Das Schrumpfen des Angebots von b und das entsprechend steigende Angebot von a würden das Preisverhältnis verändern: a würde billiger, b würde teurer. Und zwar so lange, bis über den Preis von b die höhere Qualifikation der b-Produzenten entsprechend entgolten würde. „Entsprechend“ heißt in diesem Zusammenhang: es müßte mindestens ein Ausgleich geschaffen werden für den Verdienstaustausch während der 10 Jahre Ausbildung, von denen wir zunächst unterstellten, daß der einzelne sie selbst bezahlen muß. Wenn wir weiter unterstellen, daß er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts während dieser Zeit einen Kredit aufnimmt, den er später zurückzahlen muß, so wird klar, daß allein zur Kreditrückzahlung sein späterer Verdienst über dem des ungelerten Arbeiters liegen muß. Grafisch stellt sich die Lösung (im einfachsten Fall, z. B. ohne Kreditzinsen) wie in Abb. 12 c dar:



Damit die effektiven Einkünfte während 40 Jahren Tätigkeit das gleiche ausmachen wie die Einkünfte des ungelerten Arbeiters während 50 Jahren, muß pro Jahr (oder Stunde) die gelernte Arbeit höher entgolten werden. (Grafisch muß das flache Rechteck in Abb. 12 c mit der Länge 50 Jahre flächengleich sein, dem höheren Rechteck mit der Länge 40 Jahre. Aus dem Verhältnis der Rechteckhöhen ergibt sich der Faktor, mit dem die gelernte Arbeitsstunde gegenüber der ungelerten Arbeitsstunde multipliziert werden muß (in unserem Beispiel 5/4). Erst wenn der Preis der Ware b gegenüber a auf die Dauer prozentual um soviel höher liegt wie die Entlohnung der gelernten Arbeit gegenüber der ungelerten Arbeit, erst dann wird sich die Tendenz zur Umstrukturierung aufheben. (Umstrukturierung hieße hier, daß der Nachwuchs entweder ganz oder teilweise

auf die Ausbildung, auf den Erwerb von Qualifikation verzichtet und somit die Produktion der betreffenden Waren zurückgeht, zu deren Herstellung die Qualifikation erforderlich ist.) In unserem Beispiel wäre dieses Gleichgewicht bei $a : b = 5 : 4$ erreicht. Daraus folgt, daß der Wert der Waren nicht einfach bestimmt ist durch das quantitative Zeitmaß der verausgabten Arbeit (das ja für a und b gleich ist), sondern daß dieses Zeitmaß gewichtet ist mit den unterschiedlichen Qualifikationen der Arbeit. Marx:

„Der Wert der Ware stellt menschliche Arbeitskraft schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt. Wie nun in der bürgerlichen Gesellschaft ein General oder Bankier eine große, der Mensch schlechthin dagegen eine sehr schäbige Rolle spielt, so steht es auch hier mit der menschlichen Arbeit. Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leidlichen Organismus besitzt. Die *einfache Durchschnittsarbeit* selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Komplizierte Arbeit gilt nur als *Potenzierung* oder vielmehr *Multiplizierung* einfacher Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr *Wert* setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben. Der Vereinfachung halber gilt uns im Folgenden jede Art Arbeitskraft unmittelbar für einfache Arbeitskraft, wodurch nur die Mühe der Reduktion erspart wird.“ (MEW 23, S. 59)

Haben wir aber zur Ableitung dieser Ergebnisse nicht derart unrealistische Voraussetzungen unterstellt, daß das Ergebnis ziemlich unbrauchbar sein muß? Ist es z. B. nicht denkbar, daß jemand auch dann eine Ausbildung durchläuft, wenn er damit später nicht entsprechend mehr Geld verdienen kann, oder einfach nur aus Spaß an der Sache oder auch nur aus Prestigegründen? Oder ist es nicht realistischer anzunehmen, daß die Ausbildung und der Lebensunterhalt während dieser Zeit nicht per Kredit, sondern etwa von den Eltern finanziert werden oder durch Stipendien? Und schließ-

lich: Gibt es nicht auch qualifizierte Arbeit, die ohne eine lange Ausbildung vorhanden ist, einfach dadurch, daß der einzelne eine natürliche Begabung hat und von vornherein qualifizierter ist als andere? — Alle diese Einwände lassen die Reduktion komplizierter, qualifizierter Arbeit auf einfache, ungelernete Arbeit sinnlos und unlösbar erscheinen. Gehen wir den einzelnen Einwänden nach:

Sicherlich ist es denkbar und kommt auch vor, daß jemand nur aus Hobby oder Prestige heraus studiert, ohne daß sich das Studium in irgendeiner Weise finanziell für ihn „auszahlt“. Diesen Charakter haben Studium und Ausbildung insbesondere dann, wenn sie einer kleinen Schicht privilegierter Leute vorbehalten bleiben. Solange sich die Produktion mit relativ wenig Spezialisten und einer Masse ungelernerter Arbeitskräfte betreiben läßt, ist der Ausbildungssektor auch in keiner Weise besonders bedeutsam, was die Entfaltung der ökonomischen Bewegungsgesetze angeht. Im Gegenteil führt ja — wie wir gesehen haben — die Zerlegung des Arbeitsprozesses im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zunächst einmal zu einer steigenden Mobilität der Arbeitskraft deswegen, weil für weite Bereiche ungelernete Arbeitskraft eingesetzt werden kann. In dieser Phase der Entwicklung wird die Qualifikation des einzelnen Teilarbeiters immer bedeutungsloser, der Ausbildungssektor spielt insofern für die Aufrechterhaltung und Entfaltung der ökonomischen Prozesse gesamtgesellschaftlich nur eine untergeordnete Rolle. Je komplizierter aber schließlich die Produktionsprozesse, je mehr die ungelernete Arbeit schließlich durch Maschinen ersetzt wird und je notwendiger über die unmittelbare Produktion hinaus andere Funktionen werden (etwa Konstruktion, Planung, Leitung, Kontrolle, Personalführung usw.), umso mehr wächst dem Ausbildungssektor die Funktion zu, die hierzu erforderlichen Qualifikationen zu „produzieren“. Indem im Rahmen der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung die Qualifikationsanforderungen in immer kürzer werdenden Abständen wechseln, reicht auch eine einmal erworbene spezielle Qualifikation nicht mehr aus, um diesen wechselnden Anforderungen gerecht zu werden. Neben der Vermittlung spezieller Kenntnisse wird es deswegen in einer bestimmten Entwicklungsphase des Systems zunehmend erforderlich, die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen und Umlernen zu vermitteln, und dies für einen wachsenden Teil der Arbeitskräfte. Daraus folgt aber auch, daß Ausbildung nicht mehr privates Vergnügen einiger weniger ist, sondern zunehmend notwendige Voraussetzung für eine wachsende Produktion wird. Je mehr sich diese Tendenz durchsetzt (sie wird wiederum

selbst erst durch die Dynamik des Wertgesetzes hervorgebracht), umso mehr wird auch die Frage der Ausbildung dem Kalkül unterworfen, was sie den einzelnen einerseits kostet und was sie ihm andererseits einbringt. Im Zuge dieser Entwicklung wird auch das traditionelle Prestige bestimmter Berufe, die kein entsprechendes Einkommen abwerfen, immer mehr schwinden, wird auch die Qualifikation immer mehr Warencharakter annehmen, die sich mit anderen Qualifikationen schließlich nur noch am Tauschwert bemißt, nach der Devise: „Ich verdiene soviel, und was verdienst Du?“

Die Reduzierung der konkreten unterschiedlichen Tätigkeiten und Qualifikationen auf den abstrakten Tauschwert und damit auch die volle Entfaltung der Kategorie „komplizierte Arbeit“ im Vergleich zur „einfachen Arbeit“ ist somit ebenfalls Ergebnis der Entfaltung des Wertgesetzes selbst. Nicht mehr die Konkretheit der Berufe, der spezifischen Tätigkeiten ist von Interesse, sondern ausschließlich die Frage, was sie einbringen und ob sich entsprechend eine lange Ausbildung „lohnt“ oder nicht. In dieser Entwicklung ist aber auch schon angelegt, daß die Reduzierung der konkreten menschlichen Fähigkeiten auf den abstrakten Tauschwert es zum Zweck der Vergleichbarkeit erfordert, daß der eigene Tauschwert nach außen gewendet, nach außen hin dokumentiert wird, d. h. vorgezeigt werden kann. (Hierin liegt übrigens — warenanalytisch begründet — ein wesentlicher Ansatzpunkt zum Verständnis des Konsumfetischismus.)

Gehen wir auf die anderen Einwände ein: Es wird nicht bestritten, daß manche Ausbildung voll von den Eltern getragen wird. Aber je mehr die einzelnen darauf angewiesen sind, schließlich ihre Arbeitskraft am Arbeitsmarkt zu verkaufen, umso mehr wird sich auch hier die Tendenz durchsetzen, daß eine „brotlose“ Ausbildung nicht zur Regel, sondern zur vernachlässigbaren Ausnahme wird, daß also bestimmte Ausbildungen (auch wenn sie von den Eltern finanziert werden) dann nicht gewählt werden, wenn die entsprechenden Berufe „nichts einbringen“. Der Hinweis auf die Zahlung von Stipendien modifiziert zwar in gewisser Weise die abgeleiteten Ergebnisse, diese können aber an der Gesamttendenz nichts ändern. Im Gegenteil: Je mehr die Vergabe von Stipendien gebunden wird an die schnelle Absolvierung eines berufsbezogenen Studiums und an die spätere Rückzahlung der Beträge (und die Tendenz der kapitalistischen Bildungspolitik geht in diese Richtung), umso mehr wird auf den einzelnen Druck ausgeübt, solche Ausbildungen zu unterlassen, die sich im

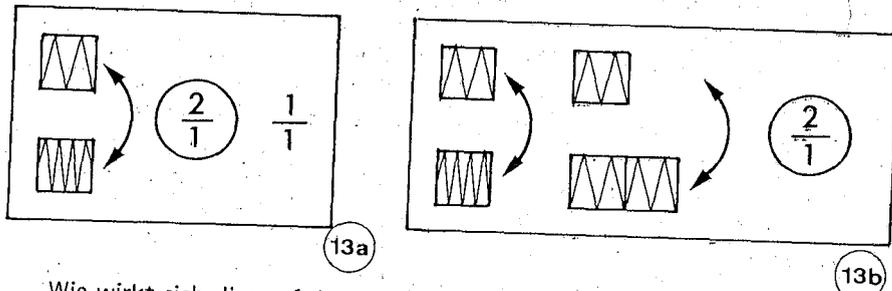
späteren Beruf nicht entsprechend „auszahlen“.

Kommen wir schließlich zum letzten der vorgetragenen Einwände: Wie soll eine Qualifikation bewertet werden, die nicht Ergebnis einer Ausbildung, sondern einfach „Naturveranlagung“ ist, etwa die Arbeit eines künstlerischen oder wissenschaftlichen Genies? Hierzu ist zu sagen, daß außergewöhnliche, nicht reproduzierbare Fähigkeiten in der Tat nicht unter das Wertgesetz fallen, ebensowenig wie nicht reproduzierbare Güter. Das mag manchen Kritiker der Marxschen Theorie freuen, aber es ist vollkommen irrelevant, wenn es sich um die Analyse ökonomisch-gesellschaftlicher Prozesse handelt. Relevant wäre ein solcher Einwand nur, wenn unterstellt würde, daß jede Einzelleistung, jede Einzelqualifikation nicht wiederholbar, nicht reproduzierbar, nicht durch Sozialisation und Ausbildung prinzipiell erwerbbar wäre. Dann wäre es in der Tat schwierig, unterschiedliche Fähigkeiten auf einen irgendwie gemeinsamen Nenner zu bringen. Sobald aber davon ausgegangen wird (und die Erkenntnisse der Psychoanalyse und Sozialisationsforschung lassen keinen anderen Schluß zu), daß so ungefähr alle Fähigkeiten erst im Laufe der Sozialisation erworben werden, daß dabei manche Entfaltungsmöglichkeiten unterdrückt, andere geformt werden und daß sich erst aufgrund von Sozialisation und Ausbildung, also aufgrund gesellschaftlicher Einflüsse sowohl Psychostruktur als auch Qualifikationsstruktur des einzelnen herausbilden, dann sind im Prinzip — gesellschaftlich betrachtet — nahezu alle Qualifikationen reproduzierbar. Daraus folgt, daß unterschiedliche Qualifikationen auch gewichtet werden können entsprechend dem gesellschaftlichen Aufwand, der erforderlich ist, um die entsprechende Qualifikation zu reproduzieren (also z. B. gewichtet mit den unterschiedlichen Ausbildungskosten). (Zur Frage der Qualifikation aus marxistischer Sicht siehe im einzelnen Altvater/Huisken: Materialien zur politischen Ökonomie des Bildungssektors, 1971)

Wir kommen zu dem Ergebnis: Gesellschaftlich betrachtet läßt sich komplizierte Arbeit auf einfache Arbeit reduzieren. In Einzelfällen (bei nicht reproduzierbaren genialen Leistungen) ist eine solche Reduktion schwierig. Aber sogar hier besteht zunehmend die Tendenz, „geniale“ Einfälle oder außergewöhnliche individuelle Spitzenleistungen über entsprechende Investitionen (z. B. in Forschungszentren oder Sportstätten usw.) regelrecht „zu produzieren“.

V. DIE INTENSITÄT DER ARBEIT UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN WERTBEGRIFF

In unserer Ableitung des Wertbegriffs kommen wir nun zur Erörterung eines letzten Faktors für die Wertbestimmung der Ware, nämlich zur *Intensität* der Arbeit. Es stellt sich die Frage, ob der Wert einer Arbeitsstunde (reduziert auf einfache Arbeit) abhängt von der Intensität der Arbeit, d. h. von der Schnelligkeit des Arbeitsrhythmus. Betrachten wir den Zusammenhang wieder an einem Modell. Wir wollen davon ausgehen, daß zur Produktion von a und b je eine Stunde aufgewendet wird, wobei allerdings die Arbeitsintensität der b-Stunde doppelt so groß sein soll wie die der a-Stunde. Der Arbeitsrhythmus bei b ist also doppelt so schnell, d. h. in der gleichen Zeit erfolgen doppelt so viele (vergleichbare) Arbeitsgänge. (Graphisch kommt das in Abb. 13 a in der doppelten Zahl von Zacken zum Ausdruck, die in b gegenüber a eingezeichnet sind.) In b sind also die Arbeitsgänge gewissermaßen zusammengepreßt, in gleicher Zeit wird das Doppelte aus der Arbeitskraft herausgeholt.



Wie wirkt sich dies auf den Wert der Ware aus? Unterstellen wir, daß sich am Markt ein Austauschverhältnis von 1 : 1 herausbildet, das insoweit dem Verhältnis der aufgewendeten Arbeitszeit entspricht. Handelt es sich um ein wertadäquates Verhältnis? — Offensichtlich nicht, weil unter den gegebenen Bedingungen die b-Produzenten entweder auf a umsteigen oder mit geringerer Intensität produzieren würden, wenn sich die höhere Intensität nicht in irgendeiner Weise im Austauschverhältnis niederschlägt. In beiden Fällen würden letztlich weniger b produziert (und eventuell mehr a), so daß der Preis von b tendenziell steigt, z. B. in Richtung a : b. = 2 : 1. Daraus folgt wiederum, daß 1 : 1 nicht das wertadäquate Verhältnis sein konnte, daß nicht allein die Arbeitszeit als solche wertbestimmend ist, sondern auch die Intensität der Arbeit den Wert einer Arbeitsstunde mit-

beeinflußt. Wir können deshalb sagen: Der Wert einer Stunde einfacher Arbeit ist umso höher, je größer die Intensität der Arbeit. Das bedeutet aber auch: Überdurchschnittlich intensive Arbeit läßt sich wertmäßig auf durchschnittlich intensive Arbeit reduzieren (Abb. 13 b), ebenso wie qualifizierte Arbeit auf einfache Arbeit sich reduzieren läßt. Als *Maßeinheit* des Werts, des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands, bietet sich an, 1 Stunde einfache Arbeit bei gesellschaftlich durchschnittlicher Intensität zu wählen. Marx:

„Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von *Geschick* und *Intensität* der Arbeit darzustellen.“ (MEW 23, S. 53) (Beim „Durchschnittsgrad von Geschick“ kann es sich nur um das durchschnittliche Geschick der ungelerten, einfachen Arbeit handeln.)

Aber auch in bezug auf die Intensität der Arbeit als wertbestimmender Faktor stellt sich wiederum die Frage, inwieweit das, was wir hier modellhaft abgeleitet haben, überhaupt der Realität entsprechen kann. Soweit es sich bei a und b um ein und dieselbe Arbeit handelt, wäre ein Vergleich der Intensität zweifellos möglich, weil die Einheiten des Arbeitsrhythmus selbst vergleichbar sind, muß aber das ganze Problem der Reduktion unterschiedlicher Intensität auf durchschnittliche Intensität nicht dann scheitern, wenn sich unterschiedliche Arbeiten überhaupt nicht miteinander vergleichen lassen? Wie etwa soll bezüglich der Intensität die Leistung eines Kopfarbeiters mit der eines Handarbeiters verglichen werden oder mit der eines Künstlers? Der Vergleich scheint allenfalls möglich in bezug auf die Arbeitszeit. Derartige Vergleiche dürften in der Tat erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Beschränkt man sich aber zunächst auf die Betrachtung der routinemäßigen Abläufe, sei es in der unmittelbaren Produktion, sei es auch in der Verwaltung, so wird deutlich, daß die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Arbeitsvorgänge umso eher möglich wird, je mehr der Arbeitsprozeß bereits zergliedert ist und je weiter sich die vom Einzelnen verrichteten monotonen Arbeitsvorgänge ihrerseits noch reduzieren lassen auf bestimmte standardisierbare Typen von Grundbewegungen. Genau dies ist ja der Inhalt der „*analytischen Arbeitsplatzbewertung*“ (MTM-System), die ursprünglich nur im unmittelbaren Produktionsprozeß Anwendung fand, inzwischen aber in ihrer Anwendung zunehmend auf Bereiche der Verwaltungstätigkeit übertragen wird.

Durch analytische Aufgliederung der konkreten Arbeitsabläufe in abstrakte Teileinheiten, aus denen sich alle Abläufe zusammensetzen lassen, werden die unterschiedlichen Arbeiten auch im Hinblick auf ihre Intensität vergleichbar. Durch die Voraussetzung, daß sich jeder Arbeitsvorgang auf ein meßbares Minimum an notwendigen Bewegungen zurückführen läßt und daß sich diese Bewegungen in einer bestimmten Vorgabezeit ausführen lassen, wird ein ständiger Druck auf die Angleichung und Steigerung der Intensität der Arbeit ausgeübt. (Siehe hierzu im einzelnen: J. H. Mendner: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt 1975)

Wir stellen also fest, daß sich auch die Kategorie der „Arbeit mit dem Durchschnittsgrad an Intensität“ im Zuge der kapitalistischen Entwicklung zunehmend entfaltet hat, entfaltet in dem Sinne, daß sie nicht mehr nur eine abstrakte begriffliche Kategorie darstellt, sondern zunehmend die realen Verhältnisse widerspiegelt, in denen die Konkretheit unterschiedlicher Arbeiten auch faktisch reduziert wird auf abstrakte Teileinheiten, denen ein entsprechendes Zeitmaß zugeordnet wird. Das MTM-System treibt diese Entwicklung auf die Spitze. Dabei muß beachtet werden, daß der Prozeß der Intensifikation der Arbeit seinerseits notwendiges Ergebnis und notwendige Voraussetzung der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise in einer bestimmten Phase ihrer historischen Entwicklung ist. Also auch hier treibt das Wertgesetz zur Herausbildung von Formen (MTM), die schließlich den Begriff des Werts in immer reinerer Form sich entfalten lassen und somit die Reibungsverluste bei der Durchsetzung des Wertgesetzes zunehmend mindern.

Wir hatten früher den Vergleich zwischen Fallgesetz und Wertgesetz gebracht, um zu verdeutlichen, daß das Wertgesetz auch gilt, wenn es sich nicht unmittelbar und voll durchsetzt, ebenso wie das Fallgesetz gilt, selbst wenn keine idealen Vakuumbedingungen herrschen. Wir können jetzt — nach unseren ersten Ausführungen über die Dynamik des Wertgesetzes — feststellen, daß zwischen Wertgesetz und Fallgesetz ein entscheidender Unterschied besteht: Das Wertgesetz schafft sich seine „Vakuumbedingungen“, die Bedingungen seiner eigenen reibungslosen Entfaltung, im historischen Prozeß selbst. Das genau macht die historische Dynamik aus, die im Wertgesetz angelegt ist: Es sprengt im Zuge seiner Entfaltung nach und nach alle traditionellen gesellschaftlichen Verhältnisse, reißt gewissermaßen Gesellschaft, Sitte, Moral, Tradition, Gesetz, Institutionen, reißt auch die Technik, die Wissenschaft, die Ideologie, die

Politik, reißt die Individuen und ihre Psychostrukturen — mit anderen Worten: reißt das Bewußtsein der Massen — in den Strudel seiner eigenen Entfaltung. Marx:

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (MEW 13, S. 8 ff.)

Wir haben bisher herausgearbeitet, daß sich der Wertbegriff in der historischen Entwicklung der Warenproduktion zunehmend entfaltet hat. Wir haben nun die Logik dieses Entfaltungsprozesses, die Logik der Entwicklung der Warenproduktion bis hin zur kapitalistischen Produktion im einzelnen nachzuvollziehen und uns im folgenden strenger an den Aufbau des Marxschen „Kapital“ zu halten.

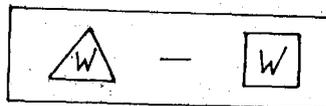
C. DIE HERAUSBILDUNG DES GELDES

I. VERÄNDERUNGEN IN DER FORM DES WARENAUSTAUSCHS

Die bisher erörterten Probleme bezogen sich alle auf die Frage nach den Bestimmungsgründen des quantitativen Austauschverhältnisses zwischen den Waren und des sich dahinter verbergenden Werts. In welcher Form sich dieser Tausch vollzieht (ob in Naturalform Ware gegen Ware oder unter Dazwischenschaltung von Geld) und welche speziellen Probleme sich aus der Form des Austauschs ergeben, haben wir bisher noch nicht diskutiert. Dieser Frage wollen wir uns im folgenden zuwenden. Dabei wird sich zeigen, daß in dem Doppelcharakter der Ware, Gebrauchswert und Tauschwert zu sein, bereits der Keim angelegt ist für die Herausbildung von Geld und Kapital.

1) Der Naturaltausch und dessen Hemmnisse

Betrachten wir zunächst die primitivste Form des Warentauschs, den Naturaltausch Ware gegen Ware:



Der Sinn eines solchen Tauschs besteht darin, unter Hingabe eines bestimmten Gebrauchswerts (Dreieck) in den Besitz eines anderen Gebrauchswerts (Viereck) zu gelangen. Wir können auch sagen: Der Naturaltausch ist gebrauchswertorientiert.

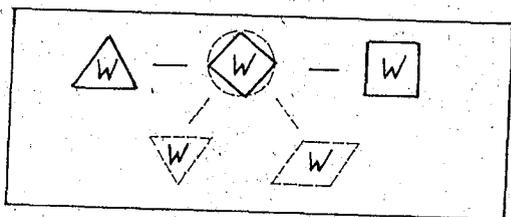
Nun bringt allerdings ein solcher Naturaltausch erhebliche praktische Schwierigkeiten mit sich: Will z. B. der eine einen Schrank hingeben und ein paar Schuhe dagegen eintauschen und beträgt das (wertgleiche) Tauschverhältnis 1 : 10, so müßte er bei wertgleichem Tausch 10 Paar

Schuhe im Austausch für den Schrank entgegennehmen. Einem Paar Schuhe würde ja nur 1/10 Schrank entsprechen, was natürlich Unsinn ist, denn der Schrank läßt sich ja nicht ohne Zerstörung seines Gebrauchswerts in zehn Teile teilen. Was soll aber der Schreiner andererseits mit 10 Paar Schuhen anfangen, wo er selbst nur ein Paar braucht? Er müßte sich für die übrigen 9 Paar andere Tauschpartner suchen, und er wird sicher nicht im ersten Anlauf einen finden, der ihm gleich 9 Paar abnimmt.

An diesem einfachen Beispiel wird schon deutlich, welche Probleme beim Naturaltausch auftreten können: Wenn die Waren nicht den gleichen Wert haben und sich auch nicht beliebig teilen lassen ohne Zerstörung ihres Gebrauchswerts, muß einer der Tauschpartner bei wertgleichem Tausch immer mehr von einer Ware annehmen, als er überhaupt braucht. Daraus entstehen für ihn unnötige Transport- und Lagerprobleme, und er wird unnötig damit beschäftigt sein, die gar nicht benötigten Stücke wiederum gegen andere Waren einzutauschen, deren Gebrauchswerte er haben will. Und mit jedem neuen Warentausch ergibt sich wiederum das Problem der Stückelung, des Transports und der Lagerung, und nur zufällig geht vielleicht irgendwann der Tausch gerade einmal auf. Man kann sich vorstellen, daß auf einer derart umständlichen Grundlage der Warenaustausch in einer Gesellschaft sich kaum irgendwie entwickeln könnte. Die Reibungsverluste wären fast unendlich groß. Lediglich in Gesellschaften, wo der Warentausch noch kaum entwickelt und mehr eine Randerscheinung ist, wäre eine solche umständliche Form denkbar. In einer Tauschgesellschaft, in der wesentliche Teile des Gesamtprodukts der Gesellschaft als Waren getauscht werden, ist Naturaltausch auf die Dauer undenkbar. Entwickelte Tauschbeziehungen könnten sich erst gar nicht herausbilden, wenn der Warentausch auf der Stufe des Naturaltauschs stehenbliebe. In dem Ausmaß also, wie sich Warentausch und Warenproduktion in einer Gesellschaft durchsetzen, muß auch die träge Form des Naturaltauschs überwunden werden.

2) Die Herausbildung eines allgemeinen Tauschmittels

Diese Überwindung besteht in der Herausbildung eines allgemeinen Tauschmittels, das quasi zur Drehscheibe wird für den Tausch der unterschiedlichsten Waren und das sich zwischen den Tausch der Waren schiebt:



Indem dieses Tauschmittel von allen Mitgliedern der Gesellschaft als solches akzeptiert wird, läuft der Einzelne bei Annahme dieses Tauschmittels auch nicht Gefahr, auf ihm sitzen zu bleiben. Man kann es vielmehr gegen alle anderen Waren wieder eintauschen. Wenn es sich darüberhinaus um einen Gegenstand handelt, der sich leicht stückeln und leicht transportieren und lagern läßt, entfallen auch die anderen vorhin angesprochenen Probleme des Naturaltauschs. Der Warentausch wird dadurch viel unkomplizierter, kann viel schneller und häufiger abgewickelt werden.

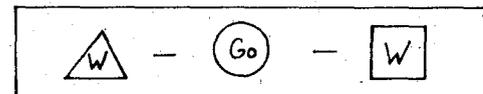
In der Geschichte der Tauschgesellschaften haben sich immer wieder bestimmte Waren herausgebildet, die den Charakter eines allgemeinen Tauschmittels angenommen haben. Oft waren dies Waren, die sich auch durch einen allgemein anerkannten Gebrauchswert auszeichneten und die zunächst aufgrund ihres Gebrauchswerts von jedem begehrt waren. Salz z. B. war in früheren Kulturen als Konservierungsmittel für Fleisch notwendig zum Anlegen von Lebensmittelvorräten für den Winter und diente gleichzeitig als Tauschmittel. Ähnlich war es mit Fellen, die aufgrund ihres hohen Gebrauchswerts (Schutz vor Kälte) in bestimmten Kulturen zum Tauschmittel wurden; oder Speere, mit denen sich die Tiere besser erlegen ließen. In allen diesen Fällen war es also der konkrete und allgemein anerkannte Gebrauchswert einer Ware, der sie zum Tauschmittel werden ließ, wobei die zur Reproduktion dieser Ware erforderliche Arbeitszeit bestimmend war für den Wert dieser Ware.

3) Das Gold als abstrakter Tauschwert

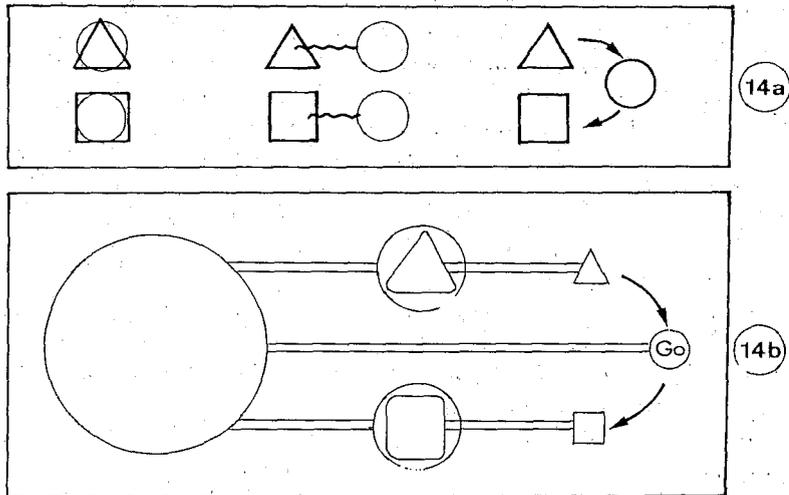
Mit sich ausweitendem Warenaustausch werden aber auch derartige Waren mit konkretem Gebrauchswert als Tauschmittel zunehmend ungeeignet: Probleme der Stückelung, des Transports und der Lagerung sind durch

sie noch nicht hinreichend gelöst. Wesentlich besser wird diese Funktion z. B. durch Edelmetalle erfüllt: Zu ihrer Gewinnung ist soviel Arbeitsaufwand erforderlich, daß schon in kleinsten Mengen ein hoher Wert vergegenständlicht ist. Dadurch vermindern sich auch Transport- und Lagerprobleme. Edelmetalle sind außerdem beliebig teilbar, womit das Problem der Stückelung gelöst ist. Nicht von ungefähr haben deshalb Edelmetalle in der Geschichte der Tauschgesellschaften eine besondere Rolle gespielt, insbesondere dann, wenn der Warenaustausch nicht mehr nur sporadischen Charakter hatte, sondern sich schon bis zu einem gewissen Grad entfaltet hatte.

Bildet einerseits die Entfaltung von Warenaustausch die Grundlage und treibende Kraft dafür, daß die Form des Naturaltauschs überwunden wird durch die Herausbildung eines allgemeinen Tauschmittels, so ist es andererseits die Existenz dieses Tauschmittels, die eine weitere Entfaltung des Warentauschs erst möglich macht. Beide Momente haben sich insoweit wechselseitig vorangetrieben. Die Entfaltung des Warentauschs treibt nun ihrerseits wiederum neue Formen des Tauschmittels hervor, das nun nicht mehr an einen konkreten Gebrauchswert gebunden ist, sondern nur noch Verkörperung von abstraktem Tauschwert: das Gold. Gold als abstraktes Tauschmittel – losgelöst von einem konkreten Gebrauchswert – wird damit zur Drehscheibe für den Warentausch:

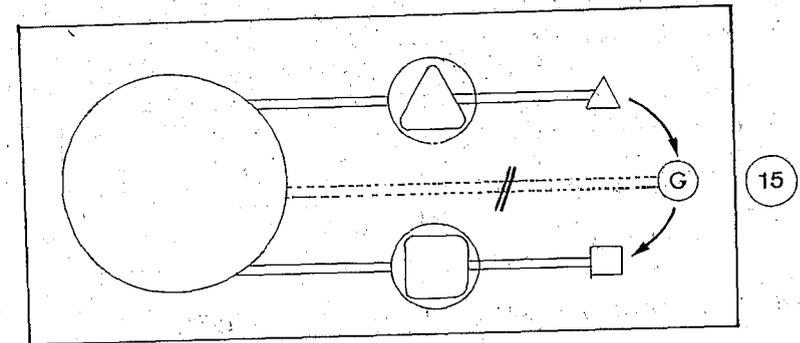


Zweck dieses Tausches ist nach wie vor der Erwerb eines konkreten Gebrauchswerts unter Hingabe eines anderen Gebrauchswerts; das Gold ist ein Mittel, um diesen Tauschvorgang zu erleichtern, eben ein *Tauschmittel*. Als abstrakter Tauschwert hat es seinen konkreten Gebrauchswert abgestreift und dient nur noch dazu, den Wert der anderen Waren widerzuspiegeln. In der Goldmenge bekommt der Tauschwert der anderen Waren eine äußere Form, der innere Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert hat sich somit eine äußere Form, eben die des Goldes geschaffen (symbolisiert durch Abb. 14 a). Indem das Gold ebenfalls – wie die übrigen Waren – vergegenständlichte Arbeit ist (Abb. 14 b), ergibt sich auch ein bestimmtes quantitatives Verhältnis zwischen den Waren einerseits und dem Gold andererseits: das Verhältnis der jeweils zur Reproduktion aufgewendeten Arbeitszeit.



4) Papiergeld und Verselbständigung des Geldkreislaufs

Die stürmische Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der daran geknüpften Tauschvorgänge in der Warenzirkulation machten eine wachsende Zahlungsmittelmenge erforderlich, so daß die nur langsam ausdehnbare Goldmenge diesen Bedürfnissen immer weniger gerecht wurde. Aus der ursprünglichen Goldumlaufwährung entwickelte sich die sog. Goldkernwährung, in der das nun umlaufende Papiergeld nur noch zum Teil durch Gold gedeckt war. Auch diese teilweise Golddeckung wurde später abgestreift, so daß im Papiergeld selbst sich unmittelbar überhaupt kein Arbeitsaufwand mehr widerspiegelt. Der „Wert“ des Geldes ergibt sich bei der reinen Papierwährung nur noch indirekt aus dem Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zu den produzierten Werten. Papiergeld ist nicht mehr unmittelbar Verkörperung eines Teils der abstrakten Arbeit (dargestellt in Abb. 15, wo die „Nabelschnur“ zur abstrakten Arbeit durchschnitten ist); der Geldschein ist vielmehr nur noch symbolischer Ausdruck für einen Anspruch auf produzierte Werte in Höhe einer bestimmten Preissumme.



5) Giralgeld als Loslösung des abstrakten Tauschwertes von der stofflichen Hülle

Aber sogar diese letzte — nur noch symbolische — Bindung des Tauschwertes an einen stofflichen Träger, nämlich das Papier, wird schließlich noch abgestreift durch die Form des Giralgeldes, für dessen Existenz nicht einmal mehr Geldscheine erforderlich sind, sondern das sich nur noch aus abstrakten Buchungsvorgängen ergibt. Im Giralgeld hat sich der Tauschwert schließlich vollständig losgelöst von seiner stofflichen Hülle, nachdem er historisch verschiedene Etappen des schrittweisen Abstreifens dieser Hülle durchlaufen hat.

6) Verselbständigung des Geldkreislaufs und staatliche Zentralbank

Aus diesen wenigen Überlegungen wird auch deutlich, daß mit Beginn der „Abnabelung“ der Geldform von der abstrakten Arbeit, mit der Lostrennung des Geldzeichens von einem konkreten Warenkörper (d. h. spätestens mit dem Übergang von der reinen Goldwährung zur Papierwährung) eine Instanz erforderlich wird, die nunmehr den Geldumlauf künstlich reguliert und die die nicht mehr durch den Arbeitsaufwand begrenzte Geldmenge in

ein bestimmtes Verhältnis zu den produzierten Werten setzt: eine staatliche Instanz etwa in Form einer Zentralbank. Wir kommen später auf diese Loslösung des Geldkreislaufs von dem Kreislauf der produzierten Werte zurück (im Kapitel „Staat und Kapitalverwertung“). Für die folgenden Überlegungen wollen wir uns allerdings in die Phase zurückversetzen, wo diese Abtrennung noch nicht stattgefunden hatte, wo also der Wert des Geldes (z.B. in Form von Gold) selbst noch Ausdruck des in ihm steckenden Arbeitsaufwands war.

II. ZUM BEGRIFF DES WARENFETISCHISMUS

Indem sich der abstrakte Tauschwert gegenüber den unterschiedlichen konkreten Gebrauchswerten der Waren verselbständigt, die Form des Geldes annimmt, wird das Geld zum Gradmesser des Tauschwertes der einzelnen Waren und damit zum Gradmesser des Anteils an gesellschaftlicher abstrakter Arbeit, die in den einzelnen Waren verkörpert ist. Der gesellschaftliche Charakter der arbeitsteiligen Produktion kommt überhaupt nur noch zum Ausdruck im Warentausch selbst: Über den Tausch treten die einzelnen Warenproduzenten, die ihre Produktion als Privatproduktion, isoliert voneinander, ohne gesellschaftliche Planung betreiben, erst in einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Erst hier — im Austausch — zeigt es sich, ob sie am gesellschaftlichen Bedarf (soweit er sich in Nachfrage ausdrückt) vorbeiproduziert haben oder nicht. Der gesellschaftliche Charakter ihrer privat betriebenen Produktion wird ihnen besonders dann deutlich, wenn sie auf ihren Produkten sitzen bleiben. Um selbst überleben zu können, um diejenigen Waren einzutauschen, die nicht selbst produziert wurden, ist der einzelne Warenproduzent darauf angewiesen, für die von ihm produzierten Gebrauchswerte entsprechende Tauschwerte zu realisieren, einzulösen, um dafür andere Gebrauchswerte zu erwerben. Lediglich im quantitativen Verhältnis seiner Waren zum Geld zeigt sich für den einzelnen Warenproduzenten der gesellschaftliche Charakter seiner Produktion, zeigt sich die Verflechtung mit dem gesamten Prozeß gesellschaftlicher, arbeitsteiliger Produktion. Marx:

„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als ge-

genständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen . . . Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten angelegt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“ (MEW 23, S. 86 f.)

Indem sich also die Warenproduzenten nur am Austausch orientieren, indem die Realisierung des Tauschwertes zur Existenzbedingung des einzelnen Warenproduzenten wird, werden die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander zunehmend reduziert auf Beziehungen zwischen Waren, die sich im Austausch gegenüber treten. Marx:

„Was die Produktaustauscher zunächst praktisch interessiert, ist die Frage, wieviel fremde Produkte sie für das eigene Produkt erhalten, in welchen Proportionen sich also die Produkte austauschen.“ (MEW 23, S. 89)

Die vielfältigen konkreten menschlichen, gesellschaftlichen Beziehungen werden zunehmend den sich aus dem Warentausch ergebenden „Sachnotwendigkeiten“ untergeordnet, so daß es erscheint, als seien es Beziehungen zwischen Sachen (Waren), die die gesellschaftlichen Verhältnisse prägen. Marx:

„Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt, wie die vorhergehende Analyse bereits gezeigt hat, aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert. Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austauschs. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelt derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d. h. nicht unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen

und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen." (MEW 23, S. 87)

In der Warenproduktion haben sich also die gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Menschen, die diese Verhältnisse erst hervorgebracht haben, verselbständigt zu „Sachnotwendigkeiten“, denen sich die Menschen unterwerfen. Daß diese „Sachnotwendigkeiten“ letztlich Produkt ihrer eigenen Handlungen, Produkt des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Individuen sind, ist aus dem Bewußtsein der Individuen verdrängt. Die verselbständigten gesellschaftlichen Verhältnisse wirken ihnen gegenüber als eine äußere Macht, unkontrollierbar, undurchschaubar. Um als Warenproduzenten existieren zu können, sind sie darauf angewiesen, Gebrauchswerte für andere zu erzeugen, aber dies nur als notwendiges Übel, als notwendige Voraussetzung zur Realisierung von Tauschwerten. Das Bewußtsein konzentriert sich zwangsläufig primär auf die Tauschwerte der Waren, und damit die Realisierung des Tauscherts gelingt, muß mindestens bis zum Akt des Austauschs für den Käufer der *Schein* von Gebrauchswert erweckt werden. Die tatsächlichen konkreten Gebrauchswerte der Waren brauchen den Produzenten nicht zu interessieren, wenn es ihm nur gelingt, über die Erzeugung des Scheins von Gebrauchswert den Tauschwert zu realisieren.

„Das Tauschwertbewußtsein ist also gleichgültig, ja geradezu blind für die sinnlich-konkrete Qualität und Mannigfaltigkeit des Gebrauchswerts; es „transzendiert“ beständig die sinnlich-qualitative Welt der brauchbaren Dinge, um auf ihrem unsichtbaren Grund ihr „Wesen“, d. h. ihren „Wert“, zu entdecken. Für das Tauschwertbewußtsein ist jedes Ding nur die dingliche Hülle seiner „Werts substanz“. (Michael Schneider: *Neurose und Klassenkampf*, S. 170)

Es ist nicht nur blind gegenüber den konkreten Gebrauchswerten der produzierten Waren, sondern unterwirft auch die konkrete Sinnlichkeit und Vielfalt menschlicher Beziehungen zunehmend dem abstrakten Tauschwertprinzip; indem alle solche menschlichen Beziehungen verdrängt, unterdrückt werden, die der Produktion und Realisierung von Tauschwerten im Wege stehen könnten. An die Stelle konkreter menschlicher Sinnlichkeit tritt die Funktionalisierung der Beziehungen im Dienste der Tauschwertproduktion. Die Konkurrenz der einzelnen Warenproduzenten untereinander, die sich ihnen als objektiver Zwang darstellt, verbietet es geradezu, dem Konkurrenten gegenüber irgendwelche menschlichen Rücksichten zu nehmen. Als Mensch muß ihm der andere zunehmend gleichgültig werden,

weil irgendwelche menschlichen Rücksichten, Zuneigungen der Realisierung von Tauschwerten nur schaden, d. h. den einzelnen ökonomisch bedrohen könnten. (Siehe hierzu im einzelnen: Klaus Ottomeyer: *Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen*, Reinbek 1977)

III. DIE ENTWICKLUNG DES GELDES VOM TAUSCHMITTEL ZUM SELBSTZWECK

Kehren wir zurück zur Rolle des Goldes bei der Vermittlung des Warenaustauschs. Wieso konnten wir sagen, daß das Gold seinen konkreten Gebrauchswert abgestreift hat, daß es nur noch abstrakter Tauschwert ist? Hat nicht das Gold auch einen Gebrauchswert, z. B. besonders begehrt zu sein als Schmuck? Und ist es nicht diese Begehrtheit, die es erst zum allgemeinen Tauschmittel werden ließ? Oder ist es umgekehrt nicht vielmehr so, daß Gold nur deshalb als Schmuck begehrt ist, weil es eben Verkörperung abstrakten Reichtums ist?

1) Die Jagd nach dem abstrakten Tauschwert

Wir stoßen hier auf einen ganz neuen Gedanken: daß sich nämlich Geld (hier am Beispiel des Goldes) aus einem Mittel des Tausches in einen Selbstzweck verwandeln kann, daß man Geld oder Gold nur deshalb anhäuft, um abstrakten Reichtum anzuhäufen, abstrakten Anspruch auf alle möglichen konkreten Gebrauchswerte; und daß einem allein schon das Gefühl wichtig ist, diesen Anspruch theoretisch einlösen zu können, ohne daß man aber dieses Einlösen überhaupt konkret beabsichtigt. Die Ansammlung von Geld, das Horten, verschafft manchen Leuten als solches schon Befriedigung, verleiht ihnen ein Gefühl der Macht, weil in dem Geld ja prinzipiell die Möglichkeit steckt, alles, was sonst nicht zu erlangen ist, damit zu kaufen — gerade in einer warenproduzierenden Gesellschaft, wo schließlich so ungefähr alles käuflich ist, wo schließlich nur noch der als Mensch gilt, der über viel *Kaufkraft* (!) verfügt. Geld gibt „Kraft“ und verleiht als solches schon ein Potenzgefühl, ist gewissermaßen Potenzersatz. (Die charakteranalytischen Forschungen von Reich haben übrigens erge-

ben, daß die abstrakte Raffgier und das blinde Anhäufen von Geld symptomatisch sind für den sog. analen Charakter, der tatsächlich regelmäßig stark gefühlblockiert und potenzgestört ist. Siehe hierzu W. Reich: Charakteranalyse, 3. Auflage, Frankfurt/M. 1973) Diese Verdrehungen, die sich aus der Entwicklung des Geldes von einem Tauschmittel zu einem Selbstzweck ergeben, hat Marx bereits in seinen Frühschriften sehr eindrucksvoll beschrieben:

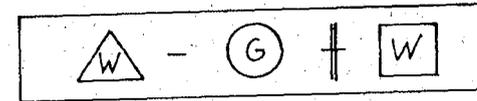
„So groß die Kraft des Geldes, so groß ist meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine — seines Besitzers — Eigenschaften und Wesenskräfte. Das, was ich *bin* und *vermag*, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich *bin* häßlich, aber ich kann mir die *schönste* Frau kaufen. Also bin ich nicht *häßlich*, denn die Wirkung der *Häßlichkeit*, ihre abschreckende Kraft ist durch das Geld vernichtet. Ich — meiner Individualität nach — bin *lahm*, aber das Geld verschafft mir 24 Füße; ich bin also nicht *lahm*; ich bin ein schlechter, unehrlicher, gewissenloser, geistloser Mensch, aber das Geld ist geehrt, also auch sein Besitzer. Das Geld ist das höchste Gut, also ist sein Besitzer gut, das Geld überhebt mich überdem der Mühe, unehrlich zu sein; ich werde also als ehrlich präsumiert; ich bin *geistlos*, aber das Geld ist der *wirkliche Geist* aller Dinge, wie sollte sein Besitzer geistlos sein? Zudem kann er sich die geistreichen Leute kaufen, und wer die Macht über die Geistreichen hat, ist der nicht geistreicher als der Geistreiche? Ich, der durch das Geld *alles*, wonach ein menschliches Herz sich sehnt, vermag, besitze ich nicht alle menschlichen Vermögen? Verwandelt also mein Geld nicht alle meine Unvermögen in ihr Gegenteil?“ (MEW Erg.-Bd. I, S. 564)

„Was ich qua Mensch nicht vermag, was also alle meine individuellen Wesenskräfte nicht vermögen, das vermag ich durch das *Geld*. Das Geld macht also jede dieser Wesenskräfte zu etwas, was sie an sich nicht ist, d. h. zu ihrem *Gegenteil*.“ (S. 565)

Ist es unter solchen Umständen nicht verständlich, daß es zu einem Selbstzweck werden kann, Geld anzuhäufen, zu horten? Einfach um des Geldes willen und des damit verbunden Gefühls der Macht?

2) Horten als Unterbrechung der Warenzirkulation

Mit der Herausbildung des Geldes als Tauschmittel ist also bereits die Tendenz angelegt, daß sich Geld zu einem Selbstzweck verselbständigt, daß es um seiner selbst willen gehortet wird. Das Horten von Geld setzt aber voraus, daß der Betreffende zunächst in den Besitz des Geldes kommt. Eine Möglichkeit hierzu hatten wir ja bereits erörtert, nämlich diejenige des Warentauschs:



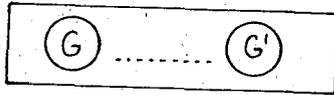
Anstatt nun aber das eingetauschte Geld wieder in Waren, in andere konkrete Gebrauchswerte zu verwandeln, reißt im Falle des Hortens die Tauschkette vorher ab. Das bedeutet nichts anderes als eine Unterbrechung der Warenzirkulation. Der Verkäufer der zweiten Ware wird seine Ware nicht mehr los. Das Horten von Geld beinhaltet somit die Möglichkeit einer Stockung der Warenzirkulation, was nichts anderes heißt als die Möglichkeit zu Absatzkrisen. Marx: „So liegt schon in der Bestimmung des Geldes als Mittler, in dem Auseinanderfallen des Austauschs in zwei Akte, der Keim der Krisen.“ (Grundrisse, S. 112)

3) Die Verwendung des Geldes zum Zwecke seiner eigenen Vermehrung

Einmal auf den Geschmack des abstrakten Tauschwertes gekommen und der darin verkörperten Macht, wird der Geldbesitzer sich mit der vorhandenen Summe nicht zufrieden geben, sondern Möglichkeiten suchen, diese Summe ständig zu vergrößern. Hier bieten sich prinzipiell unterschiedliche Möglichkeiten an, die in der Geschichte eine unterschiedliche Rolle gespielt haben.

a) Das Wucherkapital

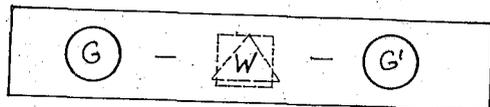
Eine Form besteht in der Ausleiherung des Geldes als Kredit gegen Zinsen. Der insgesamt zurückfließende Betrag ist dabei größer als der ausgeliehene:



Hierbei handelt es sich um ein reines Geldgeschäft. In Form des Wucherkapitals spielte diese Form der Bereicherung historisch eine große Rolle zur Zeit der Bauernbefreiung und des sich auflösenden Feudalismus. Die Bauern konnten sich in einigen Ländern nur durch Loskaufen vom Feudalherren befreien und ein eigenes Stück Land erwerben. Die hierzu notwendigen Mittel liehen sie sich vom Wucherkapital gegen hohe Zinsen. Aufgrund der geringen Produktivität der kleinen Ländereien konnten sie vielfach die Schulden nicht zurückzahlen, so daß ihnen das Eigentum an Grund und Boden als Pfand für die Kreditrückzahlung wieder abgenommen wurde. Die Bauernbefreiung war insofern — nicht zuletzt durch das Wirken des Wucherkapitals — historisch nur eine Durchgangsstufe hin zur Proletarisierung der Landbevölkerung, die auf diese Weise zu Lohnabhängigen wurden.

b) Das Handelskapital

Eine andere Möglichkeit für die Geldvermehrung vor Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise bestand im Handelsgeschäft: Geld einsetzen, um damit Waren zu kaufen und diese wieder für mehr Geld verkaufen:

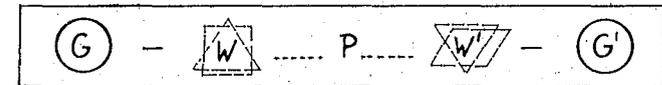


Anders als beim Tausch Ware gegen Ware, wo es auf den anderen Gebrauchswert der eingetauschten Ware ankommt, unterscheidet sich der Gebrauchswert des zurückfließenden Geldes nicht von demjenigen des vorgeschossenen Geldes. Denn beide haben keinen Gebrauchswert, sondern nur einen abstrakten Tauschwert. Der Einsatz von Geld hat also — vom Tausch-

wertstandpunkt — nur dann einen Sinn, wenn am Ende mehr Geld (G') wieder hereinkommt, wenn dem hingegebenen Tauschwert (G) am Ende ein größerer Tauschwert, *mehr Wert* gegenüber steht. Auf diesen „*Mehrwert*“ ist das Interesse ausgerichtet, und der konkrete Gebrauchswert der Waren ist dabei völlig gleichgültig (in unserer Darstellung: egal, ob Dreieck oder Viereck). Die gehandelten Waren sind lediglich Mittel zum Zweck der Bereicherung, egal ob ihr Gebrauchswert nützlich oder schädlich für andere ist, Hauptsache, die Ware wird verkauft.

c) Das Produktivkapital

Eine dritte Möglichkeit für die Aneignung von Mehrwert liegt darin, das Geld in den Produktionsprozeß zu stecken:



Also mit dem Geld irgendwelche für den Produktionsprozeß erforderlichen Waren zu kaufen, sie im Produktionsprozeß (P) verarbeiten zu anderen Waren (W'), um diese zu mehr Geld wieder zu verkaufen, einen Mehrwert zu realisieren.

Wir sind damit zum erstenmal auf den Begriff des „*Mehrwerts*“ gestoßen: Mehr Wert zurückbekommen, als man selbst vorgeschossen hat. Für den Einzelnen muß sich das Geschäft „*lohnen*“, er „*läßt sein Geld arbeiten*“ (wer hat schon mal Geld arbeiten sehen?!), er will eine Rendite; einen Profit, eine Rentabilität oder welchen Überschuß auch immer erzielen. Jedenfalls muß am Ende mehr dabei herauspringen, als vorgeschossen wurde. Das ist das treibende Prinzip kapitalistischer Systeme. Die Jagd nach dem Mehrwert bestimmt die ganze Dynamik kapitalistischer Produktionsweise. Aber wo kommt dieser Mehrwert her, den sich alle aneignen wollen, wie kann er überhaupt entstehen, wo liegen die Quellen dieses Mehrwerts?

D. DIE QUELLE DES MEHRWERTS

I. UNGLEICHER TAUSCH (ZIRKULATION) ALS QUELLE DES MEHRWERTS?

Betrachten wir zunächst die Zirkulation, den Austausch von Waren: Eine Differenz zwischen G und G' ist rein logisch nur dadurch möglich, daß entweder die mit dem Geld gekaufte Ware unter ihrem Wert eingekauft oder über ihrem Wert verkauft wird (oder eine Kombination von beidem vorliegt). Denn:

„Werden Waren oder Waren und Geld von gleichem Tauschwert, also äquivalent ausgetauscht, so zieht offenbar keiner mehr Wert aus der Zirkulation heraus, als er in sie hineinwirft. Es findet dann keine Bildung von Mehrwert statt. In seiner reinen Form aber bedingt der Zirkulationsprozeß der Waren Austausch von Äquivalenten. Jedoch gehen die Dinge in der Wirklichkeit nicht rein zu. Unterstellen wir daher den Austausch von Nicht-Äquivalenten.“ (MEW 23, S. 174)

Daß die Preise der Waren von ihren Werten abweichen können, haben wir früher herausgearbeitet. Also ist es auch denkbar, daß sich in bestimmten Zeiträumen einzelne Warenhändler eine Wertdifferenz aneignen. Wir hatten aber auch herausgearbeitet, daß die Abweichungen der Preise von den Werten Tendenzen erzeugen, die auf eine Angleichung der Preise an die Werte hindrängen, so daß auf die Dauer und im Durchschnitt die Preise den Werten entsprechen (jedenfalls nach dem jetzigen Stand unserer Ableitungen), und dies umso mehr, je mehr sich das Wertgesetz entfaltet hat. Marx:

„Waren können zwar zu Preisen verkauft werden, die von ihren Werten abweichen, aber diese Abweichung erscheint als Verletzung des Gesetzes des Warenaustauschs. In seiner reinen Gestalt ist er ein Austausch von Äquivalenten, also kein Mittel, sich an Werten zu bereichern.“ (MEW 23, S. 173)

Für unseren Zusammenhang bedeutet das aber: Die zufälligen Preisschwankungen können zwar für bestimmte Zeiträume zufällig eine positive Diffe-

renz zwischen G und G' hervorbringen, nicht aber auf die Dauer. Über längere Fristen können wir vielmehr davon ausgehen, daß positive Differenzen durch entsprechende negative Differenzen ausgeglichen werden, weil die Preise lediglich um die Wertebene pendeln.

Betrachten wir aber dennoch einen Zeitraum, innerhalb dessen der Preis der Ware von ihrem Wert abweicht, also die Ware z. B. unter ihrem Wert gekauft und zu ihrem Wert verkauft wird. Ist nicht mindestens in diesem Zeitraum Mehrwert für den einzelnen Händler entstanden? — Keinesfalls. Der Händler hat sich zwar mehr Wert angeeignet, als er selbst in die Zirkulation gesteckt, als er selbst aufgewendet hat, aber diese Wertdifferenz taucht entsprechend an anderer Stelle als Wertverlust auf, nämlich beim Lieferanten der Ware. Wertzuwachs beim einen findet also sein entsprechendes Gegenstück in einem gleichgroßen Wertverlust bei anderen (genauso wie jeder Wellenberg — als Abweichung vom Durchschnittsniveau des Wasserspiegels — entsprechende Wellentäler an anderer Stelle notwendig macht).

„Auf der einen Seite erscheint als Mehrwert, was auf der andren Minderwert ist, auf der einen Seite als Plus, was auf der andren als Minus.“ (MEW 23, S. 177)

Es kann sich also bei der Zirkulation von Waren lediglich um eine Umverteilung schon vorhandener Werte, schon produzierter Werte handeln. Marx:

„Die Bildung von Mehrwert . . . kann also weder dadurch erklärt werden, daß die Verkäufer die Waren über ihrem Wert verkaufen, noch dadurch, daß die Käufer sie unter ihrem Wert kaufen.“ (MEW 23, S. 175) — „Man mag sich also drehen und wenden, wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warenaustausch schafft keinen Wert.“ (MEW 23, S. 177)

Der wertungleiche Tausch hat allerdings in den historischen Anfängen des Kapitalismus eine entscheidende Rolle gespielt im Verhältnis zwischen den Kolonien und den Mutterländern. Sei es durch offene Raubzüge und Plünderungen oder sei es durch systematisches Herunterdrücken der Preise von Waren aus den Kolonien, auf jeden Fall konnten die monopolistisch organisierten Handelskompanien diese Waren weit unter ihrem Wert beziehen.

Auf der anderen Seite verschaffte ihnen das Monopol beim Verkauf im Mutterland die Möglichkeit, die Waren über ihrem Wert zu verkaufen. Aufgrund des staatlich geschützten Monopols konnten die Abweichungen der Preise von den Werten auch von Dauer sein, weil niemand sonst in diese Geschäfte einsteigen konnte und damit die entsprechende Angleichung zwischen Preis und Wert verhindert wurde. — Weil es sich bei den Kolonialwaren vielfach um Luxusgüter handelte, die im wesentlichen von der Feudalklasse gekauft wurden, bereicherte sich das aufstrebende Handelskapital einerseits auf Kosten der Feudalklasse des Mutterlands und andererseits auf Kosten der Kolonien. — Auch hier also bleibt es dabei, daß Mehrwertaneignung durch ungleichen Tausch nur möglich ist durch entsprechenden Wertenzug an anderer Stelle. Zwar kann der Mehrwert innerhalb einer Nation durch Ausbeutung anderer Länder und Aneignung der dort produzierten Werte angesammelt werden (wie im Kolonialismus). Aber allein mit der Ausbeutung anderer Länder kann kaum der stürmische Entwicklungsprozeß erklärt werden, den der Kapitalismus in den Industrieländern selbst — ausgehend von England — genommen hat, zumal wenn man bedenkt, daß im Zuge der Industrialisierung die Rolle des Handelskapitals verglichen mit der des Industriekapitals immer mehr zurückgegangen ist. Wir müssen also weiter suchen nach möglichen Quellen des Mehrwerts *innerhalb* eines Landes.

II. DIE PRODUKTION ALS QUELLE DES MEHRWERTS?

Wenn in der Zirkulation der Waren kein Mehrwert entstehen kann, bleibt nur noch der Bereich der Produktion. Zur Produktion von Waren ist erforderlich, daß zunächst bestimmte Waren gekauft werden (z. B. Material, Maschinen, Arbeitskraft), um sie in bestimmter Weise miteinander zu kombinieren (Produktionsprozeß P) und auf diese Weise neue Waren (W') entstehen zu lassen. Der Verkauf dieser neuen Waren soll schließlich mehr Geld (G') einbringen, als insgesamt aufgewendet wurde. Die Kette läßt sich dann wie folgt darstellen:

Die eingekauften Waren lassen sich prinzipiell unterteilen in Produktionsmittel (Pm), (wozu Material, Maschinen, Werkzeuge, Energie usw. zu rechnen sind) und Arbeitskraft (A), die zu einem bestimmten Lohn gekauft und in den Produktionsprozeß eingesetzt wird. Prüfen wir also, wo im Produktionsprozeß Mehrwert entstehen kann, welche der eingesetzten Faktoren also mehr Wert abgeben, als sie selbst verkörpern.

1) Wertübertragung bei Produktionsmitteln

Wir wollen zunächst die Produktionsmittel auf diese Frage hin untersuchen. Wir hatten bereits früher abgeleitet, daß sowohl im Material wie in den Maschinen Werte vergegenständlicht sind, ursprünglich lebendige Arbeit geronnen ist und daß im Produktionsprozeß diese Werte anteilig auf das Produkt übergehen, entsprechend dem für das Produkt aufgewendeten Material und der Maschinennutzung. Daraus folgt, daß die Produktionsmittel nicht mehr Wert abgeben können, als in ihnen selbst vergegenständlicht ist. Es ist zwar denkbar, daß sie unter ihrem Wert eingekauft wurden und ihren vollen Wert an die Produkte abgeben, also mehr Wert, als sie selbst gekostet haben; aber dieser Fall liegt auf der gleichen Ebene wie der gerade diskutierte Fall des ungleichen Tauschs: dem Wertzuwachs auf der einen Seite steht ein entsprechender Wertverlust auf der anderen Seite (dem Verkäufer der Maschine) gegenüber; gesamtgesellschaftlich handelt es sich also nicht um eine Schöpfung von Mehrwert, sondern lediglich um eine Umverteilung schon vorhandener Werte. Das gleiche gilt, wenn die produzierten Waren etwa über ihrem Wert verkauft werden und so der Schein entsteht, als seien die Produktionsmittel Quelle von Mehrwert.

2) Lebendige Arbeit als Quelle des Mehrwerts?

Wenn die Produktionsmittel keine Quelle von Mehrwert sein können, bleibt als mögliche Quelle rein logisch nur noch die im Produktionsprozeß eingesetzte Arbeitskraft. Es ist also das Rätsel zu lösen, wie einerseits die Waren (einschließlich der Ware Arbeitskraft) sich zu ihren Werten

tauschen, andererseits die Ware Arbeitskraft Quelle von Mehrwert sein soll. In der theoretischen Aufschlüsselung dieses Problems liegt die besondere Leistung der Marxschen Mehrwerttheorie.

a) Der Wert der Ware Arbeitskraft

Wenn die Ware Arbeitskraft Quelle von Mehrwert sein soll, müßte sie ja mehr Werte abgeben, produzieren, als in ihr selbst vergegenständlicht sind. Es ist also zunächst zu klären, wodurch der Wert der Ware Arbeitskraft selbst bestimmt ist. Die *kapitalistische Produktionsweise* ist ja dadurch gekennzeichnet, daß nicht nur eine Produktion von Waren vorliegt, sondern daß darüberhinaus auch die *Arbeitskraft zur Ware* geworden ist. Als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln sind die Lohnarbeiter (Lohnabhängigen) gezwungen, ihre Arbeitskraft am Arbeitsmarkt zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, um sich zu *reproduzieren*. Wenn also die Arbeitskraft – unter kapitalistischen Verhältnissen – den Charakter einer Ware angenommen hat, gilt für ihre Wertbestimmung das gleiche Gesetz wie für die Wertbestimmung jeder anderen Ware: *Der Wert der Ware Arbeitskraft ist bestimmt durch den zu ihrer Reproduktion erforderlichen direkten und indirekten gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand.*

Um die Arbeitskraft als Ware, als Lohnarbeit, zu reproduzieren, um sie tagtäglich zum Verkauf anzubieten, ist zunächst Voraussetzung, daß der Träger des Arbeitsvermögens, der Arbeiter selbst, als Person sich reproduziert, sich am Leben erhält und bei solcher Gesundheit, daß mindestens seine Arbeitskraft einsatzfähig ist. Marx:

„Wenn der Eigentümer der Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten

und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben.“ (MEW 23, S. 185)

Die Reproduktion des einzelnen Lohnarbeiters als Person setzt also voraus, daß er seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, daß er die dazu notwendigen Lebensmittel, besser: Konsumgüter, kaufen kann. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird demnach also bestimmt durch den Arbeitsaufwand, der gesellschaftlich notwendig ist, um die Lebensmittel (Konsumgüter) für den Arbeiter zu produzieren, d. h. durch den Wert der Konsumgüter, die der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt braucht. Marx:

„Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe Lebensmittel. Er wechselt daher mit dem Wert dieser Lebensmittel, d. h. der Größe der zu ihrer Produktion erheischten Arbeitszeit.“ (MEW 23, S. 186)

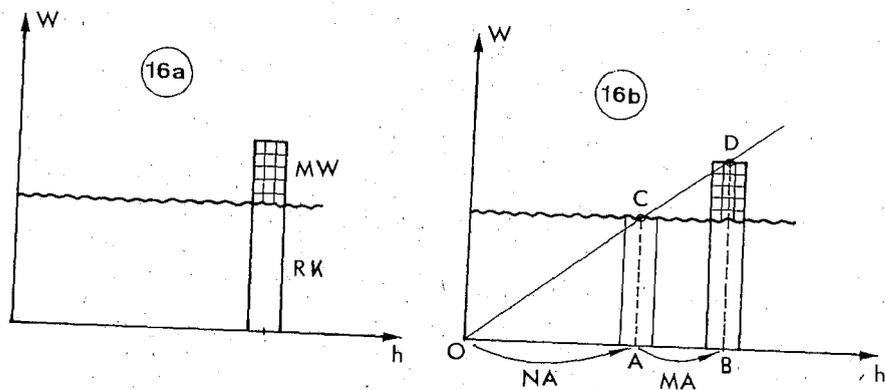
Bisher war nur die Rede davon, daß sich der einzelne Lohnarbeiter reproduzieren muß, damit er seine Lohnarbeit kontinuierlich anbieten kann. Im gesellschaftlichen Maßstab reicht allerdings die Reproduktion der einzelnen Lohnarbeiter nicht aus, um auch langfristig ein Potential an Lohnarbeitern bereitzustellen und damit das gesellschaftliche Verhältnis „Lohnarbeit zu Kapital“ zu reproduzieren. Marx:

„Die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte müssen zum allermindesten durch eine gleiche Zahl neuer Arbeitskräfte beständig ersetzt werden. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Ersatzmänner ein, d. h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Race eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkt verewigt.“ (MEW 23, S. 186)

Wir kommen also zu dem Ergebnis: Der Wert der Ware Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der Konsumgüter, die die Arbeiter zu ihrer eigenen Reproduktion benötigen und zur Reproduktion einer solchen Zahl von Kindern, daß langfristig das gesellschaftliche Potential an Lohnarbeit immer wieder aufgefüllt wird.

b) Mehrwert – Überschuß über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft

Wenn die lebendige Arbeit nun Quelle von Mehrwert ist (denn nur sie blieb in unserer Ableitung als mögliche Mehrwertquelle übrig!), dann müßte – gesamtgesellschaftlich – die Summe der Lohnarbeiter in der Produktion mehr Werte produzieren, als ihre Arbeitskraft selbst an Werten verkörpert! Mehr Werte also, als an Lebensmitteln für die Reproduktion der Lohnarbeit erforderlich sind. Was in der Summe gilt, müßte auch im Durchschnitt für jeden einzelnen Arbeitstag gelten: Daß das, was die Lohnarbeiter während ihres Einsatzes im Produktionsprozeß produzieren, wertmäßig über das hinausgeht, was sie pro Tag und in der Summe für ihre eigene Reproduktion benötigen. Wir wollen diese Überlegung wieder anhand einer Graphik verdeutlichen (Abb. 16 a): Die h-Achse bezeichnet die Arbeitszeit, die die Lohnarbeiter pro Tag (im Durchschnitt) in den Produktionsprozeß eingespannt sind, die senkrechte Achse bezeichnet die gesamtgesellschaftlich an einem Tag produzierte Wertsumme, das „Wertprodukt“. Die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft (gesamtgesellschaftlich) werden durch die geschwängelte Linie dargestellt (symbolisch: bei einer Entlohnung in dieser Höhe halten sich die Arbeiter „über Wasser“). Der in der Graphik eingezeichnete Block stellt die Wertsumme dar, die gesamtgesellschaftlich an einem 10-stündigen Arbeitstag produziert wird (10-stündig nur als Beispiel). Insoweit diese Wertsumme die Reproduktionskosten übersteigt, stellt sie *Mehrwert* dar (schraffierter Block – symbolisch bestehend aus lauter Pluszeichen).



c) Notwendige Arbeit – Mehrarbeit

Betrachten wir die Zusammenhänge etwas näher: Wenn die Arbeiter in – angenommen – 10 Stunden eine Wertsumme produziert haben, die ihre Reproduktionskosten übersteigt, dann hätte offensichtlich auch schon weniger Arbeitszeit ausgereicht, um die zur Reproduktion notwendigen Werte zu erstellen. (In unserer Graphik ergibt sich diese „notwendige Arbeitszeit“ durch die Gerade zwischen O und D, die das Niveau der Reproduktionskosten, d. h. die Wellenlinie, in C schneidet (Abb. 16 b). Das bedeutet: Bei einer täglichen Arbeitszeit von OA würden gerade die Reproduktionskosten (AC) produziert.)

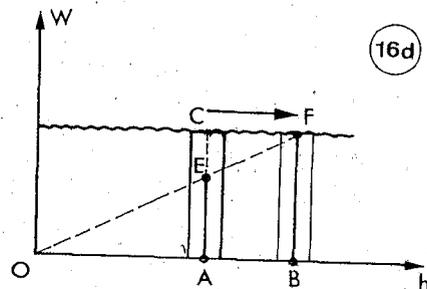
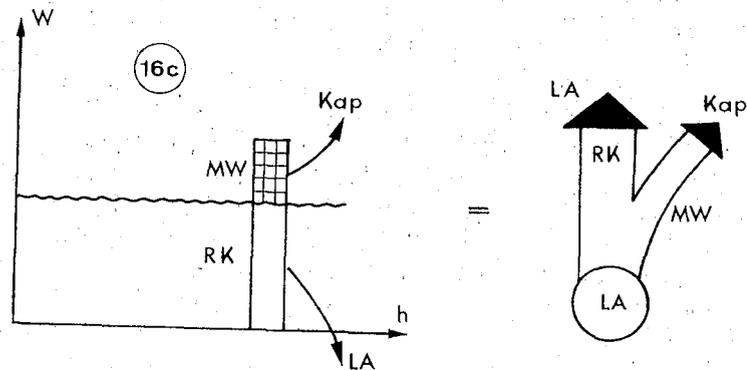
Die Quelle von Mehrwert muß also darin liegen, daß die Arbeiter täglich länger arbeiten, länger in den Produktionsprozeß eingespannt werden, als zur Produktion ihrer Reproduktionskosten, zur Produktion der für ihren Lebensunterhalt notwendigen Konsumgüter, erforderlich wäre. Die Werte, die sie in der darüberhinausgehenden Arbeitszeit, in der sog. „*Mehrarbeitszeit*“ produzieren, übersteigen in der Summe den Wert ihrer Arbeitskraft, sind *Mehrwert*. Die Arbeitskraft ist also in der Lage, im Produktionsprozeß mehr Werte zu schaffen, als sie selbst an Wert verkörpert! Hierin unterscheidet sie sich ganz wesentlich von den Produktionsmitteln, die lediglich im Produktionsprozeß diejenigen Werte abgeben, auf das Produkt übertragen können, die in sie selbst eingegangen sind.

d) Widerspruch zwischen Tauschwert und Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft

Dies ist also des Rätsels Lösung: Einerseits wird die Arbeitskraft (auf die Dauer und im Durchschnitt) – genau wie jede andere Ware – zu ihrem Wert entlohnt, erzielt einen Tauschwert, der ihren Reproduktionskosten entspricht; auf der anderen Seite aber ist sie durch ihre Nutzung im Produktionsprozeß in der Lage, mehr Werte zu bilden, zu produzieren, als ihren Reproduktionskosten entspricht und als sie – bei Entlohnung zu ihrem Tauschwert – entlohnt bekommt. Die Differenz zwischen beidem, der Mehrwert, fließt nicht an die Lohnarbeiter, die ihn produziert haben, sondern an den Käufer der Ware Arbeitskraft, an den Kapitalisten. Auch dies entspricht voll und ganz den Gesetzen der Warenproduktion: daß nämlich der Käufer einer Ware über den Gebrauchswert der Ware verfügt. Der Ge-

brauchswert der Ware Arbeitskraft besteht aber für den Kapitalisten gerade darin, daß sie Mehrwert produzieren kann.

Es ist also der Widerspruch zwischen Tauschwert und Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, der sich hinter der Entstehung des Mehrwerts und dessen Aneignung durch das Kapital verbirgt. — Damit haben wir den Gedanken nachvollzogen, der die Entstehung von gesamtgesellschaftlichem Mehrwert erklärt. Nicht in der Zirkulation entsteht dieser Mehrwert, sondern in der Produktion, und nicht aus dem Einsatz von Produktionsmitteln, von geronnener Arbeit, sondern nur aus dem Einsatz von lebendiger Arbeit als Lohnarbeit, durch den Einsatz der Ware Arbeitskraft. Obwohl die Ware Arbeitskraft zu ihrem Tauschwert entlohnt wird, schafft sie dennoch einen darüberhinausgehenden Mehrwert, der nicht den Lohnarbeitern zufließt, sondern den Kapitalisten (Abb. 16 c will diesen Sachverhalt symbolisieren).



e) Die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten

Wir müssen noch klären, warum die Lohnarbeiter überhaupt länger arbeiten, als zur Produktion ihrer Reproduktionskosten erforderlich ist, warum sie also Mehrarbeit ableisten und nicht schon nach Ablauf der notwendigen Arbeitszeit den Arbeitsplatz verlassen. Dieser Tatbestand wird nur verständlich unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle im Produktionsprozeß erstellten Werte in das Eigentum des Kapitalisten übergehen. Die Lohnarbeiter sind also darauf angewiesen, daß der Kapitalist ihnen in Form von Entlohnung einen bestimmten Teil der produzierten Werte zurückerstattet. Die Form der Entlohnung ist aber Sache der Kapitalisten. Betrachten wir etwa den *Stundenlohn*, so entsteht zwar der Schein, als würden die Arbeiter jeweils mit dem vollen Produkt ihrer Tätigkeit entlohnt; werttheoretisch aber handelt es sich um nichts anderes, als daß die in der notwendigen Arbeitszeit produzierte Wertsomme rechnerisch umgelegt wird auf die volle Arbeitszeit und — dividiert durch die Anzahl der gesamten Arbeitsstunden — sich hieraus ein Stundenlohn ermitteln läßt. (Graphisch dargestellt durch das Verhältnis der bestrichelten Linien BF : OB, also durch die Steigung des Nullpunktstrahls OF in Abb. 16 d.) Aus der Graphik wird deutlich, daß beim so ermittelten Stundenlohn die Entlohnung nach einer Arbeitszeit von OA (notwendige Arbeitszeit) die Größe AE annehmen würde, also nicht ausreichen würde, um die Reproduktionskosten der Lohnarbeiter (AC) zu decken. Zur Sicherung ihrer Reproduktion sind die Lohnarbeiter deshalb darauf angewiesen (und zwar aufgrund der kapitalistischen Aneignungsbedingungen und der daraus folgenden Lohnformen), länger zu arbeiten (in unserem Beispiel: OB), als es der notwendigen Arbeitszeit entspricht.

f) Zusammenfassung: Mehrwert — Lohnarbeit und Kapital

Blicken wir einen kurzen Moment auf den Gang der Ableitung zurück: Wir hatten herausgearbeitet, daß im Doppelcharakter der Ware, Gebrauchswert und Tauschwert zu sein, bereits der Keim angelegt ist zur Herausbildung eines verselbständigten abstrakten Tauschwertes, des Geldes. Das Geld wird mit sich ausbreitender Warenproduktion zur notwendigen Bedingung des Warentauschs, zum Mittel des Warenaustauschs, zum Tauschmittel. In der Herausbildung des Geldes als *Mittel* liegt nun wiederum bereits der Keim zur Entwicklung des Geldes als *Selbstzweck*, zum ausschließlichen Zweck

der eigenen Vermehrung: $G - \dots - G'$. Wir hatten gesehen, daß die Quelle dieses Mehrwerts nicht in der Zirkulation liegen kann, sondern — jedenfalls, was die Erklärung des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts angeht — ausschließlich in der Produktion; und daß nur die lebendige Arbeit in Form der Lohnarbeit als Quelle von Mehrwert infrage kommt. Indem das Geld die Ware Arbeitskraft und Produktionsmittel kauft, um Waren produzieren zu lassen und zu mehr Wert zu verkaufen, hat das Geld die Form des „Kapitals“ angenommen, dessen Zweck in seiner eigenen *Verwertung* liegt. Kapitalverwertung, d. h. Herausziehen von mehr Werten, als zuvor vorgeschossen wurden, setzt also gesamtgesellschaftlich die Entstehung von Mehrwert und damit die Existenz von Arbeit in der Form von *Lohnarbeit* voraus. „Kapital“ als ein sich selbst verwertender Wert ist insofern überhaupt nur existenzfähig, wenn auf der anderen Seite Lohnarbeit existiert, die sich an das Kapital verkauft und aus der das Kapital Mehrwert herausziehen und sich aneignen kann. *Lohnarbeit und Kapital* sind insofern Gegensätze, die sich einander bedingen: eine *Einheit von Gegensätzen* (dialektische Einheit). „Kapital“ im Marxschen Sinn ist also nicht einfach eine Ansammlung von Produktionsmitteln, sondern die Verwandlung von Geld in Produktionsmittel sowie in Arbeitskraft zum Zwecke der Verwertung. Da aber die Kapitalverwertung die Quelle voraussetzt, aus der Mehrwert geschöpft werden kann, also die Lohnarbeit, beinhaltet der *Kapitalbegriff* gleichzeitig ein *gesellschaftliches Verhältnis*, eben das Verhältnis einer Masse von Lohnarbeitern auf der einen Seite zu den Kapitalisten auf der anderen Seite.

E. DIE HERAUSBILDUNG DES KAPITALVERHÄLTNISSES

Dieses *Kapitalverhältnis* ist aber selbst kein naturgegebenes, in allen Gesellschaften notwendig existierendes, sondern ein historisch gewachsenes, gesellschaftlich bedingtes Verhältnis zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln auf der einen Seite und einer Masse von Individuen, die nicht über Produktionsmittel zur Reproduktion ihres Lebensunterhalts verfügen und deshalb darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, auf der anderen Seite. Daß der Kapitalist . . .

„das Arbeitsvermögen auf dem Markt, in den Grenzen der Zirkulation, als Ware vorfindet — diese Voraussetzung . . . ist offenbar das Resultat einer langen historischen Entwicklung, das Resümee vieler ökonomischer Umwälzungen, und setzt den Untergang anderer Produktionsweisen . . . und bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte gesellschaftlicher Arbeit voraus.“ (Marx: Grundrisse, S. 183)

Wie sahen diese historisch-ökonomischen Umwälzungen konkret aus? Im 24. Kapitel über die sogenannte „*ursprüngliche Akkumulation*“ schreibt Marx hierzu:

„Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt. — Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nachdem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer anderen Person leibeigen oder hörig zu sein. Um freier Verkäufer von Arbeitskraft zu werden, der seine Ware überall hinträgt, wo sie einen Markt findet, mußte er ferner der Herrschaft der Zünfte, ihren Lehrlings- und Gesellenordnungen und hemmenden Arbeitsvorschriften entronnen sein. Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihre Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein existiert für unsere bürgerlichen Geschichtsschreiber. Andererseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.“ (MEW 23,

Wir wollen auf diesen historischen Prozeß nur ganz kurz eingehen und verweisen zum ausführlicheren Studium auf das 24. Kapitel im Marxschen Kapital (MEW 23, S. 741–791).

I. DIE URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION VON KAPITAL

Die ursprüngliche Akkumulation von Kapital, die ursprüngliche Ansammlung von Geldmitteln, die notwendig waren, um eine Masse von Lohnarbeitern anzustellen und ihre Arbeitskraft jeweils im voraus zu bezahlen, hat — wie wir schon kurz erwähnt haben — ihre Quelle wesentlich im ungleichen Tausch der Handelskompanien im Geschäft zwischen den Kolonien und den Mutterländern. Durch mehr oder weniger gewaltsam erzwungenen Kauf in den Kolonien unter Wert (teilweise wurden regelrechte Raubzüge veranstaltet) und durch Verkauf der Waren in den Mutterländern über Wert (aufgrund der Monopolstellungen der Handelskompanien) konnte das Handelskapital riesige Wertsummen ansammeln, die in späteren Zeiten — nach Niederreißen von gewerblichen Schranken — in die Produktion (Manufaktur) strömen konnten. Die Ansammlung des Handelskapitals ist also wesentlich hervorgegangen aus wertungleichem Tausch, letztlich also durch das Ausbeuten der Kolonien einerseits und — aufgrund überhöhter Monopolpreise — durch das Abschöpfen von Werten im Mutterland.

II. DIE TRENNUNG DER UNMITTELBAREN PRODUZENTEN VON DEN PRODUKTIONSMITTELN

Die Freisetzung von Individuen als Lohnarbeiter hat ihre Quelle vor allem in der Vertreibung ländlicher Produzenten von Grund und Boden. In England lief dieser Prozeß unter Anwendung rohester Gewalt zu einer Zeit, als mit dem Aufkommen der Textilmanufaktur die Agrarproduktion auf Schafszucht zur Gewinnung von Wolle umgestellt wurde und die ländlichen Produzenten massenweise überflüssig wurden:

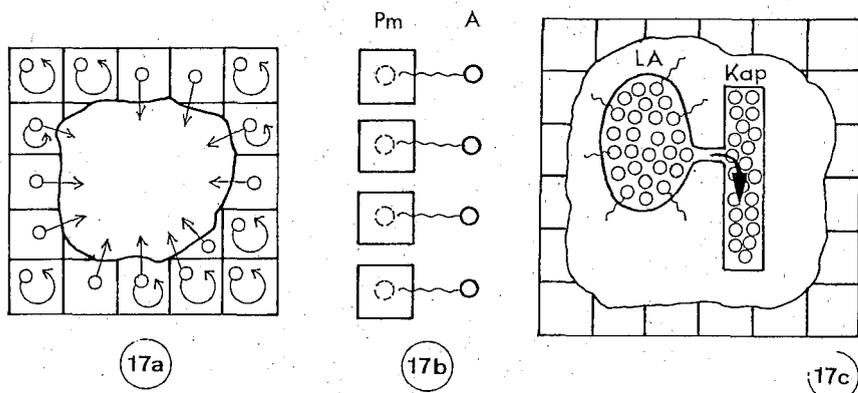
„Eine Masse vogelfreier Proletarier ward auf den Arbeitsmarkt geschleudert durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften.“ (MEW 23, S. 746)

Marx beschreibt noch verschiedene andere Prozesse, die zur gewaltsamen Vertreibung der Menschenmassen vom Land führten und zur Zusammenballung dieser Vertriebenen in den Städten. (Wir wollen hier nicht im einzelnen darauf eingehen.) — Der historische Prozeß hatte somit die zwei Grundbedingungen für den Beginn kapitalistischer Produktionsweise hervorgebracht: Ansammlung von Kapital auf der einen Seite (als Ergebnis einer großenteils gewaltsam betriebenen Ausbeutung der Kolonien), Ansammlung von „freien Lohnarbeitern“ auf der anderen Seite,

„freie Arbeiter in dem Doppelsinn, daß weder sie selbst unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene usw., noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauer usw., sie davon vielmehr frei, los und ledig sind. Mit dieser Polarisation des Warenmarkts sind die Grundbedingungen der kapitalistischen Produktion gegeben. Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. (MEW 23, S. 742)

Abb. 17 a, b, c sollen diesen Prozeß der Scheidung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln symbolisieren: In der einfachen Warenproduktion sind die unmittelbaren Produzenten noch Eigentümer der Produktionsmittel (Handwerker, Kleinbauern), was darin zum Ausdruck kommt, daß sich die kleinen Kreise (Produzenten) noch innerhalb der Quadrate (Produktionsmittel) befinden. Abb. 17 a zeigt die Loslösung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Abb. 17 c schließlich symbolisiert, wie die Produktionsmittel die Form des Kapitals annehmen, dem auf der anderen Seite die Lohnarbeiter — die unmittelbaren Produzenten ohne Produktionsmittel — gegenüberreten und ihre Ar-

beitskraft als Ware anbieten.



Den auf die beschriebene Weise freigesetzten Arbeitern blieb zur Erhaltung ihrer Existenz nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft an das Kapital zu verkaufen. Je mehr Menschenmassen in den Städten zusammenkamen, umso schwerer konnten alle Arbeitssuchenden von den aufkommenden kapitalistisch betriebenen Manufakturen absorbiert werden. (Der Ballon in Abb. 17 c symbolisiert diese Masse von Arbeitslosen.) Der Überhang an Arbeitskraft, die sich als Ware anbot, mußte zwangsläufig zu einem gegenseitigen Herunterkonkurrieren der Löhne führen, und selbst unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen waren die Arbeiter bereit, ihre Arbeitskraft an das Kapital zu verkaufen, weil es um ihre nackte Existenz ging, weil sie keine Alternative des Überlebens hatten. Dennoch blieben Massen von Arbeitern unbeschäftigt. Marx:

„Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustands finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen

Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als „freiwillige“ Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten.“ (MEW 23, S. 761 f.)

„So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, — gebrandmarkt, — gefoltert.“ (S. 765)

(Die bürgerliche Ökonomie spricht — dessen ungeachtet — von einem freiwilligen Arbeitsangebot (!) einerseits und andererseits davon, daß Kapital nur durch Konsumverzicht gebildet werden kann; als unterschieden sich Lohnarbeiter und Kapitalist nur dadurch, daß der erstere alle seine Einkommen stets voll konsumiert, während der andere einen Teil davon gespart und sich im Laufe der Zeit ein Vermögen daraus gebildet habe!)

Wir haben damit einige Bedingungen und Ergebnisse der sog. ursprünglichen Akkumulation von Kapital und des Vorfindens von freien Lohnarbeitern angedeutet; Kapital auf der einen Seite und Lohnarbeit auf der anderen Seite müssen ja historische Realitäten sein, bevor das Kapital gewissermaßen in die erste Runde seiner Verwertung geht, bevor es dazu kommen kann, daß der Mehrwert nicht mehr nur aus einem ungleichen Tausch (Handelskapital, Ausbeutung von Kolonien) herrührt, sondern *innerhalb* der Gesellschaft entsteht durch die der Lohnarbeit abgerungene Mehrarbeitszeit. Ist die kapitalistische Produktionsweise erst einmal in Gang gekommen und setzt sich mit ihrer Entfaltung auch das Wertgesetz zunehmend durch, so tritt an die Stelle der Mehrwertaneignung durch ungleichen Tausch zunehmend die Produktion von Mehrwert und dessen Aneignung gerade auf der Basis des wertgleichen Tauschs: Gerade indem die Ware Arbeitskraft sich zu ihrem Wert tauscht, wird sie zur Quelle von Mehrwert, indem sie im Produktionsprozeß mehr Werte produziert, als ihrem Wert (ihren Reproduktionskosten) entspricht. Indem sich der Kapitalist als Käufer der Ware Arbeitskraft den Gebrauchswert dieser Ware (nämlich Mehrwert produzieren zu können) zunutze macht und sich das Ergebnis dieses Gebrauchswerts, den Mehrwert, aneignet, bewegt er sich voll im Rahmen der Gesetze des Warenaustauschs. Nicht durch Verletzung des Wertgesetzes, sondern gerade durch dessen Wirkung, ergibt sich also unter kapitali-

stischen Verhältnissen, daß sich der *Kapitalist* — in Form des Mehrwerts — *das Produkt fremder Arbeit aneignet*.

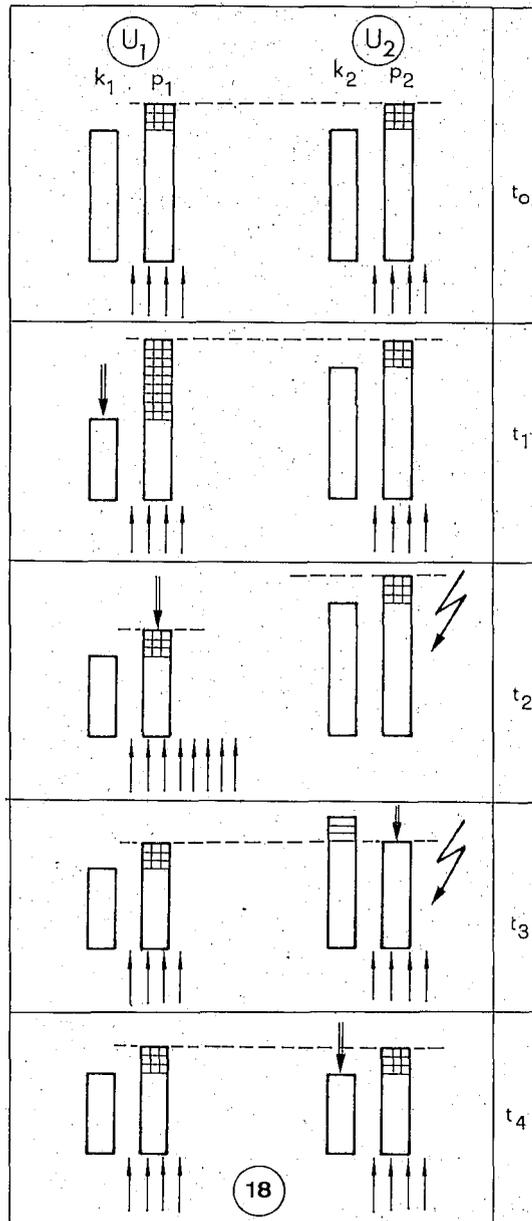
Damit sind die Aneignungsgesetze der einfachen Warenproduktion genau in ihr Gegenteil umgeschlagen: denn in der einfachen Warenproduktion, in der die unmittelbaren Produzenten Eigentümer ihrer Produktionsmittel sind, erlösen sie — bei wertgleichem Tausch — durch den Verkauf ihrer Produkte wertmäßig immer nur soviel, wie sie selbst an Werten geschaffen haben. Wenn sie sich vom Erlös ihrer Waren Produktionsmittel kaufen oder wenn sie im Austausch gegen Produktionsmittel selbst produzierte Waren hingeben, so ist das Eigentum an Produktionsmitteln — wertmäßig — ebenfalls Ergebnis ihrer eigenen Arbeit: ihre eigene Arbeitszeit tauscht sich gegen Arbeitszeit, die in den Produktionsmitteln vergegenständlicht ist. *Eigentum* unter den Bedingungen der *einfachen Warenproduktion* ist also Ergebnis der *Aneignung des Produkts eigener Arbeit!* — Während also einerseits die in der einfachen Warenproduktion angelegten ökonomischen Gesetze zur Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion treiben, und während beide Produktionsformen durch das Wertgesetz als einem Gesetz des wertgleichen Tauschs geregelt werden, schlägt die Qualität des jeweils sich bildenden Eigentums in das Gegenteil um: *Aus einem Eigentum als Ergebnis eigener Arbeit wird unter kapitalistischen Bedingungen Eigentum, das sich auf der Aneignung des Produkts fremder Arbeit gründet.* (Indem juristisch beide Eigentumsformen begrifflich nicht unterschieden werden, wird ihre prinzipielle Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit, verwischt. Mehr noch: Indem mit dem pauschalen Schutz des „Eigentums“ die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gestützt werden, werden gleichzeitig jene Tendenzen juristisch abgesichert, die — über eine *Konzentration* und *Zentralisation von Kapital* — zur ökonomischen Vernichtung der einfachen Warenproduzenten (Handwerker usw.) führen und damit zur *Vernichtung des Eigentums aufgrund eigener Arbeit zugunsten des Eigentums aufgrund fremder Arbeit!*) (Wir kommen auf diese Tendenzen später im einzelnen zurück.

F. METHODEN DER MEHRWERTPRODUKTION

I. DAS ZWANGSGESETZ DER KAPITALISTISCHEN KONKURRENZ

Nachdem wir prinzipiell abgeleitet haben, daß die von der Lohnarbeit aufgebrauchte unbezahlte Mehrarbeit Quelle von Mehrwert ist, stellt sich nun die Frage nach den Möglichkeiten der Mehrwertsteigerung. Denn wenn die Differenz zwischen G und G' zur Haupttriebfeder kapitalistischer Produktion wird, stehen die einzelnen Kapitalisten unter dem Zwang der kapitalistischen Konkurrenz, diese Differenz zu maximieren. Denn diejenigen Unternehmen, die in der Produktion (und Realisierung) von Mehrwert gegenüber anderen Unternehmen zurückfallen und infolgedessen weniger akkumulieren können, werden im kapitalistischen Konkurrenzkampf zunehmend von anderen Unternehmen überflügelt. Wir wollen kurz — anhand eines Modells — verdeutlichen, warum:

In Abb. 18 sind jeweils die Stückkosten (= „Kostpreis“) k und die Preise p von zwei Unternehmen U_1 und U_2 dargestellt, die die gleiche Ware produzieren. Für den Zeitpunkt t_0 wird davon ausgegangen, daß sich beide Unternehmen weder im Kostpreis noch im Preis voneinander unterscheiden und daß sie auch auf gleich hohe Nachfrage und damit gleiche Absatzmöglichkeiten treffen (symbolisiert durch die gleiche Anzahl der Pfeile). Während U_1 nun in t_1 dazu übergeht, den produzierten und angeeigneten Mehrwert zu akkumulieren, um z. B. durch Investitionen zur Massenproduktion überzugehen, die Produktionsmethoden zu verbessern und entsprechend die Stückkosten zu senken, bleibt U_2 auf dem alten Stand stehen. Der hier angeeignete Mehrwert wird z. B. vom Kapitalisten voll konsumiert, weil dieser davon ausgegangen ist, daß er mit dem erreichten Stand zufrieden sein kann. — Wenn für U_1 die Senkung des Kostpreises nur durch eine entsprechende Ausweitung der Produktion (Massenproduktion) möglich war, muß es auch versuchen, die gewachsene Menge an Produkten abzusetzen. Die bisherige Nachfrage würde hierzu nicht ausreichen, die Absatzmärkte müssen entsprechend ausgeweitet werden. Unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen war vor allem die Senkung der Preise ein Mittel zur Absatzsteigerung. — In t_2 senkt deshalb U_1 seinen Preis und zieht dadurch Nachfrage auf sich, die bisher zu U_2 geströmt war.



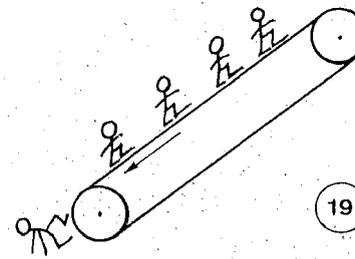
U₂ wird deshalb seine Waren zum bisherigen Preis auf einmal nicht mehr los und gerät in eine Absatzkrise (symbolisiert durch den die Krise andeutenden Blitz). Ihm bleibt nichts anderes übrig, als zur Sicherung seines Absatzes ebenfalls den Preis zu senken, und zwar auf das Niveau, das sich – wenn wir von der Konkurrenz vieler Unternehmen ausgehen – mittlerweile allgemein durchgesetzt hat. – Durch die Preissenkung gerät U₂ aber in die Verlustzone: Der Preis pro Stück sinkt unter die Stückkosten ab. Spätestens in dieser Phase muß U₂ erkennen, daß ihm gar keine andere Möglichkeit bleibt, als seinerseits ebenfalls die Stückkosten zu senken, was auf die Dauer nur möglich ist durch Akkumulation, d. h. Zuführung zusätzlicher Mittel in den Produktionsprozeß.

Aus diesem Modell wird deutlich, daß jeder Einzelkapitalist zwar juristisch frei ist in der Verwendung des von ihm angeeigneten Mehrwerts, daß er aber faktisch unter dem Druck der Konkurrenz steht, den Mehrwert immer wieder dem Produktionsprozeß zuzuführen, ihn in Kapital zurückzuwandeln, Kapital zu akkumulieren. Die sich daraus ableitende Grundregel für den Kapitalisten hat Marx auf eine kurze und prägnante Formel gebracht: „Akkumuliert. Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ (MEW 23, S. 621)

Die Akkumulation des Kapitals ist insofern für den Einzelkapitalisten keine willkürliche, freiwillige Entscheidung, sondern ein Zwang, der sich aus der kapitalistischen Konkurrenz heraus ergibt. Marx:

„Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.“ (MEW 23, S. 286)

Der einzelne Kapitalist ist zwar theoretisch frei, sich diesem Zwang zu entziehen, aber mit der notwendigen Konsequenz, daß er auf die Dauer in Konkurs geht, also in seiner Funktion als Kapitalist ausscheidet, vernichtet wird. Insofern ist für den Einzelkapitalisten ein Stillstand in der Akkumulation gleichbedeutend mit Rückschritt, mit ökonomischer Vernichtung. – Wir wollen uns diesen Effekt am Bild einer abwärts laufenden Rolltreppe



einprägen, an deren unterem Ende der Abgrund droht (Abb. 19): Wer glaubt, auf dieser Treppe sei Ruhé zu finden, indem man stehenbleibt, stürzt unwillkürlich in den Abgrund. Seine Position kann nur der halten, der sich ständig vorwärts bewegt, der sich ständig „abstrampelt“. Dies ist im Prinzip der Grundmechanismus der kapitalistischen Konkurrenz. Nicht nur das: Je

schneller die Einzelnen auf der Rolltreppe strampeln, um ihre Position zu halten oder vorübergehend einen Vorsprung vor den Konkurrenten zu gewinnen, umso mehr bewirken sie, daß sich das Band unter ihren Füßen schneller wegdreht (es wird angenommen, daß die Räder frei gelagert sind). – Einerseits sind es also die einzelnen, die mit ihren Handlungen (dem Strampeln = dem Akkumulieren) das Tempo der Konkurrenz erzeugen,

andererseits ergibt sich daraus für alle ein unkontrollierter und ständig steigender Zwang, dem sie sich zu unterwerfen haben, wenn sie nicht untergehen wollen. Marx spricht vom . . .

„... allgemeinen Konkurrenzkampf und (der) Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel bei Strafe des Untergangs. Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden, so daß seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden.“ (MEW 25, S. 255)

Auch hier also der Mechanismus, daß sich die von Menschen produzierten Verhältnisse gegenüber den Subjekten verselbständigen und sich in objektive, von den Subjekten nicht mehr beeinflussbare Zwänge verwandeln und der bewußten Kontrolle entgleiten.

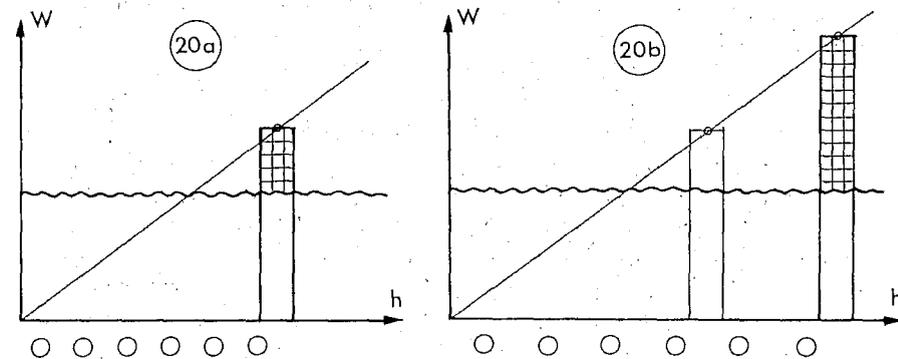
Dieser Grundmechanismus der kapitalistischen Konkurrenz (die sich übrigens nicht nur auf der Preisebene abwickelt, sondern sich auf ganz andere Ebenen verlagern kann) ist in unserem Zusammenhang deshalb von Bedeutung, weil sich daraus der *Zwang zur Mehrwertproduktion* für die einzelnen Kapitalisten ableiten läßt. Nicht nur, daß sie gezwungen sind, einen bestimmten Mehrwert produzieren zu lassen, sondern daß sie stets darauf bedacht sein müssen, die Produktion von Mehrwert zu maximieren. Wir haben also zu untersuchen, welche prinzipiellen Methoden der Steigerung von Mehrwertproduktion dem Kapital zur Verfügung stehen. Kehren wir zu diesem Zweck zu unserer Grafik in Abb. 16 a zurück.

II. METHODEN ZUR PRODUKTION VON ABSOLUTEM MEHRWERT

1) Ausdehnung der Arbeitszeit bei gleichbleibender Arbeiterzahl

Die nächstliegende Methode der Mehrwertsteigerung besteht für das Kapital darin, die Arbeitszeit der bereits beschäftigten Arbeiter auszudehnen,

so aber dennoch nur zu ihren Reproduktionskosten zu entlohnen. Das setzt freilich voraus, daß — ausgehend von einer bestimmten Arbeitszeit — der Stundenlohn des einzelnen Arbeiters entsprechend sinkt — eine Tendenz, die sich insbesondere dann durchsetzen wird, wenn die Arbeiter untereinander in Konkurrenz stehen und sich auch bei verschlechternden Arbeitsbedingungen nach Arbeit drängen, nur um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Insbesondere zur Zeit des Frühkapitalismus, wo durch den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation eine Masse von Bauern und Handwerkern aus ihrer ursprünglichen Existenzgrundlage herausgeschleudert worden war und sich in den Städten zusammendrängte, machte das erdrückende Überangebot an Arbeitskräften die Durchsetzung solcher Methoden ohne weiteres möglich. — Grafisch stellt sich das Ergebnis dieser Methode wie folgt dar (Abb. 20 b gegenüber Abb. 20 a):



Bei gleichbleibenden Reproduktionskosten und Lohnzahlungen erhöht sich die produzierte Wertsomme proportional zur Ausdehnung der Arbeitszeit. Ergebnis ist eine überproportionale Mehrwertsteigerung. (Die Kopffzahl der Arbeiter wird angedeutet durch die Kreise unterhalb der h-Achse. Die h-Achse bezeichnet die Zahl der insgesamt pro Tag eingesetzten Arbeitsstunden.)

Tatsächlich waren in den Anfängen des Kapitalismus Arbeitszeiten zwischen 16 und 18 Stunden zur Regel geworden — mit den entsprechenden ruinierenden Auswirkungen auf Gesundheit und Lebenserwartung der Arbeiter. Die Tatsache, daß die Lebenserwartung der Arbeiter aufgrund des totalen körperlichen und psychischen Raubbaus auf um die dreißig Jahre absank, brauchte das Kapital solange nicht zu stören, wie ständig und in

ausreichendem Maße neue Arbeiter als „Nachschub“ bereitstanden und sich danach drängten, ihrerseits beschäftigt zu werden, um nicht unmittelbar verhungern zu müssen. Marx:

„... in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erheischt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenlicht. Es knickt ab an der Mahlzeit und einverleibt sie womöglich dem Produktionsprozeß selbst, so daß dem Arbeiter als bloßem Produktionsmittel Speise zugesetzt werden wie dem Dampfkessel Kohle und der Maschinerie Talg oder Öl. Den gesunden Schlaf zur Sammlung, Erneuerung und Erfrischung der Lebenskraft reduziert es auf so viel Stunden Erstarrung, als die Wiederbelebung eines absolut erschöpften Organismus unentbehrlich macht. Statt daß die normale Erhaltung der Arbeitskraft hier die Schranke des Arbeitstags, bestimmt umgekehrt die größte täglich mögliche Verausgabung der Arbeitskraft, wie krankhaft gewaltsam und peinlich auch immer, die Schranke für die Rastzeit des Arbeiters. Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dieses Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht.“ (MEW 23, S. 280 f.)

Marx widmet im 8. Kapitel des „Kapital“ allein 85 Seiten der Dokumentation und Analyse der Verhältnisse in England im Zusammenhang mit der Verlängerung des Arbeitstags und dem Kampf um einen 10stündigen sog. Normalarbeitstag in der Mitte des 19. Jahrhunderts (MEW 23, S. 245 bis 320, insbes. ab S. 258–315).

Woher nimmt der Kapitalist das Recht, mit den Arbeitern derart zu verfahren? Daher, daß er die Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert, d. h. zu ihren Reproduktionskosten, gekauft hat und nunmehr über deren Gebrauchswert verfügt — also sie z. B. solange im Produktionsprozeß einsetzt, wie er es für richtig hält bzw. wie es ihm von der Konkurrenz aufgezwungen wird; oder ihr die Arbeitsbedingungen vorschreibt und die Methoden, nach denen produziert wird. Der Kapitalist macht also lediglich sein Recht auf uneingeschränkte Nutzung des Gebrauchswerts der von ihm

gekauften Ware (Arbeitskraft) geltend. Dem steht auf der anderen Seite das Recht der Arbeiter auf Reproduktion ihrer Arbeitskraft und die Forderung nach menschenwürdigem Dasein gegenüber. Es entsteht ein sozialer Konflikt. Lassen wir Marx hierzu ausführlich zu Wort kommen:

„Der Kapitalist hat die Arbeitskraft zu ihrem Tageswert gekauft. Ihm gehört ihr Gebrauchswert während eines Arbeitstags. Er hat also das Recht erlangt, den Arbeiter während eines Tags für sich arbeiten zu lassen. Aber was ist ein Arbeitstag? Jedenfalls weniger als ein natürlicher Lebenstag. Um wieviel? Der Kapitalist hat seine eigne Ansicht über dies ultima Thule, die notwendige Schranke des Arbeitstags. Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitaleseele. Das Kapital hat aber nur einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und umso mehr lebt, je mehr sie davon ansaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. Konsumiert der Arbeiter seine disponible Zeit für sich selbst, so bestiehlt er den Kapitalisten.

Der Kapitalist beruft sich also auf das Gesetz des Warenaustauschs. Er, wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:

Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem andren Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größeren Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft... Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz... Das ist wider unseren Vertrag und das Gesetz des Warenaustausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf... Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange, wie jeder

andre Verkäufer.

Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar — ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“ (MEW 23, S. 247–249)

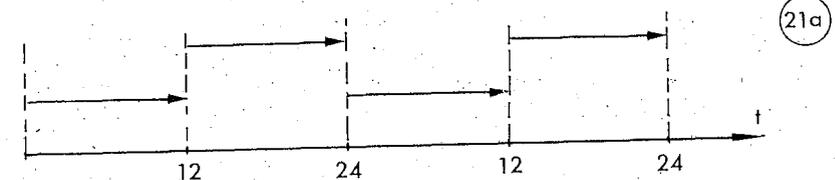
2) Beschäftigung zusätzlicher Arbeiter bei gleichbleibendem fixem Kapital

Selbst wenn es dem Kapital gelungen ist, die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter bis auf das Maximum des physisch Leistbaren (24 Stunden abzüglich minimaler Schlafzeit) auszudehnen, kann es sich nicht damit begnügen, die vorhandenen Produktionsmittel (insbesondere das in den Gebäuden, Werkzeugen und Maschinen angelegte „fixe Kapital“) auch nur eine Stunde am Tag ungenutzt zu lassen. Marx:

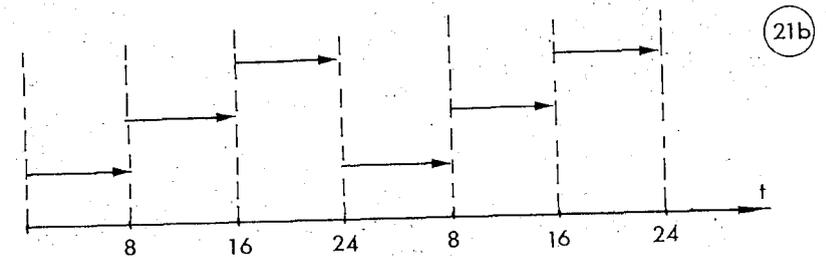
„Die Produktionsmittel sind, vom Standpunkt des Verwertungsprozesses betrachtet, nur da, um Arbeit und mit jedem Tropfen Arbeit ein proportionales Quantum Mehrarbeit einzusaugen. Soweit sie das nicht tun, bildet ihre bloße Existenz einen negativen Verlust für den Kapitalisten, denn sie repräsentieren während der Zeit, wo sie brach liegen, nutzlosen Kapitalvorschuß, und dieser Verlust wird positiv, sobald die Unterbrechung zusätzliche Auslagen notwendig macht für den Wiederbeginn des Werks. Die Verlängerung des Arbeitstags über die Grenzen des natürlichen Tags in die

Nacht hinein wirkt nur als Palliativ (Linderung, B. S.), stillt nur annähernd den Vampyrdrust nach lebendigem Arbeitsblut. Arbeit während aller 24 Stunden des Tags anzueignen ist daher der immanente Trieb der kapitalistischen Produktion. Da dies aber physisch unmöglich, würden dieselben Arbeitskräfte Tag und Nacht ausgesaugt, so bedarf es, zur Überwindung des physischen Hindernisses, der Abwechslung zwischen den bei Tag und Nacht verspeisten Arbeitskräften.“ (MEW 23, S. 271)

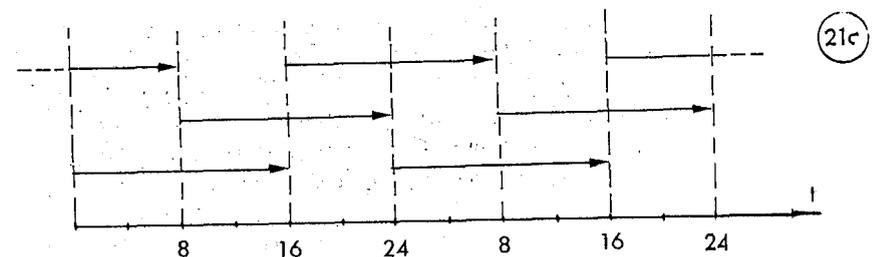
Das bedeutet nichts anderes als ein Produktionsprozeß in mehreren Schichten — Schichtarbeit. Die einfachste Möglichkeit bestünde in zwei aufeinander folgenden 12stündigen Schichten (Abb. 21 a):



Oder in drei aufeinander folgenden 8stündigen Schichten (Abb. 21 b):



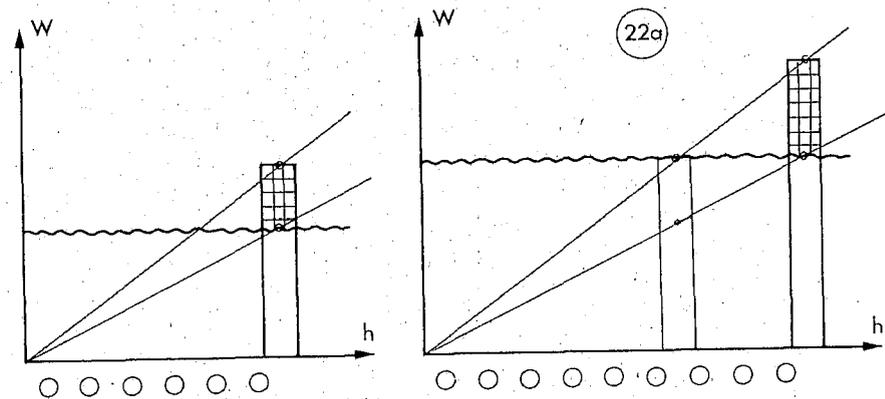
Aber auch bei 16stündiger Arbeitszeit läßt sich Schichtarbeit ohne weiteres organisieren, indem die einzelnen Schichten so ineinander geschachtelt werden, daß zu jedem Zeitpunkt die gleiche Arbeiterzahl anwesend ist (Abb. 21 c):



Aus diesen kurzen Überlegungen wird deutlich, daß durch Schichtarbeit im Prinzip jede noch freie Pore im Arbeitsablauf ausgefüllt werden kann mit der Ansaugung lebendiger Arbeit und dem entsprechenden Herauspressen von Mehrwert. Freilich entstehen für die zusätzlich ausgefüllte Zeit entsprechend zusätzliche Lohnkosten (anders also als im vorigen Beispiel, wo die Lohnsumme trotz verlängerter Arbeitszeit konstant blieb), ebenso wie zusätzliches Material verbraucht wird und die Maschinen einem schnelleren Verschleiß unterliegen werden. Auf der anderen Seite werden aber durch kontinuierliche Produktionsprozesse Kosten vermieden, die bei Unterbrechung des Produktionsablaufs entstehen würden (Anlaufkosten bei bestimmten Produktionsanlagen). Darüberhinaus wird das in Grundstücken sowie in Gebäuden gebundene Kapital besser genutzt (ohne daß sich dadurch deren Nutzungsdauer verkürzt). Wichtigster Effekt ist jedoch, daß das in Maschinen und Material gebundene Kapital durch die schnellere Fertigstellung der Produkte (und deren schnelleren Absatz) in kürzerer Zeit in Geld zurückverwandelt und damit in die nächste Runde der Verwertung übergehen kann. Es macht nämlich für das Kapital einen entscheidenden Unterschied, innerhalb welchen Zeitraums sich aus einem vorgeschossenen Kapital eine bestimmte Mehrwertsumme erzielen läßt. Kann dieser Zeitraum halbiert werden, so bedeutet das grob gesagt eine Verdoppelung in der Verwertung. (Genauer gesagt sogar noch mehr, weil sich der Mehrwertbetrag — zusätzlich zu dem zurückgeflossenen Kapitalvorschuß — in der nächsten Runde ebenfalls verwerten kann.)

3) Beschäftigung zusätzlicher Arbeiter und Ausstattung mit zusätzlichen Produktionsmitteln

Die Grenze der Schichtarbeit als einem Mittel der Mehrwertsteigerung ist dann erreicht, wenn die vorhandenen Produktionsmittel durch eine bestimmte Anzahl von schichtweise sich abwechselnden Arbeitern ununterbrochen genutzt werden. Die Überschreitung dieser Grenze wird z. B. dadurch möglich, daß zusätzliche Produktionsmittel eingesetzt und entsprechend auch zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden. Hierdurch steigt zwar wiederum die zu zahlende Lohnsumme, aber ebenfalls der Mehrwert, weil von jedem zusätzlichen Arbeiter ein entsprechendes Stück Mehrwert produziert wird. Abb. 22 a soll diesen Fall verdeutlichen:



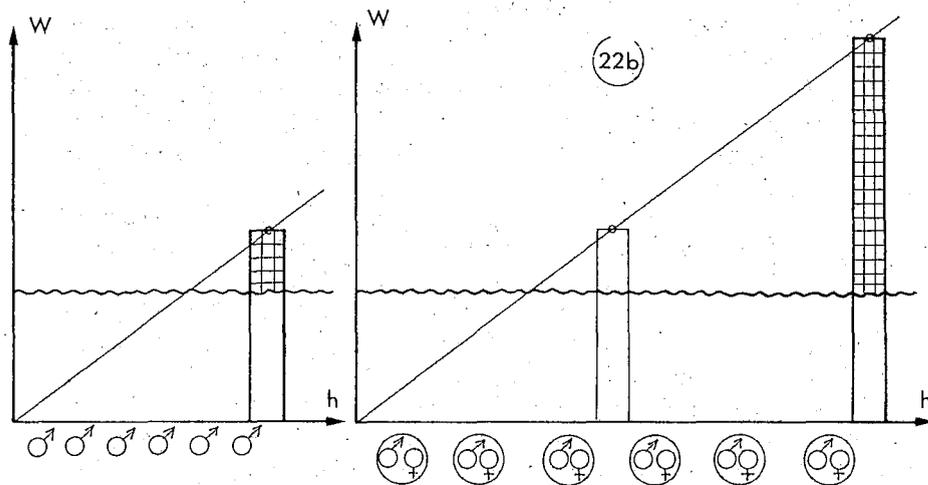
Wenn wir auf der h-Achse die insgesamt von allen Arbeitern pro Tag (und Nacht) verausgabte Arbeitszeit abtragen, steigt diese Arbeitszeit mit wachsender Arbeiterzahl an, und entsprechend wächst auch die produzierte Wertsumme. Es ist klar, daß diese Methode der Mehrwertsteigerung ihre Grenze findet in der verfügbaren Zahl von Lohnarbeitern — eine Zahl, die langfristig nicht nur durch das Bevölkerungswachstum bestimmt wird, sondern vor allem von dem Ausmaß und der Geschwindigkeit, in der die Massen in das Schicksal der Lohnarbeit hineingeschleudert werden — durch Entwurzelung aus ihren bisherigen ökonomischen Existenzgrundlagen (Naturalwirtschaft, einfache Warenproduktion).

4) Die Einbeziehung von Frauen- und Kinderarbeit

Bisher haben wir lediglich von „Arbeitern“ gesprochen, ohne zu unterscheiden zwischen Männer-, Frauen- und Kinderarbeit. Wenn wir zunächst davon ausgehen, daß nur die Männer ihre Arbeitskraft verkaufen, ergeben sich durch die Einbeziehung von Frauen- und Kinderarbeit in den kapitalistischen Produktionsprozeß werttheoretisch mehrere Aspekte: Zum einen läßt sich — bei Vollbeschäftigung aller Männer — die Beschäftigtenzahl auf diese Weise über die schon erreichte Grenze hinaus weiter ausdehnen und

damit auch die oben beschriebene Methode der Mehrwertproduktion. Darüberhinaus ergibt sich aber ein besonderer Aspekt gegenüber der bisherigen Methode, auf den wir im folgenden kurz eingehen wollen:

Solange nur die Männer ihre Arbeitskraft verkaufen, besteht der Wert ihrer Arbeitskraft in den Reproduktionskosten der ganzen Familie, die sie ja mit ihrem Lohn ernähren müssen. In dem Ausmaß aber, wie auch andere Familienmitglieder als Lohnabhängige arbeiten gehen, braucht jeder einzelne mit seinem Lohn nur noch einen Teil der Reproduktionskosten abzudecken, um den Lebensunterhalt der Familien zu sichern. Je mehr es sich gesamtgesellschaftlich durchsetzt, daß neben den Männern auch die Frauen (oder gar Kinder) als Lohnabhängige arbeiten, umso mehr sinkt pro Kopf der Wert der Arbeitskraft ab. Im einfachsten Fall (Abb. 22 b), wo aus jeder Familie sowohl Mann als auch Frau ihre Arbeitskraft verkaufen und sich so – gegenüber dem Ausgangsmodell – die Zahl der Lohnarbeiter und damit die produzierte Wertsomme verdoppelt, bleiben dennoch die Reproduktionskosten insgesamt konstant; denn die Zahl der davon zu ernährenden Familien hat sich nicht verändert. (Die Familien sind durch die größeren Kreise symbolisiert.) Indem sowohl Mann als auch Frau mit ihrem



Lohn zur Reproduktion der Familie beitragen, wird sich der pro-Kopf-Lohn auf die Hälfte des ursprünglichen Lohns einpendeln.

Aus diesem Modell wird deutlich, daß die Einbeziehung von Frauen- (und Kinder-) Arbeit in den Produktionsprozeß für das Kapital eine lohnende Sache ist, lohnender als die einfache Ausdehnung der Männerarbeit. Von daher ist verständlich, daß das Kapital zu dieser Methode – der Frauen- und Kinderarbeit – bereits gegriffen hat, noch bevor das Reservoir an männlichen Arbeitskräften ausgeschöpft war. Die brutalen Formen, die auch die Frauen- und Kinderarbeit im England des 19. Jahrhunderts angenommen haben, wird von Marx und Engels ebenfalls ausführlich dokumentiert. (Siehe auch Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, S. 229–506)

5) Der Kampf um den Normalarbeitstag

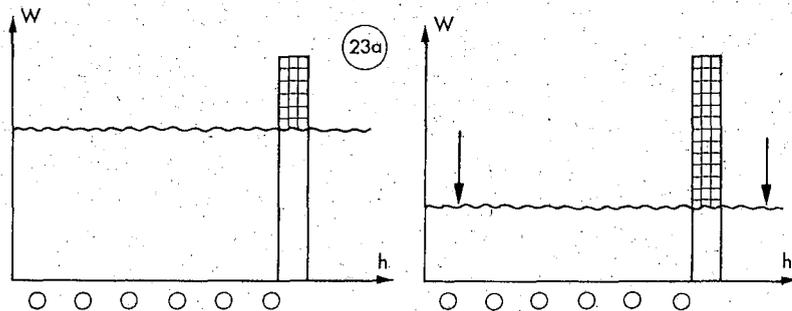
Der wachsende Widerstand der Arbeiter gegen die immer unerträglicher werdende Ausbeutung und ihre zunehmende Organisierung bewirkten schließlich – nach jahrzehntelangen sozialen Kämpfen – die Einführung eines gesetzlich beschränkten Normalarbeitstags, der auf 10 Stunden festgelegt wurde, sowie das Verbot von Kinderarbeit. Eine solche Begrenzung lag im übrigen auch im langfristigen Interesse des Gesamtkapitals, weil ein dauerhafter Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft über längere Sicht die Regeneration der Arbeiter und das Heranwachsen eines halbwegs gesunden Nachwuchses derart beeinträchtigt hätte, daß die Reproduktion der Lohnarbeit als Quelle von Mehrwert insgesamt gefährdet gewesen wäre. Selbst bei Einsicht in diesen Zusammenhang konnte es sich jedoch ein einzelner Kapitalist nicht leisten, weniger Mehrwert aus seinen Arbeitern herauszuziehen, indem er etwa die Arbeitszeit verkürzt oder die Arbeitsbedingungen erleichtert hätte. Die Konsequenz wäre ein Zurückfallen im kapitalistischen Konkurrenzkampf gewesen. Was also für das gesellschaftliche Gesamtkapital zur notwendigen Voraussetzung einer langfristigen Verwertung wurde, nämlich die Reproduktion der Lohnarbeit auf lange Sicht, wurde durch das Gegeneinander der Einzelkapitale gerade verhindert. Im Interesse des Gesamtkapitals war insofern eine Instanz erforderlich, die sich über die kurzfristigen Interessen der Einzelkapitale hinwegsetzt, um das langfristige Interesse des Kapitals insgesamt zu sichern. – Mit der Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags wuchs der bürgerliche Staat in diese Funktion hinein (der Staat als „ideeller Gesamtkapita-

list“). Er übernimmt damit gleichzeitig die Funktion eines Schlichters der sozialen Kämpfe und trägt auf diese Weise zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems bei.

III. METHODEN ZUR PRODUKTION VON RELATIVEM MEHRWERT

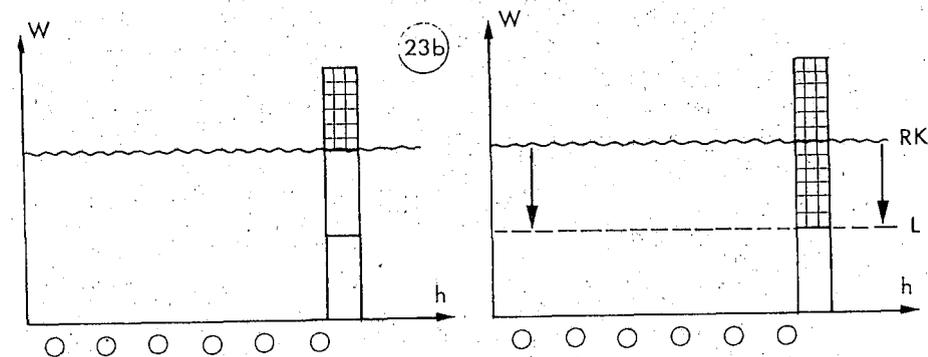
Für unseren Zusammenhang ist vor allem wichtig, daß durch die Einführung des gesetzlichen Normalarbeitstags die Möglichkeiten zur Produktion von „absolutem Mehrwert“ (d. h. Mehrwert, der über eine Ausdehnung der gesellschaftlichen Arbeitszeit entsteht) eingeschränkt sind. Dieser der Kapitalverwertung vorgeschobene „Riegel“ bedeutet jedoch keinesfalls, daß damit der Verwertungstrieb des Kapitals gebändigt wäre. Vielmehr entsteht aus der Konkurrenz der Einzelkapitale heraus die Notwendigkeit, andere Möglichkeiten der Mehrwertproduktion zu erschließen. — Die bisher erörterten Methoden zeichneten sich alle dadurch aus, daß sie zu einer Vergrößerung der produzierten Wertsumme, also grafisch zu einer Vergrößerung des Blocks führten (wobei die Mehrwertsteigerung dadurch zustande kam, daß die ausgezahlte Lohnsumme entweder konstant blieb oder absolut weniger anstieg als die Wertsumme). Wir wollen uns im folgenden mit Methoden vertraut machen, die eine Mehrwertsteigerung auch dann erlauben, wenn die produzierte Wertsumme pro Tag insgesamt nicht gesteigert werden kann.

Wenn wir anhand unserer bisher verwendeten Grafik argumentieren, kann sich eine solche Möglichkeit nur dadurch ergeben, daß sich die waagerechte Linie (in der die Lohnsumme zum Ausdruck kommt) nach unten verschiebt (Abb. 23 a). Eine derartige Verschiebung kann durch unterschiedliche Faktoren bedingt sein:



1) Senkung der Löhne unter die Reproduktionskosten

Eine mögliche Ursache kann in einer Senkung der Löhne unter den Wert der Ware Arbeitskraft und damit in einer Senkung des materiellen Lebensniveaus der Arbeiter. Um diesen Fall zu veranschaulichen, unterscheiden wir in Abb. 23 b das Niveau der Reproduktionskosten (Wellenlinie) von demjenigen der Lohnsumme (gestrichelte Linie).

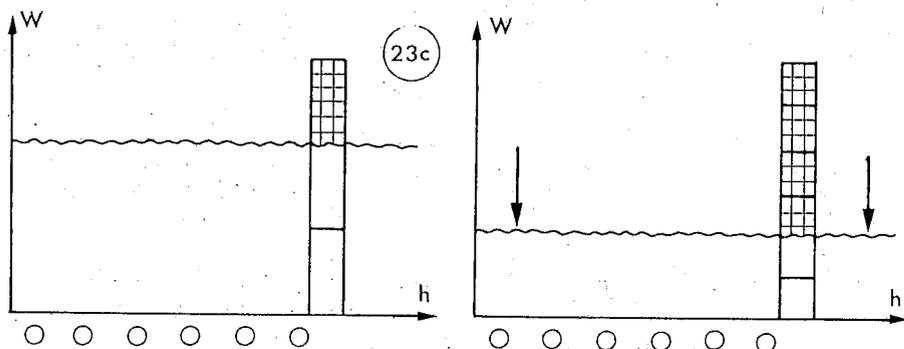


Die Unterteilung des Blocks der produzierten Wertsumme in drei Teile soll darüberhinaus die Menge der produzierten Gebrauchswerte symbolisieren, von denen den Arbeitern ursprünglich 2 ME (Mengeinheiten) zugeflossen sein sollen, während ihnen nach der Lohnsenkung nur noch 1 ME zukommt.

Wenn wir allerdings davon ausgehen, daß die Arbeitskraft auf die Dauer und im Durchschnitt zu ihrem Wert entlohnt wird, kann es sich hierbei nur um vorübergehende Phasen handeln, denen auf der anderen Seite Phasen gegenüberstehen, in denen — z.B. aufgrund knapper werdender Arbeitskräfte — der Lohn über die Reproduktionskosten ansteigt. Auf längere Sicht ließen sich die Löhne nur dann unter den Reproduktionskosten halten, wenn gleichzeitig der Widerstand der Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung gebrochen würde (wie dies z.B. unter dem Faschismus in Deutschland der Fall war).

2) Senkung der Reproduktionskosten bei gleichbleibendem Konsumniveau

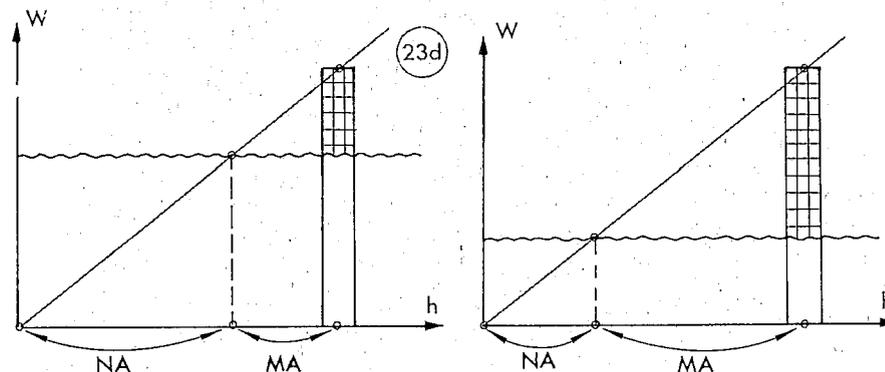
Im Unterschied zu der gerade diskutierten Möglichkeit ist eine Senkung der in der Lohnsumme steckenden Werte auch möglich, ohne daß sich deshalb das Konsumniveau der Lohnabhängigen vermindert. Dann nämlich, wenn die in den Konsum der Arbeiter eingehenden Gebrauchswerte unter geringerem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand hergestellt werden als vorher. Dies wäre gleichbedeutend damit, daß unter Einsatz der gleichen gesellschaftlichen Arbeitszeit eine größere Masse an Gebrauchswerten produziert werden kann. Abb. 23 c stellt den Fall dar, wo statt vorher 3 ME nunmehr 6 ME in gleicher Zeit produziert werden (angedeutet durch die Unterteilung des Wertblocks in nunmehr 6 Teile).



Die Lohnabhängigen werden nach wie vor zu ihren Reproduktionskosten entlohnt (ihr Konsum besteht nach wie vor aus Gebrauchswerten in Höhe von 2 ME), und die Tatsache, daß der an sie fließende Block nunmehr kleiner ist als vorher, drückt lediglich aus, daß sich die gleiche Menge nunmehr mit weniger Arbeitsaufwand herstellen läßt, d.h. weniger Wert verkörpert.

Wie aus Abb. 23 d hervorgeht, vermindert sich mit der Senkung der Reproduktionskosten auch die „notwendige Arbeitszeit“, die Arbeitszeit also, die zur Produktion der Reproduktionskosten der Arbeitskraft erforderlich ist. Bei insgesamt gleichbleibender Arbeitszeit bedeutet dies gleich-

zeitig ein Ansteigen der *Mehrarbeitszeit*. Die absolute Arbeitszeit bleibt al-



so konstant, während sich die relativen Anteile zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit verschieben zugunsten der Mehrarbeit. Marx spricht deshalb in diesem Zusammenhang von „*relativem Mehrwert*“. Marx:

„Durch Verlängerung des Arbeitstags produzierten Mehrwert nenne ich absoluten Mehrwert; den Mehrwert dagegen, der aus Verkürzung der notwendigen und entsprechender Veränderung im Größenverhältnis der beiden Bestandteile des Arbeitstags entspringt – relativen Mehrwert.“ (MEW 23, S. 334)

Was kann sich nun hinter der Wertsenkung der Reproduktionskosten und damit der Ware Arbeitskraft verbergen, wodurch kann sie konkret zustandekommen? Einmal dadurch, daß unter Einsatz neuer Produktionstechniken die *Produktivität* der Arbeit gesteigert wird; zum andern dadurch, daß – unter Anwendung gleichbleibender Technik – die *Intensität* der Arbeit erhöht wird. Wir wollen diese beiden Methoden, die Produktivitätssteigerung und die Intensitätssteigerung, im folgenden unter werttheoretischem Aspekt genauer untersuchen und dabei vor allem aufzeigen, auf welche (unterschiedliche) Weise sich jeweils die Wertsenkung der Ware Arbeitskraft durchsetzt.

a) Erhöhung der Produktivität der Arbeit

Wenden wir uns zunächst der Methode der Produktivitätssteigerung (oder – wir Marx es nennt – der „Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit“) zu.

„Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehen wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitspreß, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleineres Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größeres Quantum Gebrauchswert zu produzieren. Während also bei der Produktion des Mehrwerts in der bisher betrachteten Form die Produktionsweise als gegeben unterstellt war, genügt es für die Produktion von Mehrwert durch Verwandlung notwendiger Arbeit in Mehrarbeit keineswegs, daß das Kapital sich des Arbeitsprozesses in seiner historisch überlieferten oder vorhandenen Gestalt bemächtigt und nur seine Dauer verlängert. Es muß die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, also die Produktionsweise selbst umwälzen, um die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen, durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit den Wert der Arbeitskraft zu senken und so den zur Reproduktion dieses Werts notwendigen Teil des Arbeitstags zu verkürzen.“ (MEW 23, S. 333)

Indem der einzelne Kapitalist z.B. durch Investitionen die Produktivität der Arbeit steigert, tut er dies allerdings nicht zu dem Zweck, auf diese Weise mit zur Senkung der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft beizutragen. Was ihn vielmehr bewegt, ist der Drang, in der kapitalistischen Konkurrenz einen Vorsprung vor den anderen zu gewinnen oder einen Rückstand in der Entwicklung der Produktivität aufzuholen. Gewinnt er einen Vorsprung, läßt er also mit einem geringeren Arbeitsaufwand produzieren als seine Konkurrenten, so schlägt sich das bei ihm vorübergehend in einem sog. *Extramehrwert* nieder. Marx:

„Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags für die Mehrarbeit an als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut. Andererseits aber verschwindet jener Extramehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet.“ (MEW 23, S. 337)

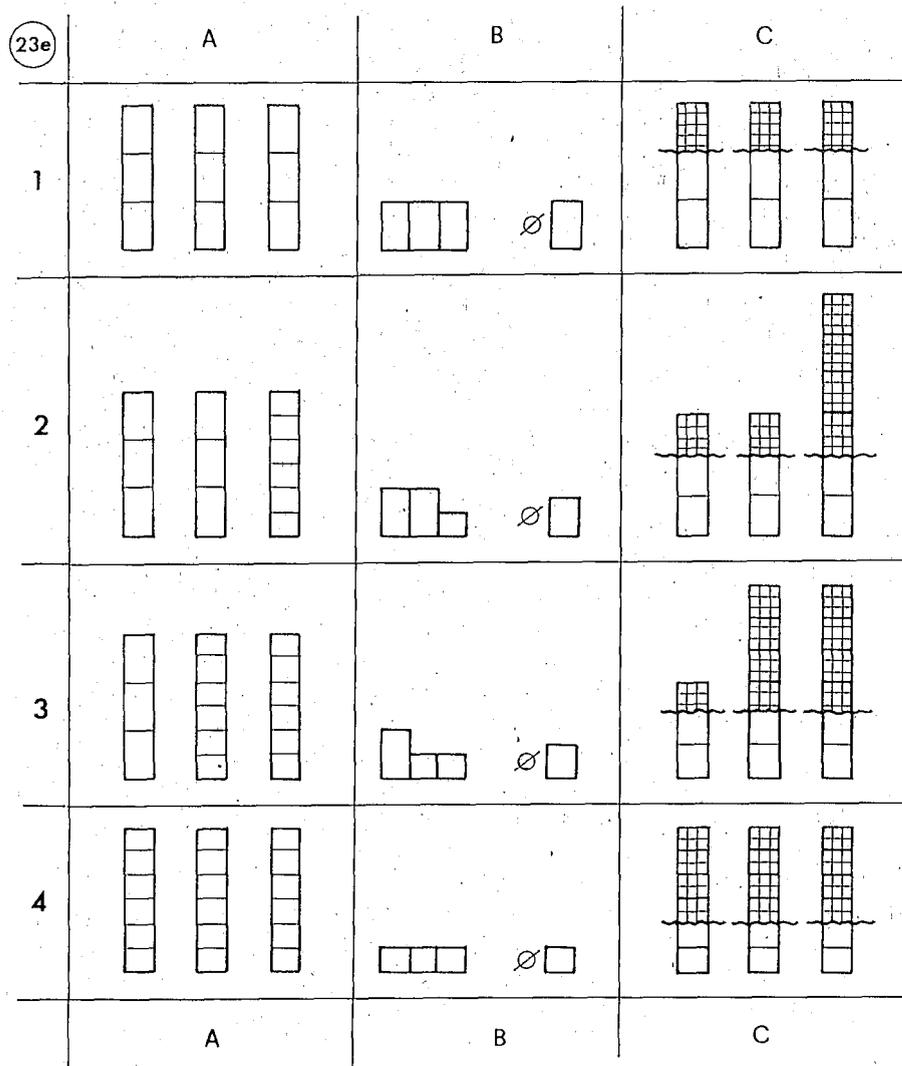
Denn der (gesellschaftliche) Wert einer Ware bestimmt sich aus dem gesellschaftlich notwendigen, nicht aus dem individuellen Arbeitsaufwand, d.h. er sinkt, wenn sich der Produktivitätsfortschritt allgemein durchgesetzt hat. Daß er sich durchsetzen muß, liegt im Zwang der kapitalistischen Kon-

kurrenz begründet, die die Produzenten mit gleichbleibenden Produktionsbedingungen (d.h. mit einem Stillstand in den Investitionen) langfristig aus dem Konkurrenzkampf herauswirft (vgl. unser Bild mit der Rolltreppe).

Die folgenden Modelle sollen dazu dienen, den Anpassungsprozeß der Verallgemeinerung eines zunächst nur individuellen Produktivitätsfortschritts schrittweise nachvollziehbar zu machen. Wir wollen dabei davon ausgehen, daß das Gesamtkapital aus drei Einzelkapitalen besteht, die in der Ausgangssituation (A-1) zunächst gleiche Verwertungsbedingungen aufweisen. Anstatt die produzierten Wertsummen — wie bisher — in ein Koordinatensystem einzubauen, stellen wir die Wertblöcke der Einzelkapitale nebeneinander (jeweils linke Spalte A in ABB. 23 e). Alle Einzelkapitale unterliegen in der Ausgangssituation der gleichen Produktivität und produzieren die gleiche Menge an Gebrauchswerten, nämlich 3 ME. — Die individuellen Werte von 1 ME sind demnach gleich und werden in B-1 nebeneinander gestellt. Der gesellschaftliche Wert (der sich aus dem Durchschnitt der individuellen Werte ergibt) hat entsprechend dieselbe Größe und ist grafisch ebenfalls in B-1 aufgeführt. — Wenn wir nun annehmen, daß die Arbeiter zu ihren Reproduktionskosten entlohnt werden und daß die Reproduktionskosten stofflich aus einer Gebrauchswertmenge von 2 ME bestehen (die jeweils mit dem gesellschaftlichen Wert zu gewichten sind), so verbleibt für alle Einzelkapitale gleichermaßen ein Mehrwert, der 1 ME entspricht — dargestellt in C-1.

In A-2 ist nun die Annahme gemacht, daß bei Kapital 3 durch den Übergang zu neuen Produktionstechniken die Produktivität aufs Doppelte gesteigert wurde: in der gleichen Zeit werden nunmehr 6 ME produziert. Der individuelle Wert von 1 ME sinkt damit bei Kapital 3 auf die Hälfte und drückt entsprechend den gesellschaftlichen Wert etwas herunter (B-2). Gewichtet mit dem gesunkenen gesellschaftlichen Wert stellen sich die 3 ME von Kapital 1 und Kapital 2 nunmehr in einer geringeren Wertsumme dar (C-2), während die 6 ME von Kapital 3 demgegenüber die doppelte Wertsumme verkörpern. Die Reproduktionskosten (die dem Wert von 2 ME entsprechen) sinken wertmäßig leicht ab. Insgesamt ergibt sich für Kapital 3 auf diese Weise ein Extramehrwert.

Findet nun auch bei Kapital 2 eine entsprechende Produktivitätssteigerung statt (A-3), so sinkt der gesellschaftliche Wert der Ware um ein weiteres ab (B-3) usw. Wenn schließlich auch Kapital 1 die gleiche Produktivi-



tätssteigerung vollzogen hat (A-4), haben sich die individuellen Werte auf der Hälfte der ursprünglichen Höhe wieder angeglichen. Der vorübergehende Extramehrwert ist verschwunden, der Wert der Reproduktionskosten auf die Hälfte abgesunken (ohne daß sich dadurch die Gebrauchswertmenge von 2 ME vermindert hätte!), und der verbleibende Mehrwert für alle Kapitale hat sich erhöht. (Dies alles unter der Voraussetzung, daß die Waren jederzeit zu ihrem gesellschaftlichen Wert verkauft werden. In der Realität wird sich dieser Anpassungsprozeß bei funktionierender Preiskonkurrenz noch komplizierter abspielen, und zwar dadurch, daß Kapital 3 – um seine gewachsene Produktion absetzen zu können und Nachfrage an sich zu ziehen – vorübergehend zu einer Preisunterbietung schreiten wird und den anderen Kapitalen dadurch Preise aufzwingt, bei denen diese u.U. überhaupt keine Profite mehr erzielen, wenn sie nicht ihrerseits dieselbe Produktivitätssteigerung vollziehen. Solange sich der Preis von Kapital 3 zwischen dem gesellschaftlichen Wert und seinem niedrigeren individuellen Wert bewegt, würde ein Extraprofit erzielt.)

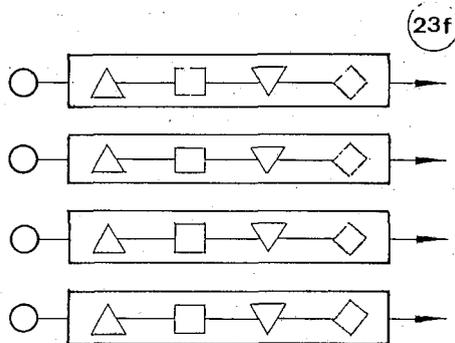
b) Produktivitätssteigerung und Veränderung des Arbeitsprozesses

Der Prozeß, mit dem sich die Steigerung der Produktivität der Arbeit durchgesetzt hat, wird von Marx ausführlich analysiert in den Kapiteln „Kooperation“, „Teilung der Arbeit und Manufaktur“ sowie „Maschinerie und große Industrie“ (vgl. hierzu MEW 23, S. 341 - 530). Im Rahmen der überkommenen Produktionstechnik auf der Basis handwerklicher Produktion wäre eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität kaum möglich gewesen und schnell auf Grenzen gestoßen. Zwar nimmt die kapitalistische Produktionsweise zunächst ihren Anfang damit, daß eine größere Zahl von Arbeitern als Lohnarbeiter unter dem Kommando des Kapitals zusammengefaßt wird; von der Produktionstechnik her besteht damit noch kein Unterschied zur handwerklichen Produktionsweise. Aber in diesem Stadium der nur „formellen Unterordnung (Subsumtion) der Arbeit unter das Kapital“ kann die kapitalistische Produktionsweise nicht verharren. Die Einzelkapitale sind vielmehr gezwungen, die Produktionstechnik selbst zunehmend umzuwälzen.

ba) Einfache Kooperation

Am Anfang dieser Entwicklung steht zunächst die „einfache Kooperation“, das „planmäßige neben- und miteinander arbeiten“ (MEW 23, S. 344) qua-

si unter einem Dach. Auf dieser Stufe produziert noch jeder einzelne Arbeiter das Produkt von Anfang bis Ende, besitzt noch die Fertigkeiten, die Qualifikation, die zur Herstellung des ganzen Stücks erforderlich sind. — Die sich daraus ergebende Struktur des noch handwerklich betriebenen Produktionsprozesses wollen wir mit Abb. 23 f symbolisieren: Die einzelnen Arbeiter werden durch die Kreise dargestellt, das von ihnen jeweils produzierte Produkt durch die langen waagerechten Rechtecke. Die zur Herstellung des Produkts erforderlichen unterschiedlichen Arbeitsgänge kommen in den unterschiedlichen geometrischen Figuren (Dreiecke, Vierecke) zum Ausdruck. Der einzelne Arbeiter führt die einzelnen Arbeitsgänge im Zusammenhang nacheinander aus und überblickt auf diese Weise auch den Zusammenhang des Produktionsprozesses. — Bereits durch diese bloße Zusammenfassung vieler Arbeiter unter einem Dach (und unter einem Kapital) entsteht — gegenüber der zerstreuten Produktion einzelner Handwerker — eine Steigerung der Produktivität, z.B. dadurch, daß die Werkzeuge gemeinsam genutzt werden können und zwischenzeitlich kaum mehr ungenutzt herumliegen; oder dadurch, daß nur eine große Werkstatt erforderlich ist statt vieler kleiner. Marx:



(23f)

Die einzelnen Arbeiter werden durch die Kreise dargestellt, das von ihnen jeweils produzierte Produkt durch die langen waagerechten Rechtecke. Die zur Herstellung des Produkts erforderlichen unterschiedlichen Arbeitsgänge kommen in den unterschiedlichen geometrischen Figuren (Dreiecke, Vierecke) zum Ausdruck. Der einzelne Arbeiter führt die einzelnen Arbeitsgänge im Zusammenhang nacheinander aus und überblickt auf diese Weise auch den Zusammenhang des Produktionsprozesses. — Bereits durch diese bloße Zusammenfassung vieler Arbeiter unter einem Dach (und unter einem Kapital) entsteht — gegenüber der zerstreuten Produktion einzelner Handwerker — eine Steigerung der Produktivität, z.B. dadurch, daß die Werkzeuge gemeinsam genutzt werden können und zwischenzeitlich kaum mehr ungenutzt herumliegen; oder dadurch, daß nur eine große Werkstatt erforderlich ist statt vieler kleiner. Marx:

„Die Wirkung ist dieselbe, als ob die Produktionsmittel der Ware wohlfeiler produziert würden. Diese Ökonomie in der Anwendung der Produktionsmittel entspringt nur aus ihrem gemeinsamen Konsum im Arbeitsprozeß vieler. Und sie erhalten diesen Charakter als Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit oder gesellschaftliche Bedingungen der Arbeit im Unterschied von den zersplitterten und relativ kostspieligen Produktionsmitteln vereinzelter selbständiger Arbeiter oder Kleinmeister, selbst wenn die vielen nur räumlich zusammen, nicht miteinander arbeiten.“ (MEW 23, S. 344)

Neben den erwähnten Effekten gibt es noch verschiedene andere Effekte, die allein durch Kooperation, durch Zusammenfassung „individueller Arbeitstage“ zu einem „kombinierten Arbeitstag“ die Produktivität der Arbeit steigern. (Vgl. hierzu MEW 23, S. 345 - 349). Marx:

„Unter allen Umständen ist die spezifische Produktivkraft des kombinierten Arbeitstags gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit oder Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit. Sie entspringt aus der Kooperation selbst.“ (MEW 23, S. 249)

Dadurch aber, daß unter kapitalistischen Verhältnissen die unmittelbaren Produzenten, die Lohnarbeiter, nicht über Produktionsmittel verfügen, ist ihnen eine Kooperation überhaupt nur möglich unter der Bedingung, daß sie zunächst ihre Arbeitskraft an das Kapital verkaufen. Erst unter diesen Bedingungen kann sich die spezifische gesellschaftliche Produktivkraft, die mit der Kooperation einzelner Arbeiter verbunden ist, unter kapitalistischen Verhältnissen entfalten. Es *erscheint* auf diese Weise als Produktivkraft des Kapitals, was in Wirklichkeit Ergebnis der kombinierten Arbeit ist:

„Die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit entwickelt sich unentgeltlich, sobald die Arbeiter unter bestimmte Bedingungen gestellt sind, und das Kapital stellt sie unter diese Bedingungen. Weil die gesellschaftliche Produktivkraft dem Kapital nichts kostet, weil sie andererseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur aus besitzt, als seine immanente Produktivkraft.“ (MEW 23, S. 353)

bb) Die Herausbildung der Antreiber- und Überwachungsfunktion

Mit der Herausbildung der einfachen Kooperation, mit der Subsumierung der Arbeiter unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, entwickelt sich zwangsläufig für die einzelnen Kapitalisten die Notwendigkeit, den Arbeitsprozeß zu überwachen und anzutreiben. Der Charakter und das Ausmaß dieser Überwachung gehen, wie Marx betont, über das hinaus, was sich aus der Natur jedes gemeinschaftlichen Arbeitsprozesses an organisatorischen Notwendigkeiten ergibt. Charakter und Ausmaß der Überwachungsfunktion unter kapitalistischen Verhältnissen ergeben sich vor allem daraus, daß der Arbeitsprozeß den Kapitalverwertungsbedingungen unterworfen ist, die sowohl der Arbeitszeit als auch dem Arbeitsablauf und den äußeren Arbeitsbedingungen (wie Raum-, Licht-, Geräusch- und Luftverhältnisse) ihren Stempel aufdrücken. Marx:

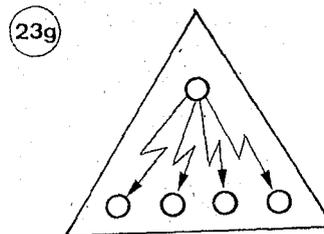
„Die Leitung des Kapitalisten ist nicht nur eine aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses entspringende und ihm angehörige besondere Funktion, sie ist zugleich Funktion der Ausbeutung eines gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und daher bedingt durch den unvermeidlichen Antagonismus zwischen dem Ausbeuter und dem Rohmaterial seiner Ausbeutung“ (dem Arbeiter). (MEW 23, S. 350)

Die Überwachungsfunktion kann von einzelnen Kapitalisten nur solange wahrgenommen werden, als die Größe des Betriebs einem einzelnen eine entsprechende Übersicht und Kontrolle erlaubt. Mit Anwachsen der Betriebsgröße müssen diese Funktionen zunehmend auf andere übertragen werden, auf Lohnarbeiter, die ihrerseits nur noch die Funktion übernehmen, die anderen Lohnarbeiter zu überwachen. Marx:

„Wie der Kapitalist zunächst entbunden wird von der Handarbeit, sobald sein Kapital jene Minimalgröße erreicht hat, womit die eigentlich kapitalistische Produktion erst beginnt, so tritt er jetzt die Funktion unmittelbarer und fortwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern. Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Offiziere (Dirigentenmanagers) und Unteroffiziere . . . , die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen Funktion.“ (MEW 23, S. 351)

Hierin ist bereits ein Keim angelegt für die Aufspaltung der Lohnarbeiter untereinander und für die Herausbildung innerbetrieblicher Hierarchien und Autoritätsstrukturen. In den Anfängen des Kapitalismus wurde diese Aufpasserfunktion noch mit Mitteln offener Gewalt praktiziert. In England existierten z.B. sog. Arbeitshäuser, kapitalistische Manufakturen, in denen unter Anwendung brutalster Methoden eine Zwangsarbeit praktiziert wurde. Aber auch in den normalen Manufakturen waren die Arbeitsbedingungen durch offene Gewalt gekennzeichnet, mit der die Arbeiter regelrecht in die für das Kapital erforderliche Arbeitsdisziplin hineingeprägt wurden. (Abb. 23 g will diese Abspaltung der Aufpasserfunktion, die damit einhergehende Hierarchisierung der innerbetrieblichen Strukturen

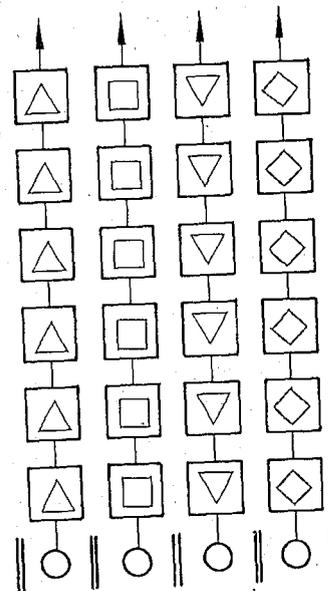
sowie die davon ausgehende offene Gewalt symbolisieren.)



bc) Teilung der Arbeit und Manufaktur

Die Zusammenfassung vieler einzelner Arbeiter und damit auch die Zusammenfassung vieler gleicher Produktionsprozesse in den Manufakturen brachte die Möglichkeit einer grundlegenden Umorganisation des Produktionsprozesses mit sich: Anstatt daß der einzelne Arbeiter unterschiedliche Arbeitsgänge nacheinander verrichtet, wird er spezialisiert auf die Verrichtung nur noch eines Arbeitsgangs, der durch die Zusammenfassung vieler gleicher Produktionsprozesse nunmehr entsprechend oft anfällt. Anstatt daß etwa der einzelne Arbeiter den Tisch von Anfang bis Ende produziert, spezialisiert er sich auf das Sägen, ein anderer auf das Hobeln, ein Dritter auf das Bohren und ein Vierter auf das Schleifen. Dadurch, daß sich jeder einzelne auf nur noch einen Arbeitsgang spezialisiert (Abb. 23 h), entwickelt er in bezug auf diesen Arbeitsgang eine größere

Fertigkeit als vorher. Durch diese innerbetriebliche Arbeitsteilung können deshalb in der Summe mehr Stücke produziert werden als vorher (in unserem Beispiel sechs Stück statt vorher vier. Die Produktivität ist gestiegen.)



23h

Diese Produktivitätssteigerung geht allerdings einher mit einer Vereinseitigung der unmittelbaren Produzenten, der Arbeiter, die nun zunehmend den Überblick über den gesamten Produktionsprozeß verlieren und ihr Bewußtsein einengen auf jeweils eine spezielle Tätigkeit (in Abb. 23 h dargestellt durch die „Mauern“, die zwischen die einzelnen Arbeiter treten). Die Identifi-

zierung mit dem gesamten Produkt und mit der Arbeit überhaupt geht auf diese Weise immer mehr verloren, die unmittelbaren Produzenten entfremden sich von den in ihnen steckenden kreativen Möglichkeiten. — Gleichzeitig sinken durch die Einengung auf spezialisierte, monotone Tätigkeiten die Qualifikationsanforderungen ab. Während der einzelne Handwerker noch eine jahrelange Ausbildung benötigte, um sein Handwerk zu beherrschen, bedarf es zum Anlernen spezialisierter Teilverrichtungen wesentlich geringerer Zeit. Die Kosten für die Reproduktion dieser neuen Qualifikation sind wesentlich geringer, und deswegen sinkt der Tauschwert der ursprünglichen und nun nicht mehr benötigten Qualifikation ab: die ursprünglich höher qualifizierte Arbeitskraft wird entwertet.

Je mehr also der Arbeitsprozeß zergliedert wird in einzelne Teilverrichtungen, umso mehr sinken die Qualifikationsanforderungen ab. Ursprünglich vorhandene Qualifikationen werden nicht mehr gebraucht und verkümmern, und neu hinzukommende Arbeiter brauchen die Qualifikation erst gar nicht mehr zu erwerben, d.h. die in ihnen steckenden Entfaltungsmöglichkeiten bleiben von vornherein verschüttet. Die über Arbeitsteilung durchgesetzte Produktivitätssteigerung geht auf diese Weise einher mit einer Zerstörung der Entfaltungspotenzen des einzelnen Arbeiters. Marx:

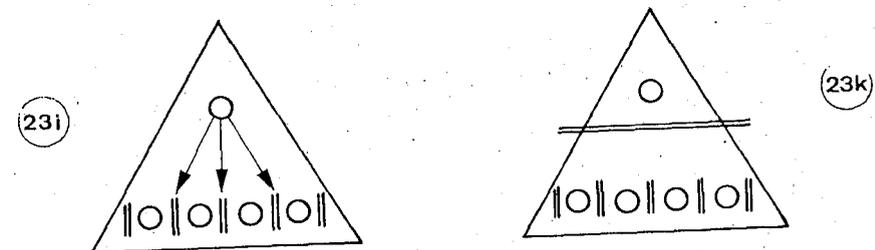
„Während die einfache Kooperation die Arbeitsweise der Einzelnen im Großen und Ganzen unverändert läßt, revolutioniert die Manufaktur sie von Grund auf und ergreift die individuelle Arbeitskraft an ihrer Wurzel. Sie verkrüppelt den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen, wie man in den La-Plata-Staaten ein ganzes Tier abschlachtet, um sein Fell oder seinen Talg zu erbeuten.“ (MEW 23, S. 381) Und weiter:

„In der Manufaktur ist die Bereicherung des Gesamtarbeiters und daher des Kapitals an gesellschaftlicher Produktivkraft bedingt durch die Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften.“ (MEW 23, S. 383)

bd) Trennung von Hand- und Kopfarbeit und Verfestigung innerbetrieblicher Hierarchie

Der Verlust der Übersicht über den gesamten Produktionsprozeß durch die

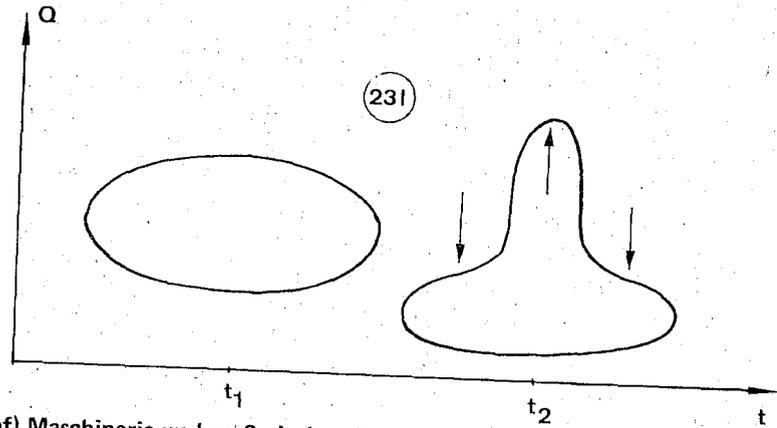
einzelnen spezialisierten Arbeiter macht es erforderlich, daß der Gesamtzusammenhang der einzelnen Teilverrichtungen von anderen hergestellt wird, daß sich also die Funktion der planenden und leitenden Tätigkeit von derjenigen der ausführenden Tätigkeit abspaltet. Indem sich nun bestimmte Leute auf die planende und leitende Tätigkeit spezialisieren und andere auf die ausführende, verfestigt sich die innerbetriebliche Hierarchie: Diejenigen in den leitenden Positionen sind selbst nicht mehr in der unmittelbaren Produktion tätig, kennen die dort auftretenden Probleme gar nicht mehr aus unmittelbarer Erfahrung und entwickeln von daher ganz andere Vorstellungen und Interessen. In die Reihen der Arbeiter wird auf diese Weise ein Keil getrieben, der zu einer Abhebung der Kopfarbeit von der Handarbeit führt (symbolisiert in Abb. 23 k). Diese Tendenz bildet den Hintergrund für die schließliche Aufspaltung der Lohnabhängigen in „Angestellte“ und „Arbeiter“.



be) Die Polarisierung der Qualifikationsstruktur

Während die Masse der Handarbeiter im Zuge der Durchsetzung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung dequalifiziert wurde, erfordert die zunehmende Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses (auf derer Hintergründe wir noch im einzelnen zu sprechen kommen) für die leitenden Tätigkeiten höhere Qualifikationen. Es ergibt sich auf diese Weise eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur. War bei handwerklicher Produktionstechnik für die einzelnen Handwerker noch eine Ausbildungsdauer von mehreren Jahren erforderlich, so sinkt die Qualifikationsanforderung für die Masse der Handarbeiter immer mehr ab, und für eine relativ kleine Zahl von Kopfarbeitern in planenden und leitenden Tätigkeiten steigt sie umgekehrt an. Abb. 23 I will diesen Polarisierungsprozeß symbolisieren (wobei Q das Qualifikationsniveau meint, gemessen z.B. in erforderlicher

Ausbildungsdauer).



bf) Maschinerie und große Industrie

Kommen wir zurück auf die technische Struktur des Produktionsprozesses. Wir hatten gesehen, daß durch Spezialisierung der einzelnen Arbeiter auf bestimmte Teilverrichtungen die Produktivität insgesamt angehoben werden kann. So gewaltig diese Veränderungen im Vergleich zur handwerklichen Produktionsweise auch sind, so eng sind doch wiederum ihre Grenzen. Durch die Spezialisierung kann der einzelne Arbeiter zwar das Werkzeug schneller führen als vorher, aber irgendwo – und zwar recht bald – sind die Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit erreicht. Über ein bestimmtes Maß hinaus läßt sich die Geschwindigkeit seiner Bewegungen einfach nicht mehr wesentlich steigern. In seinem Drang nach Verwertung muß deshalb das Kapital diese den Arbeitern angelegten physischen Schranken durchbrechen. Dies erfolgt durch die Anwendung von Maschinen. Hierzu schreibt Marx:

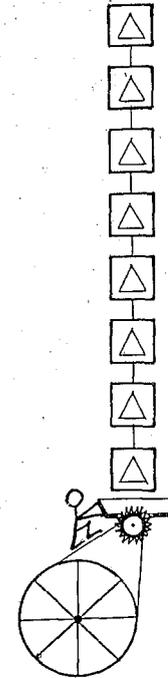
„Die Maschine, wovon die industrielle Revolution ausgeht, ersetzt den Arbeiter, der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit der Masse derselben oder gleichartiger Werkzeuge auf einmal operiert und von einer einzigen Triebkraft, welches immer ihre Form, bewegt wird.“ (MEW 23, S. 396)

Die Anwendung der Maschine setzt eine bestimmte technische Struktur des Arbeitsprozesses voraus, nämlich eine bereits stattgefundene Zergliederung in einzelne Teilverrichtungen, die sich massenhaft immer in der glei-

chen Weise – eben mechanisch – wiederholen. Diese mechanische, sich ständig wiederholende Bewegung des Werkzeugs kann dann vom Arbeiter auf einen Mechanismus übergehen. Der Arbeiter wird damit aus dieser

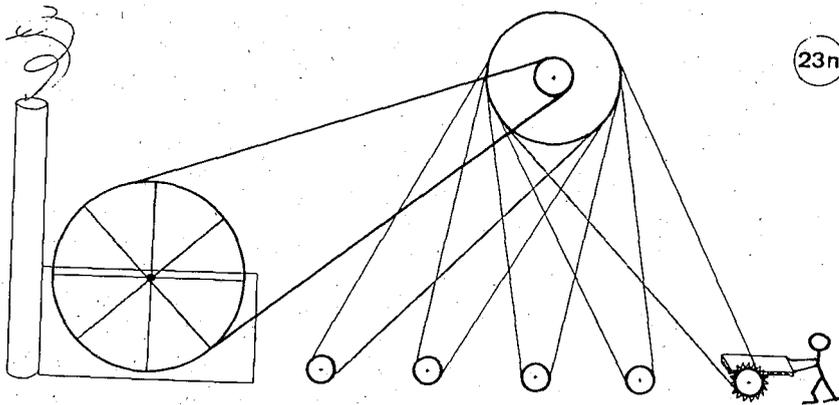
Funktion entlassen und kann stattdessen andere Funktionen wahrnehmen (wenn er nicht ganz freigesetzt wird): zum einen den Antrieb des Mechanismus und zum andern das Hinführen des zu bearbeitenden Gegenstands an die Maschine. Abb. 23 m will diese Funktionsveränderung symbolisieren. – Zwar führt der Arbeiter das Werkzeug nicht mehr selbst, aber durch den Antrieb des Mechanismus wird das Tempo des Arbeitsprozesses noch durch ihn bestimmt. Die lebendige Arbeit ist noch das treibende Moment der vergegenständlichten Arbeit in Form von Maschinen, und in gewisser Weise ist der Arbeiter noch Subjekt des Produktionsprozesses, wenngleich er bereits den Zwängen des kapitalistischen Verwertungsprozesses und der Aufpasser- und Kontrollfunktion unterliegt. Aber diese Zwänge sind für ihn noch offen als solche zu erkennen.

23m



Die Maschinen konnten übrigens neben der menschlichen Körperkraft auch durch Tiere oder durch Ausnutzung von Naturkräften (Windmühle, Wassermühle usw.) angetrieben werden. Alle diese Formen setzen jedoch der ungehemmten Produktivkraftentfaltung wiederum neue Grenzen: Menschen und Tiere sind – auch was den Antrieb der Maschinen anlangt – in ihren Körperkräften beschränkt, Wasserfälle z.B. gibt es nur in bestimmten Gegenden, und der Wind ist eine zu unetige Naturkraft, als daß er den ununterbrochenen Antrieb der Maschinen hätte gewährleisten können. Eine Unterbrechung des Produktionsprozesses nur wegen Windstille z.B. wäre unter kapitalistischen Verhältnissen untragbar: Dem Produktionsausfall auf der einen Seite ständen die dennoch zu zahlenden Lohnkosten auf der anderen Seite gegenüber. Von daher ist klar, daß die Energiezufuhr für die Maschinen – sollte sie die Grenzen der menschlichen oder tierischen Körperkräfte sprengen – nur durch

eine systematische und stetige Ausnutzung von Naturkräften erfolgen konnte. Hier lag logisch die Geburtsstunde für die wissenschaftlich-technische Revolution: Unter Erforschung und Anwendung physikalischer Gesetze wurde die Ausnutzung immer neuer Energiequellen und ihre Umsetzung für den Produktionsprozeß vorangetrieben: Dampfmaschine, Verbrennungsmotor, Elektromotor, Atomreaktor. Abb. 23 n will die damit verbundene technische Umwälzung des Produktionsprozesses am Beispiel der Dampfmaschine symbolisieren:



Nicht mehr eine einzelne Maschine wird durch eine Antriebskraft in Bewegung gesetzt, sondern eine Vielzahl von Maschinen hängt nunmehr am gleichen Antriebsaggregat. Die hierdurch mögliche sprunghafte Ausweitung der Produktion und der dadurch entstehende massenhafte Bedarf an Maschinen schuf wiederum die Voraussetzung dafür, daß nunmehr auch Maschinen in Massenproduktion und maschinell hergestellt werden konnten. Marx:

„Die große Industrie mußte sich also ihres charakteristischen Produktionsmittels, der Maschine selbst, bemächtigen und Maschinen durch Maschinen produzieren. So erst schuf sie sich ihre adäquate technische Unterlage und stellte sich auf eigene Füße.“ (MEW 23, S. 405)

Damit war die Grundlage der industriellen Revolution gelegt, in der sich die Kapitalverwertung scheinbar grenzenlos entfalten konnte und die eine Produktivitätssteigerung von historisch nie dagewesenem Ausmaß hervor-

gebracht hat. Die stürmisch wachsende Produktion drängt notwendigerweise zu immer weiterer Entfaltung der Märkte bis hin zum Weltmarkt, und umgekehrt ermöglichten die sich ausdehnenden Märkte die Produktion und den Absatz immer größerer Stückzahlen und dadurch die Anwendung immer größerer Produktionsanlagen.

bg) Formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital

Für die unmittelbaren Produzenten brachte dieser gewaltige „technische Fortschritt“ ebenso gewaltige (und gewaltsame) Veränderungen der Arbeitsbedingungen mit sich. Indem dem Arbeiter auch noch der Antrieb der Maschine entzogen wird (und damit seine Arbeit scheinbar von körperlichen Anstrengungen befreit wird), wird er zum bloßen Anhängsel der Maschine bzw. eines riesigen Produktionsapparats, der letztlich nur noch durch eine Kraft in Bewegung gesetzt wird: den Trieb des Kapitals nach Verwertung. Dieser Verwertungstrieb konnte den Arbeitsprozeß nicht in der Form belassen, in der er ihn historisch vorfand (nämlich in der handwerklichen Produktionstechnik), sondern mußte ihn von allen Fesseln befreien und für seine ausschließlichen Zwecke umfunktionieren. Diese Umwälzung des Arbeitsprozesses, diese Abrichtung der Produktionstechnik und auch des Arbeiters auf die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, nennt Marx „reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“. Im Unterschied dazu hatte es sich bei der Manufaktur zunächst nur um eine „formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ gehandelt, weil hier zwar der Arbeiter seine Arbeitskraft an das Kapital verkaufte und sich im Produktionsprozeß dem Kapital unterzuordnen hatte, aber der Produktionsprozeß selbst noch in der alten Form handwerklicher Produktionsweise gestaltet wurde. (Zum Prozeß der formellen und reellen Subsumtion siehe im einzelnen J.H. Mendner: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/Main 1975)

c) Technik, Wissenschaft und Kapitalverwertung

Wir sollten uns abschließend noch einmal vor Augen führen, daß die industrielle Revolution sich nicht von ungefähr auf der Grundlage der kapitalistischen Warenproduktion entwickeln konnte. Nicht etwa der Mangel an wissenschaftlichen und technischen Einfällen hatte in früheren Jahrhun-

erten und Jahrtausenden eine derartige Umwälzung der Produktionstechnik verhindert. Vielmehr waren es die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, die der Anwendung bestimmter Technik und der systematischen Hervorbringung bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisse von vornherein Grenzen setzten. Die Anwendung der Maschine im Produktionsprozeß setzt ja nicht einfach nur eine schlaue Idee irgendeines technischen Génies voraus; vielmehr mußte sich bereits eine ganz bestimmte Struktur des Arbeitsprozesses herausgebildet haben: nämlich eine Aufsplitterung in einzelne Teilverrichtungen einerseits und — durch die Masse der produzierten Stücke — eine massenhafte und deshalb mechanische Wiederholung eben dieser einzelnen Bewegungen. Wir hatten gesehen, daß die Triebkraft zur Durchsetzung innerbetrieblicher Arbeitsteilung der Verwertungstrieb des Kapitals war, und dahinter steht das Eigentum an Produktionsmitteln in der Hand weniger einerseits und eigentumslose Lohnarbeiter andererseits.

Eine solche Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln hatte es aber in früheren historischen Epochen nicht gegeben. Insofern konnte sich dort auch keine dem Verwertungstrieb entsprechende Triebkraft herausbilden.

Das Vortreiben der innerbetrieblichen Arbeitsteilung und die dadurch mögliche Massenproduktion ist andererseits nur dann sinnvoll, wenn entsprechend massenhafter Absatz gewährleistet ist. Es müssen sich also Warenmärkte herausgebildet haben und immer weiter ausweiten können, um eine solche Produktion überhaupt erst einmal in Gang setzen zu können. Auch diese Voraussetzung war in früheren Epochen, in denen Warenproduktion und Warentausch keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielten, nicht gegeben. Erst der Kapitalismus hat die ökonomischen Bedingungen hervorgebracht, in denen Wissenschaft und Technik in dieser Weise zur Anwendung kommen und zu einer sprunghaften Produktivitätssteigerung führen konnten. Die Bedürfnisse des Kapitals nach ständig weiterer Umwälzung haben so auch das Bedürfnis nach systematischer Entfaltung einer dazu geeigneten Wissenschaft und Technologie hervorgebracht.

Von daher ist verständlich, daß diese Wissenschaft und Technologie auch keinen wertfreien, über den gesellschaftlichen Interessen stehenden Charakter haben kann, sondern Ausdruck ganz spezifischer Bedürfnisse und Interessen ist. Was sich in der Wissenschaft als „herrschende Meinung“ heraus-

bildet, ist in der Tat oft nichts anderes als die Meinung im Interesse der Herrschenden. Andere wissenschaftliche Erkenntnisse — nicht zuletzt auch die Marxsche Theorie, aber auch naturwissenschaftliche Erkenntnisse — sind oft nicht deswegen abgelehnt, totgeschwiegen oder bekämpft worden, weil sie falsch waren, sondern weil sie den herrschenden Bedürfnissen entgegenstanden. (Zum Herrschaftscharakter von Technik siehe im einzelnen Otto Ullrich: Technik und Herrschaft, Frankfurt/Main 1977)

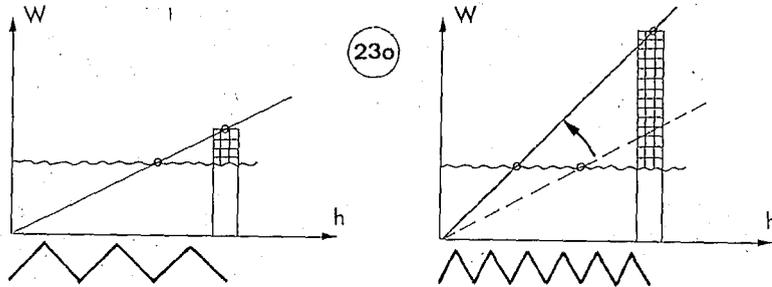
Wenden wir uns — nach diesen Ausführungen über die Umwälzung des Produktionsprozesses zum Zwecke der Produktivitätssteigerung — wieder der Frage nach den prinzipiellen Methoden der Mehrwertproduktion zu und erörtern im folgenden noch die Methode der Intensitätssteigerung.

d) Steigerung der Intensität der Arbeit

Die Erhöhung der Produktivität beruhte darauf, daß durch Einführung neuer Techniken und Anwendung neuer Arbeitsmittel — selbst bei gleicher Arbeitsverausgabung — der notwendige Arbeitsaufwand zur Herstellung der Produkte gesenkt werden konnte. Von einer Steigerung der „Intensität der Arbeit“ ist demgegenüber die Rede, wenn sich die Arbeitsverausgabung pro Zeiteinheit erhöht. Im einfachsten Fall kann diese Erhöhung bei ansonsten unveränderter Technik, d.h. unter Einsatz derselben Maschinen usw. erfolgen, und zwar dadurch daß das Arbeitstempo erhöht wird. Eine Erhöhung des Arbeitstempos kann allerdings auch einhergehen mit der Einführung neuer Produktionstechnik. In diesem Fall würde sich die Intensitätssteigerung mit der Produktivitätssteigerung überlagern. Wir wollen im folgenden davon ausgehen, daß die Produktionstechnik unverändert bleibt und lediglich die Intensität der Arbeit erhöht wird.

Wir hatten bereits früher herausgearbeitet, daß der in einer Arbeitsstunde enthaltene Wert abhängig ist vom Intensitätsgrad der Arbeit, die in dieser Stunde verrichtet wird. Liegt der Intensitätsgrad einer Arbeitsstunde über dem gesellschaftlichen Durchschnitt der Intensität, so wäre diese Arbeitsstunde mit einem entsprechenden Faktor über 1 zu gewichten. Die Werte, die innerhalb einer Stunde mit überdurchschnittlicher Arbeitsintensität produziert werden, sind entsprechend größer als die Werte, die im gleichen Zeitraum bei durchschnittlicher oder unterdurchschnittlicher Intensität geschaffen werden. Anders als im Fall der Produktivitätssteigerung

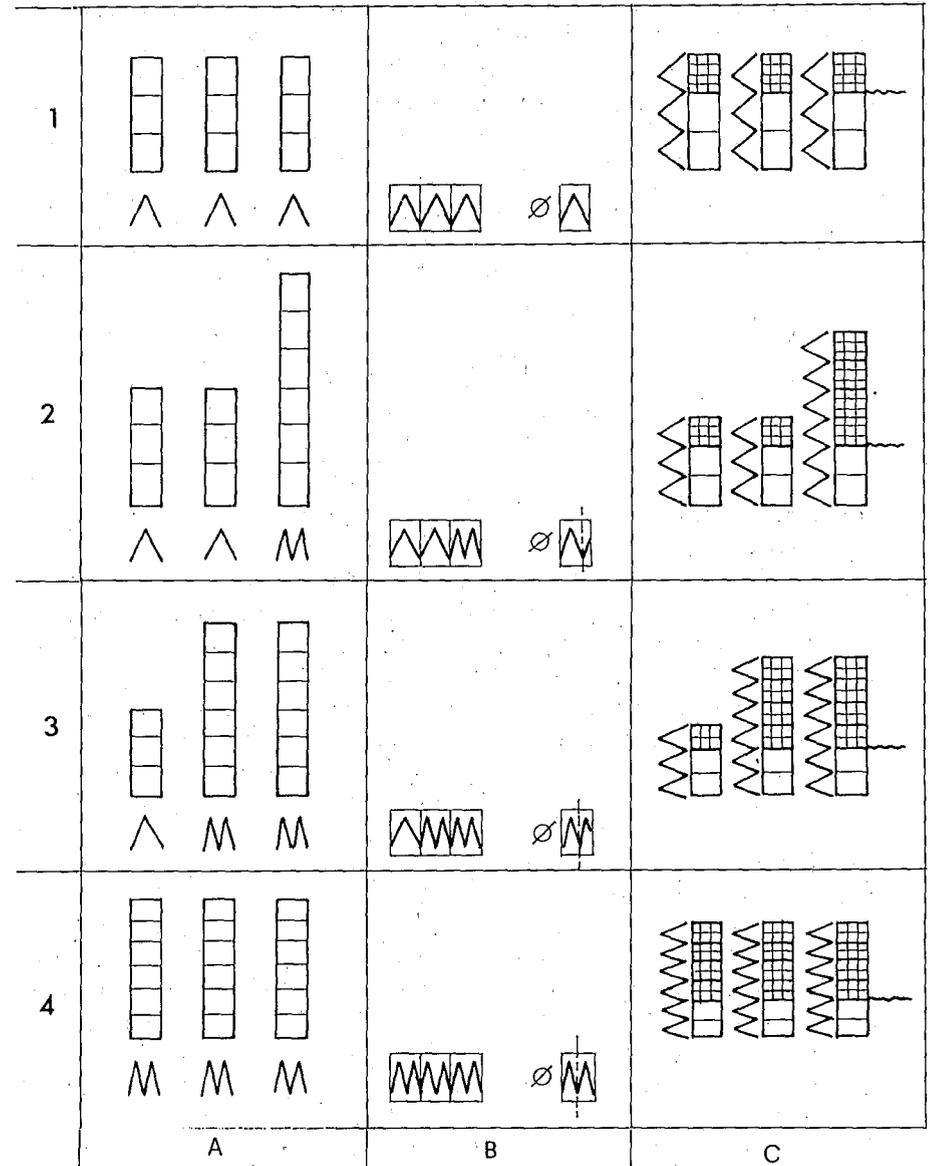
entsteht deshalb bei dem Einzelkapital, das die Arbeitskraft intensiver anwendet als der Durchschnitt, zunächst eine *zusätzliche* Wertmasse. Wenn wir grafisch (Abb. 23 o) die Intensität der Arbeit, d.h. das Tempo des Arbeitsrhythmus, durch die Zacken unterhalb der h-Achse symbolisieren, ergibt sich für ein Einzelkapital, das die Intensität verdoppelt, folgendes Bild:



Die in gleicher Zeit produzierte Wertsumme steigt auf das Doppelte. Je mehr sich allerdings diese gesteigerte Intensität verallgemeinert, d.h. allgemein durchsetzt, umso mehr sinkt der Gewichtungsfaktor einer Arbeitsstunde wieder in Richtung 1 ab. Denn der gesellschaftliche Wert einer Arbeitsstunde ergibt sich aus dem „gesellschaftlichen Durchschnittsgrad an Geschick und Intensität“ (Marx, MEW 23, S. 53). Ähnlich wie im Fall der Produktivitätssteigerung wollen wir im folgenden den Anpassungsprozeß nachvollziehen, der sich aus einer zunächst nur individuellen, später allgemein sich durchsetzenden Intensitätssteigerung wertmäßig ergibt. Hierzu dienen uns die einzelnen Felder der Abb. 23 p.

Die Ausgangssituation sei wieder die gleiche wie im vorigen Modell: drei Einzelkapitale unterliegen den gleichen Verwertungsbedingungen und produzieren innerhalb einer gegebenen Arbeitszeit nicht nur die gleiche Wertsumme, sondern auch die gleiche Menge an Gebrauchswerten (3 ME), dies bei gleicher Intensität der Arbeit. (Die Intensität der Arbeit ist symbolisiert durch die Anzahl der Zacken, die jeweils unter den Einzelkapitalen eingerahmt sind.) Aus den gleichen individuellen Intensitäten in Höhe von 1 ergibt sich die durchschnittliche Intensität in gleicher Höhe (B-1). Mit dieser durchschnittlichen Intensität sind nun die Arbeitsstunden der Einzelkapitale (bzw. die darin produzierten individuellen Werte) zu gewichten, woraus sich C-1 ergibt.

23p



Verdoppelt nun Kapital 3 die Intensität (A-2), so produziert es zunächst in gleicher Zeit die doppelte Wertsumme. Die durchschnittliche Intensität aller drei Kapitale wird auf diese Weise angehoben (B-2), und zwar auf $4/3$. Es ist also zum gesellschaftlichen Durchschnitt geworden, daß innerhalb einer Arbeitsstunde nunmehr soviel produziert wird wie vorher in $4/3$ Stunden. Das bedeutet aber auch, daß eine Arbeitsstunde, in der weniger produziert wird, bezüglich des in ihr enthaltenen Werts absinkt (auf das durch die gestrichelte Linie in B-2 dargestellte Maß). Mit diesem gesunkenen Faktor gilt es entsprechend die Produktion der Einzelkapitale zu gewichten (was in C-2 geschehen ist).

Geht nun auch Kapital 2 zu einer Verdoppelung der Intensität über (A-3), so steigt die durchschnittliche Intensität auf $5/3$ (dargestellt in B-3). Der sich daraus ergebende geringere Gewichtungsfaktor, angelegt an die Produktion der Einzelkapitale in A-3, ergibt die Situation in C-3.

Im Endeffekt (C-4) ergibt sich auf diese Weise das Bild, daß die verdoppelte Intensität der Arbeit gesamtgesellschaftlich nicht zu einer Werterhöhung führt, daß sich also die zwischenzeitliche individuelle Werterhöhung bei Kapital 3 bzw. Kapital 2 wieder einebnet. Die gleiche Menge an Gebrauchswerten läßt sich aber nunmehr unter halbiertem Arbeitsaufwand (wenn auch verdoppelter Intensität) herstellen, so daß der Wert der Waren und damit auch der Wert der Reproduktionskosten auf die Hälfte absinkt. Im Endeffekt kommen wir also auch hier — genau wie im Fall der Produktivitätssteigerung — zu dem Ergebnis, daß sich über eine Senkung der Reproduktionskosten der Mehrwert erhöht. Der Anpassungsprozeß erfolgt allerdings hier über eine vorübergehende individuelle Werterhöhung, während er bei der Produktivitätssteigerung ablief über individuelle Wertsenkung pro produziertem Stück.

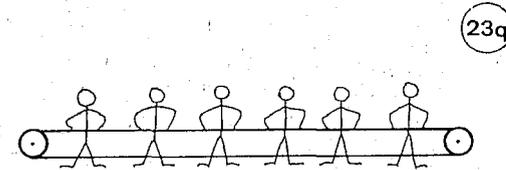
e) Methoden der Durchsetzung von Intensivierung

Mit diesen werttheoretischen Ausführungen ist noch nichts darüber gesagt, wie das Kapital die Steigerung der Intensität im Arbeitsprozeß im einzelnen durchsetzt. Dieser Frage wollen wir uns im folgenden zuwenden.

ea) Fließbandarbeit

Am einfachsten für das Kapital löst sich dieses Problem durch die Form der Fließbandarbeit (Abb. 23 q). Hier wird das Tempo für alle einheitlich

vorgegeben durch das Tempo des Bandes, und Intensitätssteigerung wird dadurch erzielt, daß die Bandgeschwindigkeit gesteigert wird. Die Degradierung des Arbeiters zum Anhängsel der Maschine, wie wir sie im vorigen



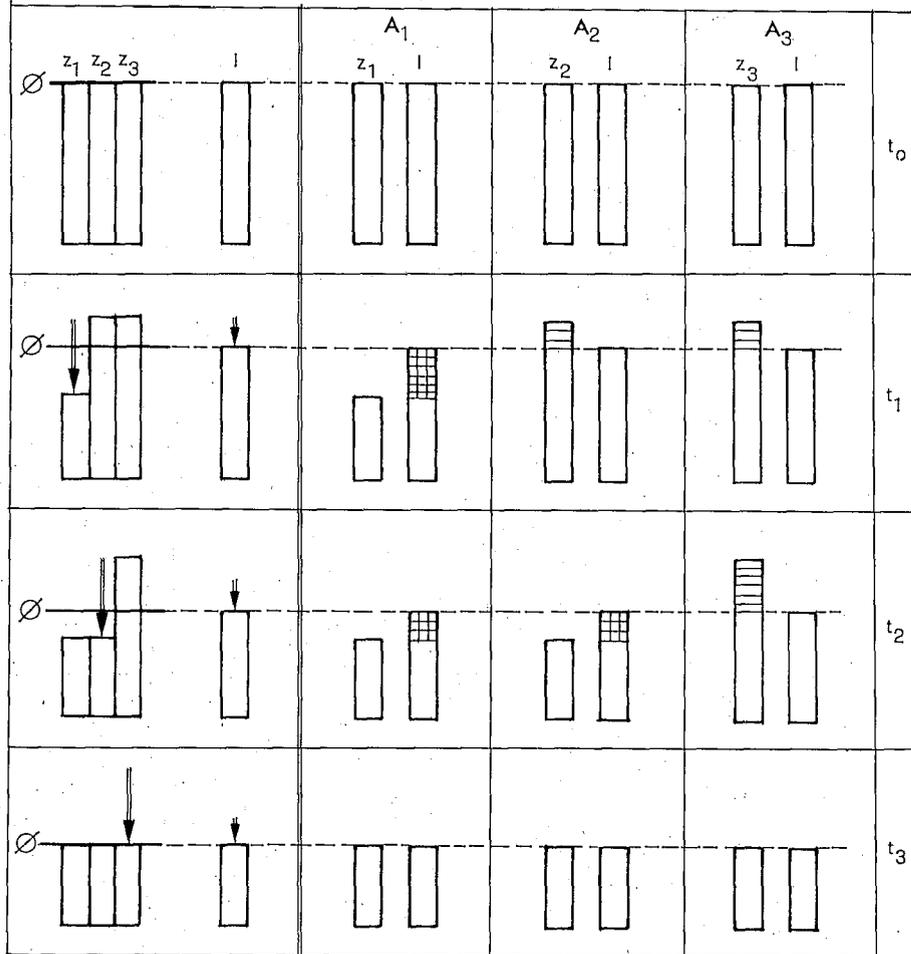
Abschnitt herausgearbeitet haben, tritt in der Fließbandarbeit in reiner Form in Erscheinung. Diese Degradierung schafft die Möglichkeit für die unauffällige Steigerung der Intensität und damit für die Herauspressung zusätzlichen Mehrwerts. Die Maschine — vom Technischen her eine Möglichkeit, dem Menschen die Arbeit zu erleichtern — gerät unter kapitalistischer Anwendung zum genauen Gegenteil: Sie wird — angetrieben vom Verwertungsdrang des Kapitals — zu einer äußeren, den Arbeiter beherrschenden Macht, die seine potentiellen Entfaltungsmöglichkeiten fast total zerstört.

eb) Das Stücklohnsystem

Aber nicht jeder Produktionsprozeß läßt sich in Form von Fließbandarbeit organisieren. Wie läßt sich in anderen Fällen eine Intensitätssteigerung durchsetzen? In diesen Fällen gewinnt die Form des Stücklohns entscheidende Bedeutung. Durch die Koppelung der Lohnhöhe an die Zahl der bearbeiteten Stücke soll für den einzelnen Arbeiter eine Motivation geschaffen werden, in gegebener Zeit möglichst viele Stücke zu bearbeiten, d.h. die Intensität seiner Arbeit zu steigern. Damit scheint es in der Hand des Arbeiters selbst zu liegen, seine Lohnhöhe individuell zu bestimmen: Arbeitet er schneller, bekommt er mehr. Was sich hier als individuelle Freiheit darstellt, wird allerdings unter den Bedingungen der Kapitalverwertung wiederum zu einem äußeren Zwang. Denn der Stücklohn richtet sich in seiner Höhe danach, was durchschnittlich von den Arbeitern in einer bestimmten Zeit geschafft werden kann bzw. — was dasselbe ist — nach der durchschnittlichen Stückzeit. Indem nun einzelne Arbeiter individuell schneller arbeiten, verdienen sie sich zunächst — bei konstantem Stücklohn — zwar mehr Lohn, tragen aber gleichzeitig dazu bei, daß sich die

durchschnittliche Stückzeit vermindert. Für das Kapital ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Stücklohn diesen veränderten Durchschnittsbedingungen angepaßt, d.h. entsprechend gesenkt wird. In der Regel vollzieht sich diese Anpassung nicht fließend, sondern sprunghaft, was aber an der Tendenz nichts ändert.

Mit dem Modell in Abb. 23 r wollen wir den Zusammenhang zwischen in-



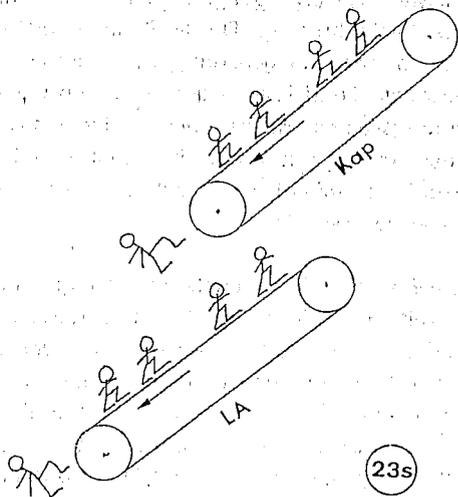
23r

dividuellem Arbeitstempo, Stücklohn und längerfristiger Auswirkung auf individuelle und durchschnittliche Entlohnung der Stücklohn-Arbeiter verdeutlichen. Beginnen wir mit der Ausgangssituation im Zeitpunkt t_0 : Drei Arbeiter (A_1, A_2, A_3) benötigen für die Bearbeitung des gleichen Stücks jeweils die gleiche Stückzeit (z_1, z_2, z_3). Aus der durchschnittlichen Stückzeit leitet sich der Stücklohn l ab. (Da die Summe der Löhne den Reproduktionskosten entspricht und generell geringer ist als die produzierten Werte, enthält selbstverständlich auch der Stücklohn nur einen Teil derjenigen Werte, die die Arbeiter während der Stückzeit produzieren.) In der Zeile t_0 sind unter A_1, A_2 und A_3 noch einmal die individuellen Stückzeiten einerseits und der einheitliche Stücklohn andererseits für jeden einzelnen Arbeiter gegenübergestellt.

In t_1 hat nun Arbeiter A_1 sein Arbeitstempo gesteigert und dadurch seine individuelle Stückzeit z_1 verkürzt. Dies drückt die durchschnittliche Stückzeit herunter, und unter der Annahme einer entsprechenden Anpassung des Stücklohns an den veränderten Durchschnitt sinkt auch der Stücklohn. Für A_1 ergibt sich dennoch aus dem Verhältnis von individueller Stückzeit und durchschnittlichem Stücklohn ein Lohnvorteil, der sich daraus ergibt, daß A_1 pro Stück eine geringere Zeit beansprucht und also innerhalb seiner Arbeitszeit mehr Stücke als der Durchschnitt produzieren kann. (Dieser Vorteil gegenüber dem Durchschnitt kommt in dem mit „+“ schraffierten Block zum Ausdruck.) (Dieser Vorteil ergibt sich wohlgerne auch nach der Anpassung des Stücklohns an die verminderte durchschnittliche Stückzeit. Vor der Anpassung wäre er entsprechend noch größer.) A_2 und A_3 erleiden durch die Senkung des Stücklohns eine Lohneinbuße (dargestellt durch die mit „-“ schraffierten Blöcke).

In t_2 hat nun auch der Arbeiter A_2 sein Tempo vergrößert und drückt dadurch noch mehr auf die durchschnittliche Stückzeit und den Stücklohn. Beide, A_1 und A_2 , haben zwar noch gegenüber der Ausgangssituation eine Lohnverbesserung, aber für A_1 hat sie sich gegenüber t_1 bereits reduziert. A_3 hingegen hat über die zweimalige Stücklohnsenkung vergleichsweise ganz erhebliche Lohneinbußen. Die Senkung seines individuellen Lohns, aus dem er u.U. kaum mehr seinen gewohnten Lebensunterhalt decken kann, läßt ihm schließlich gar keine andere Wahl, als auch seinerseits das Arbeitstempo zu steigern. Der Anreiz des Stücklohns, seinen individuellen Lohn durch gesteigerte Arbeitsleistung zu vergrößern, kehrt sich für A_3 um in einen äußeren Zwang zu intensiverer Arbeit, um das Lebensniveau hal-

ten zu können und in der ökonomischen Existenz nicht total abzurutschen. Das Prinzip der abwärts laufenden Rolltreppe, auf der das Stehenbleiben in den Abgrund führt, setzt sich damit über die Form des Stücklohns auch unter den Arbeitern durch. Der ihnen drohende Abgrund sieht



allerdings anders als für einen aus dem Konkurrenzkampf herausgedrängten Kapitalisten: Für den Arbeiter ist es das Herausschleudern aus den Mindestbedingungen menschenwürdigen Daseins, ist es ein Abdrängen in die Asozialität. (Für den Kapitalisten hingegen droht schlimmstenfalls das Schicksal, das ohnehin die Masse der Bevölkerung in kapitalistischen Systemen teilt, nämlich zunächst einmal lohnabhängig zu werden (Abb. 23 s)). Ein frühzeitig in Sicherheit gebrachtes und dem Zugriff des Konkursverwalters entzogenes Vermögen bewahrt mindestens die größeren Kapitalisten vielfach auch noch vor diesem Schicksal.) (Zum Problem des Asozialität in der BRD siehe im einzelnen J. Roth: Armut in der Bundesrepublik — über materielle und psychische Verelendung, Reinbek 1974)

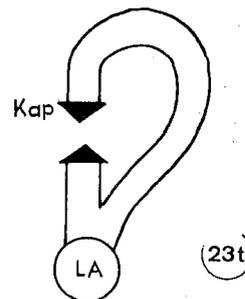
Kommen wir noch einmal auf unser Modell zurück: Im Zeitpunkt t_3 , wo nun auch Arbeiter A_3 sich dem äußeren Zwang des Stücklohnsystems gebeugt hat, um der Asozialität zu entgehen, ist der Stücklohn mittlerweile soweit gesunken, daß die ursprüngliche Lohnverbesserung bei A_1 und dann auch bei A_2 nunmehr gänzlich zusammengeschrumpft ist. A_3 hat nicht einmal vorübergehend eine Lohnverbesserung zu verzeichnen, son-

dern hat gerade einmal seine Lohneinbuße wieder wettgemacht. — An diesem Modell zeigt sich ganz deutlich der Charakter des Stücklohnsystems: Es treibt die Arbeiter gegeneinander in ein immer größeres Arbeitstempo, wobei einige — unter dem Anreiz, ihre individuelle Entlohnung zu verbessern — zu den Vorreitern der Temposteigerung werden, während andere dadurch unter den Zwang geraten, im Tempo nachzuziehen. Abgesehen von vorübergehenden individuellen Lohnverbesserungen für die Vorreiter und individuellen Lohneinbußen für die Nachzügler hat sich im Endergebnis, wenn sich alle der Temposteigerung angepaßt haben, für keinen von ihnen die Lohnsituation verbessert. Was sich verändert hat, ist die Intensität der Arbeit.

Indem also einige Arbeiter — auf ihren kurzfristigen individuellen Vorteil bedacht — das Tempo antreiben und andere dadurch unter Zwang setzen, indem also die Arbeiter in die Konkurrenz gegeneinander gejagt werden, verbessert sich insgesamt nicht ihre Situation, wohl aber die des Kapitalisten: Die gesteigerte Intensität der Arbeit vergrößert den Mehrwert und damit die Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals. Das Ergebnis für die Arbeiter besteht hingegen in einer gesteigerten Arbeitsintensität, verbunden mit entsprechend steigender Belastung von Körper und Psyche. Ein Anstieg von Arbeitsunfällen und durch den Arbeitsprozeß bedingten psychosomatischen Erkrankungen ist die notwendige Folge. (Siehe auch hierzu im einzelnen J. Roth: Armut in der Bundesrepublik)

Exkurs: Die Herrschaft der erstarrten Arbeit (Kapital) über die lebendige Arbeit

Wir verstehen jetzt vielleicht besser, was mit dem ganz zu Anfang eingeführten Symbol für kapitalistische Produktionsweise gemeint war (Abb. 23 t): Daß sich von den durch die lebendige Arbeit geschaffenen Werten — aufgrund der kapitalistischen Produktions- und Aneignungsverhältnisse — ein Teil in Form von Mehrwert abspaltet und von den Kapitalisten angeeignet wird. Diese stehen wiederum unter dem Zwang der kapitalistischen Konkurrenz und müssen



den Mehrwert in Form von Kapital akkumulieren, d.h. den Produktionsprozeß erweitern und umwälzen. Die unter dem Druck der Kapitalverwertung sich durchsetzenden Veränderungen in der Struktur des Arbeitsprozesses wenden sich in ihren Auswirkungen gegen die unmittelbaren Produzenten, verkrüppeln deren Individualität und verhindern deren Emanzipation und verhindern deren Entfaltung. Obwohl letztlich Produkt der lebendigen Arbeit, verselbständigt sich die in Kapital erstarrte Arbeit und schlägt – historisch zunächst mit offener, später mit in den Strukturen des Arbeitsprozesses selbst angelegter „struktureller Gewalt“ – zurück auf die lebendige Arbeit. Die erstarrten Strukturen kanalisieren dabei die lebendige Arbeit in Richtungen, die schließlich die kreativen Potenzen der lebendigen Arbeit kaum mehr erkennen lassen. Erinnern wir uns an die These von Marx, die wir ganz zu Anfang im Zusammenhang mit dem Entfremdungsbegriff diskutiert hatten:

„Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein *fremdes Wesen*, als eine vom Produzenten *unabhängige Macht* gegenüber.“ (MEW Erg.-Bd. I, S. 511)

ec) Das Verfahren vorbestimmter Zeiten (MTM-System)

Kommen wir noch einmal zurück auf die über das Stücklohnsystem durchgesetzte Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitern. Können die Arbeiter, wenn sie die Funktionsweise und die Auswirkungen dieses Systems erst einmal erkannt haben, sich nicht zusammenschließen und geschlossen eine gesteigerte Intensität verweigern? Die durchschnittlichen Stückzeiten würden unter solchen Bedingungen nicht dauernd verkürzt und entsprechend der Stücklohn nicht dauernd gesenkt, und die Arbeiter könnten sich unter weniger strapaziösen Bedingungen ihr Lohnniveau halten. Wenn alle Arbeiter in einem Betrieb in dieser Weise zusammenhalten, wer sollte ihnen dann nachweisen, daß sie noch nicht an der absoluten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind und gewisse Leistungsreserven geschlossen zurückhalten?

Tatsächlich hat es ja in kapitalistischen Industriebetrieben immer wieder derartige Formen kollektiver Verweigerung gegeben, und mit wachsendem passiven Widerstand mußte sich das Kapital andere, subtilere Methoden einfallen lassen, um eine gesteigerte Intensität im Arbeitsprozeß durchset-

zen zu können und den entsprechenden Widerstand der Arbeiter zu brechen. In diesem Zusammenhang spielt die Entwicklung der bürgerlichen Arbeitswissenschaft (sie müßte besser heißen: Kapitalwissenschaft) eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle soll nur kurz auf das „Verfahren vorbestimmter Zeiten“ eingegangen werden, das wir schon an früherer Stelle erwähnt hatten. Hierzu schreibt Mendner:

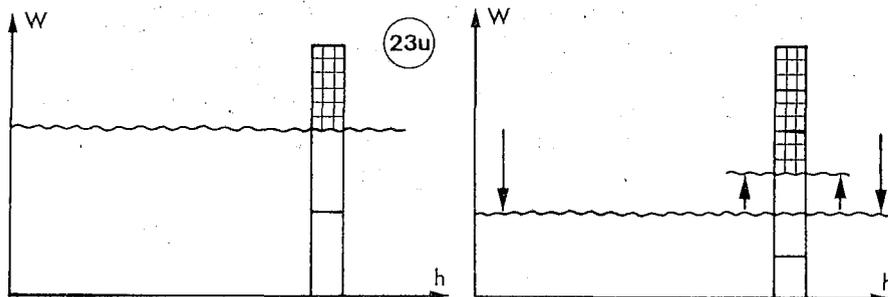
„Durch die systematische Untersuchung der menschlichen Handarbeit wird versucht, diese in eine beschränkte Zahl von *Elementarbewegungen* zu zerlegen, aus denen sich im Prinzip alle Arbeitsvorgänge zusammensetzen. Das am meisten verbreitete System Methods Time Measurement (MTM) unterscheidet in seiner ursprünglichen Form fünf Elementarbewegungen (Hinlangen, Bewegen, Drehen, Greifen, Loslassen), vier zusammengesetzte Bewegungen (Positionieren, Lösen, Bein- und Fußbewegungen, Körperbewegungen) und drei Griffbewegungen (Druck anwenden, Augen bewegen, Augenschärfe einstellen). Jeder dieser Elementarbewegungen wird eine Standardzeit zugeordnet, die in Tabellen (sog. MTM-Normalzeitwertkarten) zusammengestellt sind.“ (J.H. Mendner: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/Main 1975, S. 145)

Durch die Erarbeitung scheinbar objektiver Maßstäbe, die für alle Bewegungsabläufe in den unterschiedlichsten Betrieben Anwendung finden, nützt den Arbeitern eines Betriebes eine gemeinsame Tempoverweigerung wenig. Anhand von MTM-Tabellen kann ihnen nachgewiesen werden, daß die aus soundsoviel Elementarbewegungen zusammengesetzte Bewegung nach „wissenschaftlichen Erkenntnissen“ in einer ganz bestimmten Zeit zu schaffen sein muß. An diesen Vorgabezeiten und nicht mehr an der durchschnittlichen Stückzeit des Betriebes wird nunmehr der Stücklohn orientiert. — Die Arbeiter werden angesichts solcher „wissenschaftlicher Objektivierungen“ in eine Position der Ohnmacht gedrängt, in der nicht nur das Erkennen des dahinterstehenden Prinzips der Intensivierung immer schwieriger wird, sondern auch die Entwicklung von Widerstandsformen.

(Zum gesamten Kapitel über die Veränderung des Arbeitsprozesses im Zuge der Produktivitäts- und Intensitätssteigerung siehe ausführlich Harry Braverman: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M. 1977.)

IV. Relative „Verelendung“ bei absolut steigendem Konsumniveau

Die von uns erörterten Methoden der Mehrwertsteigerung verschaffen dem Kapital — nach unseren bisherigen Überlegungen — nicht nur steigenden Mehrwert, sondern auch einen wachsenden Anteil am gesamten Wertprodukt. Nun eröffnet das Wachstum des Gesamtprodukts bzw. des Mehrwerts freilich auch Chancen für die Lohnarbeiter, dem Kapital einen Teil des Zuwachses wieder abzurufen in Form von Realloohnerhöhungen. Es gibt allerdings innerhalb des Kapitalismus keinen Automatismus, der dazu führen würde, den Arbeitern diesen Zuwachs zu gewährleisten. Die Geschichte hat vielmehr gezeigt, daß Reallohnverbesserungen immer wieder erkämpft werden mußten und immer wieder aufs Neue gefährdet sind, wenn die Kampfstärke der Arbeiterklasse bzw. ihrer Organisationen in dieser Hinsicht nachläßt. Das Kapital gibt sich nicht von vornherein mit einer bestimmten Verwertung zufrieden, sondern strebt nach möglichst hoher Verwertung, d.h. wird bei der Verteilung des Gesamtprodukts immer auch einen Druck auf die Lohnarbeit ausüben, dem nur mit entsprechendem Gegendruck begegnet werden kann. Immerhin aber macht eine wachsende Produktion von Mehrwert es dem Kapital leichter, dem Gegendruck von seiten der Lohnarbeit nachzugeben, insbesondere wenn dadurch eine Zuspitzung sozialer Konflikte vermieden und die damit verbundenen Folgen für das Kapital (Streiks, politische Zuspitzung, u.U. Systembedrohung) abgewendet werden können. Historisch konnte es der Arbeiterklasse auf diese Weise — wenn auch mit zwischenzeitlichen Rückschlägen etwa unter dem Faschismus — tatsächlich gelingen, sich einen wachsenden materiellen Lebensstandard zu erkämpfen. (Abb. 23 u verdeutlicht an einem Beispiel das Ergebnis eines derartigen Prozesses: Zunächst sinken die Reprodukti-



onskosten wertmäßig ab (bei gleichbleibendem Konsumniveau von 2 ME). Nach erkämpften Lohnerhöhungen steigt einerseits das Konsumniveau auf 3 ME, andererseits ist der Mehrwert dennoch höher als in der Ausgangssituation (natürlich nicht so hoch wie ohne Lohnerhöhungen).

Der Hinweis auf den seit Marx's Zeiten angestiegenen Lebensstandard ist übrigens immer wieder benutzt worden, um damit die Marxsche Theorie zu widerlegen. Hierzu muß gesagt werden, daß Marx selbst niemals die Behauptung aufgestellt hat, daß die Arbeiter unter kapitalistischen Bedingungen einer absoluten Verelendung entgegengehen. Die Marxsche „Verelendungstheorie“ beinhaltet vielmehr nichts anderes als die These, daß sich im *Anteil* am Gesamtprodukt eine langfristige Verschiebung zugunsten des Kapitals und zuungunsten der Lohnarbeit ergibt — eine These, die sich in der Tat in der Tendenz bestätigt hat. Das schließt — wie unser Beispiel zeigt — nicht aus, daß der Lebensstandard der Lohnabhängigen ansteigt. (Bei der „Widerlegung“ der Verelendungstheorie von Marx handelt es sich also um nichts anderes, als daß Marx eine Aussage unterschoben und diese dann widerlegt wird, was den Eindruck erweckt, als sei damit die Marxsche Theorie selbst widerlegt.)

Aus der oben abgeleiteten Möglichkeit eines wachsenden Konsumniveaus innerhalb des kapitalistischen Systems könnte nun unmittelbar der Schluß gezogen werden, daß die Verwertung des Kapitals nicht *gegen* die Interessen der Lohnabhängigen gerichtet ist, sondern letztlich in ihrem ureigenen Interesse liegt. Zu diesem Schluß ist folgendes zu sagen: Ganz abgesehen davon, daß der Kapitalismus — wie noch zu zeigen sein wird — aus sich heraus immer wieder Krisen und Arbeitslosigkeit hervorbringt, bleibt eine solche Argumentation sehr an der Oberfläche stecken. Denn mit dem Hinweis auf wachsende Konsummöglichkeiten ist nur *eine* Seite der Lebensbedingungen und der menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten angesprochen. Eine andere — für die Lebensbedingungen ganz wesentliche Seite — wird dabei ausgeblendet: die konkreten Bedingungen des Arbeitsprozesses, denen die Menschen als Lohnabhängige fremdbestimmt unterworfen sind. Dem Zuckerbrot wachsender Konsummöglichkeiten steht auf der anderen Seite die Peitsche des kapitalistischen Arbeitsprozesses gegenüber, der die Arbeiter den Bedingungen und Erfordernissen der Kapitalverwertung unterwirft.

Selbst also ein Anstieg im Konsumniveau sagt über den „Wohlstand“ einer

Gesellschaft wenig aus und bildet u.U. nur die Fassade, hinter der — als Auswirkung des verschärften Drucks im Arbeitsprozeß — die physische und psychische Verelendung der Massen stürmisch voranschreitet. Darüber hinaus aber kann das kapitalistische System auf die Dauer nicht einmal diesen Schein, diese Fassade eines ständig steigenden Konsumniveaus aufrecht erhalten. Dies wäre nur möglich unter der Voraussetzung einer langfristigen störungsfreien Kapitalakkumulation, eine Voraussetzung, die — wie sich an den verschärften Krisen des letzten Jahrzehnts andeutet — nicht gegeben ist. Wir kommen damit zur Frage nach den Hintergründen der Krisen im Kapitalismus, der wir uns im folgenden Kapitel zuwenden wollen.

G. PROBLEME DER MEHRWERTREALISIERUNG

I. Zum Verhältnis von Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung

Was wir bisher herausgearbeitet haben, läuft im Ergebnis darauf hinaus, daß die einzelnen Kapitalisten unter dem ständigen Druck stehen, die Produktion von Mehrwert mit den verschiedensten Methoden voranzutreiben. Mit der erfolgreichen *Produktion* von Mehrwert ist freilich die *Verwertung* des Kapitals noch keineswegs sichergestellt. Denn eine noch so hohe Produktion von Werten nützt dem einzelnen Kapitalisten nichts, wenn sie schließlich nicht abgesetzt werden kann, wenn sich die produzierten Werte nicht „realisieren“ lassen. Erst mit *Absatz* der hergestellten Produkte ist ja der Kreislauf des Kapitals: $G - W - G'$ abgeschlossen, erst durch den Verkaufserlös fließt ja ein bestimmter Geldbetrag zurück, der größer sein muß als das vorgeschossene Geldkapital G , damit sich das vorgeschossene Kapital verwertet. Was nützen die ganzen Methoden der Mehrwertabpressung, die der Kapitalist gegenüber den Lohnarbeitern durchgesetzt hat, wenn schließlich die produzierten Waren keinen Absatz finden und auf Lager bleiben? Oder wenn sich aufgrund mangelnder Nachfrage die Waren nur noch zu Schleuderpreisen absetzen lassen, so daß die Erlöse hinter der Summe des vorgeschossenen Kapitals zurückbleiben? Das Unternehmen käme — wie wir heute sagen würden — in Liquiditätsschwierigkeiten, könnte seine laufenden Kosten nicht mehr bestreiten bzw. aufgenommene Kredite nicht zurückzahlen und müßte — wenn dieser Zustand anhält — über kurz oder lang Konkurs machen. Die Kapitalverwertung käme zum Erliegen.

Folgt daraus, daß die *Produktion* von Mehrwert gar nicht so wichtig ist für das Kapital? Daß der *Realisierung* des Mehrwerts eine viel größere Bedeutung zukommt für den Verwertungszusammenhang? Das Problem so einseitig zu sehen, ist sicherlich falsch. Denn wie sollen Erlöse erzielt werden, Werte realisiert werden, wenn zuvor keine Werte produziert wurden? (Dies wäre nur in Einzelfällen — bei wertungsgleichem Tausch — möglich, wo die Waren etwa über ihrem Wert verkauft würden. Daß dies aber keine Lösung für die Gesellschaft als Ganzes darstellt, wurde weiter oben bereits ausführlich diskutiert.) (Vgl. S. 96f) Wenn wir von wertgleichem Tausch ausgehen,

ist für die Verwertung des Kapitals die *Produktion von Werten ebenso* wichtig wie die Realisierung, sie ist überhaupt die *notwendige Bedingung*, die erfüllt sein muß, bevor an eine Realisierung des Mehrwerts zu denken ist. Andererseits — so haben wir gesehen — reicht allein die Mehrwertproduktion für die Kapitalverwertung nicht aus; d.h. die Produktion von Mehrwert ist eine notwendige, *aber noch keine hinreichende Bedingung der Kapitalverwertung*.

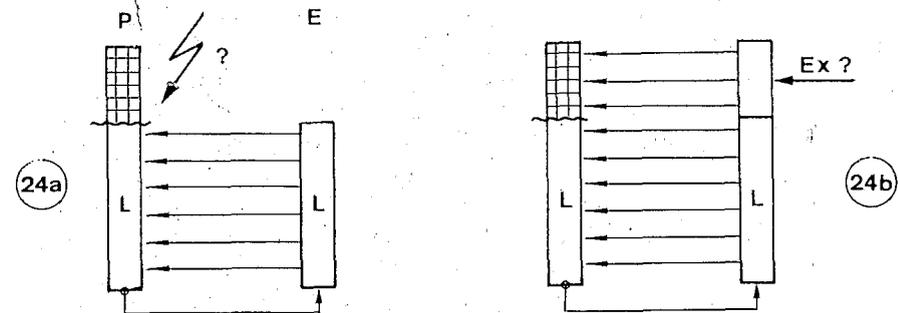
II. Entwicklung der Marxschen Reproduktionsschemata

Wir haben uns also im folgenden den Problemen zuzuwenden, die sich für die Kapitalverwertung im Bereich der Realisierung, d.h. im Bereich des Absatzes ergeben. Hierbei wird es vor allem darauf ankommen, diejenigen Absatzschwierigkeiten zu diskutieren, die sich aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang heraus, aus den volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhängen kapitalistischer Systeme ergeben.

1) Widerspruch zwischen wachsender Mehrwertproduktion und beschränkter Massenkaukraft?

Damit die Produkte als Waren einen Absatz finden, muß gesamtwirtschaftlich eine ausreichende Menge an Nachfrage vorhanden sein. Wenn nun aus den diskutierten Gründen immer mehr Mehrwert produziert wird, muß diese wachsende Mehrwertproduktion nicht notwendig in zunehmenden Widerspruch geraten zur Aufnahmefähigkeit der Märkte? Und müssen sich aus diesem Widerspruch nicht zwangsläufig Absatzkrisen ergeben? Liegt hierin vielleicht der Schlüssel für die Erklärung der ökonomischen Krisen im Kapitalismus? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, müssen wir zunächst fragen, durch welche Faktoren die Aufnahmefähigkeit der Märkte, d.h. die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bestimmt wird. (Die Hintergründe für die Marktsättigung bei einzelnen Produkten soll uns hier nicht interessieren.)

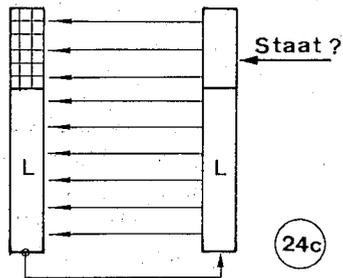
In den bisherigen Ableitungen über die Mehrwertproduktion haben wir ja lediglich davon gesprochen, daß ein bestimmter Teil des Gesamtprodukts in Höhe der Reproduktionskosten an die Arbeiter fließt. Die Form, in der sich die Verteilung des Gesamtprodukts vollzieht, hat uns bisher noch nicht beschäftigt. Es ist ja nicht so, daß die Arbeiter einen Teil der von ihnen produzierten Produkte in Naturalform mit nach Hause bekommen, sondern daß ihnen ein bestimmter Geldlohn ausgezahlt wird, mit dem sie in Höhe einer bestimmten Preissumme Anspruch auf die hergestellten Produkte haben. Gesamtwirtschaftlich heißt das, daß die Summe der ausgezahlten Geldlöhne so groß sein muß, daß mit ihnen ein Teil des Gesamtprodukts in Höhe der Reproduktionskosten gekauft werden kann. Wenn wir den Block der produzierten Werte mit P bezeichnen und die bei der Produktion entstandenen Geldeinkommen mit E, so ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Produktion und Einkommen wie in Abb. 24 a). Werden die entstandenen Lohneinkommen voll verausgabt und als Nachfrage wirksam (symbolisiert durch die zurückströmenden Pfeile), so würde zwar ein Teil des Gesamtprodukts in Höhe der Reproduktionskosten abgesetzt werden können, nicht aber der darüber hinausgehende Teil des Mehrwerts. Wenn nun mit den Methoden der Mehrwertproduktion auch noch der relative Anteil des Mehrwerts am Gesamtprodukt gesteigert wird, scheint ein immer größerer Teil des Gesamtprodukts keinen Absatz mehr finden zu können.



Die drohende Absatzkrise scheint nur abwendbar, indem die zu geringe Inlandsnachfrage aufgestockt wird durch zusätzliche Auslandsnachfrage (Abb. 24 b). Aber bei genauer Betrachtung kann auch das keine Lösung sein. Denn entweder stehen der Exportnachfrage entsprechende Importe und damit Einkommensabflüsse ins Ausland gegenüber (so daß die gesamt-

wirtschaftliche Nachfrage insgesamt nicht aufgestockt würde), oder es würden (wenn tatsächlich die Exportnachfrage die Importe übersteigt) dem Ausland Einkommen abgezogen, so daß sich das Realisierungsproblem dort umso schärfer stellen würde. Für das kapitalistische System insgesamt wäre das Problem damit nicht gelöst.

Muß deshalb vielleicht der Staat einspringen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufzustocken und über staatliche Nachfrage die Realisierung der produzierten Werte zu ermöglichen (Abb. 24 c)? So einleuchtend diese



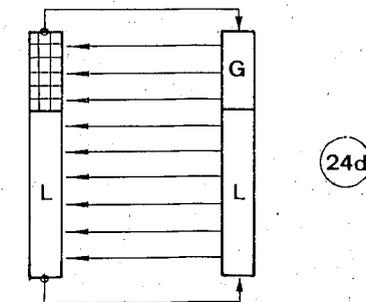
Überlegung zunächst scheint, so sehr vernachlässigt sie doch, daß auch der Staat sich erst die Mittel beschaffen muß, um sie als Staatsnachfrage auszugeben. Wenn die Staatsausgaben z.B. über Lohnsteuern finanziert werden, mindert diese Steuer die Konsumnachfrage. Zusätzlicher Staatsnachfrage stände also ein entsprechender Nachfragerückgang an anderer Stelle gegenüber. Auch mit Staatsaufträgen scheint sich also in der Summe die Nachfrage

nicht aufstocken zu lassen. (Auf die Möglichkeit der Geldschöpfung kommen wir erst später zu sprechen, im Rahmen des Kapitels „Staat und Kapitalverwertung“.)

Folgt daraus, daß es immer zu Absatzkrisen kommen muß, solange die Löhne nur einen Teil des Gesamtprodukts ausmachen? Kann die Krise vielleicht nur dadurch verhindert werden, daß den Arbeitern die Löhne in Höhe des Gesamtprodukts ausgezahlt werden? Auch das ist – mindestens unter kapitalistischen Bedingungen – eine undenkbbare Lösung, denn sie würde bedeuten, daß den Kapitalisten kein Mehrwert verbliebe. Unter solchen Bedingungen müßte kapitalistische Produktion von vornherein zusammenbrechen bzw. gar nicht erst in Gang kommen. Die Erhöhung der Löhne scheint also die Krise auch nicht verhindern zu können. Zwar würde diese Weise die Massenkauftkraft angehoben, aber von der Kostenseite werden sich die Verwertungsbedingungen so verschlechtern, daß kein Kapital mehr in die Produktion gesteckt würde. Unter solchen Bedingungen käme der Prozeß der Kapitalverwertung schon von der Produktionsseite her zum Erliegen.

Nichts scheint also aus dem Dilemma herauszuführen: Entweder – bei Entlohnung in Höhe der Reproduktionskosten – gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel und entsprechende Realisierungskrise, oder aber – bei höherer Entlohnung – mangelnder Anreiz des Kapitals zur Produktion und Produktionskrise. Angesichts einer solchen Krisenerklärung muß man sich allerdings wundern, daß der Kapitalismus neben krisenhaften Phasen auch Phasen stürmischer Expansion durchgemacht hat, daß es immer wieder einen Wechsel zwischen Hochkonjunktur und Krise gegeben hat. Ein solches Auf und Ab wäre aber mit den bisher abgeleiteten Gedanken vollkommen unverständlich. Irgendwo müssen wir deshalb einem Irrtum aufgesessen sein, irgendwo müssen die bisherigen Überlegungen zum Realisierungsproblem einen entscheidenden Fehler haben.

Tatsächlich haben wir uns auf den letzten Seiten mit einem Problem beschäftigt, das nur dadurch entstanden ist, daß wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lediglich auf die Lohnneinkommen zurückgeführt haben. In Wirklichkeit sind aber die Löhne nicht die einzige Einkommensart, sondern neben den Löhnen entstehen auch Gewinneinkommen, die ebenfalls zu Nachfrage werden können. Wenn wir berücksichtigen, daß in Höhe des produzierten Mehrwerts entsprechende Gewinneinkommen entstehen und ebenfalls voll verausgabt werden, so reicht unter diesen Bedingungen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage offenbar aus, um alle produzierten Werte zu realisieren (Abb. 24 d). Eine Notwendigkeit zur Krise scheint unter die-



sen Bedingungen gar nicht mehr gegeben zu sein.

2) Variables Kapital und konstantes Kapital im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

An dieser Stelle sei kurz erwähnt, daß Marx nicht von Lohnzahlungen redet, sondern von „variablem Kapital“ (v), womit er das für die Lohnzahlungen vorgeschossene Kapital meint. In diesem Begriff soll zum Ausdruck kommen, daß die mit den Löhnen gekaufte Arbeitskraft Quelle von Mehrwert ist, daß sich also im Produktionsprozeß der Wert des zu ihrer Bezahlung vorgeschossenen Kapitals vergrößert, verändert (deshalb „variables“ = veränderliches Kapital). Marx:

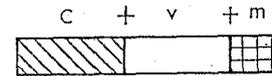
„Der in Arbeitskraft umgesetzte Teil des Kapitals verändert (daher) seinen Wert im Produktionsprozeß. Er reproduziert sein eignes Äquivalent um einen Überschuß darüber, Mehrwert . . . Aus einer konstanten Größe verwandelt sich dieser Teil fortwährend in eine variable. Ich nenne ihn daher variablen Kapitalteil, oder kürzer: variables Kapital.“ (MEW 23, S. 224)

Das Gegenstück zum variablen Kapital ist für Marx das „konstante Kapital“ (c), d.h. die Aufwendungen für den Kauf von Material, Maschinen, Energie usw., von Einsatzfaktoren also, die im Zuge des Produktionsprozesses die in ihnen vergegenständlichten Werte auf das Produkt übertragen, ihren Wert also im Endeffekt nicht verändern. Marx:

„Der Teil des Kapitals also, der sich in Produktionsmittel, d.h. in Rohmaterial, Hilfsstoffe und Arbeitsmittel umsetzt, verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeß. Ich nenne ihn daher konstanten Kapitalanteil, oder kürzer: konstantes Kapital.“ (MEW 23, S. 223)

Wenn wir bisher von den produzierten Werten gesprochen und immer nur an die Reproduktionskosten der Arbeitskraft (v) und den Mehrwert (m) gedacht haben, so deswegen, weil es sich allein bei diesen Bestandteilen um neu produzierte Werte handelt. Durch die Verwendung von Produktionsmitteln im Produktionsprozeß gehen ja nur die in ihnen verkörperten Werte auf die Produkte über. Zwar verändern die Produktionsmittel im Produktionsprozeß mehr oder weniger ihre konkrete Gestalt (das Material wird umgeformt und geht Verbindungen mit anderen Materialien ein; Energie etwa oder Schmieröl usw. werden im Produktionsprozeß ganz verzehrt; Maschinen und Werkzeuge behalten zwar zunächst ihre physische

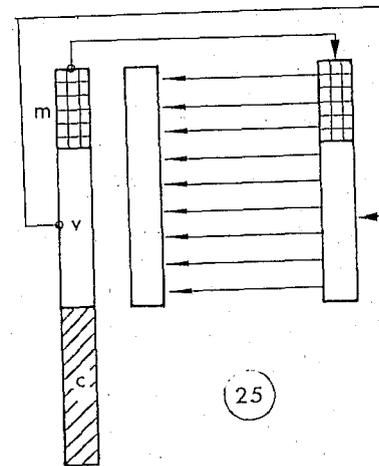
Gestalt, nutzen sich aber immer mehr ab und sind am Ende ihrer Lebensdauer — was ihre Leistungsabgabe angeht — ebenfalls „vernichtet“), aber ihrem „Untergang“ auf der einen Seite steht ja auf der anderen Seite das Entstehen neuer Gebrauchswerte in Form der Produkte gegenüber, die wertmäßig nichts anderes darstellen als eine Einverleibung der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Werte (c) plus den durch Arbeit neu hinzugesetzten Werten ($v + m$). Die Werte der Produkte setzen sich also insofern zusammen aus drei Bestandteilen: $c + v + m$, wobei c lediglich dar-



stellt die anteilmäßige Übertragung der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Werte, oder anders ausgedrückt: Ersatz der im Produktionsprozeß verzehr-

ten Werte, Ersatz also für die physische Einverleibung etwa von Material, des physischen „Verzehrs“ von Hilfsstoffen bzw. der allmählichen Abnutzung von Arbeitsmitteln (Maschinen, Werkzeuge). In den bisherigen Betrachtungen der Mehrwertproduktion waren diese Faktoren nicht relevant, weil sie eben keine Schöpfung von neuen Werten darstellen und weil es uns lediglich um die Verteilung der jeweils neu produzierten Wertsumme zwischen Lohnarbeit und Kapital ging; für die Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge können wir diese Faktoren jedoch nicht länger ausklammern.

Unter Berücksichtigung des konstanten Kapitals, d.h. desjenigen Kapitals, das zur Bezahlung von Produktionsmitteln vorgeschossen wird, ergibt sich gesamtwirtschaftlich ein erweitertes Kreislaufbild (Abb. 25):



Wenn wir in unser bisheriges Kreislaufschema zusätzlich zu den Kosten des variablen Kapitals noch diejenigen des konstanten Kapitals hinzufügen, scheint es auf den ersten Blick, daß die zurückströmende Nachfrage im besten Fall (wenn alles Einkommen ausgegeben wird) nicht ausreicht, um die Gesamtsumme der in den Produkten vergegenständlichten Werte ($c + v + m$) zu realisieren, d.h. die Waren zu entsprechenden kostendeckenden Preisen plus einem Aufschlag für Mehrwert abzusetzen. — Die-

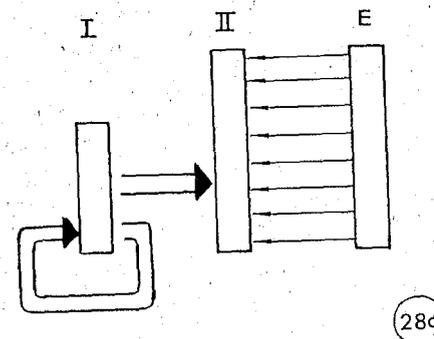
voll verausgabt werden und die zurückströmende Nachfrage zu einer vollständigen Realisierung der produzierten Werte – sowohl in der Konsumtionsmittelindustrie wie in der Produktionsmittelindustrie – ausreicht. Auf der Grundlage dieses Schemas besteht keine Notwendigkeit für das Auftreten von gesamtwirtschaftlichen Realisierungskrisen. (Das schließt natürlich nicht aus, daß die Struktur der Nachfrage von der Struktur des Angebots abweicht, daß also in einzelnen Branchen Nachfrageüberhang und in anderen Branchen entsprechend Nachfragemangel auftritt. Aber in der Summe reicht nach diesem Modell die Nachfrage aus, um alle produzierten Werte zu realisieren.)

Wenn wir uns allerdings dieses Modell genauer ansehen, stellen wir fest, daß es kaum geeignet sein kann, den kapitalistischen Akkumulationsprozeß angemessen zu beschreiben. Denn nicht nur die entstandenen Löhne werden voll konsumiert und strömen als Nachfrage in den Konsumtionsmittelsektor, sondern auch die Gewinne. Der volle Konsum der Gewinne widerspricht aber allem, was wir bisher über die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktionsweise abgeleitet haben, widerspricht vollständig dem Verwertungszwang des Kapitals, der sich aus der Konkurrenz der Einzelkapitale ergibt. Wenn wir die kapitalistische Realität angemessen beschreiben wollen, können wir nicht die wesentliche Triebkraft, den Zwang zur Akkumulation, unberücksichtigt lassen. Insofern ist das bisher entwickelte Modell der einfachen Reproduktion offensichtlich noch unzureichend. Es bildet lediglich eine logische Vorstufe für ein komplizierteres Modell, in dem auch die Akkumulation von Mehrwert Berücksichtigung findet: das Modell der „erweiterten Reproduktion“.

3) Zum Problem der Realisierung bei erweiterter Reproduktion

Wir wollen also im folgenden berücksichtigen, daß der Mehrwert im wesentlichen nicht konsumiert, sondern akkumuliert, d.h. in Kapital zurückverwandelt wird, sei es zum Kauf zusätzlicher Arbeitskraft und/oder zum Kauf zusätzlicher Produktionsmittel. Um die sich dabei ergebenden Probleme besser diskutieren zu können, wollen wir die Beziehungen zwischen den beiden Sektoren noch auf andere Weise darstellen: In Abb. 28 a kommt in vereinfachter Form das zum Ausdruck, was wir bereits mit unserem

Blockflußdiagramm im letzten Abschnitt veranschaulicht hatten: Die Blöcke symbolisieren die in Sektor I bzw. Sektor II produzierten Werte, wobei



die in I produzierten Produktionsmittel zum einen an Sektor II fließen, zum andern an Unternehmen des Sektors I selbst. (Die breiten Pfeilströme deuten also die Lieferungen des Sektors I und deren Größenverhältnisse an.) Die von rechts nach links zeigenden Pfeile symbolisieren die aus den Einkommen stammende Nachfrage nach Waren des Sektors II, d.h. nach Konsumtionsmitteln.

Bisher sind wir – wie gesagt – davon ausgegangen, daß alle entstandenen Einkommen verausgabt werden und als Konsumnachfrage zum Sektor II hin strömen. Diese vorläufige Annahme müssen wir aus den erwähnten Gründen modifizieren (abwandeln). Wenn wir berücksichtigen, daß der Mehrwert großenteils nicht konsumiert, sondern akkumuliert wird (d.h. zur Erweiterung der Produktion verwendet wird = „erweiterte Reproduktion“), stellen sich die Zusammenhänge zunächst wie in Abb. 28 b dar.

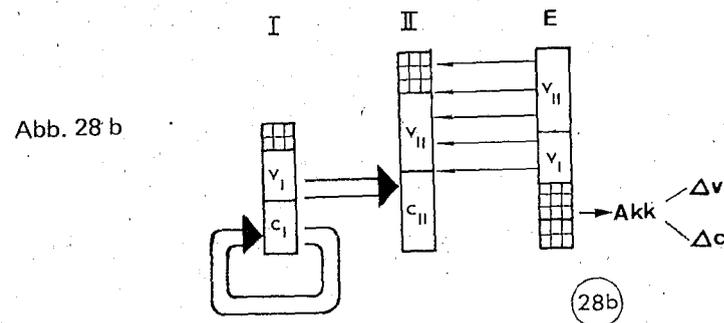


Abb. 28 b

(Dabei sind sowohl die produzierten Wertsummen in den einzelnen Sektoren in ihre Wertbestandteile ($c + v + m$) unterteilt als auch die entstandenen Einkommen (in $v + m$). Die vom Einkommensblock nach rechts zeigenden Pfeile sollen die Verwendung des Mehrwerts andeuten, der in unserem Beispiel — dies sei der Einfachheit halber angenommen — voll in die Akkumulation fließt: einmal zur Ausweitung der Beschäftigtenzahl und der damit verbundenen Zahlung zusätzlicher Löhne in Höhe von Δv , zum andern zur Ausweitung der Produktionsmittel um den Betrag Δc .

Was folgt nun für den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf aus der Tatsache, daß der Mehrwert nicht voll konsumiert wird? Zunächst einmal, daß weniger Nachfrage nach Konsumtionsmitteln in Sektor II entsteht, als ursprünglich angenommen. Dieser Umstand scheint notwendigerweise eine Realisierungskrise in Sektor II auszulösen: Hier wären zwar Werte produziert worden, aber der Nachfragemangel hätte zur Folge, daß entweder ein Teil der Waren zu ihren Werten abgesetzt würde und ein anderer Teil auf Lager bliebe, oder aber daß alle Waren zu Preisen unter Wert verkauft würden. In beiden Fällen wäre die Summe der realisierten Werte geringer als die Summe der produzierten Werte. Das bedeutet nichts anderes als eine Schmälerung der Profite, die ab einem gewissen Ausmaß sogar umschlagen kann in Verluste (wenn die Erlöse nicht einmal mehr die Höhe von $c + v$ erreichen).

Die Folge wäre eine Drosselung der Produktion in Sektor II, eine Freisetzung von Arbeitskräften aus diesem Sektor und entsprechend geringere Einkommen, was einen weiteren Nachfragerückgang in II zur Folge hätte. Darüberhinaus benötigt Sektor II bei geringerer Produktion auch weniger Produktionsmittel (u.U. brauchten nicht einmal abgenutzte Produktionsmittel durch neue ersetzt zu werden); das bedeutet einen Rückgang in der Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor I, der nun seinerseits seine Produktion einschränkt und Arbeitskräfte entläßt (wiederum geringere Einkommen und daraus folgend geringere Nachfrage nach Konsumgütern in II). Es scheint, daß der anfängliche Nachfrageausfall in II eine Welle von Folgewirkungen in Gang setzt, die sich auf beide Sektoren ausbreiten, von dort übergreifen auf die Einkommenseite und von dort aus zurückschlagen auf die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln usw. Eine Krise, ausgelöst von der Realisierungseite her, scheint unvermeidbar. Bedeutet das, daß die Verwendung des Mehrwerts für Akkumulationszwecke automatisch und zwangsläufig eine Krise hervorbringt? Würde das nicht heißen, daß der Kapitalismus sich ständig in der Krise befinden müßte? Widerspricht das aber

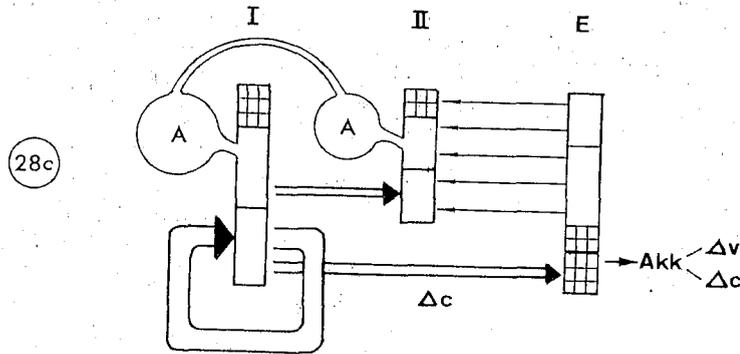
nicht der Erfahrung, daß sich in der Realität Krisenzeiten abwechseln mit Zeiten der Hochkonjunktur? Irgendwo muß sich bei unserer Ableitung wiederum ein Denkfehler eingeschlichen haben.

Tatsächlich haben wir übersehen, daß die Verwendung des Mehrwerts für Akkumulationszwecke ebenfalls nachfragewirksam ist: zwar nicht im Konsumtionsmittelsektor, dafür aber im Produktionsmittelsektor (I). Das gilt jedenfalls für den Teil des Mehrwerts, der zum Kauf zusätzlicher Produktionsmittel verwendet wird (Δc). Während in unserem Ausgangsmodell nur Produktionsmittel produziert wurden, die dem Ersatz der jeweils verzehrten Produktionsmittel dienten (und somit die Kapazitäten auf dem gleichen Niveau gehalten wurden = stationäre Wirtschaft), müßten nunmehr — zur Bedienung der zusätzlichen Nachfrage nach Produktionsmitteln — darüberhinausgehend Produktionsmittel hergestellt werden. Solange das nicht geschieht, könnte gar keine tatsächliche Akkumulation stattfinden, weil der Nachfrage nach Produktionsmitteln kein entsprechendes stoffliches Angebot an Produktionsmitteln gegenüberstände.

Würde der erwähnte Nachfragerückgang in Sektor II eintreten, nachdem dort bereits gesellschaftliche Arbeitszeit in der ursprünglichen Höhe aufgewendet und in den Waren und Produktionskapazitäten geronnen ist, so wäre in der Tat eine Krise in diesem Bereich unvermeidbar. Sie wäre die Folge eines plötzlich auftretenden strukturellen Ungleichgewichts zwischen Produktion und Nachfrage. Solche Ungleichgewichte können in der Tat immer wieder auftreten, wenn man bedenkt, daß die Investitionsentscheidungen in kapitalistischen Systemen der Initiative der Einzelkapitale unterliegen und keiner gesamtgesellschaftlichen Planung entspringen.

Daß wir bisher den Eindruck gewonnen haben, es *müsse* aus den erwähnten Gründen zu einer Krise kommen, liegt allerdings nur daran, daß wir in unserem Modell von hypothetischen Ausgangssituationen ausgegangen sind, die es in der kapitalistischen Realität gar nicht geben kann. Tatsächlich ist es ja nicht so, daß innerhalb des Kapitalismus bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Mehrwert voll konsumiert und dann plötzlich voll in die Akkumulation gesteckt würde. Vielmehr hat sich von Anfang an in bestimmtem Ausmaß eine Akkumulation vollzogen und sind nie alle entstandenen Einkommen voll als Nachfrage nach Konsumgütern in Sektor II aufgetaucht, sondern ein Teil ist von vornherein als zusätzliche Nachfrage nach Produktionsmitteln dem Sektor I zugeflossen. Entsprechend

hat sich die Produktion in II von vornherein auf ein geringeres Niveau eingestellt, als wir anfangs hypothetisch unterstellt hatten, während auf der anderen Seite die Produktion von Produktionsmitteln in Sektor I (gegenüber unserem Ausgangsmodell) von vornherein größer ist. Die Produktionsmittelhersteller haben sich nämlich nicht nur auf die Nachfrage nach Ersatzinvestitionen, sondern darüberhinaus auch auf die Nachfrage nach Neu-

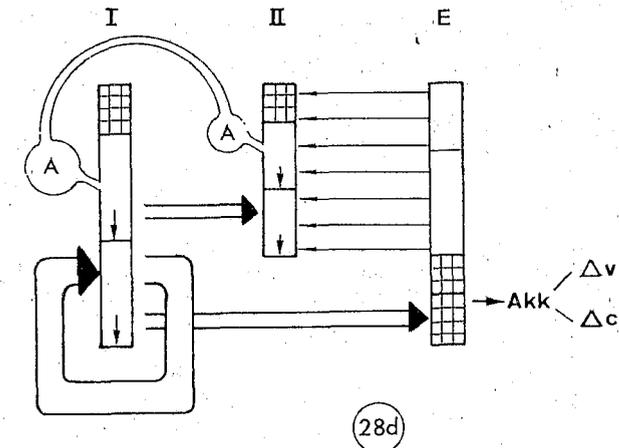


investitionen eingestellt. (Grafisch kommt dies zum Ausdruck in dem nach rechts gerichteten Pfeilstrom Δc , der die Belieferung der zusätzlichen Nachfrage Δc — die aus der Verwendung des Mehrwerts m stammt — andeutet.) Für die Realität kann deshalb nicht von vornherein eine sprunghafte Umlenkung der Nachfrage von II nach I unterstellt werden, sondern muß langfristig vielmehr von einem allmählichen Anpassungsprozeß der Produktionsstruktur an die Struktur der Nachfrage ausgegangen werden.

Wenn wir also im folgenden davon ausgehen, daß sich die Produktion in Sektor II von vornherein lediglich an der Höhe der Konsumnachfrage orientiert und Sektor I sich auf die Produktion für die Nachfrage nach Ersatzinvestitionen und Neuinvestitionen einstellt, kann sich nach unseren bisherigen Überlegungen durchaus ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage einstellen. Das würde bedeuten: auch für den Fall, daß der Mehrwert der Akkumulation zugeführt wird, können prinzipiell alle Werte realisiert werden.

H. KAPITALAKKUMULATION UND KRISE

Wir wollen für die folgenden Überlegungen von einem solchen strukturellen Gleichgewicht unter Berücksichtigung der Akkumulation des Mehrwerts ausgehen. Gegenüber dem Ausgangsmodell ergibt sich durch die Verwandlung eines Teils des Mehrwerts in konstantes Kapital c die Folge, daß (durch den Kauf von zusätzlichen Produktionsmitteln) die Produktionskapazitäten bei den kaufenden Unternehmen sich erweitern. Für die nächste Produktionsperiode können wir also nicht mehr — wie im Schema der einfachen Reproduktion — dieselbe Grafik wie in der davorliegenden Periode zugrundelegen (denn es handelt sich offensichtlich nicht mehr um eine stationäre Wirtschaft). Vielmehr müssen wir die veränderten Produktionskapazitäten auch in einer insoweit veränderten Grafik zum Ausdruck bringen (Abb. 28 d). Gegenüber dem vorigen Modell sind hier die Aufwendungen für konstantes Kapital sowohl in Sektor I als auch in Sektor II vergrößert.



(Dieser Anstieg in den Aufwendungen für konstantes Kapital im Zeitraum t_2 ist übrigens nicht identisch mit dem akkumulierten Δc , sondern wird in der Regel kleiner sein. Das hängt damit zusammen, daß die mit dem Betrag Δc gekauften Maschinen innerhalb eines Jahres (t_2) nur einen Teil ihres Wertes auf die laufende Produktion übertragen. Dieser Teil ist relativ umso kleiner, je länger die Nutzungsdauer der Maschinen ist. Das heißt aber auch:

Um die Wertproduktion im kommenden Jahr um einen bestimmten Betrag zu erhöhen, müssen zunächst Kapitalaufwendungen in vielfacher Höhe vorgeschossen werden. Aus diesem Zusammenhang kann sich eine stoßweise Nachfrage nach Produktionsmitteln ergeben, die dann ebenso abrupt wieder ausbleibt, weil auf Jahre hinaus zusätzliche Kapazitäten geschaffen wurden.)

I. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen extensiven Wachstums

Nun ist aber zu bedenken, daß zur Bedienung zusätzlicher Maschinen auch zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich sind. Wir wollen zunächst davon ausgehen, daß sich durch die neuen Maschinen in der Produktionstechnik nichts verändert, sondern lediglich eine Erweiterung der Kapazitäten auf der Grundlage der bisherigen Technologie stattgefunden hat. Diese Technologie ist gekennzeichnet durch ein bestimmtes Verhältnis zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit. Der Kauf zusätzlicher Produktionsmittel in Höhe von Δc macht dementsprechend auch die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte und entsprechende Aufwendungen für zusätzliche Lohnzahlungen (Δv) erforderlich. (In unserem Modell gehen wir der Einfachheit halber davon aus, daß $c : v$ in beiden Sektoren gleich ist und $1 : 1$ beträgt und eine Kapazitätserweiterung um Δc — bei konstant bleibender Technik — gleich hohe zusätzliche Aufwendungen für Δv nach sich zieht.)

Der Fall, daß sich das Wachstum der Produktion auf der Basis unveränderter Produktionstechnik vollzieht, wird übrigens als „*extensives Wachstum*“ bezeichnet. Ein solches extensives Wachstum ist freilich nur solange möglich, wie noch zusätzliche Arbeitskräfte vom Produktionsprozeß „angesaugt“ werden können, solange also ein noch unbeschäftigtes Arbeitskräfte-reservoir vorhanden ist. In unserem Modell wollen wir zunächst von diesem Tatbestand ausgehen. (Grafisch soll das unbeschäftigte Arbeitskräfte-reservoir durch den Inhalt der aufgeblasenen Ballons (A) zum Ausdruck kommen. Die Tatsache, daß in Abb. 28 d zusätzliche Arbeitskräfte angesaugt worden sind, soll durch die schrumpfenden Ballons gegenüber Abb. 28 c deutlich werden.) Auf der Basis eines gestiegenen Einsatzes an leben-

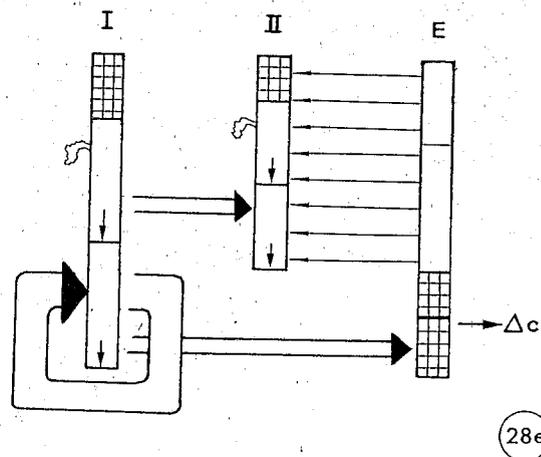
diger Arbeit kann entsprechend auch die Produktion von Mehrwert erhöht werden, was sich auch in einem wachsenden m — sowohl auf der Produktions- wie auf der Einkommenseite — niederschlägt. Damit stehen auch wachsende Mittel für die nächste Runde der Kapitalakkumulation bereit.

Insgesamt können wir feststellen, daß die Akkumulation auf der Basis konstanter Produktionstechnik dann gelingen kann, wenn entsprechend den erweiterten Produktionskapazitäten auch zusätzliche Arbeitskräfte verfügbar sind. Die zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte erhalten — zusätzlich zu den bisher schon beschäftigten — Einkommen und vergrößern auf diese Weise die Massenkaufkraft, d.h. die Nachfrage nach Konsumgütern. Die Konsumgüterproduktion ist aufgrund wachsender Kapazitäten in II ausgeweitet worden, so daß die gestiegene Nachfrage stofflich auch bedient werden kann. Die gewachsenen Kapazitäten der Produktionsmittelindustrie finden ihrerseits Auslastung dadurch, daß erstens aufgrund der angestiegenen Kapazitäten in I und II höhere Ersatzinvestitionen erforderlich werden und daß zweitens aufgrund des gewachsenen Mehrwerts eine wachsende Nachfrage auch nach zusätzlichen Produktionsmitteln entsteht. Im Ergebnis können wir feststellen, daß bis hierher unter den gegebenen Voraussetzungen die Akkumulation sich relativ störungsfrei vollziehen kann und daß die in den Sektoren jeweils produzierten Werte auf entsprechende Realisierungsmöglichkeiten stoßen können.

II. Kapitalakkumulation unter den Bedingungen intensiven Wachstums

Gehen wir einen Schritt weiter und betrachten den Fall, daß das Reservoir an unbeschäftigten Arbeitskräften mittlerweile erschöpft ist (in Abb. 28 e dargestellt durch die völlig zusammengeschrumpften Ballons). Würden unter diesen Umständen zusätzliche Maschinen auf der Basis bisheriger Produktionstechnik gekauft, so könnten diese Maschinen aus Mangel an zusätzlichen Arbeitern nicht mehr in Betrieb gesetzt werden und wären infolgedessen eine totale Fehlinvestition. Die in ihnen geronnenen Werte könnten nicht auf neue Produkte übertragen werden, der Verwertungsprozeß käme entsprechend ins Stocken. Für die getätigten Kapitalaufwendungen gäbe es keine entsprechenden Rückflüsse, die Verwertung des Kapitals

wäre nicht mehr gesichert.



1) Die Notwendigkeit veränderter Technologie

Das bedeutet nun nicht, daß bei Erschöpfung der Arbeitskraftreserven eine weitere Akkumulation ausgeschlossen wäre; sie muß sich allerdings in anderen Formen vollziehen, als wir bisher unterstellt haben, nämlich auf der Basis technischer Veränderungen. Wenn etwa Maschinen, zu deren Bedienung bis jetzt 10 Arbeiter erforderlich waren, im Zuge veränderter Technologie ersetzt werden durch Maschinen, zu deren Bedienung nur noch 5 Arbeiter erforderlich sind (bei gleicher Ausbringungsmenge), so werden im Zuge einer solchen Ersatzinvestition 5 Arbeiter „freigesetzt“. Wird nun aus Akkumulationsmitteln eine zweite solche Maschine angeschafft, so könnten auf diese Weise die freigesetzten Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß eingebunden werden, und gleichzeitig hätte sich die Produktionskapazität verdoppelt. Die zunehmende Ersetzung lebendiger Arbeit durch vergegenständlichte Arbeit (Maschinen) ermöglicht also – auch bei insgesamt ausgeschöpften Arbeitskraftreserven – eine weitere Akkumulation.

2) Verknappung der Arbeitskraft und Anstieg der Löhne

Da keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr eingestellt werden können, erfolgt die Verwendung des Mehrwerts nun ausschließlich für konstantes

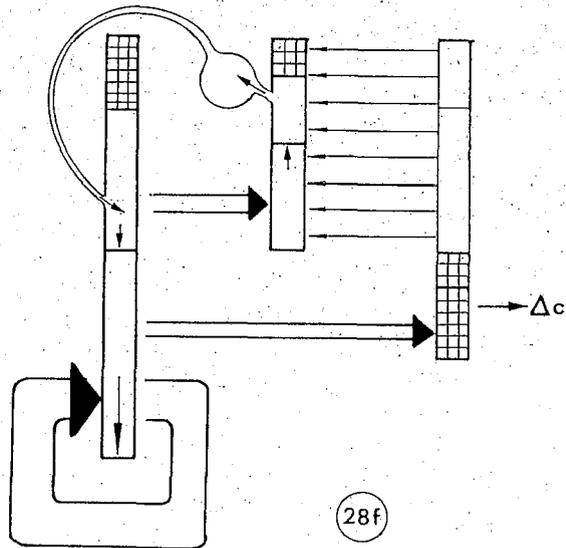
Kapital, das sich in beiden Sektoren gegenüber dem variablen Kapital ausweitet. Dem wird allerdings eine Phase vorausgehen, in der die Einzelkapitale sich – zunächst noch auf der Basis der bisherigen Technologie – um die immer knapper werdenden Arbeitskräfte reißen und auf diese Weise die Lohnsätze in die Höhe gehen, sei es durch freiwillige übertarifliche Entlohnung von seiten starker Einzelkapitale, die die Arbeitskraft auf diese Weise an sich ziehen wollen, oder sei es dadurch, daß der „angespannte“ Arbeitsmarkt den Gewerkschaften eine stärkere Verhandlungsposition bei der Durchsetzung von Lohnforderungen verschafft. In beiden Fällen besteht die Folge darin, daß gesamtwirtschaftlich für den Einsatz derselben Menge lebendiger Arbeit mehr variables Kapital aufgewendet werden muß, ohne daß deswegen mehr Werte produziert würden. Die Lohnerhöhungen würden auf den Profit drücken und den Einzelkapitalen Anlaß geben, Arbeitskraft zunehmend durch Maschinen zu ersetzen, d.h. den Mehrwert zunehmend in konstantes Kapital zu verwandeln. (Kapitale, die zu diesen Umstellungen nicht in der Lage sind z.B. aufgrund zu geringer Profite und Finanzierungsmöglichkeiten, müßten unter dem steigenden Kostendruck untergehen.)

3) „Technischer Fortschritt“ und relative Freisetzung von Arbeitskraft

Wir wollen uns diese Form des „intensiven Wachstums“, d.h. eines Wachstums auf der Basis konstant bleibender Arbeiterzahl, etwas genauer ansehen (Abb. 28 f). Wenn die gleiche Menge an Gebrauchswerten nunmehr mit einem geringeren Einsatz an lebendiger Arbeit und einem gestiegenen Einsatz an vergegenständlichter Arbeit hergestellt wird, bedeutet das z.B. für die Konsumgüterindustrie, daß sie zur Herstellung der bisherigen Menge Konsumgüter nunmehr weniger Arbeiter benötigt als vorher. Wenn also die Nachfrage nach Konsumgütern nicht ansteigt (und in unserem Modell mit konstant bleibender Arbeiterzahl wäre das bei konstanten Lohnsätzen der Fall) und wenn entsprechend nur die gleiche Menge an Konsumgütern produziert würde, würden aus Sektor II Arbeitskräfte entlassen (aufgeblasener Ballon in Abb. 28 f).

Auf der anderen Seite setzt ja das Anwachsen des konstanten Kapitals

sowohl in II als auch in I voraus, daß zunehmend Produktionsmittel herge-



stellt werden, so daß u.U. die in II freigesetzten Arbeitskräfte von Sektor I absorbiert werden könnten. Denn selbst wenn in I der relative Anteil der lebendigen Arbeit ebenfalls zurückgeht, könnte das absolute Wachstum der Produktion so groß sein, daß zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden.

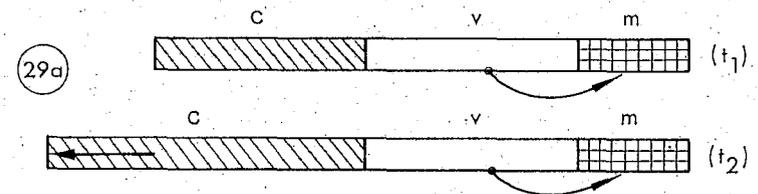
4) Begrenzte Absorptionsmöglichkeiten für freigesetzte Arbeitskräfte

Hierbei handelt es sich allerdings lediglich um einen hypothetischen Fall. Dafür, daß dieser Fall in der Realität auch tatsächlich eintritt, gibt es überhaupt keine Gewähr. Je größer nämlich der durch technologische Veränderungen bedingte Freisetzungseffekt von Arbeitskräften ist, umso stürmischer müßte sich Akkumulation vollziehen, damit auch bei relativem Absinken des Anteils der lebendigen Arbeit alle Arbeitskräfte absorbiert werden können. Das Akkumulationstempo ist aber nach oben begrenzt durch

die für Akkumulationszwecke bereitstehende Mehrwertmasse, die ihrerseits nicht beliebig gesteigert werden kann. Darüberhinaus kann es Gründe geben (auf die wir im nächsten Kapitel ausführlich eingehen), die das tatsächliche Akkumulationstempo auf einem weit niedrigeren Niveau halten. Reicht also das tatsächliche Akkumulationstempo nicht aus, um die freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren, so führt die Freisetzung lebendiger Arbeit durch „Rationalisierungsinvestitionen“ zu wachsender Arbeitslosigkeit.

5) Organische Zusammensetzung des Kapitals, Mehrwertrate und Profitrate

Wenden wir uns noch einmal der veränderten Zusammensetzung zwischen c und v in beiden Sektoren zu (d.h. also auch im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft). (Marx nennt dieses Verhältnis $c : v$ die „organische Zusammensetzung des Kapitals“.) Die folgende Abb. 29 a stellt das Ergebnis des von uns abgeleiteten Prozesses noch einmal dar:



Gegenüber der Ausgangssituation zum Zeitpunkt $t-1$ hat sich gesamtwirtschaftlich der Einsatz der lebendigen Arbeit und das dafür vorgeschossene variable Kapital v nichts geändert, während das konstante Kapital c ausgeweitet worden ist. Wenn wir uns daran erinnern, daß der Mehrwert aus dem Einsatz lebendiger Arbeit entspringt (angedeutet durch den von v ausgehenden Pfeil), so können wir zunächst davon ausgehen, daß bei unverändertem Einsatz nach wie vor die gleiche Mehrwertmasse produziert wird. An den Verwertungsbedingungen scheint sich damit nichts geändert zu haben. Das Verhältnis zwischen dem Mehrwert m und der Quelle, der er entspringt (bzw. dem dafür vorgeschossenen variablen Kapital v) ist in unserem Beispiel konstant geblieben. (Dieses Verhältnis von $m : v$ nennt

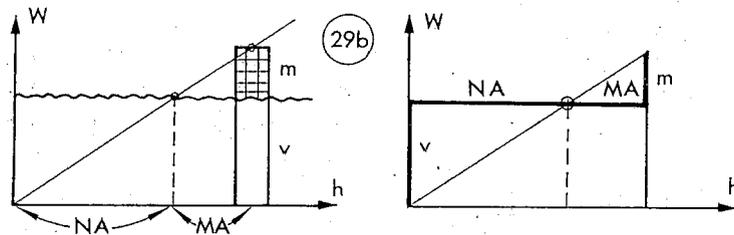
Marx übrigens „*Mehrwertrate*“ und bezeichnet sie mit m' .)

$$\text{Mehrwertrate: } m' = \frac{m}{v}$$

In ihr kommt nichts anderes zum Ausdruck als das Verhältnis von Mehrarbeitszeit zu notwendiger Arbeitszeit, der von Marx sogenannte „*Ausbeutungsgrad*“ oder „*Exploitationsgrad*“. (Vgl. MEW 23, S. 232)

Die folgenden Grafiken in Abb. 29 b machen die Übereinstimmung von Mehrwertrate $m : v$ und dem Verhältnis zwischen Mehrarbeit MA und notwendiger Arbeit NA deutlich: Nach dem Strahlensatz gilt:

$$m : MA = v : NA, \text{ umgeformt: } \frac{m}{v} = \frac{MA}{NA}$$



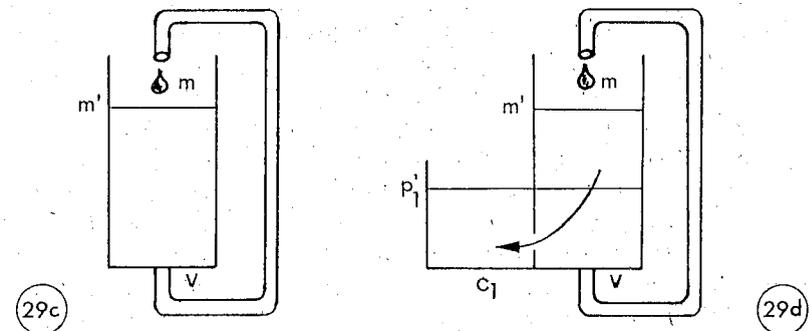
Die Mehrwertrate (und damit der Ausbeutungsgrad) ist in unserem Beispiel konstant geblieben. Dennoch stellen wir fest, daß zur Produktion der gleichen Mehrwertmasse im Zeitraum t_2 die doppelte Kapitalsumme ($c + v$) vorgeschossen werden muß wie im Zeitraum t_1 . Das stellt – kapitalistisch betrachtet – eine eindeutige Verschlechterung dar. Denn dem Kapitalisten kommt es nicht auf die absolute Summe des Profits an, sondern darauf, in welchem Verhältnis eine bestimmte Profitsumme zum eingesetzten Kapital steht. Ihm ist es dabei gleichgültig, für welche Bestandteile er sein Kapital vorgeschossen hat, ob für lebendige oder für vergewaltigte Arbeit. Worauf es ihm ankommt, ist ein günstiges Verhältnis des Profits zum insgesamt vorgeschossenen Kapital. Vom Verwertungspunkt aus betrachtet ist deshalb weder die absolute Mehrwertmasse noch die Mehrwertrate (als Verhältnis zwischen Mehrwertmasse und nur einem Teil des vorgeschossenen Kapitals) ausschlaggebend, sondern einzig und allein das Verhältnis zwischen Mehrwertmasse und *insgesamt* vorgeschossenem

Kapital, die sog. „*Profiträte*“ p' .

$$\text{Profiträte: } p' = \frac{m}{c + v}$$

Betrachten wir nun in den beiden Fällen unseres Beispiels die Profiträte, so stellen wir fest, daß sie in t_2 niedriger ausfällt als in t_1 . Eine gleichgebliebene Mehrwertmasse verteilt sich auf einen insgesamt angewachsenen Kapitalvorschuß. In unserem Beispiel ist die Profiträte genau auf die Hälfte abgesunken.

Den Zusammenhang zwischen Mehrwertmasse, organischer Zusammensetzung des Kapitals (σZK) und Profiträte wollen wir grafisch noch auf andere Weise darstellen, vor allem, um später mit dieser Darstellung wesentlich kompliziertere Probleme diskutieren zu können. Was wir bisher in Blöcken dargestellt haben, soll nunmehr mit Hilfe von Gefäßen veranschaulicht werden: In Abb. 29 c entspricht der Boden des Gefäßes der Größe des variablen Kapitals v . Um deutlich zu machen, daß der Mehrwert aus der lebendigen Arbeit (und dem dafür vorgeschossenen v) entspringt, haben wir die Mehrwertmasse m als Flüssigkeit gewählt, deren „*Quelle*“ in v liegt (dargestellt durch das von v ausgehende Rohr). Verteilt sich nun die Flüssigkeitsmenge auf das Gefäß mit dem Boden v , so ergibt sich – als Ausdruck des Verhältnisses $m : v$ – eine bestimmte Höhe des Flüssigkeitsspiegels, in der die Mehrwertrate m' zum Ausdruck kommt.



Lassen wir nun – wie in Abb. 29 d – die Flüssigkeit in ein Gefäß mit größerem Boden ($c + v$) strömen (d.h. verteilen wir die Mehrwertmasse auf das insgesamt vorgeschossene Kapital), so ergibt sich ein niedrigerer Flüssigkeitsspiegel.

sigkeitsspiegel, der die Profitrate p' zum Ausdruck bringt.

An diesem Bild wird zunächst deutlich, daß die Profitrate zahlenmäßig immer geringer ausfällt als die Mehrwertrate, d.h. als der Ausbeutungsgrad. Das tatsächliche Ausmaß der Ausbeutung der Arbeitskraft wird demnach durch die Profitrate verschleiert.

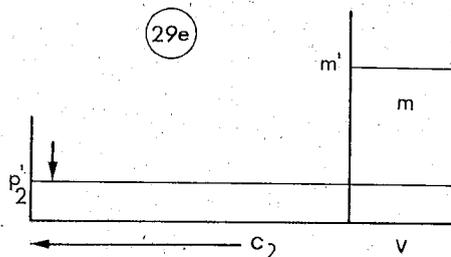


Abb. 29 e stellt nun die entsprechenden Größenverhältnisse für den Zeitraum t_2 dar. Die größere organische Zusammensetzung des Kapitals (oZK) spiegelt sich wider in einer niedrigeren Profitrate. Und dies, obwohl der Ausbeutungsgrad in unserem Beispiel der gleiche geblieben ist. Wir sehen also, daß der tatsäch-

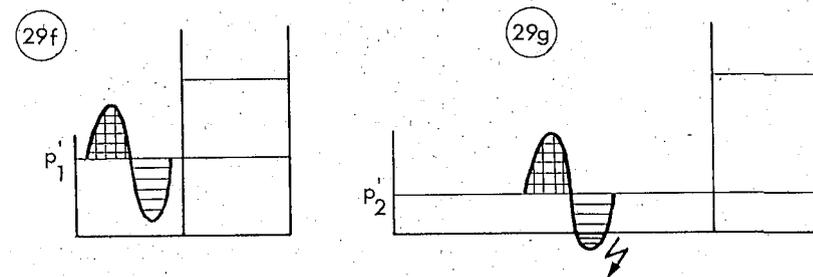
liche Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft mit wachsender oZK immer mehr verschleiert wird, jedenfalls sich immer weniger in der Profitrate widerspiegelt. Aber das ist nur ein Aspekt. Wesentlicher in unserem Zusammenhang sind die Auswirkungen dieser Tendenz der absinkenden Profitrate auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

6) Absinken der Profitrate und Überakkumulationskrise

Wir müssen uns zunächst klarmachen, daß es sich bei der von uns betrachteten Profitrate um den Durchschnitt der Gesamtwirtschaft handelt. Über dieser Durchschnittsgröße dürfen wir nicht vergessen, daß es in der Realität immer Einzelkapitale gibt, die in ihren Verwertungsbedingungen über dem Durchschnitt liegen, und entsprechend andere unter dem Durchschnitt (und dies, obwohl es bestimmte Mechanismen gibt, die tendenziell immer wieder auf einen Ausgleich der Profitraten hindrängen — Mechanismen, denen wir uns später noch im einzelnen zuwenden werden). Wenn also die Durchschnittsprofitrate aufgrund der erwähnten Tendenzen absinkt, bedeutet das für die Kapitale mit unterdurchschnittlicher Profitrate, daß sie immer mehr in die Verlustzone hineingedrängt werden und daß —

je mehr die Profitrate absinkt — die Masse der davon betroffenen Einzelkapitale sich immer weiter vergrößert.

Dieser Zusammenhang soll symbolisch durch die folgenden Abb. 29 f, g dargestellt werden: Die über dem p' -Niveau liegende Welle drückt Kapitale mit überdurchschnittlicher Profitrate aus, während das entsprechende Wellental die Kapitale mit unterdurchschnittlicher Profitrate anzeigt. Während im ersten Bild auch die unterdurchschnittlichen Kapitale noch eine positive Profitrate erzielen, rutschen sie im zweiten Bild unter das Nullniveau, d.h. in die Verlustzone. (Der Blitz deutet an, daß sie in die Krise stürzen.)



Fassen wir unsere bisherigen Überlegungen zur Akkumulation unter den Bedingungen intensiven Wachstums zusammen, so kommen wir zu folgendem — für das Verständnis des kapitalistischen Krisenmechanismus bedeutenden — Ergebnis: Bei dem Versuch, den schwindenden Akkumulationsmöglichkeiten zu entgehen (schwindend aufgrund ausgeschöpfter Arbeitskraftreserven und ansteigender Löhne) gehen die Einzelkapitale zu einer Ausweitung des konstanten Kapitals bei relativer Freisetzung der lebendigen Arbeit über. Sie produzieren damit in der Summe ein Ergebnis, das geradewegs in die Krise führt: wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und Absinken der Profitrate. (Indem sie der Krise ausweichen wollen, produzieren sie die Krise!

7) Die Jagd nach dem Extraprofit als treibender Motor

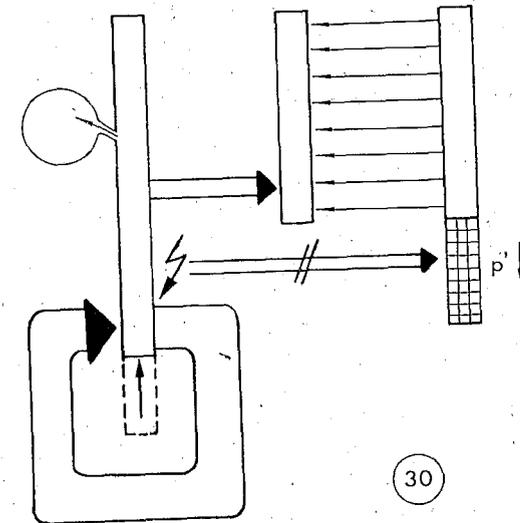
Dieses Ergebnis erscheint außerordentlich paradox. Wenn die vergrößerte oZK zu einem Absinken der Profitrate führt, was bringt dann überhaupt

die Kapitalisten auf die Idee, ihre oZK auszuweiten? Widerspricht dieses Vorgehen nicht dem zentralen Prinzip kapitalistischer Produktionsweise, dem Streben nach Profit? Der scheinbare Widerspruch löst sich dadurch, daß diejenigen Einzelkapitale, die den Schritt zuerst tun, tatsächlich eine Profitsteigerung erzielen, und zwar dadurch, daß sie aufgrund rationellerer Produktionsmethoden zunächst einen Vorsprung vor anderen Einzelkapitalen gewinnen und auf diese Weise einen Extraprofit realisieren können. Die rationelleren Produktionsmethoden erlauben es ihnen nämlich, das gleiche Produkt unter geringerem individuellen Arbeitsaufwand herzustellen, so daß der individuelle Wert der Waren unter den gesellschaftlichen Wert absinkt. Dieser produktivitätsmäßige Vorsprung ermöglicht es dem Einzelkapitalisten z.B., den Preis seiner Ware zu senken und wachsende Nachfrage auf sich zu ziehen und trotzdem — aufgrund der gesunkenen Stückkosten — einen steigenden Profit zu realisieren. Je mehr Einzelkapitale diesen Weg beschreiten, um einen Extraprofit zu erzielen, umso mehr werden die anderen — wollen sie ihre Absatzmöglichkeiten nicht vollends verlieren — gezwungen, sich dem Tempo der technischen Neuerungen anzupassen, indem sie ebenfalls ihre organische Zusammensetzung erhöhen. Indem sich nun die technischen Neuerungen immer mehr verallgemeinern und zum gesellschaftlichen Durchschnitt werden, sinkt der gesellschaftliche Arbeitsaufwand, d.h. der gesellschaftliche Wert der Ware immer mehr ab. Der ursprüngliche Extraprofit wird wieder eingeebnet.

Die Produktivitätssteigerungen führen allerdings — wie wir bereits früher herausgearbeitet haben — zu einem Anstieg der Mehrwertmasse bzw. Mehrwertrate, und zwar aufgrund der wertmäßig absinkenden Reproduktionskosten, die nunmehr unter geringerem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand hergestellt werden können. (Ob davon langfristig eine wirksame Gegen-tendenz gegen den Fall der Profitrate ausgehen kann, werden wir später ausführlich erörtern.) Gleichzeitig jedoch — und dies hatten wir früher nicht bedacht — wird die Steigerung der Mehrwertrate erkauf mit einer wachsenden oZK . Ist eine Steigerung der Produktivität und der Mehrwertrate nur noch möglich über eine noch stärkere Steigerung der organischen Zusammensetzung, d.h. nur noch unter relativ erhöhten Aufwendungen für konstantes Kapital, so kommt es zu einem Abfall der Durchschnittsprofitrate, zu insgesamt sich verschlechternden Verwertungsbedingungen.

8) Die Folgen der Überakkumulationskrise

Wenden wir uns nun der Frage zu, welche Folgewirkungen durch die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen ausgelöst werden. Zunächst ist zu erwarten, daß das Absinken der Profitrate (u.U. unter Null) bei den betroffenen Einzelkapitalen zu einem Akkumulationsstopp führen wird. Die bisher getätigten Aufträge an die Produktionsmittelindustrie werden dementsprechend schrumpfen. Die ersten Anzeichen der Krise werden also in Sektor I auftreten, der mit einem Schlag seine aus der Akkumulation anderer Bereiche gespeiste Nachfrage einbüßt (grafisch angedeutet durch die Unterbrechung des Pfeilstroms in Richtung Mehrwert bzw. p' (fallende Profitrate)). Die Erlöse in dieser Industrie werden entsprechend zurückgehen, und — um Verluste möglichst zu vermeiden — werden die Produktionskosten und damit die Produktion gedrosselt. Eine Folge davon wird in Kurzarbeit bzw. Entlassungen von Arbeitskräften bestehen (aufgeblasener Ballon in Abb. 30), eine andere darin, daß die Produktionsmittelindustrie



ihreits keine Neuinvestitionen mehr vornimmt, u.U. sogar auf Ersatzinvestitionen verzichtet und somit die Nachfrage bei anderen Unternehmen dieses Sektors um ein weiteres sinkt.

Die Entlassungen der Arbeitskräfte aus Sektor I haben einen Einkommensrückgang und damit einen Rückgang der Massenkauflkraft, also der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln, in Sektor II zur Folge. Über die schrumpfenden Realisierungsmöglichkeiten wird es auch dort zu einer Einschränkung der Produktion und Entlassungen kommen, wodurch der Effekt abermals verstärkt wird. Darüberhinaus wird die Nachfrage des Sektors II nach Produktionsmitteln zurückgehen, was Sektor I auch von dieser Seite her verstärkt in die Krise drängt.

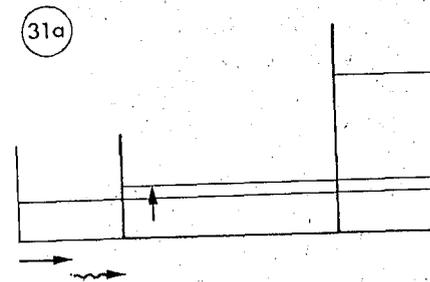
9) Entwertungsprozesse als notwendige Voraussetzung des Wiederaufschwungs

Die Überakkumulationskrise pflanzt sich also als Realisierungskrise über die gesamte Wirtschaft fort, und durch den plötzlichen Absatzrückgang in den verschiedensten Bereichen können nicht einmal mehr die in den schon produzierten Waren steckenden Werte realisiert werden. Entweder bleiben die Waren auf Lager liegen, oder sie werden zu Preisen weit unter Wert losgeschlagen. In beiden Fällen mißlingt die Realisierung der Werte, es finden sog. „Entwertungsprozesse“ statt.

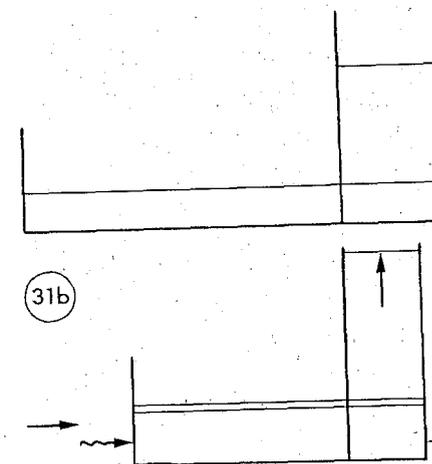
Eine weitere Folge wird sein, daß die schwächeren Einzelkapitale sich trotz aller Versuche dem Konkurs nicht entziehen können. Entweder werden ihre Produktionsanlagen verschrottet, oder aber sie werden zu Schleuderpreisen losgeschlagen. In jedem Fall findet eine (physische oder wertmäßige) Schrumpfung oder Vernichtung des in ihnen gebundenen konstanten Kapitals statt. (Abb. 31 a will das stoffliche Zusammenschrumpfen von c (Vernichtung von Warenlagern, Verschrotten von Produktionsanlagen usw.) durch den geraden waagerechten Pfeil ausdrücken, während das wertmäßige Zusammenschrumpfen durch den geschlängelten Pfeil symbolisiert wird.)

Auf der anderen Seite wird auch die inzwischen entstandene Massenarbeitslosigkeit nicht ohne Folgen für die Entwicklung der Lohnsätze bleiben. Unter dem Druck der Krise und aus Furcht vor drohenden Entlassungen werden die einzelnen Arbeiter auch zu niedrigsten Löhnen bereit sein, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Aber auch im Fall gewerkschaftlicher Organisation wird das Kapital versuchen, die Lohnsätze herunterzudrücken und

den Gewerkschaften einzureden, daß ansonsten die Arbeitslosigkeit noch stärker ansteigen wird. Lassen sich die Gewerkschaften von einer solchen Drohung einschüchtern, so wird ihre Kampfstärke in Zeiten der Krise nur sehr gering sein und nicht ausreichen, um sich gegen ein Herabdrücken der Löhne zu Wehr zu setzen. Entsprechend findet auch auf der Ebene des variablen Kapitals ein „Entwertungsprozeß“ statt, indem die Lohnsätze abrutschen und eine bestimmte Menge lebendiger Arbeit nunmehr unter geringerem Aufwand von variablem Kapital eingesetzt werden kann (Abb. 31 b).

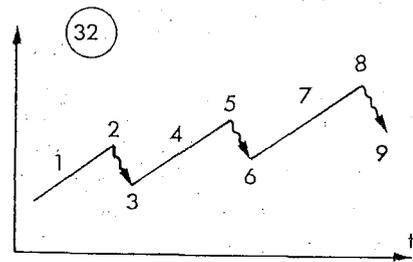


Sowohl das Zusammenschrumpfen des konstanten Kapitals wie auch das des variablen Kapitals hat nun zur Folge, daß sich die Bezugsgröße, auf die sich die produzierte und realisierte Mehrwertmasse verteilt, auf diese Weise verringert hat. In unserer Grafik kommt das darin zum Ausdruck, daß sich der Boden des Gefäßes von zwei Seiten her verkleinert hat. Das bedeutet aber nichts anderes als eine Tendenz zum Wiederanstieg der Profitrate: Bei gleicher Mehrwertmasse ergibt sich nunmehr — nach erfolgten Entwertungsprozessen — ein günstigeres Verhältnis zwischen Mehrwertmasse und Gesamtkapital. Selbst wenn aufgrund zurückgegangener Beschäftigung die Mehrwertmasse abgesunken ist, führen die Entwertungsprozesse tendenziell zu einem Anstieg der Profitrate. Diese Tendenz wird verstärkt durch die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit durchgesetzte Intensivierung der Arbeit und dadurch bedingte Mehrwertsteigerung.



Sowohl das Zusammenschrumpfen des konstanten Kapitals wie auch das des variablen Kapitals hat nun zur Folge, daß sich die Bezugsgröße, auf die sich die produzierte und realisierte Mehrwertmasse verteilt, auf diese Weise verringert hat. In unserer Grafik kommt das darin zum Ausdruck, daß sich der Boden des Gefäßes von zwei Seiten her verkleinert hat. Das bedeutet aber nichts anderes als eine Tendenz zum Wiederanstieg der Profitrate: Bei gleicher Mehrwertmasse ergibt sich nunmehr — nach erfolgten Entwertungsprozessen — ein günstigeres Verhältnis zwischen Mehrwertmasse und Gesamtkapital. Selbst wenn aufgrund zurückgegangener Beschäftigung die Mehrwertmasse abgesunken ist, führen die Entwertungsprozesse tendenziell zu einem Anstieg der Profitrate. Diese Tendenz wird verstärkt durch die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit durchgesetzte Intensivierung der Arbeit und dadurch bedingte Mehrwertsteigerung.

Wir stellen also fest, daß das über die Krise herbeigeführte stoffliche und wertmäßige Zusammenschrumpfen von konstantem und variablem Kapital eine Tendenzwende in der Entwicklung der Durchschnittsprofitrate herbeiführt und damit die Grundlage schafft für einen erneuten Wiederaufschwung. Hat sich die Tendenz erst einmal umgekehrt, so kann sich der Aufschwung ebenso auf alle Bereiche der Wirtschaft ausbreiten, wie es vorher die Krise getan hatte: Diejenigen Kapitale mit den günstigsten Verwertungsbedingungen, die u.U. die Krise dazu genutzt haben, um ihren produktivitätsmäßigen Vorsprung etwa über Rationalisierungsinvestitionen weiter auszubauen, werden zunehmend akkumulieren und auf diese Weise die Nachfrage in Sektor I ankurbeln. Dort wird die Ausdehnung der Produktion zusätzliche Arbeitskräfte ansaugen, so daß die Einkommen und die Konsumnachfrage steigen usw. Die Entwertungsprozesse sind einerseits notwendige Begleiterscheinungen des Durchbruchs der Krise und gleichzeitig notwendige Voraussetzung für einen neuen Aufschwung, für ein neues Wachstum der Produktion und Akkumulation. Da die Krise die schwächeren Einzelkapitale vernichtet hat, vollzieht sich der neue Aufschwung schließlich auf einem höheren Niveau der Produktion. Bis schließlich die



inneren Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung — wenn auch auf höherem Niveau — eine erneute Verwertungskrise hervorbringen usw. Schematisch läßt sich die zyklische Bewegung des Kapitals wie in Abb. 32 darstellen: Die Aufwärtsbewegungen charakterisieren das wertmäßige Anwachsen des Gesamtkapitals

im Aufschwung, während die geschlängelten und abwärts gerichteten Pfeile das wertmäßige Zusammenschrumpfen beim Durchbruch der Krise darstellen.

III. Mögliche Quellen störungsfreier Kapitalakkumulation

Aus den bisherigen Ableitungen müßte man den Schluß ziehen, daß das kapitalistische System einem ständigen und regelmäßigen Zyklus von Krise

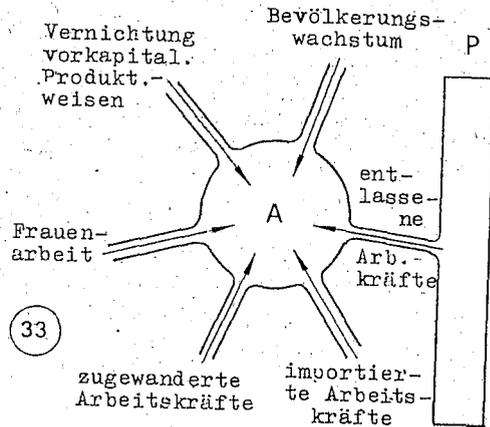
und Hochkonjunktur unterworfen sein muß. Tatsächlich aber hat es in der Geschichte kapitalistischer Systeme verschiedentlich Phasen gegeben, in denen über längere Frist eine relativ störungsfreie Kapitalakkumulation und eine relativ krisenfreie Entwicklung stattgefunden hat. Erinnert sei nur an das sog. deutsche Wirtschaftswunder in der Nachkriegsentwicklung der BRD — eine Phase des permanenten (wenn auch in Schwankungen sich vollziehenden) Wachstums, das erst durch die Krise 1966/67 unterbrochen wurde. Hingewiesen sei aber auch auf die frühkapitalistische Entwicklung, die weitgehend frei von gesamtgesellschaftlichen Krisen verlief. Wie erklären sich solche Phasen relativ krisenfreier Entwicklung, und wie lassen sich derartige Erscheinungen vereinbaren mit den oben abgeleiteten Zusammenhängen?

1) Innere und äußere Quellen für das Anwachsen der Lohnarbeit

Kommen wir zur Erörterung dieser Frage auf unsere Modelle zum extensiven und intensiven Wachstum zurück (Abb. 28 d, e). Dort hatten wir herausgearbeitet, daß der Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum spätestens dann notwendige Voraussetzung für eine weitere Kapitalakkumulation wird, wenn die Reserven an unbeschäftigten Arbeitskräften erschöpft sind. Eine weitere Akkumulation war dann nur noch dadurch möglich, daß sich das Verhältnis zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit zugunsten letzterer verschiebt, d.h. in Richtung wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals. Wodurch die Arbeitskraftreserven ihrerseits bestimmt werden bzw. aus welchen Quellen sie gespeist werden können, hatten wir seinerzeit nicht weiter erörtert. Dieser Frage wollen wir jetzt nachgehen. In dem Ausmaß nämlich, wie der Ballon des Arbeitskräftereservoirs aufgefüllt wird, kann der Übergang zur intensiven Wachstumsphase hinausgeschoben werden und muß es entsprechend nicht zu einem Anwachsen der organischen Zusammensetzung kommen. Wir haben in Abb. 33 eine Reihe von möglichen Quellen aufgeführt, die den Ballon des Arbeitskräftereservoirs speisen können.

a) Bevölkerungswachstum

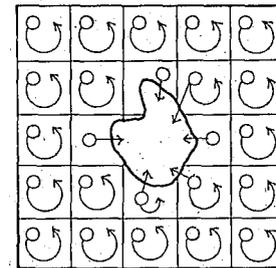
Wächst die Bevölkerung z.B. 3 % jährlich und bleibt das Verhältnis zwischen Lohnabhängigen und Nicht-Lohnabhängigen unverändert, so wächst entsprechend das Arbeitskräftepotential jährlich um den gleichen Prozent-



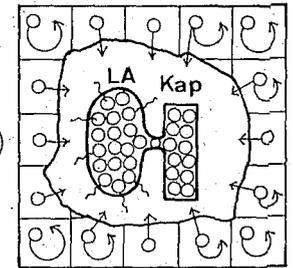
satz. Ändert sich z.B. die Geburtenrate, so macht sich diese Veränderung mit einer entsprechenden Verzögerung auch im Angebot an Arbeitskräften bemerkbar. Die Verzögerung hängt zusammen mit der Zeit bis zum Eintritt in das arbeitsfähige Alter bzw. die Dauer der Ausbildung. Den Zugängen stehen auf der anderen Seite die Abgänge der aus dem Arbeitsprozeß Ausscheidenden gegenüber, sei es durch Krankheit oder Tod oder durch Eintritt in das Rentenalter. Auf einzelne Einflußfaktoren wollen wir hier nicht näher eingehen. Jedenfalls ist klar, daß bei einem jährlichen Wachstum des Arbeitskräftepotentials um einen bestimmten Prozentsatz die Akkumulation sich in gleichem Tempo auf extensive Weise vollziehen kann. Solange das Akkumulationstempo die Rate des Wachstums des Arbeitskräftepotentials nicht übersteigt, ist die Absorbierung der zusätzlichen Arbeitskräfte auf der Grundlage der bisherigen Technik, d.h. bei unverändertem Verhältnis von lebendiger zu vergegenständlichter Arbeit möglich.

b) Vernichtung vorkapitalistischer Produktionsweisen

Das Wachstum der verfügbaren Lohnarbeiter kann aber — zusätzlich zu den gerade erwähnten Faktoren — erheblich vom Wachstum der Bevölkerung abweichen. Der Grund liegt darin, daß mit der Vernichtung vorkapitalistischer Produktionsweisen im Zuge der Kapitalentfaltung relativ immer mehr Menschen ihre ursprüngliche ökonomische Existenz verlieren und in die Lohnabhängigkeit getrieben werden. Erinnerung sei nur an die ökonomische Vernichtung der Kleinbauern, die im Zuge der von Marx beschriebenen ursprünglichen Akkumulation in die Städte getrieben wurden und nichts außer ihrer Arbeitskraft anzubieten hatten. Erinnerung sei auch an die ökonomische Vernichtung ursprünglich selbständiger Handwerker und Kleinproduzenten im Zuge der Konkurrenz mit den stärkeren kapitalistischen Unternehmen. — In den Anfängen seiner Entfaltung konnte das Kapital daher auf nahezu unerschöpfliche Arbeitskraftreserven zurückgreifen, die in dem Maße freigesetzt wurden, wie ursprünglich selbständige ökonomische Existenzen vernichtet wurden. Durch diese Vernichtungsprozesse hat sich das Kapital — insbesondere in der Phase des Frühkapitalismus — weit über das Bevölkerungswachstum hinaus — das Menschenmaterial für seine stürmische Akkumulation selbst geschaffen. Je mehr sich aber die



34a



34b

kapitalistische Produktionsweise gegenüber den vorkapitalistischen Produktionsweisen (Naturalwirtschaft, einfache Warenproduktion) durchgesetzt hat, je größer also bereits der Anteil der Lohnabhängigen an der gesamten Erwerbsbevölkerung ist, umso mehr versiegt diese Quelle zusätzlicher Lohnarbeiter.

Aus diesen Überlegungen wird verständlich, warum sich die Akkumulation in der Frühphase des Kapitalismus relativ störungsfrei vollziehen konnte.

Der Expansion des Kapitals schienen zunächst keinerlei Grenzen gesetzt zu sein. Hinzu kam, daß unter den Bedingungen eines drückenden Überangebots an Arbeitskräften die Lohnsätze extrem niedrig lagen. Für die Kapitalakkumulation handelte es sich dabei um geradezu ideale Bedingungen, die es ermöglichten, die Aufwendungen für variables Kapital niedrig zu halten und eine hohe Mehrwertrate zu erzielen.

c) Frauen- und Kinderarbeit

Eine weitere Quelle zusätzlicher Lohnarbeit besteht im Hineinziehen von Frauen und Kindern in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Wir hatten weiter oben schon herausgearbeitet, daß dadurch der Wert der Arbeitskraft jedes Einzelnen sinkt, weil nunmehr mehrere Familienmitglieder die Reproduktionskosten der Familie aufbringen. Gegenüber den früheren Überlegungen müssen wir allerdings ergänzen, daß mindestens heutzutage die Reproduktionskosten der Familie tendenziell dadurch ansteigen, daß auch die Frau arbeiten geht. Durch den Ausfall ihrer Arbeitskraft im Haushalt (der auch im Fall der sog. Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Haushalt mindestens teilweise eintreten wird) dürfte die Inanspruchnahme zusätzlicher Dienstleistungen (Kantine/Restaurant, Kinderladen, Wäscherei usw.) bzw. die Anschaffung von Haushaltsmaschinen unumgänglich werden. Solange aber diese zusätzlichen Ausgaben nicht zu einer Verdoppelung der ursprünglichen Reproduktionskosten führen, sondern darunter liegen, bleibt es in der Tendenz dabei, daß der Wert der Ware Arbeitskraft pro Kopf absinkt.

d) Zuwanderung von Flüchtlingen oder Einwanderern

Das Reservoir an Lohnarbeitern kann weiterhin aufgefüllt werden durch Zuwanderung von Arbeitskräften (in Form von Einwanderern wie in den Anfängen der USA, oder in Form von Flüchtlingsströmen — wie in den Anfängen der BRD). Für die BRD war die starke Zuwanderung von Flüchtlingen einer unter mehreren Faktoren, die eine längere Zeit des extensiven Wachstums und einer relativ störungsfreien Kapitalakkumulation ermöglichten.

e) Import ausländischer Arbeitskräfte

Als weitere Quelle zusätzlicher Lohnarbeit bleibt der Import ausländischer Arbeitskräfte („Gastarbeiter“). Insbesondere wenn es gelingt, deren Löhne unter dem Niveau der inländischen Arbeitskräfte zu halten, oder aber wenn ihnen Arbeiten auferlegt werden, die bei inländischen Arbeitern Widerstand und Verweigerung provozieren würden, kann der Import von Arbeitskräften sinnvoll für das Kapital sein. Der Import ausländischer Arbeitskräfte wurde für die BRD in dem Maße zunehmend relevant, wie die anderen erwähnten Quellen zusätzlicher Arbeitskräfte versiegt. In Zeiten der Krise werden die ausländischen Arbeiter allerdings zunehmend überflüssig und durch die Inanspruchnahme von Sozialleistungen sogar zunehmend als Last empfunden (obwohl sie für die Aufbringung der Sozialabgaben gut genug waren). Vom Kapitalstandpunkt her konsequent werden sie in ihre Heimatländer abgeschoben.

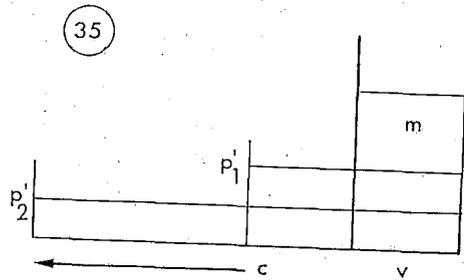
f) Konjunkturrell und strukturell bedingte Freisetzung von Arbeitskräften

Die Krise setzt selbstverständlich nicht nur ausländische, sondern auch inländische Arbeitskräfte „frei“ (!). Nach jeder Krise bilden u.a. sie das Reservoir, das im Wiederaufschwung angesaugt werden kann. Ob dies freilich vollständig geschieht, ob also auf die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit wieder Vollbeschäftigung folgt, hängt davon ab, in welcher Form sich Aufschwung vollzieht. Erfolgt nämlich die Wiederbelebung der Akkumulation in erster Linie über Rationalisierungsinvestitionen, weil diese aus der Sicht der Einzelkapitale kostengünstiger sind (z.B. aufgrund umwälzender Technologie wie Einführung von EDV und aufgrund der vergleichsweise hohen Lohnsätze), so kann der Aufschwung bereits in eine neue Krise umschlagen, noch bevor auch nur annähernd Vollbeschäftigung eingetreten wäre. Arbeitslosigkeit ist dann nicht mehr nur konjunkturrell bedingt, sondern auch „strukturell“. (Hochentwickelte kapitalistische Länder einschließlich der BRD geraten zunehmend in eine derartige Phase hinein.)

2) Gegenteilendungen gegen das Absinken der Profitrate

Während wir gerade im wesentlichen Faktoren erörtert haben, die die überwiegend extensive Phase des Wachstums verlängern können (in der die or-

ganische Zusammensetzung nicht anzusteigen braucht), wollen wir uns im folgenden der Frage zuwenden, ob nicht auch in der Phase des überwiegend intensiven Wachstums Gegenteilstendenzen denkbar sind, die den Fall der Profitrate aufhalten können. Kommen wir deshalb auf unser Modell zurück, aus dem wir das Absinken der Profitrate abgeleitet hatten (Abb. 35).



Wir hatten in diesem Zusammenhang folgende Überlegungen angestellt bzw. Voraussetzungen zugrundegelegt:

— Bei erschöpften Arbeitskraftreserven ist eine weitere Akkumulation nur möglich durch ein verändertes Verhältnis zwischen

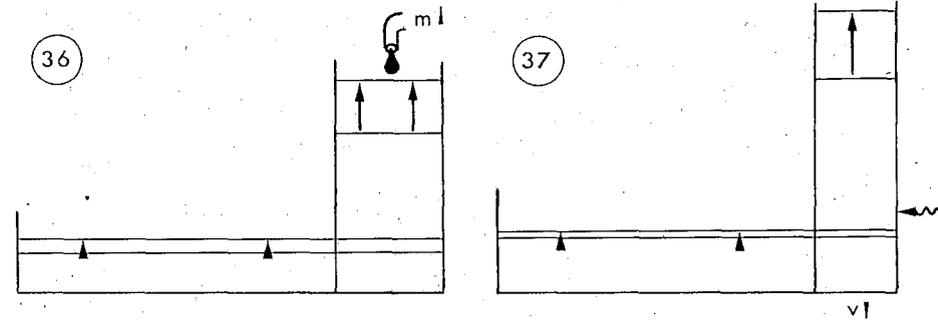
vergegenständlichter und lebendiger Arbeit: Diese Veränderung führt zu erhöhten Aufwendungen an konstantem Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital und somit zu einer wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals.

— Unter der Voraussetzung gleicher Mehrwertrate verteilt sich die Mehrwertmasse bei gewachsener oZK auf ein größeres Gesamtkapital und ergibt somit eine geringere Profitrate.

a) Wachsende organische Zusammensetzung, Produktivitätssteigerung und Anstieg der Mehrwertrate

Diese Voraussetzungen müssen wir noch einmal genauer untersuchen. Beginnen wir mit der zweiten: Ist es überhaupt realistisch anzunehmen, daß mit wachsender oZK die Mehrwertrate konstant bleibt? Widerspricht das nicht vielmehr unseren früheren Überlegungen, daß eine durch Einsatz neuer Technologie herbeigeführte Produktivitätssteigerung den Mehrwert erhöht? Und zwar dadurch, daß die Reproduktionskosten unter geringerem Einsatz gesellschaftlicher Arbeitszeit hergestellt werden können und auf diese Weise der Wert der Arbeitskraft sinkt. — Wenn wir diesen Zusammenhang zwischen Produktivitätssteigerung und Mehrwertsteigerung berücksichtigen, ergibt sich bezüglich der Entwicklung der Profitrate ein verändertes Bild: Nicht nur würde sich auf diese Weise die Mehrwertmasse erhöhen (Abb. 36), sondern für den Einsatz der gleichen Menge lebendiger

Arbeit braucht weniger variables Kapital vorgeschossen werden (wenn sich die Löhne entsprechend den gesunkenen Reproduktionskosten verringern — Abb. 37).



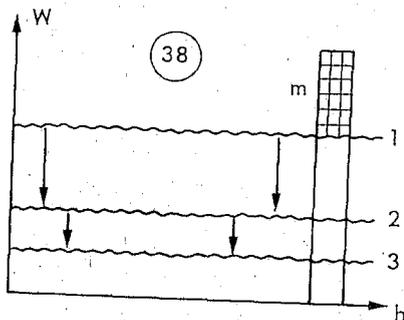
Es kämen also — gegenüber der früher unterstellten Situation — zwei Effekte zusammen: Einmal eine Vergrößerung der Mehrwertmasse, die sich zweitens auf ein verkleinertes Gesamtkapital verteilt (verkleinert um die gerade erwähnte Verminderung des variablen Kapitals). Durch diese Gegenteilstendenzen wurde das Absinken der Profitrate in jedem Fall gebremst, wenn es nicht gar in das Gegenteil einer steigenden Profitrate umschlägt. (In der gleichen Richtung würden sich übrigens eine Senkung der Löhne noch unter den Wert der Arbeitskraft auswirken, ebenso wie ein gesteigerter Ausbeutungsgrad aufgrund gesteigerter Arbeitsintensität. Beides würde ebenfalls die Mehrwertmasse erhöhen.)

Ob sich nun durch Erhöhung der Mehrwertmasse der Fall der Profitrate aufhalten läßt, hängt freilich davon ab, ob diese Gegenteilstendenz relativ stärker ist als das Anwachsen der oZK. Grob formuliert kann man sagen: Wächst die oZK prozentual stärker als auf der anderen Seite die Mehrwertmasse, so wird im Ergebnis die Profitrate nach wie vor — wenn auch langsamer als ursprünglich angenommen — absinken. Wovon hängt also das Verhältnis in den beiden Wachstumsraten ab?

Zunächst einmal kann gesagt werden, daß das Wachstum der Mehrwertmasse sich in dem Maße verlangsamt, wie es den Arbeitern gelingt, aufgrund gesteigerter Produktivität auch höhere Löhne durchzusetzen. Würden die Löhne etwa prozentual im gleichen Ausmaß steigen wie die Produktivität, so käme die Produktivitätssteigerung nicht — wie bisher unterstellt — voll,

sondern nur zum Teil dem Kapital zugute. Die zur Verteilung auf das Gesamtkapital anstehende Mehrwertmasse würde entsprechend weniger wachsen und könnte die Tendenz zur fallenden Profitrate umso weniger aufhalten.

Selbst wenn wir aber annehmen, daß die Reallöhne trotz Produktivitätssteigerung auf demselben Niveau bleiben, wird die prozentuale Steigerung der Mehrwertmasse in der Phase des intensiven Wachstums auf immer größere Hindernisse stoßen. Abb. 38 soll das verdeutlichen. Der Übergang von



1. nach 2. beinhaltet eine 100%ige Produktivitätssteigerung, weil dieselben Reproduktionskosten nunmehr unter halbem Einsatz gesellschaftlicher Arbeitszeit produziert werden können. Der Übergang von 2. nach 3. bedeutet (gegenüber 2.) wiederum eine 100%ige Steigerung. Wie hat sich demgegenüber die Mehrwert-

masse entwickelt? Beim Übergang von 1. nach 2. hat sie sich in unserem Beispiel zunächst um 100% vergrößert; beim Übergang von 2. nach 3. hingegen nur noch (gegenüber 2.) um 25%! Selbst wenn also die Produktivitätssteigerung in gleichem Tempo anhalten würde, würde die prozentuale Steigerung der Mehrwertmasse immer geringer werden und schließlich kaum mehr ins Gewicht fallen.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß — entgegen der ursprünglich vereinfachten Annahme — eine wachsende organische Zusammensetzung einhergeht mit einem gleichzeitigen Anwachsen der Mehrwertrate, daß aber das relative Anwachsen der Mehrwertrate im Vergleich zur Produktivitätssteigerung immer langsamer wird und von daher das Absinken der Profitrate immer weniger wird aufhalten können. An der immanenten Tendenz des kapitalistischen Systems zur Krise ändert sich dadurch nichts.

b) Verbilligung von Elementen des konstanten Kapitals und ihr Einfluß auf die organische Zusammensetzung

Wenden wir uns nun noch einem letzten Punkt in diesem Zusammenhang

zu, nämlich der Frage, wie sich die Produktivitätssteigerung auswirkt, wenn sie sich nicht nur auf die Produktion von Konsumtionsmitteln beschränkt (wie wir bisher implizit angenommen haben), sondern auch die Produktion von Produktionsmitteln erfaßt. In diesem Fall würden auch die Produktionsmittel unter geringerem Einsatz gesellschaftlicher Arbeitszeit reproduziert werden können, d.h. in ihrem Wert absinken. Ein stoffliches Anwachsen der Produktionsmittel bedeutet dann nicht automatisch auch ein wertmäßiges Anwachsen des konstanten Kapitals in gleichem Umfang. Die *technische Zusammensetzung des Kapitals* (Verhältnis zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit) kann sich also anders entwickeln als die wertmäßige organische Zusammensetzung. Marx schreibt in diesem Zusammenhang, daß

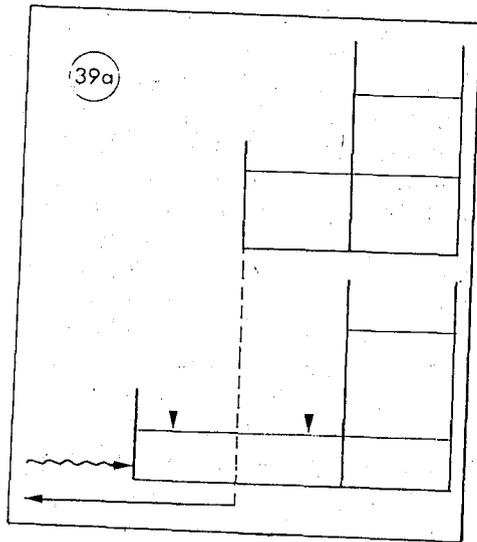
„der Wert des konstanten Kapitals nicht in dem Verhältnis wächst wie sein materieller Umfang.“ (MEW 25, S. 246) „Kurz, dieselbe Entwicklung, die die Masse des konstanten Kapitals steigert im Verhältnis zum variablen, vermindert, infolge der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit, den Wert seiner Elemente und verhindert daher, daß der Wert des konstanten Kapitals, obgleich beständig wachsend, im selben Verhältnis wächst wie sein materieller Umfang.“ (MEW 25, S. 246)

Es könnte sogar der Fall eintreten, daß die Produktivitätssteigerung in der Produktionsmittelindustrie so groß ist, daß trotz stofflicher Ausweitung der Produktionsmittel das dafür aufzuwendende konstante Kapital sinkt. In diesem Fall könnte sich sogar ein intensives Wachstum vollziehen, ohne daß die organische Zusammensetzung des Kapitals *wertmäßig* ansteigt. Die Tendenz einer fallenden Profitrate wäre damit aufgehoben bzw. in ihr Gegenteil verkehrt.

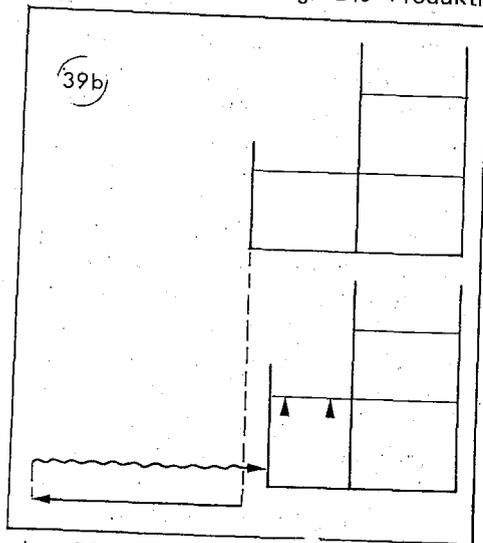
c) Veränderte Form der Produktivitätssteigerung und Umkehr in der Entwicklung der organischen Zusammensetzung

Verschiedene marxistische Autoren (z.B. Gillmann: Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt 1969. — Stamatis: Zum Marx'schen Gesetz vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate, in: mehrwert 10, Berlin und Bremen 1976) gehen in der Tat davon aus, daß sich die Tendenz zum Absinken der Profitrate — verstanden allerdings als langfristige Entwicklungstendenz — seit dem ersten Drittel dieses Jahrhunderts umge-

kehrt hat, und zwar aufgrund einer veränderten Form der Produktivitätssteigerung, wie sie sich im Zuge der technischen Entwicklung herausgebildet hat. Während früher eine stoffliche Ausweitung der gegenständlichen Arbeit gegenüber der lebendigen Arbeit (d.h. ein Anstieg in der technischen Zusammensetzung) immer auch verbunden war mit einem (wenn auch geringeren) wertmäßigen Anstieg des konstanten Kapitals und der oZK (Abb. 39 a), habe sich diese Parallelität zwischen Produktivitätssteigerung und wachsender oZK in diesem Jahrhundert aufgelöst — eben aufgrund der stürmischen technologischen Entwicklung im Bereich der Produktionsmittelherstellung. Die Produktivitätssteigerung in der Produktionsmittelindustrie habe sich derart entwickelt, daß der Wert der Produktionsmittel ständig absinke, obwohl mit ihrem Einsatz der Übergang zu neuer Technologie und zur Freisetzung lebendiger Arbeit vollzogen werde. M.a.W.: Die Einführung technischen Fortschritts sei nunmehr nicht mehr gebunden an die Notwendigkeit steigender Aufwendungen für konstantes Kapital, sondern könne sich umgekehrt sogar unter relativ geringerem Einsatz konstanten Kapitals, d.h. bei sinkender organischer Zusammensetzung



der oZK vollziehen (Abb. 39 b). Sinkende organische Zusammensetzung



aber bedeutet — bei gleichbleibender Mehrwertrate — sogar einen Anstieg der Profitrate, nicht aber deren Absinken. (Wenn sich durch diese Art des technischen Fortschritts darüberhinaus auch die Mehrwertrate erhöht, ergibt sich eine zusätzliche Tendenz in Richtung steigender Profitrate.)

U.a. hat Gillman in seinem Buch „Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ versucht, die Tendenzwende in der langfristigen Entwicklung der Profitrate seit den 30er Jahren empirisch nachzuweisen. Er stützt sich dabei auf Untersuchungen der U.S.-amerikanischen Industrie und kommt zu dem Schluß, daß das von Marx als langfristige Tendenz formulierte „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ inzwischen seine Gültigkeit verloren habe. Abgesehen davon, daß das methodische Vorgehen von Gillman und die Aussagekraft seiner empirischen Untersuchungen sehr umstritten sind, kann allein aus der empirischen Beobachtung eines zeitweiligen oder auch längerfristigen Anstiegs der Profitrate keinesfalls geschlossen werden, daß damit — entgegen der These von Marx — die Akkumulationsbedingungen des Kapitals langfristig gesichert sind. Vielmehr kann es sich bei dem beobachteten Zeitraum um eine Phase handeln, in der einige der Bedingungen für eine relativ störungsfreie Akkumulation gegeben sind und wo in der Tat — wie wir oben für die Phase des extensiven Wachstums abgeleitet haben — die Verwertungsbedingungen für das Kapital günstig sein können und wo eine Steigerung der Mehrwertrate auch ohne wachsende oZK möglich ist. In dem Ausmaß aber, wie diese begünstigenden Faktoren schwinden, setzt sich der eigentliche Krisenmechanismus, der bis dahin von der Wirkung dieser Faktoren überdeckt war, in zunehmend unverfälschter Form durch.

Zu einer derartigen Einschätzung kommen z.B. Altwater/Hoffmann/Schoeller/Semmler (Zur Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. v. V. Brandes, Frankfurt 1974.) Aufgrund ihrer empirischen Untersuchungen kommen sie zu dem Ergebnis, daß in den Anfängen der BRD tatsächlich ein Anstieg der Profitrate stattgefunden hat, daß aber bereits seit Mitte der 50er Jahre wieder ein fallender Trend in der Entwicklung der Profitrate zu beobachten ist, der einhergeht mit einer seitdem ansteigenden „Kapitalintensität“ (die sie deuten als Indiz für die organische Zusammensetzung des Kapitals). (Auf Einzelheiten können wir hier nicht eingehen. Es sei aber empfohlen, vor dem Hintergrund der von uns modellhaft abgeleiteten Zusammenhänge zwischen Akkumulation und Krise den erwähnten Artikel durchzuarbeiten.)

An dieser Stelle sei kurz auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich grundsätzlich bei dem Versuch einer empirischen Überprüfung der Marxschen Theorie anhand statistischer Daten ergeben. Während die Marxsche Theorie auf der Basis von Wertgrößen argumentiert, sind in der offiziellen Statistik derartige Wertgrößen nicht aufgeführt. Die Statistik arbeitet vielmehr auf der Grundlage von Preisgrößen, die — aus Gründen, die wir teilweise schon früher erörtert haben — von den Werten abweichen können. Hinzu kommt, daß bestimmte Begriffe der Mehrwerttheorie in der offiziellen Statistik überhaupt nicht vorkommen. Aus den offiziellen statistischen Daten können insofern oft nur indirekt Rückschlüsse gezogen werden auf die Größen, die vom Gesichtspunkt der Mehrwerttheorie relevant sind. (Zu den hierbei auftretenden methodischen Problemen, die auch innerhalb der marxistischen Diskussion noch kontrovers diskutiert werden, siehe im einzelnen Altwater/Hoffmann/Schoeller/Semmler: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, in Prokla 13/1974.)

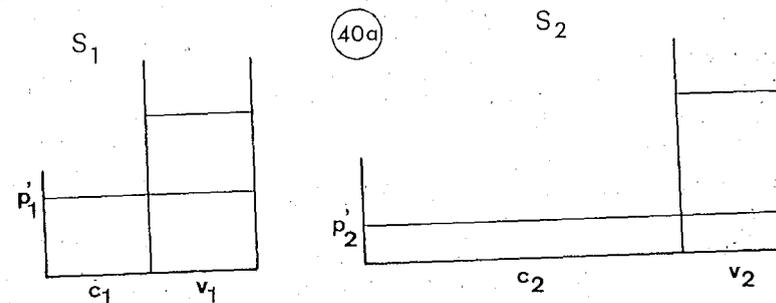
IV. Die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate

Wir haben bisher von der organischen Zusammensetzung des Kapitals lediglich in Bezug auf die Gesamtwirtschaft gesprochen, dabei aber vernachlässigt, daß das Verhältnis von c zu v in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft durchaus unterschiedlich sein kann. In der Realität müssen wir von solchen Unterschieden ausgehen, weil die Möglichkeit, lebendige durch vergenständlichte Arbeit tendenziell zu ersetzen, unterschiedlich ist, je nachdem, um welche stoffliche Form der Produktion es sich jeweils handelt und welche Technologien jeweils zur Anwendung kommen können. Bestimmte Produktionsprozesse sind vom rein Technischen her unter weitgehender Ausschaltung der lebendigen Arbeit möglich, d.h. mehr oder weniger automatisiert. Andere Produktionsprozesse erfordern einen größeren Anteil lebendiger Arbeit, selbst wenn die für diesen Bereich fortgeschrittensten Techniken eingesetzt werden. Man vergleiche nur das Betreiben einer Raffinerie oder eines Kraftwerks einerseits etwa mit der Produktion von Schiffen auf einer Werft oder mit dem Bau von Häusern, Straßen oder Tunneln in der Bauindustrie andererseits, und es wird deutlich, daß die technischen Möglichkeiten der Ersetzung lebendiger Arbeit sehr unterschiedlich sind.

Anders also als *innerhalb* eines Sektors, wo sich eine bestimmte Technologie durch den Druck der Konkurrenz allmählich verallgemeinert und sich auf diese Weise in der Tendenz auch die oZK der einzelnen Kapitale angleicht, ist eine entsprechende Angleichung *zwischen* den Sektoren aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Produktionsprozesse und der dadurch bedingten unterschiedlichen Techniken überhaupt nicht — nicht einmal in der Tendenz — denkbar. Wir müssen deshalb realistischerweise davon ausgehen, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals in unterschiedlichen Sektoren notwendigerweise und dauerhaft unterschiedlich ist. Was ergeben sich daraus für Konsequenzen bezüglich der Profitraten in den einzelnen Sektoren?

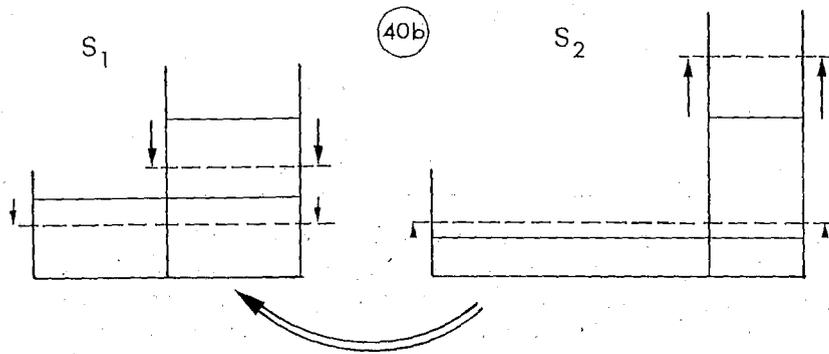
1) Unterschiedliche Profitrate und Kapitalbewegung zwischen den Sektoren

Wir wollen zur Diskussion dieser Frage modellhaft eine Volkswirtschaft unterstellen, die aus nur zwei Sektoren besteht. In diesen beiden Sektoren soll der gleiche Ausbeutungsgrad (gleiche Arbeitszeit, gleiche Intensität der Arbeit) und damit die gleiche Mehrwertrate gegeben sein, und wir wollen sogar annehmen, daß das eingesetzte variable Kapital in beiden Fällen übereinstimmt. Die Sektoren unterscheiden sich lediglich in der Größe des konstanten Kapitals und damit auch in der organischen Zusammensetzung, die in Sektor 2 größer ist als in Sektor 1. (S_1 und S_2 sollen hier übrigens nicht identisch sein mit Produktionsmittelsektor und Konsumtionsmittelsektor!)



Trotz gleicher Bedingungen in der Mehrwertproduktion ergibt sich für Sektor 2 eine geringere Profitrate als für Sektor 1, weil sich die gleiche Mehrwertmasse in S₂ auf ein größeres Gesamtkapital verteilt. Da es dem Kapital bei seiner Verwertung nicht auf die Mehrwertrate, sondern ausschließlich auf die Profitrate ankommt, würde eine solche Situation bedeuten, daß die Verwertungsmöglichkeiten in S₂ schlechter wären als in S₁. Kapital, das bereits in Produktionsanlagen in S₂ gebunden ist, kann natürlich nicht ohne weiteres wieder flüssig gemacht und in anderen Sektoren angelegt werden. Wohl aber werden sich die schlechteren Verwertungsbedingungen dahingehend auswirken, daß keine weiteren Kapitalanlagen in S₂ vorgenommen werden, sondern das noch flüssige Kapital (Geldkapital) stattdessen lieber nach S₁ wandert. Das kann sich einmal beziehen auf die in S₂ realisierten Profite, die als Kapitalanlage in S₁ gesteckt werden, aber auch auf die Finanzierungsmittel, die S₂ vorher am Kapitalmarkt (durch Aktienausgabe oder Kreditaufnahme) aufgenommen hat. In dem Moment, wo die Profitrate in S₂ deutlich niedriger liegt als in S₁, wird das auf dem Kapitalmarkt flüssige Geldkapital nicht mehr nach S₂, sondern nach S₁ wandern, weil sich dort höhere „Renditen“ (bzw. höhere Kreditzinsen) erzielen lassen.

Dem Sektor 2 ständen auf diese Weise langfristig keine Mittel für eine weitere Akkumulation und Expansion mehr zur Verfügung, und u.U. würden sogar Ersatzinvestitionen unterbleiben, d.h. der Sektor würde in seinen Kapazitäten schrumpfen (Abb. 40 b). Das Gegenteil wäre der Fall für S₁, der

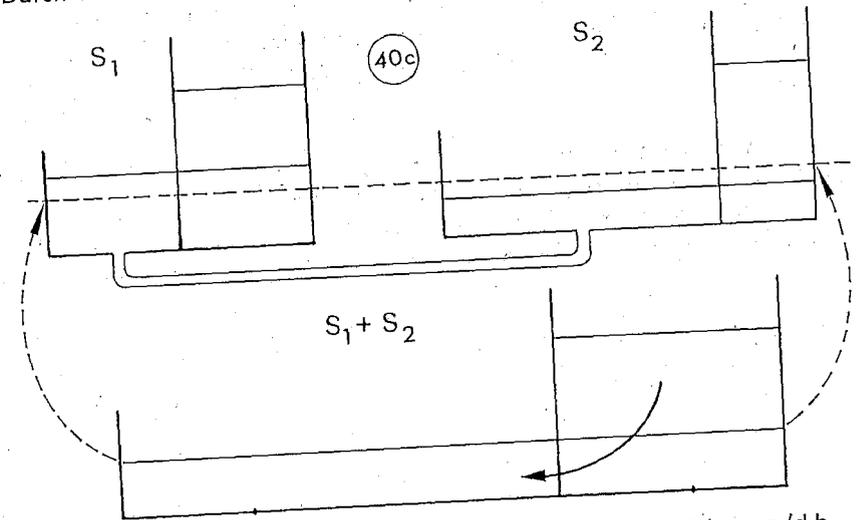


stark akkumulieren und sich ausweiten würde. Das auf diese Weise vergrößerte Angebot von S₁ wird sich nunmehr nur noch zu niedrigeren Preisen

absetzen lassen, während auf der anderen Seite die Verknappung bei S₂ Preiserhöhungen möglich macht. Das hat zur Folge, daß die von S₁ realisierten Profite geringer ausfallen als die in S₁ produzierten Werte, während die Situation in S₂ genau umgekehrt ist. Damit verändern sich aber auch — gegenüber der Ausgangssituation — die Profitraten (Abb. 40 b). In S₁ sinkt die Profitrate ab, in S₂ steigt sie entsprechend an, so daß die ursprünglich unterschiedlichen Profitraten beider Sektoren sich tendenziell angleichen.

2) Durchschnittsprofitrate, Produktionspreis und Werttransfer

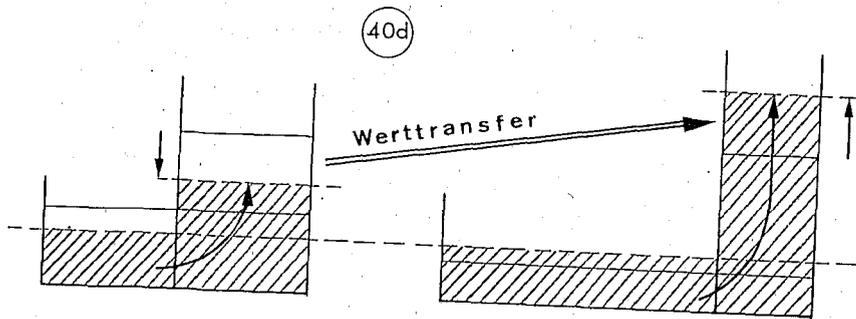
Anhand unserer Grafik in Abb. 40 c läßt sich darstellen, wie sich die Durchschnittsprofitrate ermittelt: Die in S₁ und S₂ produzierten Mehr-



wertmassen werden umgelegt auf das Gesamtkapital beider Sektoren (d.h. in ein Gefäß geleitet mit dem Boden $c_1 + c_2 + v_1 + v_2$). Die dabei sich bildende Profitrate (Höhe des Flüssigkeitsspiegels) ist der (gewogene) Durchschnitt der ursprünglichen Profitrate in S₁ und S₂. Übertragen wir diese Durchschnittsprofitrate auf die einzelnen Sektoren, so zeigt sich, daß sie in S₁ unter der ursprünglichen Profitrate liegt und in S₂ darüber. Das bedeutet aber auch: damit S₁ die Durchschnittsprofitrate realisiert, müßten

die realisierten Werte geringer sein als diejenigen, die in S₁ produziert wurden, während umgekehrt S₂ mehr Werte realisieren müßte, als dort produziert wurden. Das heißt weiter: Die Waren von S₁ müßten zu Preisen abgesetzt werden, die unter ihren Werten liegen, während in S₂ entsprechend Preise erzielt werden müßten, die über den Werten der Waren liegen. (Nur unter diesen Bedingungen, daß die jeweils realisierten Preise von den Werten abweichen, kann sich überhaupt — bei unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals — eine gleiche Profitrate in beiden Sektoren herausbilden.) Es findet also eine Aneignung von Werten in S₂ statt, die gar nicht in S₂ produziert wurden, sondern in S₁ (sog. „Werttransfer“ von S₁ nach S₂).

Mit Hilfe der Grafik in Abb. 40 d können wir auch leicht darstellen, um wieviel die Profite gegenüber dem Mehrwert in den einzelnen Sektoren jeweils heruntergedrückt bzw. angehoben werden müssen, damit sich die Durchschnittsprofitrate (gestrichelte Linie) einstellt: Man braucht sich bloß vorzustellen, daß die Flüssigkeit, die sich auf das Durchschnittsniveau eingependelt hat (wie in kommunizierenden Gefäßen!) nunmehr jeweils zurückgepumpt wird in die schmalen hohen Gefäße (mit dem Boden v).



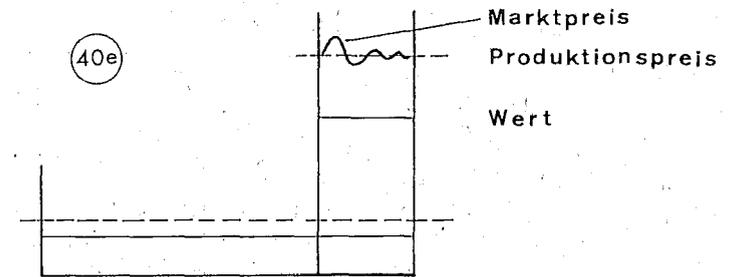
Der sich dabei bildende Pegel liegt in S₁ unter der dort produzierten Mehrwertmasse bzw. Mehrwertrate, in S₂ hingegen darüber. Diejenigen Preise, die in den einzelnen Sektoren die Realisierung einer gleichen Durchschnittsprofitrate ermöglichen, nennt Marx „Produktionspreise“:

„Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostenpreis plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate prozentig ihm zugesetzten Profit oder gleich ihrem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit.“ (MEW 25, S. 167)

Wir haben gesehen, daß die Kapitalbewegung *zwischen* den Sektoren zu einem Ausgleich der Profitrate, d.h. zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate hindrängen und damit auch zur Herausbildung von Produktionspreisen, die von den Werten abweichen, wie sie jeweils in den Sektoren produziert wurden.

3) Produktionspreis und Marktpreis

Das heißt freilich nicht, daß in jedem Moment die tatsächlichen Marktpreise genau den Produktionspreisen entsprechen würden. Denn ebenso wie wir früher abgeleitet hatten, daß die Preise durch kurzfristige Schwankungen um die Wertebene pendeln, müssen wir uns jetzt darüber klar sein, daß die tatsächlichen „Marktpreise“ um die hypothetische Ebene der Produktionspreise pendeln (in Abb. 40 e symbolisch durch die Wellenlinie dargestellt). Je mehr sie aber davon abweichen und je mehr damit die tatsächliche Profitrate von der Durchschnittsprofitrate abweicht, umso stärkere Kapitalbewegungen kommen zwischen den Sektoren zustande, die im Ergebnis tendenziell auf einen Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate hindrängen.



Das Entscheidende an der Ableitung über den Zusammenhang zwischen Wert und Produktionspreis ist also nicht, daß damit die Existenz einer einheitlichen Durchschnittsprofitrate in jedem Sektor und zu jeder Zeit behauptet würde, sondern daß hiermit aufgezeigt wird, nach welchen Gesetzen sich die Bewegung des Kapitals vollzieht. Die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate — vermittelt über die Kapitalbewegun-

gen zwischen den Sektoren — schließt also nicht aus, daß in einem gegebenen Zeitpunkt unterschiedliche Profitraten in einzelnen Sektoren existieren. Vielmehr beinhaltet sie, daß das Kapital sich jeweils in die Sektoren mit den höheren Profitraten bewegt und damit tendenziell die überdurchschnittliche Profitrate in diesem Sektor zum Verschwinden bringt. Das schließt freilich keinesfalls aus, daß sich zur gleichen Zeit, in der sich dieser Ausgleichsprozeß vollzieht, in anderen Sektoren wiederum überdurchschnittliche Verwertungsbedingungen herausbilden, die dann ihrerseits — mit einiger zeitlicher Verzögerung — entsprechende Kapitalbewegungen in Gang setzen.

4) Zum Verhältnis von Wesen und Erscheinung — am Beispiel des Verhältnisses zwischen Werten und Produktionspreisen

Was bedeutet nun die Erkenntnis, daß — im Gegensatz zur einfachen Warenproduktion — bei kapitalistischer Warenproduktion die tatsächlichen Preise nicht um die Wertebene pendeln, sondern um die Ebene der Produktionspreise? Widerlegt Marx mit dieser Erkenntnis, die er im dritten Band des „Kapital“ formuliert, nicht selbst seine ganze Werttheorie? Fällt nicht mit dieser Erkenntnis die ganze Grundlage der Mehrwerttheorie wie ein Kartenhaus in sich zusammen? Ist damit der ganze Wertbegriff für die Analyse kapitalistischer Produktionsweise überhaupt hinfällig und unbrauchbar geworden und sollte auf seine Verwendung nicht viel besser ganz verzichtet werden?

Genau in diese Richtung lief und läuft auch heute noch die von bürgerlichen Ökonomen formulierte Kritik an der Marxschen Mehrwerttheorie — sofern man sich überhaupt mit dieser Theorie auseinandergesetzt und sie nicht einfach totgeschwiegen, entstellt wiedergegeben oder diffamiert hat. Böhm-Bawerk (in seinem Beitrag „Zum Abschluß des Marxschen Systems, in Festgabe für K. Knies, Berlin 1896) hat diese Kritik bereits um die Jahrhundertwende formuliert und lieferte damit der bürgerlichen Ökonomie die theoretische Legitimation, sich mit der Marxschen Theorie nicht mehr auseinandersetzen zu müssen. Der Marxschen Theorie entgegengesetzt wurde die sog. „neoklassische Theorie“, die das theoretische Denken dieses Jahrhunderts stark prägte und die auf den Wertbegriff von Marx vollstän-

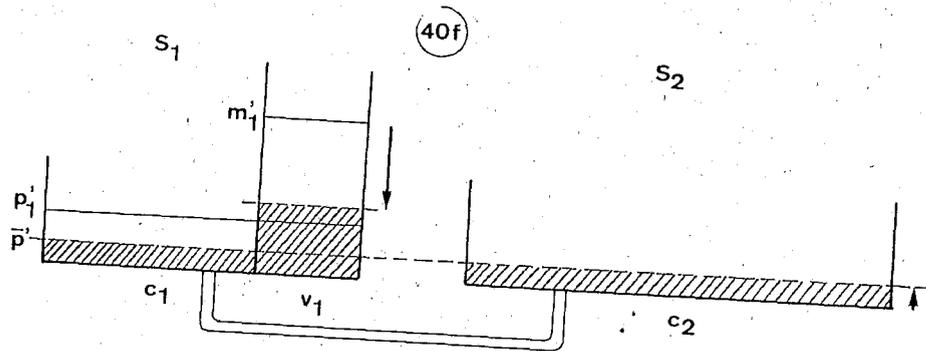
dig verzichtete. (Siehe im einzelnen mehrwert 1, Erlangen 1972.) Was ist von dieser Kritik zu halten? Hat sich Marx über die drei Bände des „Kapital“ tatsächlich in unlösbare logische Widersprüche verwickelt, die seine Mehrwerttheorie als theoretische Grundlage für die Analyse kapitalistischer Produktionsweise untauglich machen? Marx selbst ist dieser scheinbare Widerspruch nicht verborgen geblieben. Im Zusammenhang mit der Ableitung der Produktionspreise schreibt er:

„Es scheint also, daß die Werttheorie hier unvereinbar ist mit der wirklichen Bewegung, unvereinbar mit den tatsächlichen Erscheinungen der Produktion und daß daher überhaupt darauf verzichtet werden muß, die letzteren zu begreifen.“ (MEW 25, S. 162)

Aber es scheint eben nur so. Tatsächlich ist mit der Ableitung der Produktionspreise die Werttheorie nicht widerlegt, sondern nur komplizierter geworden. Richtig ist zwar, daß unter kapitalistischen Verhältnissen die Einzelpreise nicht mehr um die Wertebene pendeln, sondern um die Ebene der Produktionspreise. Und daß sich die Profite anders auf die einzelnen Sektoren verteilen, als es der Produktion von Mehrwert in den einzelnen Sektoren entspricht. Davon unberührt bleibt aber die Tatsache, daß die Quelle der auf die Sektoren verteilten Profite in der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertmasse liegt. Nur das, was an Mehrwertmasse in allen Sektoren produziert worden ist, kann schließlich angeeignet und als Profit realisiert werden. Der Mechanismus des Werttransfers sorgt dabei für eine bestimmte Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertmasse auf die einzelnen Sektoren. An der Notwendigkeit, zuvor erst einmal eine Mehrwertmasse zu produzieren, ändert sich dadurch nichts. Und in dieser Notwendigkeit der Produktion von Mehrwert liegen alle Methoden der absoluten und relativen Mehrwertproduktion begründet, die wir ausführlich erörtert haben und die der Struktur des kapitalistischen Arbeitsprozesses den Stempel aufdrücken. Die gesamtwirtschaftliche Mehrwertmasse — egal, wie sie sich im einzelnen auf die Sektoren verteilt — ist darüberhinaus auch wesentlich Bestimmungsgrund für die Durchschnittsprofitrate der Gesamtwirtschaft und damit für die zyklischen Bewegungen des Kapitals in Form von Krise und Aufschwung. Daß dabei die Einzelpreise nicht mehr um die Wertebene pendeln, sondern um die Ebene der Produktionspreise, tut der Erklärung dieser Zusammenhänge keinen Abbruch.

Die Aufschlüsselung des Verhältnisses zwischen Werten und Produktions-

preisen setzt uns vielmehr in die Lage, bestimmte Erscheinungen zu verstehen, die nach unserem bisherigen Kenntnisstand in vollkommenem Widerspruch zur Werttheorie zu stehen schienen. Auf der Grundlage der Werttheorie konnten wir bisher nämlich nicht erklären, wieso auch in vollautomatisierten Sektoren (oder dort, wo nur relativ ganz wenig lebendige Arbeit eingesetzt wird) überhaupt Profite entstehen können. Diese Tatsache schien ja allen denen recht zu geben, die nicht nur der lebendigen Arbeit, sondern auch dem Kapital eine wertschöpfende Kraft unterstellen, die auch im Kapital einen eigenständigen „Produktionsfaktor“ sehen und die daraus die Legitimation für den Kapitalgewinn ableiten (wie dies durchgängig für die bürgerliche Ökonomie gilt). Die Entdeckung des Mechanismus des Werttransfers macht es uns möglich, auf diese Argumentation genauer einzugehen und aufzudecken, warum das Kapital lediglich als wertschöpfender Faktor *erscheint*, tatsächlich aber gar kein wertschöpfender Faktor ist: warum auch bei kapitalistischer Warenproduktion – entgegen allem Anschein – lediglich die Ware Arbeitskraft Quelle von Mehrwert ist. Wir wollen die Lösung dieses Rätsels anhand von Abb. 40 f veranschaulichen.



Es handelt sich dabei um zwei Sektoren, von denen S₂ vollautomatisiert ist, d.h. ohne Einsatz lebendiger Arbeit produziert. Entsprechend fallen keine Aufwendungen für variables Kapital, sondern nur für konstantes Kapital c an. S₂ produziert infolgedessen auch keinen Mehrwert. Über den Mechanismus des Werttransfers eignet sich S₂ allerdings – zur Erzielung der Durchschnittsprofitrate – eine bestimmte Profitmasse an, die ihren Ursprung hat in der in S₁ produzierten Mehrwertmasse. Anstatt daß

die in S₁ produzierte Mehrwertmasse in diesem Sektor voll als Profit realisiert wird, strömt ein Teil – vermittelt über die Produktionspreise – nach S₂. Auf diese Weise erscheint es, als sei auch in S₂ – ohne lebendige Arbeit, allein durch Einsatz von Maschinen – Mehrwert produziert worden. Die eigentliche Quelle der Profitrealisierung in S₂ ist aber ein Teil der Mehrwertmasse, die in S₁ von der dort eingesetzten lebendigen Arbeit produziert wurde.

Der Anschein widerspricht hier also dem eigentlichen Hintergrund, der eigentlichen tieferliegenden Ursache. Marx spricht in diesem Zusammenhang von einem „Widerspruch zwischen Erscheinungsform und Wesen“. Was der sog. „gesunde Menschenverstand“ wahrnimmt, sind ja lediglich die Erscheinungsformen, sind das, was unmittelbar ins Auge springt, was also jedem unmittelbar einleuchtet. Und niemand wird bestreiten wollen, daß eben auch vollautomatisierte Unternehmen oder Branchen Profite machen können. Also wird der „gesunde Menschenverstand“ auch kaum bezweifeln können, daß auch die Produktionsmittel (in der bürgerlichen Ökonomie „Kapital“ genannt) ein wertschöpfender Faktor, ein Produktionsfaktor sind. Und wer wollte dann infragestellen, daß für die Einbringung eines produktiven Faktors auch ein entsprechendes Entgelt gerechtfertigt ist: der Arbeiter bekommt für die Einbringung seines produktiven Faktors Arbeit einen Lohn, und der Unternehmer für die Einbringung des produktiven Faktors Kapital einen Gewinn. Aus der bürgerlichen Theorie der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital leitet sich also konsequent die Legitimation für die Verteilung des Gesamtprodukts in Löhne und Gewinne ab, für die Akkumulation der Gewinne in Form von Kapital und damit für das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Diese Legitimation bricht aber mit den hier abgeleiteten Zusammenhängen in sich zusammen. Wenn die lebendige Arbeit letztlich die einzige Quelle des Mehrwerts ist und wenn das Kapital lediglich (und fälschlicherweise) durch den komplizierten Mechanismus des Werttransfers als wertschöpfender Faktor erscheint, tatsächlich aber gar keiner ist, wo ist dann noch die Berechtigung für die Aneignung von Kapitalgewinnen, von Profiten?

Der Widerspruch zwischen Wesen und Erscheinung – abgeleitet am Beispiel des Verhältnisses zwischen Werten und Produktionspreisen – macht aber noch ein anderes Phänomen verständlich: Daß nämlich an der Oberfläche der Erscheinungen die Dinge sich ganz anders darstellen, als sie in

ihren tieferen Zusammenhängen tatsächlich sind. Daß also die eigentlichen Hintergründe verschleiert, mystifiziert werden. Marx spricht in diesem Zusammenhang von einer „Mystifikation des Kapitalverhältnisses“. In den Produktionspreisen erscheint gar nicht mehr die eigentliche Quelle des Mehrwerts, die lebendige Arbeit.

Der Niederschlag der verdrehten Erscheinungen in den Theorien der bürgerlichen Ökonomie (und bürgerlichen Wissenschaften überhaupt) und der darin implizierte Verschleierungs- und Ideologiegehalt sind also ihrerseits Ergebnis der ökonomischen Bewegungsgesetze selbst, sind also rückführbar auf die materiellen Produktionsbedingungen der Gesellschaft. Denn die ökonomischen Bewegungsgesetze sind es ja, die die verdrehten Erscheinungsformen erst hervorbringen (wie wir dies am Beispiel des Ausgleichs zur Durchschnittsprofirtrate und der Herausbildung von Produktionspreisen gesehen haben). Das bedeutet aber auch: Die in der bürgerlichen Theorie enthaltene Ideologie ist selbst nur Produkt der materiellen Produktionsbedingungen des kapitalistischen Systems, ist selbst nur ein von diesen Produktionsbedingungen hervorgebrachtes „Überbauphänomen“: Die Erkenntnis, die Ideologie in den Köpfen der Menschen, ist selbst materialistisch zu begründen. Gerade am Verhältnis von Werten zu Produktionspreisen hat Marx besonders deutlich gemacht, daß die Mystifikation des Kapitalverhältnisses selbst ein Produkt der ökonomischen Bewegungsgesetze der Warenproduktion ist, die mit Notwendigkeit zur Herausbildung des Geldes und zur Entwicklung kapitalistischer Warenproduktion drängt und unter den Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion den Mehrwert schließlich hinter dem Schleier der Produktionspreise verschwinden läßt. Die Marxsche Theorie liefert ein Instrumentarium, um von den verdrehten Erscheinungsformen kapitalistischer Produktionsweise zu deren eigentlichem Wesen vorzudringen und das Kapitalverhältnis als ein Ausbeutungsverhältnis zu entmystifizieren, als eine Herrschaft der vergegenständlichten Arbeit (= Kapital) über die lebendige Arbeit.

LITERATURVERZEICHNIS

- Altwater/Hoffmann/
Schoeller/Semmler
-
- Altwater/Huisken
- Bravermann, H.
- Engels, F.
- Foerderreuther/
Glombowski/Künzel/
Pfaffenberger
- Gillmann, J.M.
- Mandel, E.
- Marx, K.
-
-
- Mendner, J.H.
- Ottomeyer, K.
- Reich, W.
-
- Rosdolsky, R.
- Schneider, M.
- Stamatis, G.
- Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Prokla 13, Erlangen 1974
- Zur Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Handbuch 1: Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. v. V. Brandes, Frankfurt/M. 1974
- Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971
- Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M. 1977
- Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW 2, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1974
- Gesamtwirtschaftliche Grundbegriffe und -beziehungen, Teil 1: Wert- und Preislehre, in: mehrwert 1, Berlin/Erlangen 1971
- Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profirtrate, Frankfurt/M. 1969
- Marxistische Wirtschaftstheorie, Bd. 1, Frankfurt/M. 1972
- Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1974
- Das Kapital, Bd. 1, 2, 3, in: MEW 23, 24, 25, Dietz-Verlag Berlin (DDR) 1969, 1972, 1972
- (Ökonomisch-philosophische Manuskripte) in: MEW Ergänzungsband 1, Berlin (DDR) 1973
- Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975
- Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen, Reinbek 1972
- Charakteranalyse, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1973
- Die Funktion des Orgasmus, Frankfurt/M. 1972
- Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“, Frankfurt/M. 1968
- Neurose und Klassenkampf, Reinbek 1972
- Zum Marxschen Gesetz des tendenziellen Falls der Profirtrate, in: mehrwert 10, Berlin und Bremen 1976